Informationen

zur politischen Bildung / izpb

250 Überarbeitete Neuauflage 2015

B6897F

Der Weg zur Einheit

Inhalt

7

21

58

29

Die Deutsche Frage in der internationalen Politik 4
Deutschland und das Gleichgewicht Europas 4
Teilung als Lösung? 6
Westintegration 7
Die DDR im Sowjetimperium 8
Neue Ostpolitik 10

Veränderungen im Zeichen der Entspannung 12
Abgrenzungspolitik der DDR 13
Entwicklung in den Nachbarstaaten 16
Sowjetunion: Revolution wider Willen? 17
Die DDR als Insel der Orthodoxie 19
Politik des Westens 20

Zusammenbruch des SED-Regimes 22
Grenzöffnung durch Ungarn 22
Kommunalwahlen 23
Massenflucht und Proteste 24
40. Jahrestag der DDR 26
Sturz Honeckers 27
Krenz und Modrow als Nachfolger 28
Der 9. November 29

Beginn der deutschen Einigung 34
Ringen um die Erhaltung der DDR 35
Kohls Zehn-Punkte-Plan 38
Wachsender Druck 40
Modrows Initiative 41
Plan zur Wirtschafts- und Währungsunion 42
Volkskammerwahl 1990 44

Verhandlungen mit den Vier Mächten 48
Uneinigkeit der Westmächte 48
Unsicherheit in der Sowjetunion 50
Einigung in Ottawa 52
Zwei-plus-Vier-Verhandlungen 53
Treffen im Kaukasus 56
Zwei-plus-Vier-Vertrag 59

Gestaltung der Wiedervereinigung 62
Wirtschafts- und Währungsunion 63
Grundgesetz oder neue Verfassung? 68
Eigentumsfrage 69
Soziales Netz 70
Wiedervereinigung der Kultur 72
Von der Bonner zur Berliner Republik 74

68

81

Entwicklungen nach der Wiedervereinigung **75**

Neue Außen- und Sicherheitspolitik 75

Probleme der inneren Einigung 78

Reformzwänge und ihre Auswirkungen auf die politischen Strukturen 80

Literaturhinweise und Internetadressen **82**

Der Autor **83**

Impressum **83**

Chronik **84**

Editorial

Die Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990 bot für die Menschen in Deutschland Anlass zum Feiern: Am 3. Oktober 1990 trat die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bei. Damit endeten über vier Jahrzehnte deutscher Zweistaatlichkeit mit jeweils eigenständigen Entwicklungswegen – ein Ende, das vor allem dem Mut der Menschen in der DDR zu verdanken war, die mit ihrer friedlichen Revolution im Herbst 1989 zunächst die bis dahin unumschränkte Herrschaft der SED zu Fall brachten und sich nach dem Fall der Mauer entschlossen auf den Weg in die deutsche Einheit machten.

Einem großen Teil der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger brachte der Umbruch Freiheit von Zwang und Beschränkung. Die Welt stand offen. Für andere Teile der Bevölkerung bedeutete er den Verlust vertrauter Gewissheiten, private und berufliche Erschütterungen, Einbußen oder enttäuschte Erwartungen. Die Welt brach in ein bisher geschlossenes Gemeinwesen ein und sorgte für nachhaltige Veränderungen.

Spätestens angesichts der Schwierigkeiten der tiefgreifenden Transformation in Ostdeutschland, die auf die Wiedervereinigung folgte, wich der Gefühlsüberschwang einer nüchterneren Betrachtung. Es bedurfte eines längeren Prozesses, um die Entfremdung zwischen Ost und West zu mindern.

Auch heute noch flackern periodisch Ost-West-Debatten auf, haben aber an Schärfe verloren. Überalterung und Abwanderung sind Probleme, die zwar weiterhin besonders in vielen Regionen Ostdeutschlands anzutreffen sind. Aber dennoch lässt sich feststellen, dass die Konfliktlinien in Deutschland heute nicht mehr primär entlang der alten geographisch-politischen Grenzen verlaufen.

Die Herausforderungen betreffen nicht nur den Prozess der inneren Einigung. Ost- und Westdeutsche mussten feststellen, dass auf sie und den neuen, in Freiheit geeinten, ausschließlich von Freunden umgebenen, souveränen deutschen Staat eine neue Verantwortung zugekommen ist.

Deutschland ist in der Mitte Europas eng in die Europäische Union eingebunden. Zugleich nötigen die globalen Konflikte, die nach Ende des Ost-West-Konflikts zutage traten, Deutschland zur schrittweisen Aufgabe seiner außenpolitischen Zurückhaltung in der internationalen Militär- und Sicherheitspolitik.

Die Auswirkungen der Globalisierung und die wirtschaftlichen Asymmetrien im Euroraum, die seit der Wirtschaftskrise ab 2008 Probleme aufwerfen, brachten das wohlhabende Deutschland in eine Rolle, die im Ausland wieder mit Argwohn betrachtet wurde. Von einigen Seiten wurde gar eine „neue deutsche Frage“ aufgeworfen.

Dem Auftrag des Grundgesetzes, ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat zu sein, in dem die Menschenrechte geachtet sowie Sicherheit vor staatlicher Repression gewährt werden, konnte das wiedervereinigte Deutschland in den vergangenen 25 Jahren entsprechen.

Die fundamentalen neuen Herausforderungen, die sich aus der Rolle und Situation Deutschlands, aber auch aus den Migrationsprozessen des globalisierten 21. Jahrhunderts ergeben, betreffen Ost und West gemeinsam.

Christine Hesse

MANFRED GÖRTEMAKER

Die Deutsche Frage in der internationalen Politik

Zweiter Weltkrieg und Ost-West-Konflikt führten zur Spaltung Deutschlands. Während Adenauer die Westintegration der Bundesrepublik betrieb, wurde die DDR ins Sowjetimperium eingefügt. Zur „Normalisierung" der innerdeutschen Beziehungen trug Brandts Ostpolitik bei.

Von den 1870er-Jahren bis nach dem Zweiten Weltkrieg galt Deutschland für viele ausländische Politiker und Beobachter als die eigentliche Bedrohung für Europa und die Welt. Das vorherrschende Bild von den Deutschen war geprägt von Militarismus, zeitweiser politischer Zügellosigkeit und dem Mangel an Gespür für die Ängste und Bedürfnisse anderer.

Diese Sichtweise wurde maßgeblich bestimmt durch den Verlauf der Geschichte zwischen 1871 und 1945, als Deutschland zunächst unter Führung Bismarcks zu einem einheitlichen Reich heranwuchs und schließlich unter Hitler nahezu ganz Europa in die Katastrophe stürzte. Die Geschichte des Deutschen Reiches schien zu beweisen, dass Größe und Dynamik eines geeinten Deutschlands mit einem stabilen europäischen Staatensystem nicht verträglich waren. Die deutsche Neigung zu politischer Aggressivität wurde vielfach nicht nur als Ausdruck der legitimen Verfolgung nationaler Interessen, sondern auch als eine typische Eigenart des deutschen Nationalcharakters angesehen. Vor dem Hintergrund von 74 Jahren deutscher Einheit zwischen 1871 und 1945, zweier Weltkriege, der NS-Herrschaft und von nahezu 65 Millionen Menschen, die durch die Kriegshandlungen ums Leben gekommen oder in Konzentrationslagern ermordet worden waren, wurde behauptet, dass Deutschlands politische, wirtschaftliche und militärische Macht unausweichlich die Unabhängigkeit und das Wohlergehen seiner Nachbarn bedrohe. Überdies habe das verbreitete Obrigkeitsdenken seiner Bewohner Deutschland nicht nur aggressiv nach außen, sondern auch empfänglich für den Totalitarismus im Innern gemacht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sah es so aus, als hätten die Teilung Deutschlands und die amerikanisch-sowjetische Vorherrschaft in Europa diese Bedrohung gebannt: Durch die Teilung und damit die Eindämmung deutscher Macht schienen Europa und die Welt sicher vor den Deutschen – und die Deutschen sicher vor sich selbst. Die Wende von 1989 stellte aus Sicht vieler Nachbarn diesen „Lösungsansatz" wieder in Frage: Das vereinte Deutschland und Europa mussten aufs Neue lernen, miteinander zu leben. Unter diesem Blickwinkel lässt sich die Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 nicht als isoliertes Ereignis der Gegenwart begreifen, sondern muss im Zusammenhang mit der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts gesehen werden.

Die veränderte Außenwahrnehmung Deutschlands personalisiert 1990 durch Helmut Kohl: vom Einzelgänger zum Mitglied der westlichen Wertegemeinschaft.

Deutschland und das Gleichgewicht Europas

Die Frage, ob ein vereintes Deutschland mit dem europäischen Gleichgewicht in Einklang zu bringen ist, stellt sich in der genannten Form erst seit der Gründung des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck im Jahr 1871.

Deutschlands neue Gestalt warf die Frage nach künftigen Gefährdungen für das europäische Gleichgewicht auf. Seine geographische Lage in der Mitte Europas und seine Bevölkerungszahl, vor allem aber seine Wirtschaftskraft und politisch-militärische Macht wurden von den Nachbarn als Bedrohung empfunden. Bismarck selbst erkannte dieses Problem frühzeitig und suchte es nach der Reichsgründung durch eine entschlossene Kehrtwendung seiner Politik zu entschärfen: So wenig er sich vor 1871 gescheut hatte, militärische Gewalt anzuwenden, um seine außenpolitischen Ziele durchzusetzen, so sehr bemühte er sich nach 1871 um einen Kurs der Mäßigung und „Saturiertheit". Das Deutsche Reich, so Bismarck, solle den gegenwärtigen Zustand Europas und die überkommenen Grenzen (Status quo) garantieren, anstatt sie infrage zu stellen.

Tatsächlich trug die Bismarcksche Außenpolitik in den 1870er- und 1880er-Jahren erheblich dazu bei, die europäische Ordnung zu stabilisieren. Nach der Entlassung des Kanzlers durch Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1890 drängten jedoch neue Kräfte an die Macht, die schon seit 1871 unter der Oberfläche gewirkt hatten und nun im Ausland bald ein völlig neues

Deutschlandbild prägten. Besonders die Elemente des Nationalismus und des Militarismus, die für die Reichsgründung mobilisiert worden waren und danach nicht wieder gezügelt werden konnten, erwiesen sich in Verbindung mit der dynamisch fortschreitenden Industrialisierung als schwere Bürde. An die Stelle der vorsichtigen und behutsamen Strategie Bismarcks trat nun ein neuer Stil: dynamisch, großspurig und arrogant, vor allem jedoch ohne Gespür für die Erfordernisse des europäischen Gleichgewichts und die Empfindlichkeiten der Nachbarn.

Der junge Kaiser war ein typischer Repräsentant dieses neuen Deutschlands: „Mit Volldampf voraus" wollte Wilhelm II. das Reich nun steuern – nicht länger gehindert vom vormals übermächtigen Bismarck – und Deutschland neuen großen Zielen entgegenführen. Dabei galt es, die bisherigen Begrenzungen deutscher Politik zu durchbrechen. Weltpolitik war das Ziel. Was andere Staaten Europas wie England, Frankreich, Spanien, Portugal und sogar die Niederlande seit langem betrieben hatten, sollte Deutschland – als „verspätete Nation", wie Historiker es formulierten – endlich nachholen.

Das Ergebnis war vorhersehbar. Auch wenn der deutsche Imperialismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts keineswegs das Produkt einer abnormen politischen Kultur oder gar die Folge einer spezifisch deutschen Mentalität des Militarismus und der Aggressivität war, trugen seine Auswirkungen dazu bei, Deutschland zu isolieren und die anderen europäischen Mächte zur Bildung einer Koalition gegen das Reich zu veranlassen. Ein Ausgleich mit England wurde dadurch ebenso verhindert wie die Fortsetzung des Bündnisses mit Russland, das für Deutschland lebensnotwendig war, solange eine Aussöhnung mit Frankreich nicht gelang. Der deutsche Versuch, auf dem Umweg über die Weltpolitik in Europa die Vorherrschaft zu erringen, scheiterte schließlich im Ersten Weltkrieg.

picture-alliance / KPA

Wilhelm II. (re.) bei Reichskanzler Otto von Bismarck (li.) auf dessen Gut Friedrichsruh 1888. Nach Bismarcks Entlassung 1890 prägt Großspurigkeit Deutschlands Außenpolitik.

Außenseiter europäischer Politik

Die deutsche Revolution vom November 1918 und die Errichtung der Weimarer Republik boten danach die Chance zu einem Neubeginn, die jedoch schon bald wieder vertan wurde. Verantwortlich dafür waren nicht nur die Deutschen selbst, die es nicht verstanden, aus den obrigkeitsstaatlichen Traditionen des Kaiserreiches auszubrechen und eine von der breiten Masse der Bevölkerung innerlich akzeptierte demokratische Ordnung zu errichten. Auch die Westmächte trugen dazu bei, indem sie auf der Versailler Konferenz von 1919 das Versprechen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson brachen, einen fairen und gerechten Frieden herbeizuführen.

So war es vor allem der Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrages – die offizielle Feststellung der deutschen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges –, der zusammen mit der Verpflichtung zu hohen Reparationsleistungen in Deutschland Zorn und Erbitterung auslöste. Die innenpolitischen Feinde der Weimarer Republik hatten deshalb leichtes Spiel, gegen das „System von Versailles" zu polemisieren und damit zugleich die neu gewählte demokratische Regierung in Berlin zu treffen, der nichts anderes übrig geblieben war, als den Versailler Vertrag zu unterzeichnen und ihn vom Reichstag ratifizieren zu lassen.

Überdies trugen die Reparationszahlungen dazu bei, eine rasche wirtschaftliche Erholung zu verhindern, die vielleicht zu einer breiteren Akzeptanz der demokratischen Ordnung hätte führen können. Die Kriegsschuldthese vergiftete das politische Klima und führte zu weitreichenden Forderungen nach einer Revision des Versailler Vertrages. Die Beruhigung, die für die innere Stabilisierung der Weimarer Republik ebenso notwendig gewesen wäre wie ihre Einbindung in das – mit Ausnahme Russlands – wiedererrichtete europäische Mächtesystem, wurde so unmöglich.

Deutschland blieb daher auch nach dem Ersten Weltkrieg – trotz der Bemühungen Außenminister Gustav Stresemanns um deutsch-französische Aussöhnung und eine europäische Integration – letztlich ein Außenseiter der europäischen Politik. Die Erfolge der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) bei den Reichstagswahlen nach Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929, welche die Nationalsozialisten zwischen September 1930 und dem Sommer 1932 zur stärksten politischen Kraft in Deutschland werden ließen, waren nur ein Ausdruck dieser inneren und äußeren Spannungen, von denen die Weimarer Republik ergriffen und schließlich zerrissen wurde. Der Aufstieg Adolf Hitlers und seine Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 bedeuteten nicht nur eine Kapitulation der Deutschen vor den Schwierigkeiten einer demokratischen Erneuerung und die Zuflucht zum gewohnten Modell einer Führerpersönlichkeit, sondern sie dokumentierten auch das Versagen der Westmächte, ihre Politik in Europa so zu gestalten, dass Deutschland darin seinen Platz finden konnte.

Allerdings warf Hitlers erneuter Anspruch auf eine deutsche Vormachtstellung sogleich wieder die Frage auf, ob sich Deutschland überhaupt in eine europäische Ordnung integrieren ließe.

Adolf Hitler (3. v. li.) am Kartentisch im Hauptquartier der Heeresgruppe Süd im ukrainischen Saporoschje im Februar 1943. Hitlers Weltmachtstreben zerstört Europa.

Im Osten bekämpft NS-Deutschland die Sowjetunion. Deutsche Fahrzeugkolonne an der Ostfront Ende August 1943

Im Westen rückt die Wehrmacht nach Frankreich vor. Blick auf Oradour-sur-Glane, wo SS-Einheiten 1944 ein Massaker mit über 600 Opfern anrichteten

Die zügellose territoriale Eroberungssucht und die ungeheuerlichen Verbrechen der Nationalsozialisten verstießen gegen alle Normen, die sich die Staaten Europas seit dem Wiener Kongress 1815 zur Regelung ihrer Angelegenheiten gesetzt hatten.

Hitler forderte nicht nur die Lösung Deutschlands von den Beschränkungen des Versailler Vertrages und die Wiederherstellung der deutschen Ostgrenzen von 1914 sowie den „Anschluss" Österreichs an das Deutsche Reich, sondern auch die Eroberung von großen Gebieten im Osten und die Erringung der deutschen Vorherrschaft in Europa. Mit diesen Zielen ging er weit über das hinaus, was im Kaiserreich beabsichtigt gewesen war. Dennoch knüpfte er in mancherlei Hinsicht auch an die Pläne der Obersten Heeresleitung unter Wilhelm II. an, in der es noch bis zum August 1918 Fantasien eines Deutschen Reiches vom Rhein bis zur Ukraine und zum Kaukasus gegeben hatte. Jedenfalls stellten die Ansprüche Hitlers aus der Sicht des Auslands erneut einen Beweis für die fortwährende Neigung der Deutschen dar, die europäische Ordnung zu untergraben, um eine eigene Hegemonie zu begründen.

Teilung als Lösung?

Vor diesem Hintergrund konnte es kaum verwundern, dass die Gegner Deutschlands während des Zweiten Weltkrieges eine territoriale Aufteilung des Deutschen Reiches als sinnvollsten Weg zur dauerhaften Lösung des deutschen Problems erwogen. Auf der ersten Kriegskonferenz der „Großen Drei" im November und Dezember 1943 in Teheran waren der sowjetische Staatschef Josef Stalin, der britische Premierminister Winston Churchill und US-Präsident Franklin D. Roosevelt einhellig der Meinung, dass die Erhaltung bzw. Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschlands eine Bedrohung für den Weltfrieden darstelle und dass nur ein geteiltes Deutschland in die internationale Staatengemeinschaft zurückkehren könne.

Beginn des Kalten Krieges

Die Teilung Deutschlands als Weg zur Beseitigung des von Deutschland ausgehenden Hegemonialstrebens war damit jedoch noch keine beschlossene Sache. Vielmehr wurde gegen Ende des Krieges immer deutlicher, dass die Gesetze der Machtpolitik durch den gemeinsamen Kampf der Alliierten gegen Hitler-Deutschland nicht außer Kraft gesetzt worden waren. So bereitete das unaufhaltsame Vordringen der sowjetischen Armee nach Mitteleuropa, das durch Hitlers Expansion nach Osten ausgelöst worden war, vor allem den Briten große Sorgen.

Auf der zweiten Kriegskonferenz der „Großen Drei" im Februar 1945 in Jalta zögerte Churchill daher, bei der Frage der Teilung Deutschlands die gleiche Entschiedenheit an den Tag zu legen wie in Teheran. Die drei Regierungschefs verwiesen das Thema zur weiteren Beratung an eine Expertenkommission und demonstrierten damit, dass sie in dieser Frage nicht mehr einig waren. Der Kalte Krieg warf seine Schatten voraus.

Auch Stalin rückte schließlich von seinen Teilungsplänen ab und erklärte bei der Siegesparade in Moskau am 9. Mai 1945, die Sowjetunion feiere den Sieg, sei aber nicht im Begriff, „Deutschland zu zerstückeln oder zu zerstören". Doch während Churchill und das britische Außenministerium bei ihren Überlegungen zur Erhaltung der deutschen Einheit von den Erfordernissen des europäischen Gleichgewichts ausgingen, das sie nach der Niederlage Deutschlands nun durch die übermächtige Sowjetunion bedroht sahen, ließ sich Stalin offenbar von der Hoffnung leiten, das Instrument einer gemeinsamen Besatzungspolitik nutzen zu können. Er verfolgte die Absicht, Einfluss auf ganz Deutschland zu erlangen und damit seinen Anspruch auf Reparationen aus dem Ruhrgebiet durchzusetzen. Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloss Cecilienhof war daher von einer möglichen Teilung Deutschlands nicht mehr die Rede. Viel-

picture-alliance / dpa

Bröckelnde Allianz: der britische Premierminister Winston Churchill, US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der sowjetische Staatschef Josef Stalin (sitzend v. l. n. r.) in Jalta 1945

mehr verständigte man sich auf ein Konzept, das einerseits von der „Wirtschaftseinheit" Deutschlands ausging und andererseits eine „Umerziehung" *(re-education)* der Bevölkerung vorsah, wobei man sich von „vier D's" leiten ließ: Demokratisierung, Denazifizierung, Demilitarisierung und Dezentralisierung. Auch die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen, die bei den Verhandlungen der alliierten *European Advisory Commission* in London 1944 vereinbart und im Februar 1945 in Jalta beschlossen worden war, sollte zunächst nur dem Zweck dienen, Deutschland zu verwalten. Erst die Tatsache, dass die Spannungen zwischen den Alliierten schon bald nach Kriegsende zunahmen, sodass sie sich untereinander nicht mehr auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik einigen konnten, führte dazu, dass die Verwaltungsgrenze zwischen den drei westlichen Zonen und der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zur Teilungsgrenze wurde.

So war die Teilung Deutschlands nach 1945 trotz des entschlossenen Willens der Siegermächte, die politische, wirtschaftliche und militärische Macht des Deutschen Reiches dauerhaft zu zerschlagen, nicht das unmittelbare Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. Vielmehr folgte sie aus dem Ost-West-Konflikt, in dem die Gemeinsamkeit der alliierten Deutschlandpolitik nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Von den ersten Spannungen 1945 und dem im Mai 1946 verhängten amerikanischen Reparationsstopp über den Marshall-Plan 1947, die Währungsreform 1948 und die Berliner Blockade 1948/49 bis hin zur Gründung der beiden deutschen Staaten waren alle Etappen der Teilung unmittelbar mit der Entwicklung des Ost-West-Gegensatzes verbunden. Die „Teilung der Welt" (Wilfried Loth) zog die deutsche Spaltung nach sich. Und der territorial-politische Status quo in Europa, der auf dieser Teilung basierte, konnte von Deutschland aus nicht mehr einseitig verändert werden, solange Europa im gegeneinander wirkenden Sog der neuen „Weltführungsmächte" USA und Sowjetunion verblieb.

Westintegration

Die Weichenstellungen, die zwischen 1945 und 1949 im beginnenden Ost-West-Konflikt erfolgten, bestimmten auch die Handlungsspielräume der Regierungen in den beiden deutschen Teilstaaten ab 1949. So war die Teilung Deutschlands für Konrad Adenauer – damals noch Vorsitzender der CDU in der britischen Zone – bereits 1948 nicht länger eine drohende Gefahr, sondern schon eine vollzogene Tatsache. Sie sei vom Osten her geschaffen und müsse nun durch den Wiederaufbau der deutschen Einheit vom Westen her beseitigt werden, erklärte er dazu in der „Kölnischen Rundschau" vom 3. April 1948. Dazu war es nach Ansicht Adenauers notwendig, den westlichen Teil Deutschlands fest in die westliche Gemeinschaft einzugliedern, um ihn zu einem politisch stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen politischen System mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung aufzubauen, das durch seine Attraktivität auf den östlichen Teil Deutschlands wie ein Magnet wirken würde. Aus einer solchen Position der Stärke heraus sollte dann auch die Wiedervereinigung Deutschlands angestrebt werden, die ohne gesicherte Westbindung nur um den Preis der Sowjetisierung ganz Deutschlands zu erreichen wäre.

Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler der am 23. Mai 1949 aus den drei Westzonen gegründeten Bundesrepublik Deutschland verfolgte Adenauer deshalb eine Politik der Westintegration, die von vornherein nicht national, sondern europäisch bestimmt war. Wie Winston Churchill, der in einer Rede in Zürich bereits am 19. September 1946 für eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich plädiert hatte, um damit einen ersten Schritt zu tun, „so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa" zu errichten, trat auch Adenauer für einen Zusammenschluss Westeuropas ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es für ihn noch viel dringender geworden, eine klare Entscheidung für den Westen zu treffen und

Anschluss an den Westen: Bundeskanzler Konrad Adenauer (li.) und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, unterzeichnen am 25. März 1957 die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM).

damit die alte deutsche „Schaukelpolitik" zwischen Ost und West zu beenden, weil nun zusätzlich die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des sowjetischen Machtbereiches bestand, der inzwischen ja schon bis zur Elbe reichte.

Diese Integrationspolitik Adenauers, durch die die Bundesrepublik von vornherein an den neu entstehenden europäischen Institutionen beteiligt wurde, kam bereits beim Beitritt der Bundesrepublik zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) auf der Grundlage des Schuman-Plans vom Mai 1950 zum Ausdruck und erhielt zusätzliche Förderung durch die Entwicklung des Ost-West-Konflikts. Dieser führte nach Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 zu einer intensiven Debatte über einen deutschen Wehrbeitrag zur Verteidigung Westeuropas und die Errichtung einer Europa-Armee mit deutscher Beteiligung im Rahmen einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG). Bei dieser Diskussion ging es für die Bundesrepublik allerdings nicht nur um militärische Fragen, sondern auch um die Wiedererlangung der Souveränität und um Gleichberechtigung gegenüber den anderen Nationen, nachdem die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Niederlage von 1945 eine eigenständige deutsche Politik vorübergehend unmöglich gemacht hatten.

Nach dem Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung im August 1954 wurde schließlich mit den Pariser Verträgen vom Oktober 1954 und dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik im Mai 1955 eine Ersatzlösung gefunden, durch welche die von Adenauer angestrebte Westintegration der Bundesrepublik praktisch verwirklicht wurde. Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) auf der Grundlage der Römischen Verträge vom 25. März 1957 führten diese Integrationspolitik erfolgreich weiter.

Die These Adenauers, durch Anbindung an den Westen nicht nur Sicherheit und Beistand für die Bundesrepublik gegenüber dem Kommunismus, sondern auch Anerkennung und Akzeptanz unter den neuen Verbündeten zu erhalten, fand volle Bestätigung. Das loyale Verhalten der Bundesrepublik innerhalb des westlichen Bündnisses und die Verlässlichkeit der Adenauerschen Politik sorgten schrittweise für eine positive Veränderung des Deutschlandbildes, das so lange von negativen Akzenten beherrscht worden war. Die Bundesrepublik wurde von einer Gegnerin zu einer soliden Partnerin der Westmächte im Ost-West-Konflikt und beim Neuaufbau Europas. Der Preis dafür war die Teilung Deutschlands, die damit auf Dauer zementiert schien.

Die DDR im Sowjetimperium

Ob eine Wiedervereinigung nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt möglich gewesen wäre – und wenn ja, zu welchen Konditionen –, ist in der historischen Forschung bis heute umstritten. Sicher ist nur, dass die Sowjetunion durch ihr Verhalten in Osteuropa nach der Besetzung dieses Territoriums durch die Rote Armee frühzeitig ihren Willen dokumentierte, die eroberten Gebiete nicht ohne Bedingungen wieder zu räumen. Das sowjetische Sicherheitsbedürfnis verlangte nach einem territorialen Einflussgürtel. Deutschland spielte dabei eine besondere Rolle, weil es nicht nur die Schuld am Zweiten Weltkrieg trug, sondern auch den Schlüssel zur Beherrschung Mittel- und Osteuropas darstellte.

Welche Bedeutung Stalin der Kontrolle der deutschen Entwicklung beimaß, wird nicht zuletzt durch das umfangreiche Engagement der Sowjetunion bei der Ausbildung deutscher Exil-Kom-

munisten während des Krieges in Moskau unterstrichen, bei der kommunistische Kader systematisch auf ihren Einsatz im Nachkriegsdeutschland vorbereitet wurden. Die Machtübernahme der KPD/SED 1945/46 in der Sowjetischen Besatzungszone, mit der die Gründung eines kommunistischen deutschen Staates eingeleitet wurde, wäre ohne diese langfristige Kaderpolitik viel schwieriger, wenn nicht unmöglich gewesen.

Die „Gruppe Ulbricht", die bereits am 30. April 1945 an Bord einer sowjetischen Militärmaschine in Berlin eintraf und deren Angehörige von einem sowjetischen Offizier freundlich als „Mitglieder der neuen deutschen Regierung" empfangen wurden, war nur ein Beispiel für den Einsatz in Moskau geschulter Funktionäre beim Aufbau des neuen Deutschlands. Eine vergleichbare Vorbereitung demokratischer Kräfte im Westen gab es nicht.

Die Integration, die im Westen Deutschlands von Adenauer in langen politischen Kämpfen mühsam durchgesetzt werden musste, gelang daher im Osten problemlos: Die Sowjetische Besatzungszone und später die Deutsche Demokratische Republik (DDR) wurden praktisch vom ersten Tag an nahtlos in den sowjetischen Machtbereich eingefügt. Zwar gab es in Ostdeutschland anfangs durchaus auch politische Kräfte, insbesondere in der neu gegründeten Ost-CDU, für die Jakob Kaiser sprach, sowie in der Liberal-Demokratischen Partei und in geringerem Maße auch bei der SPD, die für einen „Brückenbau" plädierten und einem wiedervereinigten Deutschland eine Sonderrolle zwischen Ost und West zuweisen wollten. Aber Teile der einflussreichen Sozialdemokratie, die allerdings nur bis zur Zwangsvereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (SED) im April 1946 bestand, und vor allem die KPD votierten für eine Ostorientierung und eine revolutionäre Umgestaltung, um den Kapitalismus zu überwinden, der ihrer Auffassung nach direkt in den Nationalsozialismus gemündet hatte. Die grundlegenden Strukturreformen (Verstaatlichung, Planwirtschaft, Einparteiherrschaft), die nach 1945 in Ostdeutschland durchgeführt wurden, waren ein unübersehbares Signal für die Entschlossenheit der Sowjetunion und ihrer deutschen Verbündeten, zumindest in diesem Teil Deutschlands ihre Vorstellungen durchzusetzen.

In dem Maße, in dem sich ab 1946 der Kalte Krieg ausprägte, wurde damit die Teilung vorangetrieben, obwohl die Einheitsforderung verbal aufrechterhalten wurde. Faktisch war die Einbeziehung Ostdeutschlands in das sowjetische Imperium allerdings schon 1945 eine Tatsache, die auch nach Gründung der DDR 1949 nicht mehr in Zweifel gezogen wurde. Anders als in der Bundesrepublik, wo sich die Westintegration mit großer Zustimmung der Bevölkerung vollzog, wurde diese Entwicklung im Osten jedoch von vielen Menschen als politische Katastrophe empfunden.

Die Sowjetunion beherrschte mittels ihrer Besatzungsbehörden die Situation und ließ den ostdeutschen Politikern – einschließlich der Kommunisten – keinerlei Spielraum. Eine freie Wahl gab es für die Bevölkerung in Ostdeutschland im Innern ebenso wenig wie nach außen. Damit war – von Anfang an – ein Legitimitätsdefizit des politischen Regimes vorprogrammiert, das bis 1989 nie kompensiert werden konnte. Da die DDR ihre Existenz einzig der sowjetischen Besatzungsmacht verdankte, blieb die Anwesenheit sowjetischer Streitkräfte auch später eine zentrale Bestandsgarantie für das Regime. Und als diese Bestandsgarantie Mitte der 1980er-Jahre unter dem sowjetischen Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow erstmals infrage gestellt wurde, war das Ende der DDR nicht mehr fern. Die westlichen Streitkräfte, die in der Bundesrepublik stationiert waren, besaßen demgegenüber eine gänzlich andere Funktion. Sie dienten nicht innenpolitischen Zwecken und auch nicht in erster Linie der Verankerung der Bundesrepublik im Bündnis der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO). Vielmehr sollten sie – als Instrumente der „Abschreckung" – durch die Bereitschaft zur „Vorneverteidigung" einen Angriff des Warschauer Paktes verhindern. Auf der Grundlage der Pariser Verträge von 1954 und des NATO-Truppenstatuts bildeten die ausländischen Streitkräfte in der Bundesrepublik damit ein Gegengewicht zur militärischen Stärke der Sowjetarmee in Ostmitteleuropa und wurden in dieser Funktion stets von einer großen Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger begrüßt.

akg-images / Erich Höhne

Vorbild Sowjetunion: In kommunistischen Organisationen wie den Jungen Pionieren werden Kinder zur sozialistischen Ideologie und zur Bewunderung für den sowjetischen Verbündeten erzogen. Pioniertreffen im August 1955 in Dresden

Grenzanlagen wie hier an der Heinrich-Heine-Straße zwischen Kreuzberg (Berlin West, li.) und Mitte (Ostberlin) 1986 sollen die DDR-Bürger von der Flucht abhalten.

Neue Ostpolitik

Der Ost-West-Konflikt, der seit 1945 die Entwicklung in Deutschland und Europa beherrschte, machte indessen für lange Zeit jeden Gedanken an eine Überwindung des Status quo illusorisch. Immerhin trug diese Situation durch die enge Einbeziehung der beiden deutschen Staaten in die jeweiligen Machtblöcke dazu bei, das deutsche Negativ-Image zu relativieren und die Furcht vor Deutschland und den Deutschen abzubauen: Indem die Siegermächte ihren jeweiligen Teil Deutschlands in ihr Bündnissystem einfügten, hielten sie ihn zugleich unter Kontrolle. Im Westen galt darüber hinaus das Prinzip der europäischen Integration, bei dem neue überstaatliche Strukturen entstanden. Sie führten zunehmend zu einer Wiederaufwertung der deutschen Position mit der Tendenz, die Deutschen gleichberechtigt in die Staatengemeinschaft wiederaufzunehmen.

In den 1950er- und 1960er-Jahren, als der Kalte Krieg die Ost-West-Beziehungen bestimmte, bedeutete diese Entwicklung jedoch auch eine Entfremdung der beiden deutschen Staaten voneinander sowie ein hohes Maß an Konflikten und gegenseitiger Abgrenzung. Das Bild vom „militaristischen Deutschen“ der Vergangenheit wurde auf beiden Seiten durch neue Feindbilder ersetzt, die sich nun an der ideologischen Auseinandersetzung zwischen den Blöcken orientierten: hier der „imperialistische Klassenfeind“ in der Bundesrepublik, dort das „kommunistische Satelliten-Regime“ in der DDR.

Erst mit Beginn der Lockerung der Ost-West-Konfrontation nach der Doppelkrise um Berlin und Kuba 1961/62, die kurzzeitig die Gefahr eines Dritten Weltkrieges heraufbeschworen hatte und den Wendepunkt im Kalten Krieg hin zur Entspannungs- und Kooperationspolitik markierte, gelang es, die positiven Auswirkungen, welche die Politik der Führungsmächte bereits innerhalb der jeweiligen Blöcke auf das deutsche Image gehabt hatte, auf das Ost-West-Verhältnis zu übertragen.

Einen großen Anteil an dieser Entwicklung hatte die neue Ostpolitik der Bundesrepublik unter Bundeskanzler Willy Brandt, der mit seiner sozialliberalen Koalition nach den Bundestagswahlen vom 20. September 1969 die Regierung übernahm. Brandt hatte als Regierender Bürgermeister von Berlin den Mauerbau am 13. August 1961 miterlebt und danach rasch die Erkenntnis gewonnen, dass entgegen den Hoffnungen der 1950er-Jahre eine Überwindung der deutschen Teilung noch für lange Zeit unmöglich sein werde, weil die mit Unterstützung der Sowjetunion erfolgte äußere Abriegelung der DDR dem SED-Regime vorerst zur Stabilisierung verhalf.

Brandt schloss daraus, dass man in der Deutschlandpolitik nunmehr vom Status quo ausgehen müsse. Sogar direkte Vereinbarungen mit der DDR sollte es nun geben, um den Kontakt zwischen den Menschen in beiden Staaten nicht abreißen zu lassen. Außerdem ging es darum, kurzfristig „menschliche Erleichterungen“ im geteilten Deutschland zu erreichen und langfristig durch gegenseitigen Kontakt und Beeinflussung vielleicht einen „Wandel durch Annäherung“ herbeizuführen, wie Brandts Pressesprecher Egon Bahr im Juli 1963 in Tutzing erklärt hatte.

Diese neue Ostpolitik, die in den 1960er-Jahren vorbereitet und nach 1969 im Rahmen einer allgemeinen Ost-West-Entspannung in die Tat umgesetzt wurde, führte innerhalb kurzer Zeit, zwischen 1970 und 1973, zu den Ostverträgen der Bundesrepublik mit Moskau, Warschau und Prag sowie zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und zum Grundlagenvertrag mit der DDR, in denen die bestehenden Grenzen anerkannt, der Status Westberlins gesichert und Maßnahmen zur Zusammenarbeit vereinbart wurden. Die neue Ostpolitik leistete auf diese Weise einen wichtigen Beitrag zur Entschärfung des Ost-West-Konflikts. Außerdem schuf sie die Voraussetzungen für die Einbe-

Erste innerdeutsche Gespräche: Bundeskanzler Willy Brandt (2. v. li.) und DDR-Ministerpräsident Willi Stoph (2. v. re.) am 19. März 1970 in Erfurt

rufung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) sowie für Gespräche über beiderseitige, ausgewogene Truppenbegrenzungen und trug so dazu bei, der gesamteuropäischen Entspannung den Weg zu ebnen.

All diese Entwicklungen ließen die „deutsche Gefahr", die vor allem die Nachbarn Deutschlands mit Sorge erfüllte, in einem neuen Licht erscheinen: Die Deutschen waren nicht länger „Störenfriede", sondern fügten sich, wie schon seit 1945 innerhalb der Blöcke, nunmehr auch in die Neugestaltung der Ost-West-Beziehungen ein. Dabei stellte die Sicherung des Status quo ein zentrales Element dar, weil ohne die Anerkennung der bestehenden Grenzen und Einflusssphären keine Kooperation über die machtpolitischen und ideologischen Gräben des Kalten Krieges hinweg möglich gewesen wäre.

Wandel durch Annäherung

Die amerikanische Strategie des Friedens lässt sich auch durch die Formel definieren, dass die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll. [...] Die erste Folgerung, die sich aus einer Übertragung der Strategie des Friedens auf Deutschland ergibt, ist, dass die Politik des Alles oder Nichts ausscheidet. Entweder freie Wahlen oder gar nichts, entweder gesamtdeutsche Entscheidungsfreiheit oder ein hartes Nein, entweder Wahlen als erster Schritt oder Ablehnung, das alles ist nicht nur hoffnungslos antiquiert und unwirklich, sondern in einer Strategie des Friedens auch sinnlos.

Heute ist klar, dass die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluss an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozess mit vielen Schritten und vielen Stationen. Wenn es richtig ist, was Kennedy sagte, dass man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjetunion unmöglich, sich die Zone zum Zwecke einer Verstärkung des westlichen Potenzials entreißen zu lassen. Die Zone muss mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir soweit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan. [...] Die Bundesregierung hat in ihrer letzten Regierungserklärung gesagt, sie sei bereit, „über vieles mit sich reden zu lassen, wenn unsere Brüder in der Zone sich einrichten können, wie sie wollen. Überlegungen der Menschlichkeit spielen hier für uns eine größere Rolle als nationale Überlegungen". Als einen Diskussionsbeitrag in diesem Rahmen möchte ich meine Ausführungen verstanden wissen. Wir haben gesagt, dass die Mauer ein Zeichen der Schwäche ist. Man könnte auch sagen, sie war ein Zeichen der Angst und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes. Die Frage ist, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, dass auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist.

Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir Selbstbewusstsein genug haben können, um eine solche Politik ohne Illusion zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des Friedens einpasst, denn sonst müssten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik.

Referat von Egon Bahr (SPD) in Tutzing am 15. Juli 1963, in: Deutschland Archiv 8/1973, S. 862 ff.

MANFRED GÖRTEMAKER

Veränderungen im Zeichen der Entspannung

Die Reformbewegung, die 1980 in Polen begann, griff rasch auf andere Ostblockstaaten über. In der Sowjetunion leitete Gorbatschow eine „Revolution von oben" ein. Nur das SED-Regime lehnte jegliche Liberalisierung ab.

In den 1970er-Jahren gewann die Deutsche Frage eine neue Dimension. Erinnerungen an das Dritte Reich verblassten, und die Idee der deutschen Wiedervereinigung wurde nach der bereits seit 1945 allmählich vollzogenen Integration der beiden deutschen Teilstaaten in die jeweiligen Blöcke nun auch durch eine zunehmende innerdeutsche „Normalisierung" überlagert. Die Welt und sogar die Deutschen selbst gewöhnten sich an den Zustand der deutschen Teilung. Die Tatsache, dass die beiden deutschen Staaten „normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung" entwickelten, wie es im Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 21. Dezember 1972 hieß, wurde von vielen im In- und Ausland beinahe als Selbstverständlichkeit betrachtet.

picture-alliance / dpa / Alfred Hennig

Die Chefunterhändler Egon Bahr (Bundesrepublik, re.) und Michael Kohl (DDR) paraphieren am 8. November 1972 in Bonn den Grundlagenvertrag.

Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21. Dezember 1972

Artikel 1
Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Artikel 2
Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.

Artikel 3
Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten. Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

Artikel 4
Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen davon aus, dass keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann.

Artikel 6
Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen von dem Grundsatz aus, dass die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit jedes der beiden Staaten [...]

Artikel 7
Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik erklären ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln. Sie werden Abkommen schließen, um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern. Einzelheiten sind in dem Zusatzprotokoll geregelt. [...]

Zitiert nach Konrad Stollreither, Das vereinigte Deutschland. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1991, S. 42 f.

Die innerdeutschen Beziehungen

1972 **Transitabkommen**
Rechtssicherheit und zügige Abfertigung von Reisenden und Gütern im Transitverkehr mit Berlin (West)

1972 **Verkehrsvertrag**
Regelung des gegenseitigen Wechsel- und Transitverkehr

1973 **Grundlagenvertrag**
Gegenseitiger Gewaltverzicht / Unverletzlichkeit der Grenzen / Beschränkung der Hoheitsgewalt auf das jeweils eigene Staatsgebiet / Austausch ständiger Vertretungen / Regelung praktischer und humanitärer Fragen / Entwicklung des innerdeutschen Handels / Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technik, des Gesundheits- und des Verkehrswesens

1973 **UNO-Beitritt**
beider deutscher Staaten

1974 **Ständige Vertretungen**
eingerichtet

1974 **Gesundheitsabkommen**

1978 **Grenzprotokoll**

1979 **Kleiner Grenzverkehr**
erweitert

1987 **Umweltvereinbarung**

1976 **Postabkommen**

1975 **Verkehrsvereinbarungen**
1978 Aus- und Neubau der Tran
1980 sitwege zwischen dem
1985 Bundesgebiet und Berlin,
1988 Transitpauschale

1986 **Kulturabkommen**

1987 **Wissenschafts-abkommen**

Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 56 840

Allerdings verschwand die Wiedervereinigung nicht völlig von der Tagesordnung. Für die Bundesrepublik war sie eine grundgesetzliche Verpflichtung. Und die DDR-Führung argumentierte, dass eine Wiedervereinigung möglich sei, falls sich der Sozialismus in der Bundesrepublik durchsetze. Aus Sicht der DDR blieben die innerdeutschen Beziehungen allerdings ein Teil der „globalen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus". Die Politik der „friedlichen Koexistenz" – des friedlichen Nebeneinanders von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung – war aus dieser Perspektive kein Versuch zur Aussöhnung, sondern nur eine Form des Klassenkampfes. Die westdeutschen Verhandlungspartner im Rahmen der Entspannung galten nicht in erster Linie als Angehörige derselben deutschen Nation, sondern vor allem als politische Gegner, die man weiter bekämpfen musste – zumal die neue Ostpolitik der Bundesrepublik zunehmend sogar die innere Stabilität der DDR gefährdete.

Abgrenzungspolitik der DDR

Innenpolitische Probleme ergaben sich für die DDR vor allem aus den Folgewirkungen der Fülle von Vereinbarungen, die in den Jahren 1971 bis 1973 zwischen den beiden deutschen Staaten geschlossen wurden. So willkommen die internationale Anerkennung war, die sich damit für die DDR verband – innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Grundlagenvertrages nahmen 68 Länder diplomatische Beziehungen mit Ostberlin auf, außerdem wurden beide deutschen Staaten Mitglieder der UNO –, so problematisch erschienen aus der Sicht der DDR-Führung deren innenpolitische Konsequenzen: Während beispielsweise 1970 nur etwa zwei Millionen Menschen aus der Bundesrepublik und Westberlin die DDR und Ostberlin besucht hatten, stieg diese Zahl bereits 1973 auf über acht Millionen an. Und die Zahl der Telefongespräche zwischen Ost und West, die 1970 lediglich 700 000 betragen hatte, explodierte bis 1980 förmlich auf über 23 Millionen jährlich. Angesichts der Tatsache, dass die DDR bereits durch die westlichen Medien – vor allem durch das westdeutsche Fernsehen, das abgesehen vom Raum Dresden und dem nordöstlichen Teil Mecklenburg-Vorpommerns überall in der DDR empfangen werden konnte – starker Beeinflussung ausgesetzt war, wuchs daher die Sorge der DDR-Führung, dass die Zunahme der persönlichen Kontakte sich negativ auf den inneren Zusammenhalt der DDR auswirken könnte.

„Abgrenzung" hieß daher die Devise, mit der das SED-Regime der neuen Herausforderung zu begegnen suchte. Entsprechend äußerte sich schon am 13. September 1970, kurz nach den ersten zwei Begegnungen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerpräsident Willi Stoph in Erfurt und Kassel, das für die Außenpolitik zuständige Mitglied des SED-Politbüros, Hermann Axen. Und wenige Tage später, am 6. Oktober, wies auch Stoph selbst die „Fiktion der sogenannten Einheit der Nation" zurück. Schlüsselgruppen, wie etwa Partei- und Staatsfunktionären sowie Wehrpflichtigen, war es künftig untersagt, Kontakte zu Ausländern, zu denen auch die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik gerechnet wurden, zu unterhalten. In einem „Besucherbuch" waren die Namen derjenigen zu notieren, die nicht aus der DDR stammten und DDR-Bürger in ihren Wohnungen aufsuchten.

picture-alliance / Jochen Eckel

Akten aus dem ehemaligen DDR-Ministerium für Staatssicherheit, die heute im Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde in Berlin aufbewahrt werden

Auf einem Parteitag der SED 1971 vertrat Honecker zudem die Auffassung, dass sich in Deutschland zwei getrennte Nationen entwickelten: die „sozialistische Nation" in der DDR und die „kapitalistische Nation" in der Bundesrepublik. Historiker und Parteiideologen wurden beauftragt, den Standpunkt der Bonner Regierung, wonach die deutsche Nation aufgrund der gemeinsamen Geschichte und des weiter vorhandenen Zusammengehörigkeitsgefühls fortbestehe, zurückzuweisen.

Schließlich unternahm die DDR-Führung auch Schritte, um die Verwendung des offensichtlich als problematisch empfundenen Wortes „deutsch" einzuschränken. So wurde die DDR in ihrer neuen Verfassung aus dem Jahre 1974 nur mehr als „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern" und nicht mehr, wie noch in der Verfassung von 1968, als „sozialistischer Staat deutscher Nation" bezeichnet. Der von dem Schriftsteller Johannes R. Becher 1943 geschriebene Text der späteren DDR-Nationalhymne „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland einig Vaterland" durfte nicht mehr gesungen werden.

Ausbau des Sicherheitsapparates

Die bedenklichste Form der Abgrenzung vollzog sich jedoch auf dem Gebiet des Staatssicherheitsapparates, der seit der neuen Ostpolitik immer weiter ausgebaut wurde und sich bald zu einem Instrument der flächendeckenden Kontrolle der DDR-Bevölkerung entwickelte. Der Etat des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der 1968 eine Summe von 5,8 Milliarden DDR-Mark aufgewiesen hatte, wuchs bis 1989 um etwa 400 Prozent auf 22,4 Milliarden. Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter, die beim Amtsantritt Erich Mielkes 1957 erst 17400 betragen hatte, stieg bis 1989 auf 91000. Noch bemerkenswerter ist, dass sich deren Zahl allein in den Jahren der Entspannung von 1972 bis 1989 verdoppelte, wobei die größten Zuwachsraten in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre zu verzeichnen waren. Nicht eingerechnet sind dabei die zuletzt 173000 „Inoffiziellen Mitarbeiter", die ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zur Bespitzelung der DDR-Bevölkerung leisteten.

ullstein bild – Kurt Seliger

picture-alliance / dpa

Kritiker des SED-Regimes: Robert Havemann (li.) und Wolf Biermann

Alle Anstrengungen der Staatssicherheit (Stasi) konnten indessen nicht verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger der DDR das Klima der Entspannung zum Anlass nahmen, auch im eigenen Lande eine Lockerung der strengen Zensur und Überwachung zu fordern, die in den ersten zwei Jahrzehnten seit Gründung der DDR geherrscht hatten. Von 1949 bis in die frühen 1970er-Jahre hatte es für Schriftsteller, Künstler und Oppositionsgruppen kaum Entfaltungsmöglichkeiten gegeben. Mochten auch der Philosoph und Journalist Wolfgang Harich in den 1950er-Jahren und so unterschiedliche Autorinnen und Autoren wie Christa Wolf, Stefan Heym und Stephan Hermlin in den 1960er-Jahren gelegentlich gegen die DDR-Kulturpolitik protestieren, so boten sich doch wenig Möglichkeiten der Veränderung. Staatliche Repressionen unterschiedlichen Grades gegen Kritiker wie Wolf Biermann, Stefan Heym und den zeitweise unter Hausarrest gestellten Professor Robert Havemann trugen zusätzlich dazu bei, das Ausmaß kontroverser öffentlicher Diskussionen einzudämmen.

Nach Beginn der Entspannungspolitik gestand SED-Parteichef Erich Honecker zwar im Mai 1973 den Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern der DDR „ein weites Feld für künstlerische Kreativität“ zu. Doch die Grenzen der Autonomie wurden sichtbar, als Wolf Biermann 1976 nach einer Konzerttournee in der Bundesrepublik nicht wieder in die DDR zurückkehren durfte, sondern ausgewiesen wurde. Freunde und Bekannte, die gegen diese Maßnahme der DDR-Führung protestierten, wurden ebenfalls verfolgt. Gleiches galt für zahlreiche andere prominente DDR-Schriftsteller, Musiker und Künstler, die entweder ausgebürgert wurden oder langfristige Ausreisegenehmigungen erhielten. Der Exodus prominenter DDR-Intellektueller bedeutete nicht nur einen großen geistigen Verlust für die DDR, sondern war auch ein bezeichnender Ausdruck für die Problematik der DDR-Kulturpolitik, die sich angesichts der Entspannungsfolgen nicht anders zu helfen wusste, als unliebsame Geister abzuschieben, um die Stabilität des Regimes zu sichern.

Wachsende Unruhe

Unruhe und Opposition gab es in den 1970er-Jahren in der DDR aber auch in anderen Bereichen. So begannen Pastoren damit, sich gegen die Diskriminierung ihrer Kirchen aufzulehnen und jungen Menschen unter dem Dach der Gotteshäuser ein Forum zu bieten. Von den Kirchen veranstaltete Diskussionen über Sexualität, Alkoholismus, Rockmusik, das Leben in der DDR und sogar über die Militarisierung der Gesellschaft waren nun keine Seltenheit mehr. Sie führten dazu, dass die Gottesdienste oft überfüllt waren und dass sich vor allem die evangelischen Kirchen zu einem Sammelbecken der Opposition entwickelten.

Mit der Ruhe, die zwei Jahrzehnte lang geherrscht hatte, war es nun vorbei. Daran änderte auch der am 6. März 1978 auf einem Treffen zwischen Honecker und den Kirchenführern der DDR unter Bischof Albrecht Schönherr geschlossene informelle Pakt nichts, welcher der Kirche bescheinigte, „eine autonome Organisation von sozialer Bedeutung“ zu sein.

Militarisierung der Gesellschaft: Kinder üben 1978 im Beisein von Mitgliedern der Nationalen Volksarmee mit einer Kalaschnikow Zielschießen

Symbol der DDR-Friedensbewegung

Die Beruhigung, die sich die SED-Führung von diesem Treffen erhofft hatte, trat nicht ein. Die Kirchen blieben vielmehr ein wichtiger Angelpunkt der Opposition in der DDR. Beispiele dafür waren die 1979/80 öffentlich geübte Kritik am Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan und im Januar 1982 die Übersendung des von mehreren hundert Ostdeutschen unterzeichneten sogenannten Berliner Appells an Honecker durch den Ostberliner Pastor Rainer Eppelmann, in dem die Militarisierung der Kindererziehung in der DDR angeprangert wurde. Etwa zur selben Zeit gewann die Friedensbewegung, die in Westeuropa bereits seit 1980 sehr aktiv war, auch in der DDR an Bedeutung. Zehntausende von zumeist jungen Ostdeutschen nahmen unter dem Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“ an einer Vielzahl von Veranstaltungen teil, ehe die SED-Führung nach dem Scheitern der Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung 1983 offen gegen die Friedensbewegung in der DDR vorging und Ausweisungen sowie Verhaftungen vornehmen ließ.

Aber mit der Ausweisung einzelner Oppositioneller war es jetzt nicht mehr getan. Anfang 1984 beschloss die DDR-Regierung daher, 31 000 Bürgerinnen und Bürgern die Ausreise zu erlauben. Verglichen mit den 7729 Personen, die 1983 die DDR verlassen hatten, war dies eine bemerkenswerte Steigerung. Dass sich die Stimmungslage in der DDR grundsätzlich zu ändern begann, zeigte sich auch an der ersten „Botschaftsbesetzung“ im Juli 1984, bei der 50 Ostdeutsche in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin Zuflucht suchten, um die Genehmigung zur Ausreise aus der DDR zu erhalten. Nachdem die ökonomischen Rahmenbedingungen aufgrund der Ölkrisen von 1973 und 1979 ungünstiger geworden waren und die DDR im direkten, auch optisch sichtbaren Vergleich mit der Bundesrepublik entgegen der staatlichen Propaganda immer schlechter abschnitt, schien die Unzufriedenheit der Menschen mit den Verhältnissen in der DDR zuzunehmen. Die Zuversicht, die zu Beginn der Honecker-Ära 1971 noch geherrscht hatte, war verflogen. Eine Besserung war nicht in Sicht.

Freiheitsbestrebungen: Lech Wałęsa, der Führer der Gewerkschaftsbewegung „Solidarität", am 17. Juni 1983 auf der Lenin-Werft in Danzig

Entwicklung in den Nachbarstaaten

Die Frustration der ostdeutschen Bevölkerung über den Mangel an Reformen in der DDR wurde noch verstärkt durch Beispiele des Wandels in Polen, Ungarn und der Sowjetunion. Obwohl die meisten DDR-Bürger anfänglich ihren relativen wirtschaftlichen Wohlstand dem vermeintlichen polnischen Chaos, der ungarischen Schaukelpolitik und der sowjetischen Unbeweglichkeit vorzogen, wäre es verfehlt anzunehmen, dass diese Reformbewegungen nur einen marginalen Einfluss auf die innere Entwicklung der DDR gehabt hätten. Im Gegenteil, die Weigerung der SED-Führung, ähnliche Reformen einzuleiten, trug erheblich dazu bei, dass viele Ostdeutsche die Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse aufgaben und entweder resigniert Fluchtpläne schmiedeten oder nach Alternativen innerhalb der eigenen Grenzen Ausschau hielten. Die ostdeutsche Revolution des Jahres 1989 bereitete sich somit längerfristig vor.

Streiks in Polen

Im Sommer 1980 eskalierten Arbeiterunruhen auf den Werften von Danzig und Gdingen und brachten die unabhängige Gewerkschaftsbewegung „Solidarität" (poln.: *Solidarność*) hervor, aus der heraus im September 1980 der gleichnamige unabhängige Gewerkschaftsverband gegründet wurde. Diese Entwicklungen bedeuteten eine Herausforderung der etablierten kommunistischen Parteiherrschaft, die auch die innere Stabilität der DDR bedrohte. Diese war eine Vorbedingung der traditionellen Entspannungspolitik seit den 1970er-Jahren gewesen. Streiks und Arbeiterproteste waren in der DDR zwar nicht in gleicher Weise wahrscheinlich, aber auch nicht – wie die Erinnerung an den 17. Juni 1953 zeigte – unmöglich.

Die Regierung in Ostberlin entschied sich deshalb am 30. Oktober 1980 zu einer ersten Vorsichtsmaßnahme, indem sie den visafreien Verkehr zwischen der DDR und Polen aufhob und für den Reiseverkehr zwischen den beiden Staaten strenge Auflagen erließ. Die Abgrenzung gegenüber dem Westen wurde nun ergänzt durch Abschirmung gegenüber dem Osten. Der Prozess der Selbstisolierung der DDR begann. Die Maßnahmen der Staatssicherheit wurden auf Drängen Erich Mielkes, des DDR-Ministers für Staatssicherheit, nochmals drastisch verschärft, um, wie er mit Blick auf Polen erklärte, die „inhumanen und antisozialistischen Pläne und Machenschaften der Kräfte der Konterrevolution" zu bekämpfen, die von „imperialistischen Kräften im Westen" geschürt würden.

Tatsächlich waren die Auswirkungen der polnischen Ereignisse auf die DDR geringer als erwartet. Bis zum Sommer 1981 hatten sich die Ostdeutschen als unempfänglich für die polnischen Entwicklungen erwiesen. Es gab sogar Anzeichen für Ressentiments gegenüber den Polen, wobei alte Vorurteile – auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze – neu aufbrachen, sodass die Abschirmungsmaßnahmen des SED-Regimes von der Bevölkerung der DDR zumindest partiell begrüßt wurden.

Aber die Erleichterung der SED-Führung, die noch zunahm, als mit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 auch jede Tätigkeit der Gewerkschaft „Solidarität" untersagt wurde, war nur von kurzer Dauer. Denn General Wojciech Jaruzelski, der das Kriegsrecht verhängt hatte, erwies sich als weit weniger konsequent im Sinne der kommunistischen Orthodoxie, als man in Ostberlin gehofft hatte. Nach der Aufhebung des Kriegsrechts im Juli 1983 ließ Jaruzelski den Polen – einschließlich der „Solidarität"-Bewegung – ohne viel Aufhebens ein Maß an Freiheit und politischem Pluralismus, das in anderen kommunistischen Ländern noch unbekannt war.

Reformen in Ungarn

Ein Jahr später war das Übergreifen der polnischen Reformen auf andere Länder des Ostblocks nicht mehr zu übersehen und wurde auch von der DDR-Führung wahrgenommen. In Ungarn

Erstarrung: Die Kremlführung (v.l.n.r.: Tschernenko, Tichonow, Breschnew, Grischin, Kirilenko und Gromyko) bei der Parade zum 1. Mai auf dem Roten Platz in Moskau 1982

war es bereits zwischen 1982 und 1984 zu einer intensiven Diskussion über die wirtschaftliche und politische Zukunft des Landes gekommen. Der Grund hierfür war, dass der seit 1956 vom langjährigen Chef der Kommunistischen Partei in Ungarn, János Kádár, praktizierte „ungarische Weg" – das heißt die Strategie, ökonomische Reformen von politischer Liberalisierung zu trennen – sich als ungeeignet erwiesen hatte, den erhofften Fortschritt herbeizuführen. Obwohl diese Debatte – anders als in Polen – nicht von Streiks und sozialen Unruhen ausgelöst worden war, wurde Kádár dadurch schließlich doch gezwungen, Maßnahmen zur Verstärkung der unternehmerischen Freiheit, dem Prinzip der persönlichen Verantwortung für ökonomische Leistung und einer Liberalisierung des Wahlgesetzes zuzustimmen.

Unterstützung für das Streben Ungarns nach mehr Eigenständigkeit kam überraschenderweise zunächst aus der DDR, wo Honecker sich bemühte, den Schaden zu begrenzen, der für die DDR aus der seit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 zu beobachtenden Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen entstanden war. Da die DDR aus wirtschaftlichen Gründen auf die in der Ära der Entspannung geknüpften Kontakte nicht mehr verzichten konnte, war sie wie Ungarn auf weitere Kooperation mit dem Westen angewiesen. Die Situation war nicht ohne Ironie: Honecker verbündete sich mit Ungarn zu einer Zeit, als man in Budapest soeben daran ging, einen Kurs innerer Reformen und der Öffnung nach außen einzuschlagen, der später wesentlich dazu beitrug, das Regime der SED zu stürzen.

Dabei behielt Honeckers politische Formel, die er seit den 1970er-Jahren stets vertreten hatte, jedoch weiterhin Gültigkeit: Ausbau der Westkontakte bei gleichzeitigem Bemühen, das Eindringen demokratischer Ideen in die DDR zu verhindern. Auch als Michail Gorbatschow im Frühjahr 1985 zum neuen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) ernannt wurde, blieb Honecker bei dieser Unterscheidung: Im selben Maße, in dem er Gorbatschows Anstrengungen zur Erneuerung der Ost-West-Entspannung befürwortete, wies er zugleich dessen Forderung nach größerer Offenheit sowie ökonomischen und politischen Umstrukturierungen im Innern zurück.

Sowjetunion: Revolution wider Willen?

Bis zu diesem Zeitpunkt war die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) trotz gelegentlicher Veränderungen in der Taktik und Akzentuierung der sowjetischen Politik unter Stalin, Chruschtschow, Breschnew, Andropow und Tschernenko stets eine Bastion leninistischer Einparteiherrschaft und einer staatlich gelenkten Planwirtschaft geblieben. Für die DDR bedeutete dies Existenzsicherung und Stabilität. Die konservative Kremlführung, revolutionärem Wandel und demokratischem Aufruhr zutiefst abgeneigt, sicherte durch die bloße Anwesenheit sowjetischer Truppen, aber auch durch psychologischen Druck und militärische Macht den Einfluss der SED als bestimmende Kraft in Ostdeutschland.

Tatsächlich bestand vierzig Jahre lang eine stille Übereinstimmung zwischen den Regierungen in Moskau und Ostberlin, dass die sowjetische Präsenz ein grundlegendes Element der inneren Stabilität der DDR darstellte. Die 380 000 in der DDR stationierten sowjetischen Soldaten dienten mindestens ebenso dem Zweck, die SED an der Macht zu halten, wie dazu, die äußere Sicherheit der DDR zu garantieren. Solange die Regierung in Moskau keinen Zweifel daran ließ, dass die Präsenz der Roten Armee der Disziplinierung diente und stets die Bereitschaft zur Gewaltanwendung und Niederschlagung

Michail Gorbatschow wird am 10. März 1985 neuer Generalsekretär der KPdSU und leitet umfassende Reformen ein.

oppositioneller Bewegungen einschloss, waren weder die Stabilität der DDR noch der Zusammenhalt des sowjetischen Imperiums in Osteuropa ernstlich in Gefahr.

All dies änderte sich – wenn auch nicht über Nacht – mit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows am 10. März 1985. Der neue Generalsekretär der KPdSU besaß zwar über die Eckpfeiler seiner Politik Glasnost und Perestroika hinaus noch kein endgültiges Gesamtkonzept für Reformen, sodass seine Politik oft widersprüchlich und wenig homogen wirkte. Aber die Stoßrichtung seiner grundsätzlichen Abkehr vom Stil und von den Denkweisen seiner Vorgänger war nicht zu übersehen. Dabei ging es im Kern nicht um die Beseitigung, sondern um die Stärkung des Sozialismus.

Wie Gorbatschow und seine Mitstreiter erkannt hatten, war das sowjetische System in seiner bisherigen Form zwar durchaus geeignet gewesen, der Industrialisierung im rückständigen Russland und den angrenzenden Gebieten zum Durchbruch zu verhelfen und Massengüter zu produzieren. An der Schwelle zu einer modernen Kommunikationsgesellschaft waren jedoch neue Anforderungen entstanden, denen das bürokratisch verkrustete sowjetische System kaum gewachsen war. Denn das sowjetische System war in seinen Fundamenten von der Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei geprägt, die ihre diktatorischen Einflüsse in allen Bereichen ausgedehnt hatte und nicht nur die Politik und das Militär, sondern auch Wirtschaft und Gesellschaft bestimmte. Aus dieser Tatsache resultierte eine Inflexibilität, die den Anforderungen der modernen Zeit nicht mehr entsprach. Die neue Welt basierte auf Computern, auf der weitgehenden Vernetzung aller relevanten Informationsträger sowie auf Kreativität und Verantwortungsbereitschaft und -fähigkeit aller Ebenen – das heißt auf einer Struktur, die in einer abgeschotteten Gesellschaft undenkbar war.

Die Verwirklichung von Glasnost im Sinne einer Öffnung der sowjetischen Gesellschaft war daher ein primäres Anliegen der Gorbatschowschen Politik. Durch größere Offenheit und Transparenz sollte die UdSSR auf die Ansprüche und Bedürfnisse der modernen Kommunikationsgesellschaft vorbereitet werden. Dies war allerdings nur möglich, wenn zugleich eine grundlegende Umgestaltung des politischen, ökonomischen und sozialen Systems der Sowjetunion (Perestroika) erfolgte, bei der vor allem der wirtschaftliche Bereich durch eine Neustrukturierung und personalpolitische Wechsel auf vielen Ebenen reformiert und flexibilisiert wurde.

Perestroika sollte deshalb die Möglichkeit eröffnen, der diktatorischen Einengung zu entkommen und eine Differenzierung und Regionalisierung der Entscheidungen und Handlungsabläufe zu ermöglichen. Zugleich sollte mit dieser Abwendung von der bisherigen Parteidiktatur die Kooperationsbereitschaft des Westens zurückgewonnen werden, die unter Staatschef Breschnew und seinen Nachfolgern Andropow und Tschernenko verloren gegangen war. Ein „neues Denken“ war angesagt, das eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft im Blick hatte.

Aufgabe der Breschnew-Doktrin

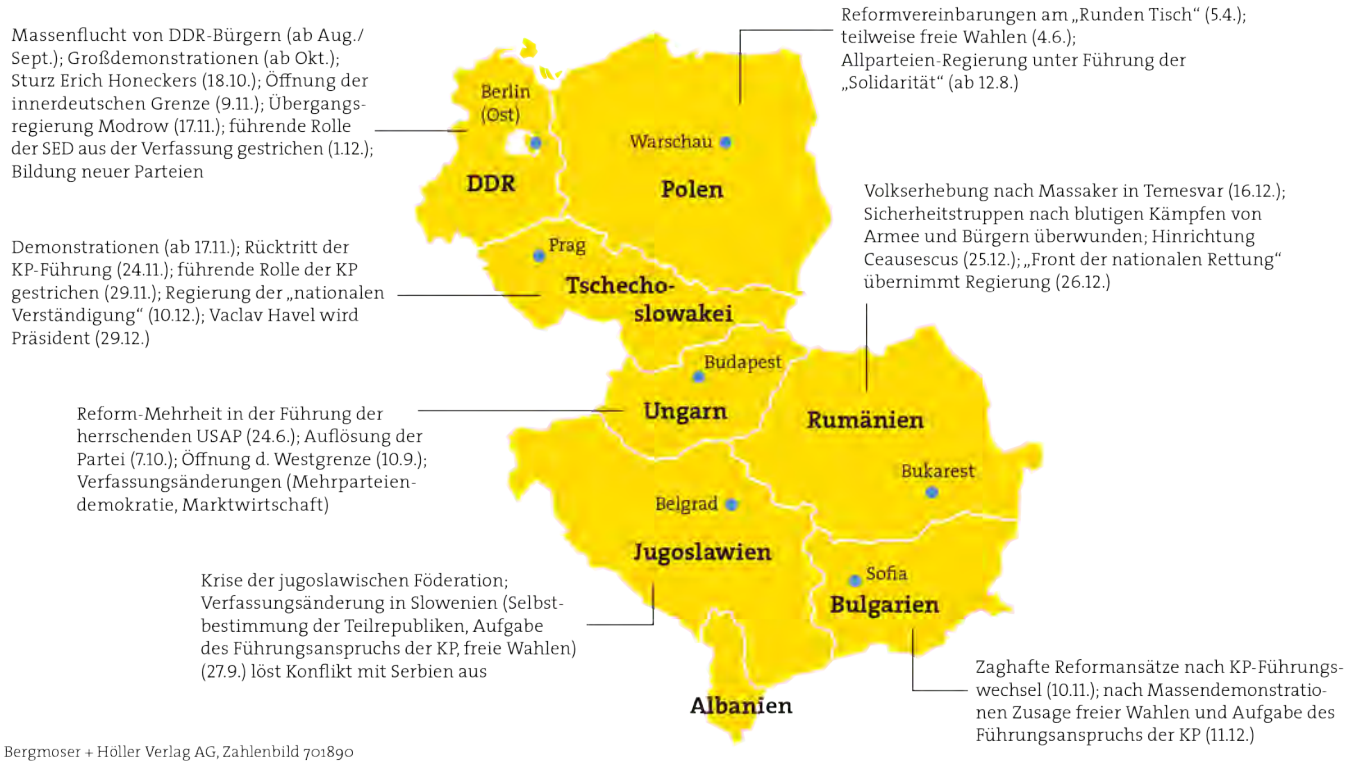
Entscheidend für die DDR war indessen die Tatsache, dass eine solche Politik der Reformen, die Gorbatschow selbst vieldeutig und prophetisch als „zweite Revolution“ bezeichnete, aus zwei Gründen in höchstem Maße bedrohlich war: Zum einen gefährdeten innere Reformen, die auf eine Schwächung der repressiven Macht des Partei- und Staatsapparates hinausliefen, den inneren Zusammenhalt der DDR, die sich noch nie auf politische Legitimität durch freie Wahlen hatte stützen können. Zum anderen war spätestens seit 1987 absehbar, dass die Umsetzung dieser Politik auf außenpolitischer Ebene zu einer Revision der sogenannten Breschnew-Doktrin führen würde. Diese war nach dem Einmarsch von Truppen aus fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei (ČSSR) zur Beendigung des „Prager Frühlings“ im August 1968 von sowjetischen Parteiideologen entwickelt und danach von Generalsekretär Breschnew zur nachträglichen Rechtfertigung der ČSSR-Intervention verkündet worden. Die Doktrin erhob mit der Begründung einer „begrenzten Souveränität sozialistischer Länder“ und einem „beschränkten Selbstbestimmungsrecht“ einen militärischen Interventionsanspruch für die Sowjetunion, falls die kommunistische Herrschaftsordnung in einem Land ihres Machtbereiches bedroht schien.

Gorbatschow glaubte offenbar nicht, dass die Aufhebung der Breschnew-Doktrin und damit die Rücknahme der sowjetischen Bestandsgarantie für die sozialistischen Systeme in den osteuropäischen Ländern zu schwerwiegenden Konsequenzen führen werde. Er hielt die These von der „begrenzten Souveränität“ und dem „beschränkten Selbstbestimmungsrecht“ sozialistischer Staaten für ein entbehrliches Instrument aus der Vergangenheit. Auch im Verhältnis zu den osteuropäischen Ländern, so meinte Gorbatschow, seien Reformen – vor allem aus wirtschaftlichen Gründen – dringend notwendig. Die damit verbundene Neugestaltung des Verhältnisses der sozialistischen Länder untereinander werde sogar zu einem weiteren Aufschwung des Sozialismus beitragen.

Am 10. April 1987 deutete sich diese Positionsveränderung erstmals in der Öffentlichkeit an, als Gorbatschow in einer Rede in Prag erklärte: „Wir sind weit davon entfernt, von jedem zu erwarten, uns zu kopieren. Jedes sozialistische Land hat seine spezielle Gestalt, und jede Bruderpartei entscheidet vor dem Hintergrund der jeweiligen nationalen Bedingungen selbst über ihre politische Linie […]. Niemand hat das Recht, einen Sonderstatus in der sozialistischen Welt für sich zu beanspruchen. Die Unabhängigkeit jeder Partei, ihre Verantwortung für ihr Volk und das Recht, die Probleme der Entwicklung ihres Landes auf souveräne Weise zu lösen – das sind für uns unumstößliche Prinzipien.“

Eine ähnliche Auffassung vertrat Gorbatschow auch bei anderen Gelegenheiten in den folgenden Jahren noch mehrfach. So bemerkte er etwa in einer Rede vor dem Europarat in Straßburg am 7. Juli 1989 unter direkter Bezugnahme auf die Breschnew-Doktrin, „jede Einmischung in innere Angelegenheiten, alle Versuche, die Souveränität von Staaten – sowohl von Freunden und Verbündeten als auch von jedem

Demokratische Revolution in Osteuropa 1989



Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 701890

sonst – zu beeinträchtigen", seien „unzulässig". Die „Philosophie des gemeinsamen europäischen Hauses" schließe die Möglichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes und „die Anwendung von Gewalt, vor allem militärischer Gewalt, zwischen den Bündnissen, innerhalb der Bündnisse oder wo auch immer" aus.

Im Oktober 1989 schließlich verkündete der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerassimow, am Rande eines Besuchs von Gorbatschow in Finnland gut gelaunt, die Breschnew-Doktrin werde durch die „Sinatra-Doktrin" ersetzt. Er spielte damit auf den amerikanischen Sänger Frank Sinatra an, der sich mit seinem in aller Welt populären Song „My Way" auf sehr persönliche Weise zu einem „eigenen Weg" – also zur Selbstbestimmung – bekannte. Der Hinweis auf dieses Lied war mithin eine indirekte Aufforderung an die Länder im bisherigen sowjetischen Machtbereich, nunmehr ohne Furcht vor sowjetischer Intervention eigene politische, wirtschaftliche und soziale Reformen einzuleiten.

Die DDR als Insel der Orthodoxie

Bei der DDR-Spitze riefen diese Entwicklungen große Besorgnis hervor. Zwar war die Regierung in Ostberlin mehr als ein Jahrzehnt lang in der Lage gewesen, durch ihre Politik der Abgrenzung die Kontakte der DDR-Bürgerinnen und -Bürger mit dem Westen zu begrenzen und die destabilisierenden Folgen der Entspannung durch eine Mischung aus sozialer Bedürfnisbefriedigung und staatlicher Kontrolle abzufangen, sodass Beobachter schon dazu verleitet wurden, die innere Stabilität und den relativen Erfolg der DDR viel zu hoch zu veranschlagen. Aber nachdem die Sowjetunion, die für die Rückendeckung des SED-Regimes in jeder Hinsicht unverzichtbar war, nun selbst eine „Revolution von oben" forderte und andere Ostblockstaaten wie Polen, Ungarn und selbst die Tschechoslowakei bereits Auflösungserscheinungen zeigten, wurde die Lage für die DDR kritisch.

Natürlich sah sich die DDR-Führung durch diese „reformistische Einkreisung" bedroht. Aber sie reagierte darauf nicht mit eigenen Reformen, sondern mit weiterer Selbstisolierung: Das SED-Regime wurde zu einer Insel der Orthodoxie in einem Meer politischer, ökonomischer und ideologischer Strukturveränderungen. Honecker bestand sogar ausdrücklich darauf, dass die DDR nicht gezwungen werden dürfe, dem sowjetischen Modell zu folgen, sondern dass es ihr erlaubt sein müsse, einen Sozialismus „in den Farben der DDR" zu entwickeln. Kurt Hager, Mitglied des Politbüros der SED und Chefideologe der Partei, stellte in diesem Zusammenhang in einem Interview mit der Zeitschrift „Der Stern" vom 9. April 1987 die viel zitierte rhetorische Frage, ob man sich denn verpflichtet fühlen müsse, seinem Nachbarn zu folgen, wenn dieser beschließe, in seinem Haus die Wände neu zu tapezieren. Die DDR-Führung jedenfalls – so ließ sich den Äußerungen Honeckers und Hagers entnehmen – verspürte keine Verpflichtung zu inneren Reformen. Im Gegenteil, man hielt sie für höchst überflüssig und schädlich, ja gefährlich.

Aus der begrenzten Sicht einer kommunistischen Kaderpartei war diese Einschätzung sogar zutreffend. Denn vor allem die improvisierten Bemühungen Gorbatschows, Glasnost und Perestroika in die Tat umzusetzen, ermutigten Reformer in anderen Ländern Osteuropas, weiter voranzuschreiten, da man ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion immer weniger befürchten musste.

Im April und Mai 1988 kam es deshalb in Polen zu neuen Streiks der Stahl- und Werftarbeiter, die sich zunächst zu einer Kraftprobe zwischen der offiziell immer noch verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" und dem Regime von General Jaruzel-

Reaktionen auf das Sputnik-Verbot

MfS-Bericht vom 30. November 1988

In der Mehrzahl der Meinungsäußerungen widerspiegelt sich nach wie vor Unverständnis bis hin zu prinzipieller Ablehnung mit dem Grundtenor, dass diese Entscheidung politisch falsch sei. In diesem Sinne äußern sich besonders heftig, teilweise außerordentlich aggressiv, Angehörige der wissenschaftlich-technischen, medizinischen, künstlerischen und pädagogischen Intelligenz sowie Studenten an allen Universitäten und Hochschulen der DDR. [...]

Hauptargument der sich mit Unverständnis und Ablehnung äußernden Personen ist, damit werde die Bevölkerung der DDR politisch entmündigt. Eine solche Maßnahme sei Ausdruck mangelnden Vertrauens der Partei- und Staatsführung in die politische Reife und das Staatsbewusstsein der Bürger der DDR. Progressive Kräfte, besonders im wissenschaftlichen Bereich Tätige, vertreten die Auffassung, dass damit der denkbar ungeeignetste Weg der Auseinandersetzung mit falschen Geschichtsauffassungen gewählt worden sei. [...]

Die Maßnahme der DDR sei Ausdruck der grundsätzlichen zwiespältigen bzw. ablehnenden Haltung der Partei- und Staatsführung der DDR zur Politik der Umgestaltung in der UdSSR überhaupt. [...]

Vorliegenden Hinweisen zufolge münden die ablehnenden Haltungen und damit verbundenen Erwartungen hinsichtlich einer Korrektur dieser Entscheidung in erheblichem Umfang in folgende beachtenswerte Verhaltensweisen und Aktivitäten:

- Anbringen ablehnender Stellungnahmen an Wandzeitungen bzw. Aushängen selbstgefertigter Plakate und Handzettel an öffentlichkeitswirksamen Stellen. [...]
- Einzel- und Kollektiveingaben an zentrale Partei- und Staatsorgane sowie an den Zentralvorstand der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, Briefe an Redaktionen;
- Sammlung von Unterschriften unter Protestschreiben bzw. ablehnende Stellungnahmen;
- zahlreiche angekündigte, zum Teil bereits vollzogene Austritte aus der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft (in Einzelfällen Brigaden in Betrieben);
- Einzelbeispiele von Austritten aus der SED unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Entscheidung.

Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!" Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Dietz-Verlag, Berlin 1994, S. 53 ff.

Dezemberausgabe 1989 der deutschsprachigen sowjetischen Zeitschrift „Sputnik". Das reformorientierte Magazin ging nach einjähriger Zwangspause wieder in den Verkauf.

ski entwickelten, dann aber im Februar 1989 – ganz auf der Linie Gorbatschows – zu Gesprächen zwischen Innenminister Czesław Kiszczak, Vertretern des offiziellen Gewerkschaftsbundes und dem Führer der „Solidarität", Lech Wałęsa, führten, um die Situation zu entschärfen. Um schon von der Atmosphäre her keine Frontenbildung aufkommen zu lassen, wurden die Verhandlungen an einem „Runden Tisch" geführt, der bald symbolische Bedeutung erlangen sollte. Wichtigste Ergebnisse waren im April 1989 eine Verfassungsreform und die Wiederzulassung der „Solidarität" sowie im Juni 1989 die ersten Parlamentswahlen in Polen nach dem Kriege mit teilweise freier Kandidatenaufstellung.

In Ungarn wurde Ministerpräsident Károly Grósz am 22. Mai 1988 als Verfechter weitreichender politischer und wirtschaftlicher Reformen zum neuen Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei ernannt, während der langjährige Partei- und Staatschef János Kádár zunächst auf das neu geschaffene Amt eines Ehrenpräsidenten abgeschoben wurde, ehe man ihn im Mai 1989 aller Ämter enthob. Zugleich wurde – auch dies ein Affront für alle überzeugten Kommunisten – Imre Nagy, der 1958 in einem Geheimprozess zum Tode verurteilte und hingerichtete Führer des ungarischen Volksaufstandes von 1956, rehabilitiert und feierlich neu bestattet.

In der Tschechoslowakei war die Auflösung noch nicht so weit fortgeschritten wie in Polen und Ungarn. Aber auch hier wurde Staats- und Parteichef Gustáv Husák im Dezember 1987 durch den jüngeren und flexibleren Miloš Jakeš ersetzt. Selbst wenn dies noch keine unmittelbare Liberalisierung des Regimes bedeutete, bewirkte der wachsende Ruf nach Demokratie und Freiheit in der ČSSR jetzt ebenfalls eine Beschleunigung des Reformprozesses.

Währenddessen verriet die DDR-Regierung ihre wachsende Nervosität, als sie im November 1988 fünf sowjetische Filme und den Vertrieb der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik", die von vielen reformorientierten Ostdeutschen als Ausdruck sowjetischer Offenheit gern gelesen wurde, in der DDR verbot. Die Selbstisolierung der DDR, die auch in diesen Maßnahmen wieder zum Ausdruck kam, sowie der antireformistische Kurs Honeckers waren innerhalb der SED-Führung zwar nicht unumstritten. Doch die meisten Funktionäre zogen es vor zu schweigen, auch wenn sie vielfach insgeheim mit der offiziellen Politik ihrer Regierung nicht mehr übereinstimmten.

Politik des Westens

Auf westlicher Seite blieb man in den 1980er-Jahren bei der Ausnutzung der Chancen, die sich durch die Reformprozesse in den osteuropäischen Ländern zu bieten schienen, bis zum Zusammenbruch der dortigen Regime außerordentlich

ullstein bild – Jüschke

Erfüllung eines lange gehegten Wunsches: Der Staatsratsvorsitzende der DDR und SED-Generalsekretär, Erich Honecker (re.), wird von Bundeskanzler Helmut Kohl am 7. September 1987 mit militärischen Ehren in Bonn empfangen.

vorsichtig. Da grundlegende Strukturveränderungen in Osteuropa unmöglich waren, solange die sowjetischen Streitkräfte an Elbe und Werra standen, und man sich andererseits nicht vorzustellen vermochte, dass die Westgruppe der Roten Armee in absehbarer Zeit friedlich abziehen würde, hätte eine Aufheizung der Situation von außen leicht zu einer Katastrophe führen können. Die Westmächte betrieben daher eine behutsame Politik des Status quo, die sich an den Bedingungen der Entspannung orientierte und sich auf dieser Grundlage weiter um Fortschritte bemühte.

So hieß es im Bericht zur Lage der Nation, den Bundeskanzler Helmut Kohl im März 1984 – ein Jahr vor Gorbatschows Amtsantritt, aber lange nach Beginn der Liberalisierungsbestrebungen in Polen und Ungarn – vor dem Deutschen Bundestag abgab, wörtlich: „Wir wollen das Erreichte bewahren und ausbauen, wir wollen die Chancen des Grundlagenvertrages und der anderen innerdeutschen Verträge und Vereinbarungen nutzen. Wir sind bereit, die Beziehungen zur DDR auf der Basis von Ausgewogenheit, Vertragstreue und Berechenbarkeit und mit dem Ziel praktischer, für die Menschen unmittelbar nützlicher Ergebnisse weiterzuentwickeln. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden und die Sicherheit in Europa, beide müssen sich um eine Entschärfung der internationalen Lage bemühen." Selbst in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre, als die inneren Schwierigkeiten und die Isolation der DDR innerhalb des eigenen Lagers erheblich zugenommen hatten, wurde diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der DDR-Führung keineswegs geringer. So konnte auch der Besuch von SED-Generalsekretär Honecker, der bereits 1980 geplant gewesen war und nach der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen im Gefolge des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan und nach dem Streit um die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa immer wieder hatte verschoben werden müssen, 1987 schließlich noch stattfinden.

Verständigungswille

Im gemeinsamen Kommuniqué von Honecker und Kohl wurde erneut betont, dass das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander ein „stabilisierender Faktor für konstruktive Ost-West-Beziehungen" bleiben müsse. Die Wiedervereinigung Deutschlands war überhaupt kein Thema. Zwar wurden „Unterschiede in den Auffassungen zu grundsätzlichen Fragen, darunter der nationalen Frage" festgestellt. Im Anschluss daran wurde allerdings sogleich hervorgehoben, „dass beide Staaten die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten respektieren". Verständigungswille und Realismus sollten Richtschnur für eine konstruktive, auf praktische Ergebnisse gerichtete Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten sein.

Damit bewies die Bundesrepublik ein hohes Maß an Verantwortungsbereitschaft, indem sie zugunsten der Vermeidung unnötiger Komplikationen in den osteuropäischen Reformprozessen auf die Propagierung und unmittelbare Durchsetzung langfristiger eigener politischer Ziele verzichtete, die sich beispielsweise aus dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes ergaben. Die Liberalisierung der kommunistischen Regime – darüber herrschte in den 1980er-Jahren in Bonn, wie in den westlichen Hauptstädten überhaupt, weitgehend Einigkeit – musste von innen erfolgen und konnte von außen höchstens gefährdet, aber kaum gefördert werden.

Das hieß allerdings keineswegs, dass man die bestehenden Verhältnisse billigte. Das Dilemma der Bundesregierung bestand vielmehr darin, im Augenblick für den Status quo eintreten zu müssen, um längerfristig angestrebte Änderungen zu erreichen. Dies war bereits das Grundprinzip der neuen Ostpolitik Willy Brandts nach 1969 gewesen („Wandel durch Annäherung", siehe S. 10 f.) und hatte damals zu harten innenpolitischen Auseinandersetzungen geführt, weil die CDU/CSU-Opposition seinerzeit den Erfolg eines solchen Kurses bezweifelt hatte. Inzwischen war das Prinzip jedoch weithin als einzig mögliche Veränderungsstrategie akzeptiert und wurde jetzt auch von der Regierung Kohl aus innerer Überzeugung vertreten.

AP Photo / Bernhard J. Holzner

Revolutionärer Vorgang: Ungarische Grenzsoldaten beginnen am 2. Mai 1989 mit dem Abbau des Stacheldrahtzauns an der ungarisch-österreichischen Grenze.

MANFRED GÖRTEMAKER

Zusammenbruch des SED-Regimes

Unter dem Eindruck von Massenflucht und Demonstrationen kam es im Oktober 1989 innerhalb des SED-Politbüros zur Revolte gegen Honecker. Die neue Führung versprach Reformen. Doch dafür war es zu spät.

Der Zusammenbruch des SED-Regimes bereitete sich langfristig vor. Die mangelnde Legitimität des politischen Systems, die bereits von Anfang an ein Problem gewesen war, die wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten, die vor allem im Vergleich zur Bundesrepublik immer deutlicher hervortraten, und schließlich das Reformdefizit der DDR innerhalb des Ostblocks seit Gorbatschows Machtantritt 1985 waren die maßgeblichen Ursachen für die Krise, aus der es seit dem Frühjahr 1989 kaum noch einen Ausweg gab. Eine steigende Zahl von Ausreiseanträgen, aber auch die zunehmende Fluchtbewegung aus der DDR dokumentierten am Ende der 1980er-Jahre den inneren Zustand eines Regimes, das seit 1945 primär von außen – durch die Sowjetunion – stabilisiert bzw. überhaupt erst am Leben erhalten worden war und sich nun in einer veränderten Umwelt plötzlich alleine behaupten sollte. Auch wenn nur wenige dies am Beginn des Wendejahres erkannten oder wahrhaben wollten: Die DDR stand kurz vor ihrem Kollaps.

Grenzöffnung durch Ungarn

Wesentlichen Anteil an der Zuspitzung der Situation hatte Ungarn, das im Ostblock mit seinen Wirtschaftsreformen schon seit den 1960er-Jahren eine Sonderrolle gespielt hatte und sich seit Mitte der 1980er-Jahre immer mehr nach Westen öffnete. Anfang 1989 erreichten die ungarischen Reformen schließlich ein Stadium, in dem offen eine enge Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern angestrebt wurde. Dazu gehörte, dass die Regierung in Budapest versprach, internationale Vereinbarungen wie die UN-Menschenrechtskonvention nach Geist und Buchstaben einzuhalten, und im März 1989 auch der Genfer Flüchtlingskonvention beitrat.

Als ungarische Soldaten am 18. April 1989 nahe der Ortschaft Kőszeg an der Grenze zu Österreich zunächst geheim und ab dem 2. Mai dann auch offen mit dem Abbau der elektronischen Sicherungsanlagen und des Stacheldrahtverhaus begannen, war dies ein revolutionärer Vorgang: Ungarn kündigte damit die Solidarität der Ostblockstaaten bei der Abriegelung des kommunistischen Herrschaftsbereiches gegenüber dem Westen auf. Zum ersten Mal seit 1945 wurde das Prinzip des „Eisernen Vorhangs“ grundsätzlich infrage gestellt.

Die Versicherung von DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler gegenüber dem SED-Politbüro am 4. Mai, dass es sich dabei nach Mitteilung aus Budapest lediglich um „technische Maßnahmen“ handele, von denen die eigentlichen Grenzkontrollen nicht betroffen seien, wurde daher der wahren Bedeutung des Ereignisses nicht gerecht. Obwohl man, wie Politbüromitglied Günter Schabowski später berichtete, im Politbüro durchaus ahnte, welche Sprengkraft in dem Vorgang lag, zog man es vor, sich selbst zu beschwichtigen. Und Keßler lieferte dabei das Alibi mit seiner aufmunternden Behauptung, dass Bürger der DDR, die über Ungarn in den Westen zu fliehen versuchten, daran auch künftig von ungarischen Grenzern gehindert würden.

Sorgen bereitete in Ostberlin jedoch die Tatsache, dass es sich bei der Grenzöffnung gegenüber Österreich um eine alleinige ungarische Entscheidung gehandelt hatte. Die DDR-Führung war nicht konsultiert worden und wurde auch über mögliche weitere Schritte im Unklaren gelassen. „Erschrocken und hilflos“, so Schabowski, habe man beobachtet, „wie der sozialistische Block in die Brüche ging“. Die Flüchtlingszahlen stiegen. Aus Einzelfällen wurde langsam ein Rinnsal und bald ein Strom. Beim Verfall der SED-Macht wirkte Ungarn als Katalysator.

Kommunalwahlen

Dennoch hielt die SED-Führung weiter an ihrem starren Kurs der Reformverweigerung fest, wie sowohl die Manipulation der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 als auch die demonstrative Unterstützung der chinesischen Regierung nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz (Platz des Himmlischen Friedens) in Peking am 4. Juni 1989 zeigten. Dort war eine Studentenrebellion gegen das totalitäre Regime von der chinesischen Volksbefreiungsarmee blutig niedergeschlagen worden. Während die durch die Wahlfälschung erzielten Resultate die Zustimmung der Bevölkerung zum SED-Regime unterstreichen sollten, war der Schulterschluss mit den repressiven Kräften in China offenbar ein Signal an innenpolitische Gegner, wie man auch in der DDR mit umstürzlerischen Elementen umzugehen gedachte, wenn diese zu einer ernsthaften Bedrohung für die Regierung werden sollten.

Im Vorfeld der Kommunalwahl war man sich im Politbüro einig gewesen, dass die „Superprozentsätze“ früherer Wahlen – 99-Prozent-Zustimmung – diesmal kaum erreichbar seien, da das Übergreifen des Demokratisierungsprozesses aus Osteuropa und das Anwachsen der Opposition in der DDR ihren Tribut fordern würden. Sogar fünf Prozent Gegenstimmen gegen die Kandidaten der Nationalen Front wurden für möglich gehalten. Doch als die Stimmen am 7. Mai ausgezählt waren, schwelgte die SED-Führung wieder in Euphorie. Egon Krenz, der Vorsitzende der Wahlkommission, gab

Stimmabgabe in Ostberlin für die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989. Ihre Ergebnisse werden, wie bei allen Wahlen in der DDR, manipuliert. Diesmal jedoch erhebt sich Protest.

Wahlfälschungen

Die Wahlen am 7. Mai waren manipulierte und gefälschte Wahlen. Manipulation war immer am Werke: Denn wer eine Einheitsliste vorgelegt bekommt, kann nicht zwischen Kandidaten wählen. Wenn die Liste im Vorfeld der Wahlen, als Vorschlag der denkbar besten Kandidaten für die denkbar beste, die sozialistische Sache empfohlen wird, dann ist eine Entscheidung dagegen im Grunde als ein Votum gegen den Sozialismus qualifiziert. Wenn in den Medien die offene Abstimmung propagiert wird, wenn Wähler öffentlich erklären, sie würden keine Wahlkabine benutzen, dann werden viele ihr Wahlverhalten danach einrichten. Wer dennoch die Wahlkabine benutzt, macht sich fast schon als Gegner verdächtig. Er ist registrierbar. Ebenso ist jedes Nichterscheinen zur Wahl als Gegnerschaft oder als Protest auszumachen. […]

Mir schwebte dabei als möglicher Tatort für Unkorrektheiten das Wahllokal vor. Ich warnte davor, bei der öffentlichen Auszählung irgendwelche faulen Tricks zu veranstalten. Wir hatten Kenntnis davon, nicht zuletzt durch Berichte der Staatssicherheit, dass die Opposition den Wahlvorständen diesmal besonders scharf auf die Finger sehen würde. Ohne mein Wissen und folglich ohne meinen Auftrag waren allerdings schon Tage zuvor bei den Bürgermeistern der Stadtbezirke Abgesandte des Magistrats, bis hinauf zu einem Stellvertreter des Oberbürgermeisters, erschienen, um anhand aller bis dahin vorliegenden Erkenntnisse über die Wählerstimmung eine „Voraussage“ über den Wahlausgang zu erarbeiten. […]

Teilweise hatten die Emissäre in den Bezirksämtern ihre Vorstellungen über die Prognose, über Ja-, Gegen- und ungültige Stimmen schon schriftlich fixiert und mitgebracht. Angesichts der bekannten Verquickung von Partei und Staatsmacht wurden die als Vorschau etikettierten Absprachen von Bezirksbürgermeistern wie eine Weisung der Zentrale für das Wahlergebnis gewertet. […]

Nicht im Wahllokal, sondern den Augen der Öffentlichkeit entzogen, auf der zweiten Ebene, in den Bürgermeistereien, wo die Ergebnisse der Stimmbezirke summiert wurden, waren die „Frisiersalons“, wo gemäß den Richtwerten teilweise um groteske Zehntelprozente geschönt wurde. Diesmal gelang es nicht mehr, nach der Wahl zur Tagesordnung überzugehen. Die Prüfer der Opposition hatten gut gearbeitet. Sie waren in einer Vielzahl von Wahllokalen bei der Auszählung zugegen gewesen. Sie verglichen die Basisresultate mit den Zählergebnissen der anderen Ebenen und stellten erhebliche Diskrepanzen fest.

Günter Schabowksi, Der Absturz, Reinbek 1992, S. 173 ff.

bekannt, dass erneut 95,98 Prozent der Stimmen auf die Kandidaten der Nationalen Front entfallen seien. Im gesamten Land habe es nur 142 301 Gegenstimmen gegeben. Erich Honecker nannte das Ergebnis „ein eindrucksvolles Bekenntnis zu der auf Frieden und Sozialismus gerichteten Politik der SED".

Kaum jemand in der SED-Führung bezweifelte, dass die Wahlen wie eh und je manipuliert worden waren. Schabowski bekannte später, dass diese Wahl sich in keiner Weise von früheren Wahlen unterschieden habe und dass in der DDR in der Vergangenheit jede Wahl manipuliert worden sei. Sie seien „nun einmal in dieser Art organisiert (gewesen), ohne besondere Anweisungen, automatisch, wie die großen Demonstrationen".

Doch diesmal wurde das Ergebnis, das die Regierung verkündet hatte, nicht mehr einfach hingenommen. Viele erhoben amtlich Einspruch. Gerüchte, dass die Regierung die Wahldokumente gefälscht habe, um die erwünschten Resultate zu erhalten, machten die Runde. Oppositionsgruppen gingen daran, die Manipulationen aufzudecken. Der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, wurde mit Berichten über „Aktivitäten feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte", die versuchten, „Beweise über eine angebliche Fälschung der Wahlergebnisse" zu erbringen, regelrecht bombardiert. Mielke wies deshalb die Sicherheitsorgane an, jeden Bürger, der sich über die Inkorrektheit des Wahlverfahrens beschwere, darüber zu informieren, dass „keine Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat vorliegen".

Tatsächlich waren die Wahlmanipulationen am 7. Mai 1989 kaum gravierender als bei früheren „Wahlen" in der DDR. Aber das innen- und außenpolitische Umfeld hatte sich verändert: Die wichtigsten ehemaligen Verbündeten der DDR befanden sich jetzt auf Reformkurs, und viele DDR-Bürgerinnen und -Bürger hielten ihre Regierung inzwischen nicht mehr nur für reformunwillig, sondern auch für reformunfähig. Die SED-Spitze um Honecker hatte den Rückhalt verloren, den sie früher in der UdSSR und bei den anderen „Bruderländern" besessen hatte, und verfügte auch im Inneren kaum noch über Autorität. Sie war weithin isoliert. Ihr Verhalten stieß nahezu überall auf Kritik, ja Verständnislosigkeit.

Auch die zustimmende Reaktion Ostberlins auf die brutale Niederschlagung der Studentenrebellion in Peking am 4. Juni 1989 rief weithin Empörung hervor. Während in der ganzen Welt heftig gegen das Massaker auf dem Tiananmen-Platz protestiert wurde, entschied das SED-Politbüro, dass man dem „hartgeprüften chinesischen Volk" zu Hilfe kommen müsse: Die Volkskammer verabschiedete eine Resolution, in der die DDR ihre Unterstützung für die Niederschlagung der „konterrevolutionären Unruhen" in der chinesischen Hauptstadt bekundete. Die damit signalisierte politische Hilfestellung für ein undemokratisches, totalitäres Regime war zwar ebenfalls kaum etwas Neues in der Geschichte der DDR, aber in der sensiblen Situation des Sommers 1989 war es ein falsches Signal, das die SED-Führung in dieser Situation unangemessener nicht hätte setzen können.

Massenflucht und Proteste

Vor diesem Hintergrund fassten immer mehr DDR-Bewohner den Entschluss, ihrem Land so schnell wie möglich den Rücken zu kehren. Allein 120 000 stellten im Sommer 1989 einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik. Im Juli und August versuchten darüber hinaus Hunderte, die mit ihrer Geduld am Ende waren, ihre Ausreise durch die Besetzung westlicher – vor allem westdeutscher – diplomatischer Vertretungen in Budapest, Warschau, Ostberlin und Prag zu erzwingen. Die Prager Botschaft der Bundesrepublik musste sogar binnen zwei Wochen wegen Überfüllung geschlossen werden.

Am Rande einer UNO-Vollversammlung erreichte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Verhandlungen

picture-alliance / dpa / Kemmether

Etwa 8000 Bürgerinnen und Bürger der DDR harren am 4. Oktober 1989 in und vor der Prager Botschaft der Bundesrepublik aus, um ihre Ausreise zu erzwingen.

Stasi-Bericht vom 9. September 1989 über Ausreisemotive

Die überwiegende Anzahl dieser Personen wertet Probleme und Mängel an der gesellschaftlichen Entwicklung, vor allem im persönlichen Umfeld, in den persönlichen Lebensbedingungen und bezogen auf die so genannten täglichen Unzulänglichkeiten, im Wesentlichen negativ und kommt, davon ausgehend, insbesondere durch Vergleiche mit den Verhältnissen in der BRD und in Westberlin, zu einer negativen Bewertung der Entwicklung in der DDR.

Die Vorzüge des Sozialismus, wie zum Beispiel soziale Sicherheit und Geborgenheit, werden zwar anerkannt, im Vergleich mit aufgetretenen Problemen und Mängeln jedoch als nicht mehr entscheidende Faktoren angesehen. [...] Das geht einher mit der Auffassung, dass die Entwicklung keine spürbaren Verbesserungen für die Bürger bringt, sondern es auf den verschiedensten Gebieten in der DDR schon einmal besser gewesen sei. Derartige Auffassungen zeigen sich besonders auch bei solchen Personen, die bisher gesellschaftlich aktiv waren, aus vorgenannten Gründen jedoch „müde" geworden seien, resigniert und schließlich kapituliert hätten. [...]

Diese Personen gelangen in einem längeren Prozess zu der Auffassung, dass eine spürbare, schnelle und dauerhafte Veränderung ihrer Lebensbedingungen, vor allem bezogen auf die Befriedigung ihrer persönlichen Bedürfnisse, nur in der BRD oder Westberlin realisierbar sei. [...]

Als wesentliche Gründe/Anlässe für Bestrebungen zur ständigen Ausreise bzw. das ungesetzliche Verlassen der DDR – die auch in Übereinstimmung mit einer Vielzahl von Eingaben an zentrale und örtliche Organe/Einrichtungen stehen – werden angeführt:

- Unzufriedenheit über die Versorgungslage;
- Verärgerung über unzureichende Dienstleistungen;
- Unverständnis für Mängel in der medizinischen Betreuung und Versorgung;
- eingeschränkte Reisemöglichkeiten innerhalb der DDR und nach dem Ausland;
- unbefriedigende Arbeitsbedingungen und Diskontinuität im Produktionsablauf;
- Unzulänglichkeiten/Inkonsequenz bei der Anwendung/Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie Unzufriedenheit über die Entwicklung der Löhne und Gehälter;
- Verärgerung über bürokratisches Verhalten von Leitern und Mitarbeitern staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie über Herzlosigkeit im Umgang mit den Bürgern;
- Unverständnis über die Medienpolitik der DDR. [...]

Diese Argumentation erfährt ihre Zuspitzung durch den Verweis darauf, dass die Besitzer von Devisen [...] im Wesentlichen alles erwerben könnten. Es wird Kritik am so genannten doppelten Währungssystem, an Intershops, Valutahotels und an „Privilegien" für Devisenbesitzer geübt. [...]

Im untrennbaren Zusammenhang damit wirken aktuelle Entwicklungstendenzen in anderen sozialistischen Staaten, insbesondere in der Ungarischen Volksrepublik, Volksrepublik Polen und der Sowjetunion, durch die in beachtlichem Umfang Zweifel an der Einheit, Geschlossenheit und damit der Stärke der sozialistischen Staatengemeinschaft entstanden sind, die zunehmend auch zu Zweifeln an der Perspektive und Sieghaftigkeit des Sozialismus überhaupt führen.

Arnim Mitter, Stefan Wolle (Hg.), Ich liebe euch doch alle. Befehle und Lageberichte des MfS, Basis-Dr.-Verl.-Ges., Berlin 1990, S. 141 ff.

mit seinem DDR-Amtskollegen Oskar Fischer, dem es um eine Entschärfung der instabilen Lage im Vorfeld der Feiern zum 40. Jahrestag der DDR-Staatsgründung ging, die Ausreise aller Prager und Warschauer Flüchtlinge. Sie gelangten in Sonderzügen Anfang Oktober in die Bundesrepublik.

Egon Krenz, der SED-Generalsekretär Honecker zu dieser Zeit vertrat, weil der Parteichef sich einer Operation hatte unterziehen müssen, die ihn für längere Zeit von seinen Amtsgeschäften fernhielt, wusste um die Motive, die die Ostdeutschen dazu brachten, die DDR zu verlassen. Ein enger Mitarbeiter, der Abteilungsleiter für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee (ZK) der SED, Wolfgang Herger, war der Frage nach den Gründen nachgegangen und hatte die Ergebnisse in einem vertraulichen Bericht für Krenz zusammengefasst. Vom „Verlust an Perspektive als Massenprotest" war darin die Rede, von „Resignation als Massenphänomen" sowie von einer alarmierend zunehmenden Rate der Abwendung von der DDR, besonders unter Jugendlichen, einschließlich der Funktionäre der Freien Deutschen Jugend (FDJ).

Krenz erhielt den Bericht nur einen Tag vor Antritt eines vierwöchigen Urlaubs an der Ostsee, von wo aus er nichts mehr unternehmen konnte. Honecker hatte Krenz offenbar bewusst in den Urlaub entlassen und stattdessen seinen Vertrauten, Politbüromitglied Günter Mittag, mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte des Generalsekretärs beauftragt. Doch Mittag erwies sich bald als unfähig, der Lage gerecht zu werden. Der Flüchtlingsstrom, der sich aus der DDR über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik ergoss, schwoll immer mehr an. Der „Eiserne Vorhang", der schon seit dem 18. April durch Ungarn prinzipiell infrage gestellt worden war, bestand praktisch nicht mehr. Täglich trafen nun zwischen 100 und 200 Ostdeutsche von Ungarn aus in Aufnahmelagern in der Bundesrepublik ein. Und nachdem die ungarische Regierung es DDR-Bürgern ab dem 11. September gestattete, die Grenze nach Österreich legal zu überschreiten, flohen nicht nur Hunderte, sondern Tausende täglich. Bis Ende September waren es insgesamt bereits 32 500.

Im SED-Politbüro beschuldigte Mittag die Ungarn des „Verrats am Sozialismus" und konnte dennoch nur resigniert den Rapport eines Abgesandten entgegennehmen, der nach Budapest geschickt worden war, um „die Dinge zu verlangsamen", und von dort mit leeren Händen zurückkehrte: Die Ungarn hatten die Kontrolle verloren und, für die SED noch schlimmer, beabsichtigten offenbar gar nicht, sie zurückzuerlangen. Außenminister Gyula Horn, so berichtete der Emissär, sei die „treibende Kraft" hinter dieser Entwicklung. Das ungarische Militär stehe den „Erwartungen der DDR" zwar loyal gegenüber, sei jedoch nicht mehr einig. Ähnliches verlautete aus Moskau: Auf die Bitte von DDR-Außenminister Fischer, ein Warschauer-Pakt-Treffen einzuberufen, um die Ungarn zur Räson zu bringen, antwortete Gorbatschow, die Zeit sei vorüber, in der eine Abweichung von der allgemeinen Linie durch den Druck der Mehrheit habe korrigiert werden können. Die DDR stand allein.

Montagsdemonstrationen

Währenddessen nahm der Umfang der Proteste und Demonstrationen innerhalb der DDR zu. Seit Juni 1989 wurden am 7. jeden Monats Protestaktionen veranstaltet, um an die Manipulation der Kommunalwahl vom 7. Mai zu erinnern. Darüber hinaus begannen am 4. September in Leipzig nach einem Friedensgebet in der Nikolaikirche etwa 1200 Menschen mit den „Montagsdemonstrationen", auf denen Forderungen nach Reise- und Versammlungsfreiheit laut wurden. Bis zum 25. September wuchs die Teilnehmerzahl auf 5000 an. Am 2. Oktober belief sie sich bereits auf etwa 20 000.

Ermutigt durch den Erfolg dieser Aktionen wurden nun auch politische Organisationen gegründet, die sich zum Teil als Parteien, zum Teil als Bürgerbewegungen verstanden: am 10. September das „Neue Forum", am 12. September „Demokratie Jetzt", am 7. Oktober die Sozialdemokratische Partei in der DDR und am 29. Oktober der „Demokratische Aufbruch". Die SED-Führung sah sich damit jetzt nicht nur den Liberalisierungstendenzen in Osteuropa und der Fluchtbewegung aus der DDR, sondern auch einer wachsenden und sich zunehmend organisierenden Opposition in der DDR gegenüber.

40. Jahrestag der DDR

In dieser Situation kam das festliche Ereignis des 40. Jahrestages der DDR am 6. Oktober 1989 durchaus ungelegen. Die öffentlichen Demonstrationen und Aktivitäten der Oppositionsgruppen erreichten am Vorabend dieses Tages einen neuen Höhepunkt. Besonders Dresden, wo die Durchfahrt eines Zuges mit DDR-Flüchtlingen aus der Bonner Botschaft in Prag am 4. Oktober Unruhen ausgelöst hatte, die immer noch andauerten, war Schauplatz schwerer Auseinandersetzungen. Die Proteste, die zunächst auf Berlin, Leipzig und Dresden konzentriert gewesen waren, breiteten sich rasch aus. Aus Magdeburg wurde am 5. Oktober eine Aktion mit 800 Demonstranten gemeldet, von denen nicht weniger als 250 durch Polizei und Staatssicherheitsdienst verhaftet wurden. Aber auch aus vielen anderen Orten der DDR trafen Berichte über Demonstrationen und Protestaktionen ein, die kaum noch beherrschbar schienen.

Mühsam kaschierte Differenzen: Die Staatschefs von UdSSR und DDR, Michail Gorbatschow (li.) und Erich Honecker (re.), während der Parade zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 in Ostberlin

Währenddessen bereitete Erich Honecker sich in Ostberlin darauf vor, mehr als 4000 geladene Gäste aus der DDR und über 70 ausländische Delegationen zu empfangen, unter ihnen auch eine sowjetische Abordnung mit Michail Gorbatschow an der Spitze. Die SED-Führung hoffte, vom Glanz des mit großem internationalem Renommee ausgestatteten Generalsekretärs der KPdSU zu profitieren. Doch Gorbatschow war auch ein Hoffnungsträger für die ostdeutschen Dissidenten, die fühlten, dass nur er dem Reformprozess in der DDR zum Erfolg verhelfen konnte.

Gorbatschows Kritik

Am ersten Tag der Feierlichkeiten, dem 6. Oktober, beschränkten sich Honecker und Gorbatschow noch auf den Austausch von Nettigkeiten, die dem festlichen Anlass angemessen waren. Auffällig war nur die Tatsache, dass Honeckers Festrede am Nachmittag im Palast der Republik jeglichen Hinweis auf die prekäre Lage im Lande vermissen ließ: kein Wort über die Flüchtlinge, kein Satz über die internen Probleme. Bei einem Fackelzug durch Ostberlin gab es am Abend allerdings bereits spontane öffentliche Ovationen für Gorbatschow. Erst am folgenden Tag wurde Gorbatschow bei einem persönlichen Gespräch mit Honecker und in einer Unterredung mit den Mitgliedern des SED-Politbüros im Schloss Niederschönhausen deutlicher: „Kühne Entscheidungen" seien notwendig, jede Verzögerung werde zur Niederlage führen. Wörtlich erklärte der Generalsekretär der KPdSU vor den Politbüromitgliedern: „Ich halte es für sehr wichtig, den Zeitpunkt nicht zu verpassen und keine Chance zu vertun [...]. Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort [...]. Wir sind in einer Etappe sehr wichtiger Beschlüsse. Es müssen weitreichende Beschlüsse sein, sie müssen gut durchdacht sein, damit sie reiche Früchte tragen. Unsere Erfahrungen und die Erfahrungen von Polen und Ungarn haben uns überzeugt: Wenn die Partei nicht auf das Leben reagiert, ist sie verurteilt [...]. Wir haben nur eine Wahl: entschieden voranzugehen."

Nachdem Gorbatschow mit seinem Plädoyer für politische und ökonomische Reformen geendet hatte, pries Honecker aufs Neue den Erfolg des Sozialismus in der DDR. Wiederum keine Erwähnung der Flüchtlinge, kein Satz über die Krise in seinem Lande, die er gar nicht wahrzunehmen schien.

Auch andere führende Politiker der DDR, wie Kurt Hager, Gerhard Schürer, Werner Krolikowski und Werner Eberlein, die danach sprachen, vermieden jede Kritik oder Selbstkritik. Schließlich ergriff Gorbatschow noch einmal das Wort, kritisierte das Fehlverhalten der eigenen Funktionäre angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Bergarbeiter im ukrainischen Donezk und fügte dann verallgemeinernd hinzu: „Wir sehen also, wenn jemand schlecht arbeitet, die Sache nicht im Griff hat, und wir schützen ihn, dann ufern diese Probleme aus. Es gibt viele Signale für die Partei." Anschließend erhob sich der sowjetische Generalsekretär abrupt, um anzudeuten, dass man das Treffen beenden möge. Offenbar gab es nichts mehr zu sagen.

Der Tag klang aus mit einem Empfang im Palast der Republik, bei dem Krenz und Schabowski gegenüber Valentin Falin – Moskaus Botschafter in Bonn von 1971 bis 1978 und danach Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU – ihre Meinung kundtaten, dass Honeckers Äußerungen entmutigend gewesen seien und dass die sowjetischen Genossen sicher sein könnten, dass bald etwas geschehen werde.

Währenddessen hatten sich auf dem Alexanderplatz, unweit des Palastes der Republik, etwa 15 000 bis 20 000 Menschen

Hilflose Geste der Friedfertigkeit während einer Demonstration am Rande der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 in Ostberlin

versammelt, wo sie von „Agitatoren" der Partei in Diskussionen verwickelt wurden. Die Strategie der SED-Bezirksleitung erwies sich zunächst als erfolgreich: Niemand wurde geschlagen oder verhaftet. Erst als die Menge sich bereits zu zerstreuen begann, starteten einige Demonstranten am Ufer der Spree wieder mit „Gorbi, Gorbi"-Rufen und dem Slogan „Wir sind das Volk". Kurze Zeit später war die Situation völlig verändert: Einheiten der Polizei und der Staatssicherheit, die auf dem Alexanderplatz so große Zurückhaltung geübt hatten, erwarteten die auf dem Heimweg befindlichen Demonstranten in den Straßen des Stadtteils Prenzlauer Berg. Die Gewalt, die in der Stadtmitte angesichts der dortigen internationalen Medienpräsenz vermieden worden war, wurde nun abseits des Rampenlichts der Öffentlichkeit angewandt.

Sturz Honeckers

Für die SED-Spitze waren die Ereignisse während der Jahrestagsfeierlichkeiten ein weiterer schwerer Misserfolg. Vor allem Erich Honecker hatte bewiesen, dass er ohne Einsicht war und völlig den politischen Instinkt verloren hatte, der ihn früher einmal ausgezeichnet hatte. Zwei Tage nach dem Jubiläum, am 8. Oktober, ergriff daher Egon Krenz am Rande eines Treffens, auf dem Erich Mielke vor leitenden Sicherheitskadern über die Vorgänge berichtete, die Initiative und erörterte mit Günter Schabowski ein fünfseitiges, in Ansätzen kritisches Papier. Es sollte vom Politbüro verabschiedet und als Proklamation der Parteiführung veröffentlicht werden. Allerdings lehnte Honecker, der allein das Recht hatte, Vorlagen im Politbüro zur Diskussion zu stellen, wie nicht anders zu erwarten, eine Erörterung des Papiers ab. Doch diesmal erklärte Krenz, dass die Parteiführung nicht länger schweigen dürfe, und kam schließlich telefonisch mit Honecker überein, die Angelegenheit am folgenden Tag nochmals zu besprechen.

Dieser Tag, der 9. Oktober 1989, war besonders spannungsgeladen, weil bei der anstehenden Montagsdemonstration in Leipzig das Schlimmste befürchtet wurde. Man erwartete nach den vorangegangenen Ereignissen nicht nur einen weiteren Anstieg der Teilnehmerzahlen, sondern rechnete nach dem Ende der Feierlichkeiten auch mit einem besonders harten Vorgehen der Staatsmacht.

In den Kirchen der Stadt und über den Leipziger Stadtfunk wurde daher ein Aufruf verlesen, der die Unterschriften so unterschiedlicher Personen wie des Kapellmeisters des Gewandhausorchesters, Kurt Masur, des Pfarrers Peter Zimmermann, des Kabarettisten Bernd-Lutz Lange und der drei Sekretäre der SED-Bezirksleitung Leipzig trug und zu einem freien und friedlichen Dialog aufforderte. In Ostberlin bemühte sich Krenz, die örtlichen Sicherheitsorgane von der Zentrale aus zum Stillhalten zu verpflichten. Tatsächlich blieb alles ruhig. Und Krenz erreichte bei Honecker sein Ziel, seine Proklamation im Politbüro

Stellungnahme des SED-Politbüros vom 11. Oktober 1989 zur Massenflucht

[...] Der Sozialismus braucht jeden. Er hat Platz und Perspektive für alle. Er ist die Zukunft der heranwachsenden Generationen. Gerade deshalb lässt es uns nicht gleichgültig, wenn sich Menschen, die hier arbeiteten und lebten, von unserer Deutschen Demokratischen Republik losgesagt haben. Viele von ihnen haben die Geborgenheit der sozialistischen Heimat und eine sichere Zukunft für sich und ihre Kinder preisgegeben. Sie sind in unserem Land aufgewachsen, haben hier ihre berufliche Qualifikation erworben und sich ein gutes Auskommen geschaffen. Sie hatten ihre Freunde, Arbeitskollegen und Nachbarn. Sie hatten eine Heimat, die sie brauchte und die sie selbst brauchen. Die Ursachen für ihren Schritt mögen vielfältig sein. Wir müssen und werden sie auch bei uns suchen, jeder an seinem Platz, wir alle gemeinsam.

Viele von denen, die unserer Republik in den letzten Monaten den Rücken gekehrt haben, wurden Opfer einer groß angelegten Provokation. Wiederum bestätigt sich, dass sich der Imperialismus der BRD mit einem sozialistischen Staat auf deutschem Boden niemals abfinden wird, Verträge bricht und das Völkerrecht missachtet. Mit dem 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik glaubten imperialistische Kräfte den geeigneten Zeitpunkt gefunden zu haben, um mit einer hasserfüllten Kampagne ihrer Massenmedien Zweifel am Sozialismus und seiner Perspektive zu verbreiten. Sie wollen von der Hauptfrage unserer Zeit, der Sicherung des Friedens, ablenken. Das Interesse am gemeinsamen Ringen der Völker um die Lösung globaler Probleme soll geschwächt werden. [...]

Deshalb ist es das Gebot der Stunde, dass sich alle, deren Handeln von politischer Vernunft und humanistischem Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Menschen unseres Landes bestimmt ist, deutlich abgrenzen von jenen, die die Bürger für konterrevolutionäre Attacken zu missbrauchen trachten. Die Probleme der weiteren Entwicklung des Sozialismus in der DDR lösen wir selbst – im sachlichen Dialog und im vertrauensvollen politischen Miteinander. [...]

Gemeinsam wollen wir Antwort finden, wie wir die nicht leichten Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts im Sinne der humanistischen Ideale des Sozialismus bestehen können. Gemeinsam wollen wir unser Vaterland so gestalten, dass die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse jedes Einzelnen entsprechend seiner Leistungen immer besser erfüllt werden können. Es geht um die Weiterführung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es geht um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ihren Nutzen für alle, um demokratisches Miteinander und engagierte Mitarbeit, um gute Warenangebote und leistungsgerechte Bezahlung, um lebensverbundene Medien, um Reisemöglichkeiten und gesunde Umwelt. Es geht um den Beitrag unserer Republik für die Sicherung des Friedens in der Welt. [...]

Deutschland Archiv 12/1989, S. 1435 ff.

beraten zu lassen, auch wenn die unwirsche Reaktion seines politischen Ziehvaters ihn in der Überzeugung bestärkte, dass dessen baldige Ablösung unvermeidlich sei.

Als der Text schließlich am 12. Oktober in leicht veränderter Form im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" veröffentlicht wurde, war das Ergebnis enttäuschend: Die erhoffte positive Resonanz blieb aus. Zu wenig war zu spät vom Politbüro geäußert worden. Die Glaubwürdigkeit war so nicht wiederherzustellen. Allerdings war auch der Sturz Honeckers inzwischen kaum noch aufzuhalten. Am selben Tag, als die Proklamation des Politbüros im „Neuen Deutschland" erschien, wurde der Generalsekretär in einer Sitzung mit den Bezirkschefs der SED derart scharf kritisiert, wie es im Politbüro noch nie vorgekommen war. Vor allem Hans Modrow aus Dresden, der durch die Flüchtlingszüge aus Prag und die damit zusammenhängenden Zusammenstöße schwer in Bedrängnis geraten war, tat sich hervor.

Krenz fühlte sich dadurch ermutigt, in der folgenden Politbürositzung am 17. Oktober den Coup zu wagen. Gemeinsam mit Schabowski und dem Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), Harry Tisch, verabredete er am 15. Oktober, dass Honecker gleich zu Beginn der Sitzung von Ministerpräsident Willi Stoph zum Rücktritt aufgefordert werden solle. Tisch wurde beauftragt, am folgenden Tag anlässlich eines seit langem terminierten Besuchs bei seinem sowjetischen Amtskollegen Stepan Schalajew in Moskau Gorbatschow über die geplante Aktion zu informieren.

Da die Situation in den Bezirken eindeutig zu sein schien und auch aus Moskau keine Einwände kamen, brachte Stoph am 17. Oktober die Rücktrittsforderung vor, die sich ebenfalls auf Günter Mittag und den im ZK der SED für Agitation und Propaganda zuständigen Joachim Herrmann erstreckte. Honecker leistete kaum Widerstand. Alle Politbüromitglieder, auch Günter Mittag und Erich Mielke, plädierten für die Annahme der Rücktrittsforderungen. Diese wurden einstimmig beschlossen. Honecker, Mittag und Herrmann votierten gegen sich selbst.

Krenz und Modrow als Nachfolger

Bereits am folgenden Tag wurde Egon Krenz auf Vorschlag des Politbüros vom Zentralkomitee der SED zum neuen Generalsekretär der Partei gewählt. Die vorangehende Aussprache war kurz, emotional und ziemlich zusammenhanglos. Während Hans Modrow eine umfassende Debatte über den künftigen Kurs der Partei forderte, waren die meisten ZK-Mitglieder nur daran interessiert, so rasch wie möglich in ihre lokalen Organisationen zurückzukehren, um dort über die dramatischen Veränderungen in Berlin zu berichten. Zugleich wurde Krenz von den Delegierten aufgefordert, im Fernsehen zu sprechen, weil sie ein öffentliches Wort des neuen Parteivorsitzenden für wichtiger hielten als endlose interne Diskussionen.

Als Krenz daraufhin am Abend auf dem Bildschirm erschien, wiederholte er lediglich, was er tagsüber vor den ZK-Mitgliedern erklärt hatte – so als ob er zu einem zahlenmäßig vergrößerten Zentralkomitee spräche. Die Wirkung war verheerend: Krenz, der ohnehin bereits für seine Rolle bei der Manipulation der Kommunalwahl und seine Solidaritätsmission nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz in Peking kritisiert worden war und überdies in dem Ruf stand, das Musterbeispiel eines steifen Parteifunktionärs zu sein, vermittelte das typische Negativ-Image der alten SED-Elite, die gerade abgewirtschaftet hatte. Die „Reformer", die glaubten, mit Honeckers Absetzung die Voraussetzung für einen Neuanfang geschaffen zu haben, hatten ihre erste – und vielleicht einzige – Chance vertan, ihren Versuch zur Erneuerung der Partei und ihrer Politik glaubwürdig darzustellen.

Tatsächlich war mit dem Sturz Honeckers keines der Probleme gelöst, die den Anlass zu seiner Ablösung gegeben hatten. Nur substanzielle Reformen konnten dazu beitragen, die Lage zu verbessern. Die neue Führung unter Krenz versprach deshalb rasch, künftig Demonstrationen als Teil der politischen Kultur der DDR zu tolerieren. Neue Reisegesetze wurden angekündigt. Die Berichterstattung in den Medien änderte sich. Eine Debatte über Wahlen begann. Und früher ungekannte

Herbst 1989: DDR im Aufbruch

- Aug./Sept. 1989: Massenflucht von DDR-Bürgern nach Öffnung der ungarischen Westgrenze
- Sept./Okt. 1989: Flucht über die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau
- Massenproteste in vielen Städten der DDR, Montagsdemonstrationen in Leipzig („Wir sind das Volk"), 4.11.: eine Million Demonstranten in Ostberlin
- Zusammenschluss oppositioneller Gruppen (Neues Forum, Demokratischer Aufbruch), Gründung der SPD in der DDR
- 18.10.1989: Sturz Erich Honeckers
- 9.11.1989: Öffnung der Mauer

Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 552800

kritische Äußerungen SED-gelenkter Organisationen waren nun an der Tagesordnung. Außerdem wurde am 27. Oktober eine Amnestie für Ausgereiste bzw. Flüchtlinge und Demonstranten erlassen.

Die Proteste gegen das SED-Regime setzten sich dennoch fort. So gingen während der ersten Montagsdemonstration nach der Ernennung von Krenz zum Generalsekretär allein in Leipzig mehr als 300 000 Menschen auf die Straße – viele von ihnen mit Anti-Krenz-Parolen unter den Stichworten „Demokratie unbekrenzt“ und „Sozialismus krenzenlos“. Überall im Lande gab es weitere Großdemonstrationen: in Plauen, Dresden, Halle, Zwickau, Neubrandenburg und Jena, um nur einige zu nennen – und natürlich auch in Ostberlin, wo sich 5000 Demonstranten vor dem Palast der Republik versammelten, deren Losung lautete: „Demokratie – jetzt oder nie“. Als Krenz am 1. November in Moskau mit Michail Gorbatschow zusammentraf, war allerdings von einer Krise der DDR kaum die Rede. In Moskau hielt man den SED-Staat offenbar wieder für stabil, nachdem Honecker gestürzt und der Weg für Perestroika und das von Gorbatschow proklamierte neue Denken in der DDR frei geworden war. Doch das Gegenteil war der Fall. Als in der Nacht zum 1. November die Anfang Oktober von den DDR-Behörden verhängten Beschränkungen im Reiseverkehr mit der Tschechoslowakei wieder aufgehoben wurden, überquerten binnen weniger Stunden mehr als 8000 DDR-Bürger die Grenze zur ČSSR. Ehe der Tag zu Ende war, hatten bereits wieder 1200 Ostdeutsche in der Bonner Botschaft in Prag Zuflucht gesucht, um ihre Ausreise in die Bundesrepublik zu erzwingen.

In der ersten Novemberwoche erreichte auch die Demonstrationsbewegung ihren Höhepunkt, als sich am 4. November mehr als eine halbe Million Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz versammelten. Am 6. November kamen wieder eine halbe Million in Leipzig, 60 000 in Halle, 50 000 in Karl-Marx-Stadt, 10 000 in Cottbus und 25 000 in Schwerin zusammen. Daraufhin traten am 7. November zunächst die Regierung der DDR (der Ministerrat) und am 8. November auch das Politbüro der SED geschlossen zurück, um einer neuen Führung zu weichen, die im Wesentlichen aus Anti-Honecker-Leuten bestand – unter ihnen Krenz, Modrow, Schabowski und Herger.

Hans Modrow wurde zum neuen Ministerpräsidenten der DDR bestimmt. Anders als Krenz, der keinen Ruf als Reformer besaß, schien er eine glaubwürdige Alternative zur alten Garde der Partei zu verkörpern, auch wenn er kaum als Dissident oder gar als Oppositioneller zu bezeichnen war. Immerhin war es in seinem Parteibezirk Dresden zu den schwersten Übergriffen der Staatsmacht gegen Demonstranten gekommen. Der 61-jährige Modrow hatte außerdem schon früh in der SED Karriere gemacht. Im Alter von 39 Jahren war er in das Zentralkomitee der Partei gewählt worden und hatte von 1971 bis 1973 die Abteilung für Agitation und Propaganda geleitet, ehe Honecker ihn nach Dresden abgeschoben hatte – offenbar um ihn von mächtigeren Positionen in der Hauptstadt fernzuhalten. In Dresden hatte Modrow sich jedoch durch seinen unideologischen Pragmatismus eine gewisse Popularität verschafft. Nun glaubten manche in der SED gar – auch wenn es dafür kaum Belege gab –, er habe das Zeug, der „Gorbatschow der DDR“ zu werden. Im Übrigen war es ein offenes Geheimnis, dass Modrow das Vertrauen Moskaus besaß.

Der 9. November

Ehe Modrow am 13. November von der Volkskammer offiziell zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, überschlugen sich jedoch die Ereignisse an den Grenzen der DDR. Nach Aufhebung der Reisebeschränkungen gegenüber der Tschechoslowakei am 1. November und der Erklärung der DDR-Regierung, dass ihre Bürger direkt von der ČSSR in die Bundesrepublik fahren könnten – ein Schritt, der die Mauer praktisch irrelevant werden ließ –, machten innerhalb einer Woche nicht weniger als 48 177 DDR-Bürgerinnen und -Bürger von dieser Möglichkeit Gebrauch. Der Massenexodus, der nach der ungarischen Grenz-

Am 4. November 1989 demonstrieren auf dem Berliner Alexanderplatz mehr als eine halbe Million Menschen gegen das SED-Regime. Drei Tage später tritt die Regierung zurück.

Ankunft von DDR-Flüchtlingen in Bad Neuenahr. Der Massenexodus aus der DDR stellt die Bundesrepublik vor große Herausforderungen.

öffnung im Frühjahr 1989 begonnen hatte, setzte sich nun mit immer neuen Rekordzahlen über die Tschechoslowakei fort.

Das Ausmaß der Ausreisen war inzwischen so groß, dass selbst die wohlhabende Bundesrepublik in Schwierigkeiten geriet. Bis zum Ende der ersten Novemberwoche hatten allein 1989 über 225 000 Ostdeutsche ihren Weg nach Westdeutschland gefunden, zu denen noch etwa 300 000 deutschstämmige Immigranten aus Osteuropa hinzukamen. Innenminister Wolfgang Schäuble warnte daher, die Bundesrepublik werde zwar weiterhin alle Übersiedler aufnehmen, doch müssten diese damit rechnen, für längere Zeit in relativ bescheidenen Verhältnissen zu leben.

Bundeskanzler Kohl erklärte in seinem „Bericht zur Lage der Nation“ am 8. November vor dem Bundestag, Bonn sei bereit, der neuen DDR-Führung bei der Umsetzung ihrer Reformen zu helfen. Wenn es einen wirklichen Reformprozess gebe, werde man sogar „eine neue Dimension wirtschaftlicher Unterstützung“ für die DDR erwägen. Auch der Kanzler plädierte also für Hilfen vor Ort statt für eine Übersiedlung in die Bundesrepublik. Aber er verknüpfte sein Hilfsversprechen für die DDR mit klaren Bedingungen und sprach von einer „nationalen Verpflichtung“ seiner Regierung, das „Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen“ zu fordern.

Doch während Kohl im Bundestag sprach, war die Zahl der Flüchtlinge aus der DDR auf nicht weniger als 500 pro Stunde angestiegen. Innerhalb eines Tages, vom 8. zum 9. November, flohen mehr als 11 000 Ostdeutsche über die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik. Es musste daher dringend etwas geschehen.

Reisegesetz

Krenz und die neue SED-Führung waren sich von Anfang an darüber im Klaren gewesen, dass die Frage der Reisefreiheit von größter Bedeutung, ja entscheidend sein werde, wenn die Erneuerung des Regimes auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg haben sollte. Ministerpräsident Stoph hatte daher Innenminister Friedrich Dickel bereits am 19. Oktober – nur zwei Tage nach Honeckers Sturz – beauftragt, ein neues Reisegesetz zu erarbeiten. Weitere fünf Tage später hatte das Politbüro verlauten lassen, dass es „in der Zukunft allen DDR-Bürgern erlaubt sein wird, ohne Behinderungen zu reisen“. Der erste Entwurf eines neuen Reisegesetzes lag am 31. Oktober vor und zirkulierte zunächst in der Spitze von Partei und Regierung. Er sah vor, dass alle Bürgerinnen und Bürger der DDR das Recht haben sollten, ohne harte Währung für einen Monat im Jahr ins Ausland zu reisen, vorausgesetzt dass sie einen gültigen Reisepass und ein Visum besaßen, das von der Polizei innerhalb von 30 Tagen nach Antragstellung zu erteilen sei.

Obwohl der Entwurf noch einige Ungereimtheiten enthielt – vor allem hinsichtlich der Notwendigkeit einer Visumserteilung –, wurde er am 6. November veröffentlicht. Die Regierung erwartete, dass die Diskussion darüber bis Ende November abgeschlossen sein werde, sodass die neuen Verfahren irgendwann im Dezember in Kraft treten könnten. Doch die vorgesehenen Bestimmungen stießen auf massive Kritik. Noch am Tage der Veröffentlichung forderten mehrere Hunderttausend Menschen auf einer Massendemonstration in Leipzig „ein Reisegesetz ohne Einschränkungen“. Vertretern der SED wurde nicht mehr erlaubt, auf der Versammlung zu sprechen. „Zu spät, zu spät“, erscholl es aus der Menge. Und zum ersten Mal: „Wir brauchen keine Gesetze – die Mauer muss weg!“

Auch in anderen Städten der DDR gab es Protestaktionen gegen den Entwurf. Sogar das zensierte Fernsehen brachte kritische Stimmen von DDR-Bürgern. Und in Fabriken im ganzen Land kam es zu spontanen Warnstreiks von Arbeitern, die sich durch das geplante Gesetz diskriminiert fühlten, weil es für sie keine Devisen vorsah, die für Reisen ins Ausland unabdingbar waren. Der Entwurf wurde daraufhin am folgenden Tag vom Rechtsausschuss der Volkskammer als „unzureichend“ verworfen.

Schlechte Nachrichten kamen ebenfalls aus der Tschechoslowakei, von wo Parteichef Miloš Jakeš SED-Generalsekretär Krenz mitteilte, dass seine Regierung nicht länger bereit sei, DDR-Bürgern zu gestatten, die westdeutsche Botschaft in Prag zu betreten oder ohne Verzug über die Grenze nach Bayern in die Bundesrepublik einzureisen, weil dies Wasser auf die Mühlen der eigenen tschechoslowakischen Opposition sei. Wenn die Regierung in Ostberlin nicht umgehend Maßnahmen ergreife, um das Problem zu lösen, werde die ČSSR ihre Grenze zur DDR schließen.

Das SED-Politbüro war daher unter großem Druck von innen und außen, als es am 7. November die Beratungen über die Gewährung der Reisefreiheit fortsetzte. Düster malte man sich aus, dass Tausende von DDR-Familien entlang der geschlossenen tschechoslowakischen Grenze kampieren oder gewaltsam versuchen würden, die andere Seite zu erreichen.

9. November 1989: Internationale Pressekonferenz

Günter Schabowski: [...] Allerdings ist heute, soviel ich weiß (blickt bei diesen Worten zustimmungsheischend in Richtung Labs* und Banaschak*), eine Entscheidung getroffen worden. Es ist eine Empfehlung des Politbüros aufgegriffen worden, dass man aus dem Entwurf des Reisegesetzes den Passus herausnimmt und in Kraft treten lässt, der stän ... – wie man so schön sagt oder so unschön sagt – die ständige Ausreise regelt, also das Verlassen der Republik. Weil wir es (äh) für einen unmöglichen Zustand halten, dass sich diese Bewegung vollzieht (äh) über einen befreundeten Staat (äh), was ja auch für diesen Staat nicht ganz einfach ist. Und deshalb (äh) haben wir uns dazu entschlossen, heute (äh) eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht (äh), über Grenzübergangspunkte der DDR (äh) auszureisen.

Frage: (Stimmengewirr) Das gilt ...?

Riccardo Ehrmann, Journalist, ANSA: Ohne Pass? Ohne Pass – (Nein, nein!)

Frage: Ab wann tritt das ...? (... Stimmengewirr ...) Ab wann tritt das in Kraft?

Günter Schabowski: Bitte?

Peter Brinkmann, Journalist, Bild Zeitung: Ab sofort? Ab ...?

Günter Schabowski: ... (kratzt sich am Kopf!) Also, Genossen, mir ist das hier also mitgeteilt worden (setzt sich, während er weiterspricht, seine Brille auf), dass eine solche Mitteilung heute schon (äh) verbreitet worden ist. Sie müsste eigentlich in Ihrem Besitz sein. Also (liest sehr schnell vom Blatt): „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen – Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse – beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Die zuständigen Abteilungen Pass- und Meldewesen der VP – der Volkspolizeikreisämter – in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne daß dafür noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen."

Riccardo Ehrmann, Journalist, ANSA: Mit Pass?

Günter Schabowski: (Äh) (liest)„Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD erfolgen. Damit entfällt die vorübergehend ermöglichte Erteilung von entsprechenden Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR bzw. die ständige Ausreise mit dem Personalausweis der DDR über Drittstatten." (blickt auf) (Äh) Die Passfrage kann ich jetzt nicht beantworten (blickt fragend in Richtung Labs und Banaschak). Das ist auch eine technische Frage. Ich weiß ja nicht, die Pässe müssen ja, ... also damit jeder im Besitz eines Passes ist, überhaupt erst mal ausgegeben werden. Wir wollten aber ...

Politbüro-Mitglied Günter Schabowski gibt auf der Pressekonferenz am 9. November 1989 die neue Reiseregelung bekannt. Damit ist die Mauer gefallen.

Manfred Banaschak: Entscheidend ist ja die inhaltliche Aussage ...

Günter Schabowski: ... ist die ...

Frage: Wann tritt das in Kraft?

Günter Schabowski: (blättert in seinen Papieren) Das tritt nach meiner Kenntnis ist das sofort, unverzüglich (blättert weiter in seinen Unterlagen) ...

Helga Labs: (leise) ... unverzüglich.

Gerhard Beil*: (leise) Das muss der Ministerrat beschließen.

Frage: Auch in Berlin? (... Stimmengewirr ...)

Peter Brinkmann, Journalist, Bild Zeitung: Sie haben nur BRD gesagt, gilt das auch für West-Berlin?

Günter Schabowski: (liest schnell vor) „Wie die Presseabteilung des Ministeriums (...,) hat der Ministerrat beschlossen, dass bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung durch die Volkskammer diese Übergangsregelung in Kraft gesetzt wird."

Peter Brinkmann, Journalist, Bild Zeitung: Gilt das auch für Berlin-West? Sie hatten nur BRD gesagt.

Günter Schabowski: (zuckt mit den Schultern, verzieht dazu die Mundwinkel nach unten, schaut in seine Papiere) Also (Pause), doch, doch (liest vor): „Die ständige Ausreise kann über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin-West erfolgen."

*Helga Labs, Manfred Banaschak und Gerhard Beil gehörten dem ZK der SED an.

Hans-Hermann Hertle, Die Berliner Mauer, Links Verlag, Berlin 2011, S. 194 f.; siehe auch: www.chronik-der-mauer.de/180368

Niemand würde einer solchen Situation standhalten können. Deshalb schien es notwendig, die ersehnte Reisefreiheit in einem Schritt vorab zu gewähren und das erforderliche Reisegesetz später vom Parlament nachträglich beschließen zu lassen. Ministerpräsident Stoph, der an diesem Tag zurücktrat, aber noch im Amt blieb, bis das neue Kabinett unter Hans Modrow am 17. November gebildet war, wurde beauftragt, eine entsprechende Entscheidung der Regierung herbeizuführen.

Am Nachmittag des 9. November informierte Krenz das Zentralkomitee der SED – nach der späteren Erinnerung von Sitzungsteilnehmern eher beiläufig – von der soeben getroffenen Entscheidung der Regierung über die neuen Reisebestimmungen. Gegen 18 Uhr übergab Krenz dem neuen ZK-Sekretär für Information, Günter Schabowski, der gerade auf dem Weg war, die im Internationalen Pressezentrum versammelten Journalisten über die Ergebnisse der ZK-Tagung zu unterrichten, ein zweiseitiges Papier, das die neuen Bestimmungen enthielt. Dieses Papier war lediglich eine Vorlage der Regierung, kein gültiger Beschluss, da dieser immer noch ausstand (was Schabowski aber, wie er heute erklärt, damals nicht wusste). Bei der Aushändigung des Textes bemerkte Krenz nur knapp: „Gib das bekannt. Das wird ein Knüller für uns." Natürlich hoffte er, dass das Einlenken der neuen DDR-Führung in dieser wichtigen Frage die Lage entspannen werde.

Augenzeugenberichte zum 9. November 1989

[...] Am Grenzübergang Invalidenstraße herrscht schon das totale Chaos. Quer geparkt, ausgestiegen, zur Grenze gerannt. Der Richtfunksendemast des Senders Freies Berlin steht schon mitten im Menschengewühl (West) – Warten auf den Durchbruch der Massen (Ost). Nach drei Sekunden klatscht auch schon der hartgesottenste Redakteur dem erstbesten Trabi zu. Der Taumel erwischt jede, ob sie will oder nicht. Auch die Nüchternsten klatschen, kreischen, stöhnen, kichern. Einige schaffen es, unter den Augen der Grenzer Richtung Osten über verschiedene Absperrschranken zu klettern. Aber ganz rüber geht jetzt noch nicht, noch gelten Visumpflicht und Zwangsumtausch.

Auf halber Strecke zwischen Ost und West stehen die DDRler brav Schlange, warten, bis sie aufgerufen werden. Stempel: „Sie können gehen." „Was denn, das glaub' ich nicht." Manche müssen in den Westen geschoben werden: „Ich soll jetzt rüber. Aber wohin? Ich habe ja keinen Pfennig in der Tasche." Viele haben immer noch Angst, dass sie nicht zurück können.

Indessen brüllt's aus dem Westen: „Wir wollen rein!" Für einen Moment wendet sich das Interesse westwärts: Bürgermeister Momper ist in der Masse zu erkennen. Blitzlichter, Mikrophone, Kameras. Dann gibt es kein Halten mehr, der Westpulk schiebt sich weiter gen Osten. Ungefähr um ein Uhr fangen sie an zu rennen. Eine Handvoll Grenzer grenzt ihre Grenze ab. Tore auf, Schlagbaum hoch. Hier ist Osten. Westler, illegal und ohne Ausweis im Bezirk Mitte, immer noch bereit, im Notfall sofort die Hände hochzunehmen. Doch jenseits der Grenze beginnt das Verwirrspiel, wer ist Ost, wer ist West? Die drängenden Gruppen auf dem Bürgersteig längs der Invalidenstraße bewegen sich in beide Richtungen. [...]

„Zum Kudamm!" ruft's am Übergang Friedrichstraße. Mit Sektflaschen in der Hand drängeln sich die Leute zur Paßkontrolle, im Abseits stehen erschreckt bepackte Polen. Weiter zum Brandenburger Tor. Unter den Linden kaum Autos, wenige Passanten. Hier ist kein Grenzübergang, nur Mauer. An der ersten Blumenkübelabsperrung vor dem Tor ein französisches Kamerateam, westliche Journalisten, östliche Familien. Eine Frau weint um ihren Sohn, der eine Hürde weiter ist. Der Sohn kommt zurück, will sie holen, sie hat Angst: „Ich will doch gar nicht rüber." Am nächsten Morgen sehen wir sie dann im Fernsehen wieder: „Wir waren drüben, wir sind über die Mauer geklettert." [...]

Gabriele Riedle, Elmar Kraushaar, „Wir sind über die Mauer geklettert", in: „Die Tageszeitung" vom 11. November 1989

Öffnung der Mauer

Entsprechend groß war die Aufregung, als Schabowski wenig später mit bemühter Routinemäßigkeit die Nachricht bekanntgab, dass die DDR ihre Grenzen geöffnet habe. „Bedeutet dies", fragte ein Reporter, „dass jeder DDR-Bürger jetzt frei in den Westen reisen kann?" Schabowski zitierte daraufhin aus dem Text, dass Anträge auf Reisen ins Ausland ohne Vorbedingungen gestellt werden könnten, dass jeder DDR-Bürger ab dem kommenden Morgen um 8 Uhr ein Visum erhalten könne und dass die Behörden angewiesen seien, Pässe und Visa „schnell und unbürokratisch" auszustellen. Die Regelung trete „sofort" in Kraft.

picture-alliance / dpa

Nach der Öffnung der Grenze in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 feiern Zehntausende in Berlin die neuen Freiheiten und die Möglichkeit zu grenzüberschreitenden Kontakten.

Damit waren die Grenzen praktisch offen – auch wenn Schabowskis „sofort“ eine aus dem Augenblick heraus entstandene unzulässige Erklärung war, die außer Acht ließ, dass die von ihm verkündete Reiseregelung bisher nur im Entwurf vorlag und im Übrigen an die Voraussetzung gebunden war, dass die Bürger vor dem Überschreiten der Grenzen noch den Gang zu den Passdienststellen antreten mussten.

Tatsächlich gab es noch gar keinen amtlichen Beschluss, sondern nur eine Regierungsvorlage über die vorgezogene Grenzregelung, die Krenz von Innenminister Dickel während der ZK-Tagung erhalten hatte, um sie zu begutachten und abzusegnen. Nach der Zustimmung des SED-Politbüros sollte sie dann im Umlaufverfahren von den Mitgliedern der noch amtierenden Regierung verabschiedet werden. Erst nach dieser Runde im Ministerrat, so das Verfahren, würden auch die entsprechenden Ausführungsbestimmungen erlassen. Dies brauchte jedoch Zeit, die nun nicht mehr zur Verfügung stand, weil die auf Öffentlichkeitswirkung angelegte Aktion von Krenz den Terminplan durchkreuzt hatte.

Noch in der Nacht machten sich Tausende von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern auf den Weg zur Grenze, um sich an Ort und Stelle einen Eindruck von der neuen Lage zu verschaffen. Schabowskis missverständliche Äußerungen hatten bei ihnen die spontane Eingebung geweckt, dass sie „sofort“ den Westen besuchen könnten. An den Grenzübergängen in Berlin und zur Bundesrepublik war die Verwirrung allerdings groß, denn die Grenzposten hatten von der angeblichen Grenzöffnung ebenfalls erst aus den Medien erfahren. Sie konnten deshalb am Abend des 9. November noch gar keine neuen Weisungen erhalten haben und mussten improvisieren.

Als der Druck immer mehr anschwoll, entschieden sie nach längerem Zögern und verschiedentlichem Taktieren sowie nach einer ebenso eiligen wie provisorischen Konsultation ihrer Zentrale, die Grenzen aufzumachen. Auch Krenz, der gegen 21 Uhr von Mielke telefonisch unterrichtet wurde, dass „mehrere Hundert“ Menschen an der Grenze die sofortige Ausreise verlangten, plädierte dafür, sie „durchzulassen“, da die Öffnung ohnehin beabsichtigt und jetzt nicht mehr zu vermeiden sei. Damit war die Mauer, 28 Jahre nach ihrer Errichtung, gefallen. Der Jubel und das Chaos, die in den folgenden Tagen herrschten, ließen eine nüchterne politische Bestandsaufnahme der Entwicklung nur schwer zu. Vor allem war unklar, ob die Verwirklichung der so lange geforderten Reisefreiheit nur den Druck beseitigen würde, unter dem die DDR-Führung so lange gestanden hatte, sodass sogar eine Stabilisierung des SED-Regimes wieder möglich schien, oder ob die Beseitigung der Mauer die Schleusen für den Massenexodus noch weiter öffnen würde und die DDR damit ökonomisch endgültig zu zerrütten drohte.

Der frühere Bundeskanzler Willy Brandt, der zur Zeit des Mauerbaus 1961 Regierender Bürgermeister Berlins gewesen war und später durch seine neue Ostpolitik entscheidend dazu beigetragen hatte, die Spannungen zwischen Ost und West zu mindern und den Weg für Reformen in Osteuropa zu bereiten, erklärte in einer kurzfristig anberaumten Versammlung am Abend des 10. November vor dem Rathaus Schöneberg, nun sei eine neue Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten entstanden – eine Beziehung in Freiheit. Und damit sei die Zusammenführung der Deutschen in Ost und West auf Dauer nicht mehr aufzuhalten. „Jetzt“, so Brandt wörtlich, „wächst zusammen, was zusammengehört.“

„Jetzt wächst zusammen …“

Alt-Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Schöneberger Rathaus am 10. November 1989

[…] Es ist sicher, dass nichts im anderen Teil Deutschlands wieder so werden wird, wie es war. Die Winde der Veränderung, die seit einiger Zeit über Europa ziehen, haben an Deutschland nicht vorbei ziehen können. Meine Überzeugung war es immer, dass die betonierte Teilung und dass die Teilung durch Stacheldraht und Todesstreifen gegen den Strom der Geschichte standen. Und ich habe es noch in diesem Sommer zu Papier gebracht […]: Berlin wird leben, und die Mauer wird fallen. […]

Denen, die heute noch so schön jung sind, und denen, die nachwachsen, kann es nicht immer leichtfallen, sich die historischen Zusammenhänge, in die wir eingebettet sind, klarzumachen. Deshalb sage ich nicht nur, dass wir bis zur Überwindung der Spaltung noch einiges vor uns haben, sondern ich erinnere uns auch daran, dass die widernatürliche Spaltung […] natürlich nicht erst am 13. August 1961 begonnen [hat]. Das deutsche Elend begann mit dem terroristischen Nazi-Regime und dem von ihm entfesselten schrecklichen Krieg. Jenem schrecklichen Krieg, der Berlin wie so viele andere deutsche und nichtdeutsche Städte in Trümmerwüsten verwandelte. Aus dem Krieg und aus der Veruneinigung der Siegermächte erwuchs die Spaltung Europas, Deutschlands, in Berlin reproduziert auf mehrfache Weise. Und jetzt erleben wir […] – und ich bin dem Herrgott dankbar dafür, dass ich dies miterleben darf – […], dass die Teile Europas wieder zusammenwachsen. […]

Willy Brandt, Rede vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin am 10. November 1989, in: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother, Wolfgang Schmidt (= Berliner Ausgabe, Bd. 10), Bonn 2009, S. 385–391, hier S. 388

Einen Tag nach der Grenzöffnung besuchen viele Ostberliner den Westteil der Stadt, hier am Berliner Grenzübergang Checkpoint Charlie.

MANFRED GÖRTEMAKER

Beginn der deutschen Einigung

ullstein bild – Rolf Schulten

Mit der Maueröffnung ist der erste Schritt in Richtung Wiedervereinigung getan. Dennoch dauert es noch länger, alle Spuren der 40-jährigen Teilung zu beseitigen. Reste des Mauerstreifens Heidelberger Straße zwischen Neukölln (re.) und Treptow im Juni 1990

Immer mehr Menschen in der DDR forderten die Wiedervereinigung. Die Bundesregierung legte dazu ein Zehn-Punkte-Programm vor. Der Ausgang der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 beschleunigte den Einigungsprozess.

Mit der Maueröffnung war die deutsche Einigung allerdings noch keine beschlossene Sache. Die Welt hatte sich an die deutsche Teilung gewöhnt. Die DDR war auf der Bühne der internationalen Politik inzwischen anerkannt. Und da weder im Ausland noch in Deutschland selbst die Existenz zweier deutscher Staaten, auf der die europäische Ordnung seit 1945 basierte, in absehbarer Zeit für revidierbar gehalten wurde, ohne den Frieden in Europa zu gefährden, zog man es allgemein vor, den Status quo der Teilung für den „Normalzustand" zu halten.

Die „Wende" vom Herbst 1989 traf daher Ost und West unvorbereitet. Dementsprechend unsicher waren anfangs die Reaktionen: Einerseits bestand die Hoffnung auf größere Freiheit bzw. – aus sowjetischer Sicht – den endgültigen Sieg der Perestroika. Andererseits gab es Furcht vor einem möglichen Wiederaufleben der Deutschen Frage und einem Rückfall in die Probleme der Zeit vor 1945.

Zwar bemühten sich Gorbatschow und seine Mitarbeiter bereits unmittelbar nach der Maueröffnung am 10. November 1989 in Kontakten mit der amerikanischen Administration und der Bundesregierung sowie mit der SED-Führung, eine unkontrollierte Eskalation der Entwicklung – etwa eine spontane Wiedervereinigung durch die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland – zu verhindern und einen friedlichen Wandel in der DDR zu ermöglichen. Aber andere Kräfte in Moskau – vor allem im Parteiapparat und beim Militär – plä-

dierten mehr oder minder offen für die Anwendung von Gewalt, um die Situation unter Kontrolle zu bringen: Eine „chinesische Lösung" nach dem Muster der Niederschlagung der Reformbewegung auf dem Tiananmen-Platz in Peking war daher keineswegs auszuschließen.

So drohte der ehemalige sowjetische Botschafter in Bonn, Valentin Falin, der inzwischen Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU war, bei einem Empfang in Ostberlin in kleinem Kreis, man werde „eine Million Truppen schicken, um die Grenzen wieder zu schließen". In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" erklärte er darüber hinaus, falls Gorbatschow beabsichtige, seinen Willen „in eiserner Manier" durchzusetzen, brauche er – oder sein Nachfolger – dafür „nur einige Stunden". Falin fand mit dieser Position, die er später stets empört in Abrede stellte, Unterstützung bei der Generalität und beim orthodoxen Flügel der KPdSU unter Führung von Jegor Ligatschow, die zu Recht befürchteten, dass die DDR als unentbehrliche westliche Bastion des sozialistischen Lagers verloren gehen könnte.

Gorbatschow und vor allem Außenminister Eduard Schewardnadse wiesen jedoch auf die möglichen Konsequenzen einer Militäraktion in der Mitte Europas hin. Später behauptete Schewardnadse in einem Interview sogar, in diesen Stunden habe man sich „am Rande eines Dritten Weltkrieges" bewegt. Glücklicherweise habe er in der Auseinandersetzung mit den Befürwortern einer Militäraktion Rückendeckung von Gorbatschow erhalten, sodass ein militärischer Konflikt habe vermieden werden können.

Auf westlicher Seite war die Reaktion ebenfalls uneinheitlich. Während man sich in London und Paris besorgt zeigte, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands, die jetzt nicht mehr auszuschließen war, neue Risiken für die europäische Ordnung heraufbeschwören könnte, betrachtete man die Entwicklung in Washington mit Gelassenheit und sogar mit Genugtuung, da das erklärte westliche Ziel im Ost-West-Konflikt – die Befreiung Osteuropas vom Kommunismus – der Verwirklichung nahe schien. In Bonn neigte man dagegen eher zur Zurückhaltung, um die komplizierte Situation nicht durch unbedachte eigene Schritte zusätzlich zu verwirren. Allerdings ließ Bundeskanzler Kohl es sich bei aller gebotenen politischen Vorsicht nicht nehmen, am 10. November vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin den Ostdeutschen zuzurufen, sie seien „in dieser großen und historischen Stunde" nicht allein und sollten ihren Kampf um die Freiheit fortsetzen. Denn, so Kohl wörtlich, „wir sind an eurer Seite. Wir sind eine Nation."

Ringen um die Erhaltung der DDR

Am 13. November 1989 wurde Hans Modrow zum neuen Ministerpräsidenten der DDR gewählt. Damit begann, nach einer kurzen Phase überschwenglicher Euphorie und grenzenloser Hoffnungen, das Alltagsgeschäft der Wende.

Seit Beginn der Krise im Sommer hatte Modrow wiederholt erklärt, dass er hoffe, während der unsicheren Zeit des Übergangs der DDR zu einer „sozialistischen Demokratie" ein stabilisierender Faktor zu sein. Seine eigentlichen Ziele blieben jedoch zunächst im Dunkeln. Manches spricht dafür, dass er – in enger Zusammenarbeit mit Markus Wolf, der zwar 1987 als Chef der DDR-Auslandsspionage ausgeschieden war, aber als zuverlässiger Freund der Sowjetunion im Hintergrund weiter agierte – das SED-Regime grundlegend reformieren wollte, um es nicht nur als Eckpfeiler des sowjetischen Imperiums in Osteuropa zu erhalten, sondern auch seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Westen zu erhöhen. In jedem Falle galt es, die DDR wirtschaftlich und finanziell zu sanieren – notfalls sogar im Rahmen einer Konföderation mit der Bundesrepublik –, um überhaupt erst einmal ihre Existenz zu sichern.

Einerseits stand Modrow damit fest auf dem Boden des ostdeutschen Systems, das er – mit der Hoffnung auf Stabilisierung und ökonomischen Erfolg – den aktuellen Erfordernissen anzupassen gedachte, wobei er sich selbstverständlich auch zum Bündnis mit der Sowjetunion bekannte, ohne deren Unterstützung die DDR kaum überlebensfähig war. Andererseits war er pragmatisch und nüchtern genug, die ökonomischen Grenzen der DDR zu erkennen und daraus die notwendigen Schlüsse im Sinne gesamtdeutscher Initiativen zu ziehen.

Unter günstigeren innen- und außenpolitischen Umständen hätte Modrow mit dieser Politik vielleicht sogar Erfolg haben können. Aber dazu war es Ende 1989 längst zu spät. Nicht nur die große Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung hatte inzwischen jegliches Zutrauen zu ihrer Regierung verloren. Auch die ostdeutsche Wirtschaft war bankrott, wie der scheidende Finanzminister Ernst Höfner am Tag der Amtsübernahme Modrows enthüllte. Neben einem Haushaltsdefizit von 120 Milliarden DDR-Mark und einer Auslandsverschuldung von 20 Milliarden Dollar war vor allem die Tatsache besorgniserregend, dass die Produktivität der ostdeutschen Betriebe seit 1980 um etwa 50 Prozent gesunken und ein Ende der Talfahrt nicht in Sicht war. Einem Vergleich mit westlichen Betrieben, der bei offenen Grenzen nicht zu vermeiden war, hielt die ostdeutsche Wirtschaft daher in keiner Weise stand.

Vertragsgemeinschaft

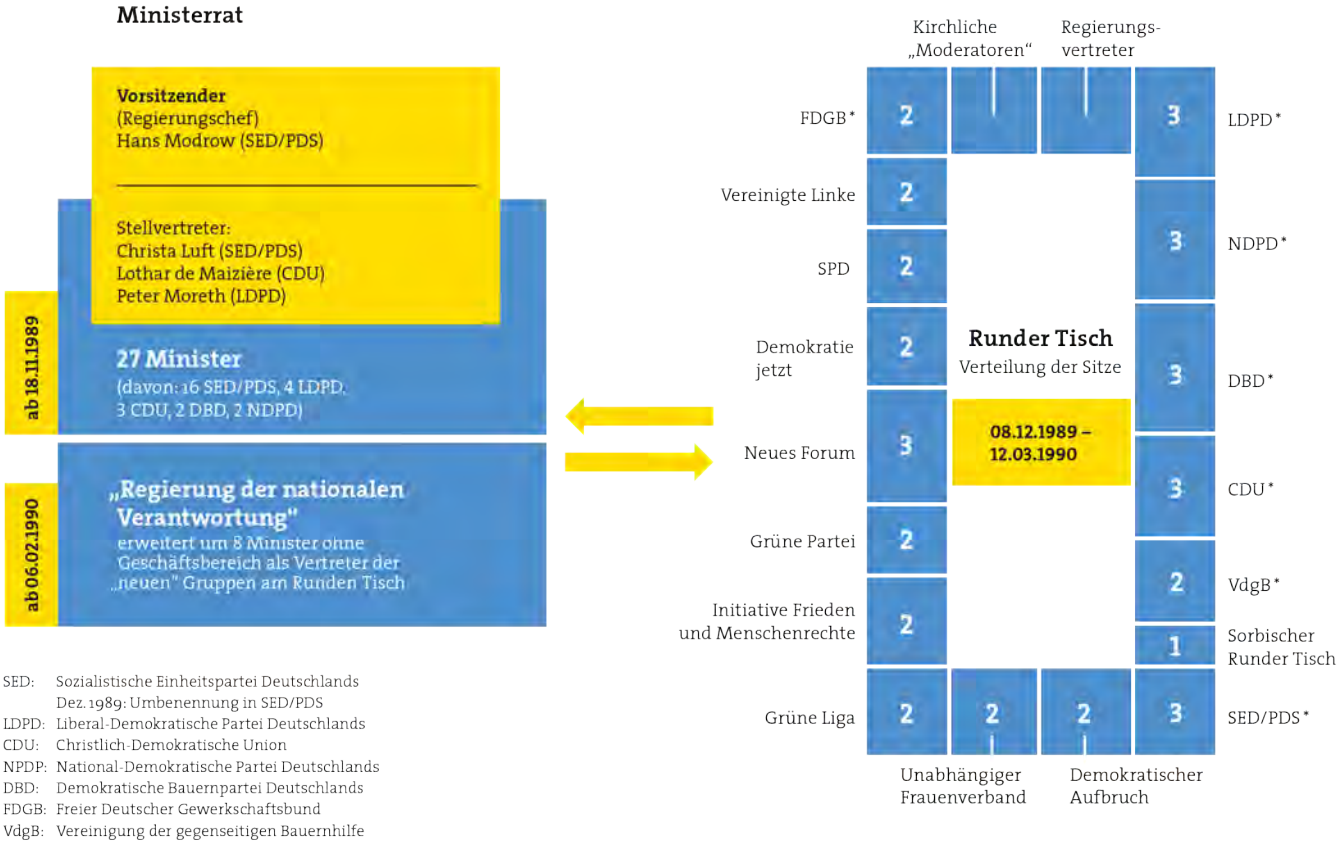
Modrow schlug deshalb in seiner Regierungserklärung am 17. November 1989 eine „Vertragsgemeinschaft" zwischen den beiden deutschen Staaten vor und sprach in einem Interview mit dem Wochenmagazin „Der Spiegel" am 4. Dezember sogar von der Möglichkeit einer „deutschen Konföderation". Die DDR, so führte Modrow zur Begründung an, könne ihre wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne „Blick auf den europäischen Markt" betrachten, wenn Ungarn, Polen und die anderen osteuropäischen Staaten auf dem Weg nach Straßburg und Brüssel seien – oder sich bereits dort befänden. Offenbar versuchte Modrow, massive wirtschaftliche Unterstützung von der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft zu erhalten, ohne sich vom Westen politisch absorbieren zu lassen. Die DDR sollte zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft" umgestaltet werden, in der es nicht nur gemischte Besitzverhältnisse, sondern auch ein „sozialistisches Unternehmertum" geben würde.

Doch Modrow fehlte die Zeit, derart weitreichende Reformen in die Tat umzusetzen – sofern sie überhaupt ausgearbeitet waren. Die Situation verschlechterte sich von Tag zu Tag: Der Massenexodus von DDR-Bürgern mit über 2000 Flüchtlingen bzw. Übersiedlern täglich hielt an, und die neuen politischen Kräfte in der DDR, wie das Neue Forum und die SPD-Ost, versammelten sich mit anderen Befürwortern von Reformen nach polnischem Vorbild zu Gesprächen mit der Regierung und den Kräften des alten Regimes am „Runden Tisch", wo sie

„Runder Tisch": Ab 7. Dezember 1989 suchen die DDR-Regierung, mit ihr verbundene Kräfte und Bürgerbewegungen nach einem friedlichen Übergang in die Demokratie.

Ministerrat und Runder Tisch

DDR im Übergang



SED: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Dez. 1989: Umbenennung in SED/PDS
LDPD: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
CDU: Christlich-Demokratische Union
NPDP: National-Demokratische Partei Deutschlands
DBD: Demokratische Bauernpartei Deutschlands
FDGB: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
VdgB: Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 555 135

* ehemalige Blockparteien und Massenorganisationen

Mit Warnstreiks unterstützen Bauarbeiter im Januar 1990 die politischen Forderungen der Bürgerbewegungen am Zentralen Runden Tisch.

eine Art Nebenregierung zum Kabinett Modrow und zugleich ein Ersatzparlament bildeten, nachdem die Volkskammer ihre Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung inzwischen ebenfalls gänzlich eingebüßt hatte. Der Machtverlust der alten Ordnung zeigte sich auch darin, dass die SED innerhalb von zwei Monaten nach dem Sturz Honeckers mehr als die Hälfte ihrer zuvor drei Millionen Mitglieder verlor. Dieser Schwund wurde nicht zuletzt durch die Enthüllung von Korruptionsskandalen gefördert, bei deren Aufdeckung sich Modrow allerdings ebenso auffällig zurückhielt wie bei der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit, das für die DDR-Bevölkerung inzwischen zu einem der zentralen Kritikpunkte am SED-Regime geworden war.

Am 3. Dezember 1989 war der Machtwechsel in der DDR schließlich endgültig vollzogen, als das gesamte Politbüro und das Zentralkomitee der SED zurücktraten. Egon Krenz verlor nicht nur seinen Posten als Generalsekretär der SED, sondern trat am 6. Dezember auch als Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates zurück. Alle Schlüsselpositionen wurden mit Anhängern Modrows besetzt. Neuer Vorsitzender der SED, die sich nun „Sozialistische Einheitspartei – Partei des Demokratischen Sozialismus“ (SED-PDS) nannte, wurde der Rechtsanwalt Gregor Gysi, der sich als Verteidiger von Regimegegnern – darunter auch Bärbel Bohley – einen Namen gemacht hatte, sich nun aber ebenfalls als loyaler Parteigänger Modrows erwies.

Die Runden Tische: „Schule“ oder „Vorschule“ der Demokratie?

Eine kaum zu unterschätzende Wirkung des Runden Tisches besteht darin, für die DDR die Geltungskraft parlamentarischer Regeln demonstriert zu haben. Welch ein Gewinn für das Volk, nicht nur der DDR, zu erleben, dass die bisherigen Inhaber des Machtmonopols ordnungsgemäß überstimmt werden konnten! Welch ein Gewinn auch: zu sehen, dass danach sogar weiter beraten und beschlossen werden konnte. Politik hatte den bis dahin aufgezwungenen Freund-Feind-Charakter verloren!

Als faszinierender Beitrag zur politischen Kultur der friedlichen Revolution wurde wahrgenommen, dass hier – in den vielen Bürgerkomitees und Runden Tischen wie in den zahlreichen Versammlungen – Demokratie an der Basis und auf den „höheren“ Ebenen quasi-staatlicher sowie staatlicher Willensbildung von Laien des politischen Geschäftes in die Hand genommen wurde. Plötzlich zählte in der DDR der Durchschnittsbürger; fast jeder konnte sich selbst politisch aktiv erleben beziehungsweise vorstellen. […]

Runde Tische sind Noch-Nicht-Demokratien angemessen. Sie sind nicht demokratisch gewählt. An den Runden Tischen Mittel- und Osteuropas fand Politik unter Vorbehalten und Bedingungen statt, die für entwickelte Demokratien nicht zutreffen, auch nicht hinzunehmen sind. Runde Tische charakterisieren jene Ausnahmesituationen (zum Beispiel Putschgefahr und Gewaltanwendung), die auf friedlichem und möglichst demokratischem Wege erst beseitigt werden müssen; es handelt sich also um politische Willensbildung in der unter dem Imperativ der Gewaltfreiheit erreichbaren Annäherung an freiheitlich-demokratische Politikpraxis.

Uwe Thaysen, Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk?, Westdeutscher Verlag, Opladen 1990, S. 174 f.

Kohls Zehn-Punkte-Plan

In der Bundesrepublik wurden die Entwicklungen in der DDR mit großer Aufmerksamkeit registriert. So entging es den politischen Beobachtern hier auch nicht, dass bei der Montagsdemonstration in Leipzig am 6. November erstmals Sprechchöre mit dem Ruf „Deutschland, einig Vaterland“ zu hören waren und dass dieser Slogan bei der Demonstration eine Woche später bereits ein bestimmendes Element auf den mitgeführten Transparenten darstellte. Außenminister Hans-Dietrich Genscher beruhigte deshalb am selben Tag seine Amtskollegen der Westeuropäischen Union (WEU) in Brüssel mit dem Hinweis, dass die Bundesrepublik keinen „nationalen Alleingang in der Außenpolitik“ unternehmen werde. Mit anderen Worten: Die Wiedervereinigung sei kein Thema.

Auch Bundeskanzler Kohl bekräftigte bei seinem Besuch in Polen am 14. November „die Buchstaben und den Geist“ des Warschauer Vertrages von 1970 und unterzeichnete eine gemeinsame Erklärung mit Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki, in der Bonn nochmals seine Garantie der polnischen Westgrenze erneuerte. Die Polen hätten vor dem Hintergrund der unsicheren Entwicklung in der DDR gerne eine weitergehende Zusicherung für die Oder-Neiße-Linie erhalten. Doch Kohl befand sich zu diesem Zeitpunkt unter einem doppelten innenpolitischen Druck: Einerseits wurde ihm von der SPD vorgeworfen, angesichts der dramatischen Veränderungen in Osteuropa und Ostdeutschland zu passiv zu sein; andererseits hatte sich die rechtsgerichtete Partei „Die Republikaner“ bei Kommunalwahlen als bemerkenswert erfolgreich erwiesen, sodass bei den 1990 bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen ein Teil des konservativen Wählerpotenzials für die Regierungskoalition in Bonn an die Republikaner verloren zu gehen drohte. Überdies wusste der Kanzler um die Sensibilität des Auslands bei allen Fragen, die die deutsche Position in Europa betrafen.

Kohl war deshalb zu größter Vorsicht gezwungen, als er am 16. November vor dem Deutschen Bundestag den Bericht über seine Reise nach Polen abzugeben hatte und dabei auch auf die Entwicklungen in der DDR zu sprechen kam. Anstatt über die Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung in Euphorie zu schwelgen, beschränkte sich der Kanzler daher auf eine nüchterne Bestandsaufnahme, bei der er unterstrich, dass die Bundesrepublik selbstverständlich jede Entscheidung respektieren werde, die das Volk der DDR in freier Selbstbestimmung treffe.

Als am nächsten Tag in Bonn bekannt wurde, dass Generalsekretär Gorbatschow bei einer Rede vor Studenten in Moskau am 15. November ausdrücklich von einer „Wiedervereinigung“ Deutschlands gesprochen hatte – wenn auch nur mit dem beiläufigen Hinweis, dass sie eine „interne Angelegenheit“ der Bundesrepublik und der DDR sei –, wurde man jedoch hellhörig. Und als vier Tage später einer der besten sowjetischen Deutschlandexperten, Nikolai Portugalow, Berater des Zentralkomitees der KPdSU, im Kanzleramt erschien, um die Haltung der Bundesregierung zur Entwicklung in der DDR zu erkunden, und dabei auch die Möglichkeit andeutete, dass die Sowjetunion mittelfristig einer deutschen Konföderation „grünes Licht“ geben könne, kam man nicht länger umhin, sich eingehender mit der Wiedervereinigungsfrage zu befassen. Denn offenbar war man in dieser Hinsicht in Moskau bereits weiter als in Bonn. In einer nächtlichen Runde im Kanzleramt am 23. November und einer weiteren Sitzung am folgenden Morgen wurden deshalb in aller Eile Antworten auf einen Fragenkatalog erarbeitet, den Portugalow hinterlassen hatte: bezüglich der Kooperation zwischen den beiden deutschen Staaten und besonders zur Wiedervereinigung, zur Aufnahme der DDR in die Europäische Gemeinschaft, zur Mitgliedschaft in NATO und Warschauer Pakt sowie zur Möglichkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages.

Konföderation

Am Ende der Beratungen kamen zehn Punkte zusammen, die der Kanzler in der Haushaltsdebatte am 28. November vortragen sollte. Nur die amerikanische Regierung wurde vorab über die Ausführungen Kohls informiert, deren Kern der Plan für eine deutsch-deutsche Konföderation darstellte. Der sowjetische Botschafter in Bonn, Julij Kwizinskij, erhielt den Text der Rede, während Kohl im Bundestag sprach.

Zehn-Punkte-Programm für Deutschland
Bundeskanzler Kohl im Bundestag am 28.11.1989

Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 58 280

Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands

Erstens: Zunächst sind Sofortmaßnahmen erforderlich, die sich aus den Ereignissen der letzten Wochen ergeben, insbesondere durch die Fluchtbewegung und die neue Dimension des Reiseverkehrs. [...]

Zweitens: Die Bundesregierung wird wie bisher die Zusammenarbeit mit der DDR in allen Bereichen fortsetzen, die den Menschen auf beiden Seiten unmittelbar zugute kommt. [...]

Drittens: Ich habe angeboten, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird. [...] Wir unterstützen die Forderung nach freien, gleichen und geheimen Wahlen in der DDR unter Beteiligung unabhängiger, das heißt selbstverständlich auch nichtsozialistischer, Parteien. Das Machtmonopol der SED muss aufgehoben werden. Die geforderte Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse bedeutet vor allem die Abschaffung des politischen Strafrechts und als Konsequenz die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen. Wirtschaftliche Hilfe kann nur dann wirksam werden, wenn grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems erfolgen. [...] Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. [...]

Viertens: Ministerpräsident Modrow hat in seiner Regierungserklärung von einer Vertragsgemeinschaft gesprochen. Wir sind bereit, diesen Gedanken aufzugreifen. [...] Diese Zusammenarbeit wird zunehmend auch gemeinsame Institutionen erfordern. Bereits bestehende Kommissionen könnten neue Aufgaben erhalten, weitere könnten gebildet werden. Ich denke dabei insbesondere an die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, Gesundheit und Kultur. [...]

Fünftens: Wir sind aber auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung, in Deutschland zu schaffen. Das setzt aber eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR zwingend voraus. [...]

Sechstens: Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bleibt eingebettet in den gesamteuropäischen Prozess, das heißt immer auch in die West-Ost-Beziehungen. Die künftige Architektur Deutschlands muss sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas. [...]

Siebtens: Die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft der Europäischen Gemeinschaft ist und bleibt eine entscheidende Konstante der gesamteuropäischen Entwicklung. Wir wollen und müssen sie weiter stärken. [...] Die Bundesregierung befürwortet deshalb den baldigen Abschluss eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der DDR, das den Zugang der DDR zum Gemeinsamen Markt erweitert. [...]

Neuntens: Die Überwindung der Trennung Europas und der Teilung Deutschlands erfordern weitreichende und zügige Schritte in der Abrüstung und Rüstungskontrolle. [...]

Zehntens: Mit dieser umfassenden Politik wirken wir auf einen Zustand des Friedens in Europa hin, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. [...]

„Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas", in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 29. November 1989

Pläne einer Konföderation zwischen den beiden deutschen Staaten waren nicht neu. Bereits in den 1950er-Jahren war gelegentlich darüber diskutiert worden. Und 1989 hatten zunächst Egon Krenz und dann auch Hans Modrow entsprechende Ideen ins Spiel gebracht. Aber sie waren stets vage geblieben, allenfalls als ferne Utopie erschienen, und verfehlten deshalb ihre Wirkung. Überdies litten ihre Urheber unter dem Problem mangelnder deutschlandpolitischer Glaubwürdigkeit, die nicht über Nacht zu gewinnen war. Die Ausführungen Kohls, die in der Öffentlichkeit rasch als „Zehn-Punkte-Plan" der Bundesregierung zur Wiedervereinigung Deutschlands hochstilisiert wurden, fanden jedoch sofort ein großes Echo: Sie waren konkret, mit präzisen Vorschlägen und einer Stufenfolge, kamen direkt vom Kanzler und stellten eine mutige Richtungsentscheidung der sonst so vorsichtigen Bundesregierung dar, auf die viele gewartet hatten. „Wiedervereinigung, die Wiedererlangung der deutschen staatlichen Einheit", so Kohl, bleibe „das politische Ziel der Bundesregierung".

Im Einzelnen sah der Zehn-Punkte-Plan eine Reihe von Maßnahmen vor, die von „sofortiger konkreter Hilfe" für die DDR über die Errichtung der von Modrow vorgeschlagenen Vertragsgemeinschaft bis zur Einführung „konföderativer Strukturen zwischen den zwei Staaten in Deutschland mit dem Ziel der Schaffung einer Föderation, einer föderativen staatlichen Ordnung in Deutschland" reichten. Niemand wisse, so Kohl, wie ein wiedervereinigtes Deutschland aussehen werde. Er sei jedoch sicher, dass die Einheit kommen werde, wenn die deutsche Nation dies wünsche. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür sei eine „legitime demokratische Regierung" in der DDR. Nach freien Wahlen könnten dann verschiedene gesamtdeutsche Institutionen gebildet werden – einschließlich eines gemeinsamen Regierungsausschusses zur ständigen Konsultation und politischen Harmonisierung, gemeinsamer technischer Komitees und einer gemeinsamen parlamentarischen Körperschaft. Wenn diese Politik erfolgreich sei, könne das deutsche Volk schließlich in einem freien Europa in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen.

Die Reaktion auf diese Vorschläge war bei allen Parteien des Bundestages mit Ausnahme der Grünen grundsätzlich positiv. Die Sozialdemokraten glaubten in Kohls Zehn-Punkte-Plan sogar viele eigene Ideen wieder zu entdecken, die sie über die Jahre hinweg zur Deutschlandpolitik geäußert hatten. Allerdings zögerten einige sozialdemokratische Spitzenpolitiker, allen voran der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine und der Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel, sich den Vorschlägen des Kanzlers vorbehaltlos anzuschließen, weil sie der Meinung waren, dass die DDR-Bürgerinnen und -Bürger nicht nur das Recht, sondern auch den Freiraum haben müssten, über ihre Zukunft selbst zu entscheiden. Eine Wiedervereinigung Deutschlands, so die SPD-Spitze, stünde ohnehin noch nicht auf der Tagesordnung. Sogar das Wort „Wiedervereinigung" wurde deshalb in den Stellungnahmen der SPD sorgfältig vermieden und durch Begriffe wie „Einheit" oder „Einigung" ersetzt.

In den USA hingegen, wo man von Kohls Zehn-Punkte-Programm förmlich überrollt wurde, stimmte man den Ausführungen des Kanzlers weithin zu. Zwar wurde die mangeln-

de vorherige Konsultation kritisiert. Aber sowohl Präsident George Bush als auch Außenminister James Baker erklärten sich mit den von Kohl angeregten Schritten zur Wiedervereinigung Deutschlands prinzipiell einverstanden. Allerdings wurde diese Zustimmung an die Bedingung geknüpft, dass die fortgesetzte Einbindung Deutschlands in die westliche Allianz gesichert bleibe. Bei einem Besuch Bakers in Berlin und Potsdam am 12. Dezember 1989 verwies der amerikanische Außenminister daher vorsorglich noch einmal auf die alliierten Vorbehaltsrechte in der Deutschlandpolitik, um Bonn von einem Alleingang abzuhalten. Die Bundesregierung solle, wie Baker intern verlauten ließ, „an den Anker gelegt" werden. In Paris hieß es sogar, man müsse die Deutschen wohl „daran erinnern, wer für Berlin verantwortlich" sei.

In Moskau, von wo aus – vielleicht ungewollt – die Initialzündung für den Zehn-Punkte-Plan erfolgt war, brachte Gorbatschow am 10. Dezember in einem Telefonat mit dem Vorsitzenden der SED-PDS, Gregor Gysi, sein Missfallen über Kohls Vorschläge zum Ausdruck. Jeder Versuch des Westens, die „Souveränität der DDR" einzuschränken, werde von der Sowjetunion zurückgewiesen. Zwischen der Stabilität der DDR und der Stabilität auf dem europäischen Kontinent bestehe ein enger Zusammenhang.

Wachsender Druck

Über die Zukunft der DDR wurde inzwischen jedoch kaum noch von außen, sondern vor allem in Ostdeutschland selbst entschieden. So zogen am 11. Dezember nicht weniger als 300 000 Menschen durch die Straßen Leipzigs, viele von ihnen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen, darunter einige mit dem Bundesadler, „Deutschland! Deutschland!" skandierend. Nach einer Umfrage der „Leipziger Volkszeitung" vom selben Tag sprachen sich etwa drei Viertel der 547 000 Einwohner der Stadt für die Wiedervereinigung aus.

In Dresden hatte der Ministerpräsident Baden-Württembergs, Lothar Späth, bei einem Kurzbesuch am Vortag ebenfalls die Erfahrung gemacht, dass die Dringlichkeit der Wiedervereinigungsforderungen zunahm. Als Späth auf dem Dresdener Flughafen eintraf, wurde seine Delegation mit einem Spruchband empfangen, auf dem ein leicht modifiziertes Zitat aus Friedrich Schillers „Wallenstein" zu lesen war: „Spät(h) kommt ihr – Doch ihr kommt! Allein der weite Weg entschuldigt euer Säumen." Auf dem traditionellen Striezel-Markt wurde Späth immer wieder von alten und jungen Dresdenern angesprochen, die ihrem Wunsch nach Gemeinsamkeit und Wiedervereinigung auf höchst emotionale Weise mit Tränen in den Augen Ausdruck verliehen. Vor der Kreuzkirche hatte sich eine große Menschenmenge versammelt, um – wie bei den Montagsdemonstrationen – mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und „Deutschland! Deutschland!"-Rufen ihre Forderung nach Einheit deutlich zu machen.

Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik informierte Späth sogleich Bundeskanzler Kohl über seine Eindrücke, da der Kanzler in der folgenden Woche, am 19. Dezember, zu einem Treffen mit Ministerpräsident Modrow ebenfalls nach Dresden reisen wollte. Späths Bericht löste in Bonn einige Irritationen aus, weil man jetzt nicht mehr sicher sein konnte, dass der Besuch Kohls reibungslos verlaufen würde. Dabei hatte man eigens Dresden gewählt, weil es als Treffpunkt vergleichsweise unproblematisch schien. Ostberlin war ausgeschieden, weil die Bundesregierung die „Hauptstadt des SED-Regimes" nicht akzeptieren mochte; die „heroische Stadt" Leipzig war von der DDR-Regierung abgelehnt worden; und die Wartburg hatte als allzu symbolisch gegolten, weil sie nicht nur mit Martin Luther, sondern auch mit der nationalen Einigungsbewegung des 19. Jahrhunderts in Verbindung gebracht wurde. Doch nun drohte auch Dresden zu einem Problem zu werden. Der Besuch Kohls fand trotzdem statt – und wurde, wie Mitarbeiter Kohls immer wieder betont haben, zu einem emotionalen Schlüsselerlebnis des Kanzlers, der von nun an unbeirrbar den Weg zur Wiedervereinigung beschritt.

ullstein bild – Langrock

Die Forderungen nach Wiedervereinigung werden Ende 1989 drängender.

picture-alliance / dpa / Wolfgang Kumm

Bundeskanzler Kohl wird am 19. Dezember 1989 in Dresden stürmisch gefeiert.

Verhandlungen

Die Verhandlungen zwischen Kohl und Modrow waren demgegenüber nur von mäßiger Bedeutung, auch wenn einige spektakuläre Entscheidungen getroffen wurden. So wurde eine gemeinsame Erklärung über die von Modrow bei seinem Regierungsantritt angebotene „Vertragsgemeinschaft" zwischen den beiden deutschen Staaten verabschiedet, die „weit über den Grundlagenvertrag und die bislang geschlossenen Verträge hinausgehen" sollte. Außerdem verständigte man sich auf die Einführung des visafreien Verkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten nach dem 24. Dezember und die Öffnung des Brandenburger Tores für den Fußgängerverkehr am 22. Dezember. Verhandlungen auf Ministerebene über die Ausgestaltung der Vertragsgemeinschaft sollten nach dem 1. Januar beginnen. Für die finanziellen Verluste, die der DDR durch die neuen Reisebestimmungen entstanden, sollte von der Bundesrepublik eine Kompensation gezahlt werden.

Bei diesen Gesprächen wurde Kohl aber auch erstmals mit der Forderung Modrows konfrontiert, dass die Bundesrepublik die DDR-Wirtschaft im Jahre 1990 mit „einer Art Lastenausgleich" in Höhe von 15 Milliarden Deutschen Mark (DM) stützen solle. Modrow begründete seine Forderung mit dem Hinweis, dass die DDR nach der Öffnung der Grenzen stark unter den Druck von Westdeutschen geraten sei, die von den für sie günstigen Wechselkursen und der hohen staatlichen Subventionierung ostdeutscher Güter profitierten. Außerdem brauche die DDR das Geld dringend, so Modrow, um Industrie und Landwirtschaft zu modernisieren und die Infrastruktur wieder aufzubauen. Der Kanzler bemerkte dazu lediglich, man solle lieber von einem „Solidaritätsbeitrag" als von einem „Lastenausgleich" sprechen. Er sah sich jedoch nicht in der Lage, konkrete Zusagen zu geben. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hatte zwar einige Tage zuvor, bei der Vorbereitung des Dresden-Besuchs, angeregt, Modrow die sofortige Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten anzubieten. Aber den meisten Beratern Kohls war dieser Vorschlag zu weit gegangen: Die Zeit dafür schien noch nicht reif. Der Kanzler war daher ohne präzise Vorstellungen über den weiteren Fortgang nach Dresden gereist und reagierte auf Modrows Forderung ausweichend.

Modrow hat später den Kanzler beschuldigt, seine in Dresden gemachten Versprechungen nicht gehalten zu haben. Weder ein „Solidaritätsbeitrag" noch die Kompensationen für den visafreien Reiseverkehr seien jemals gezahlt worden, und auch die vereinbarten Gespräche über die Vertragsgemeinschaft hätten nie stattgefunden. Die Verbitterung Modrows war verständlich, denn Kohl änderte nach Dresden die Richtung seiner Politik und verlor nahezu jegliches Interesse an Verhandlungen mit dem DDR-Ministerpräsidenten, der noch als Repräsentant des alten, verbrauchten und nicht durch freie Wahlen legitimierten SED-Regimes erschien.

Im selben Maße, in dem die DDR durch den anhaltenden Massenexodus ihrer Bürger, die Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und das Anwachsen der inneren Opposition, einschließlich der Massendemonstrationen, unter Druck geriet, setzte der Kanzler nun auf die politischen Willensbekundungen der Menschen in der DDR. Sie waren ihm am Nachmittag des 19. Dezember in einer Großveranstaltung mit Zehntausenden von Ostdeutschen vor den Ruinen der Dresdener Frauenkirche in einem Meer schwarz-rot-goldener Fahnen, die meisten inzwischen ohne DDR-Emblem, und „Deutschland! Deutschland!"-Rufen unmissverständlich vor Augen geführt worden. Ein DDR-Entwurf für einen „Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland" mit Datum vom 17. Januar 1990, der Kanzleramtsminister Seiters am 25. Januar übergeben wurde, wirkte dagegen bereits vollständig überholt. Die politische Entwicklung in Deutschland hatte die Politiker – zumindest diejenigen der DDR – längst hinter sich gelassen. Bundeskanzler Kohl war einer der wenigen, die dies nach Dresden spürten.

Modrows Initiative

Die konkrete Planung der ersten Wiedervereinigungsschritte begann Ende Januar und Anfang Februar 1990. Selbst in der Sowjetunion, wo man der Idee eines vereinten Deutschland besonders skeptisch gegenüberstand, ließ sich die rapide Verschlechterung der Lage in der DDR nicht mehr ignorieren. Auch die sowjetische Führung musste sich auf die neuen Bedingungen einstellen. Und wieder war es Nikolai Portugalow, der dem Wandel Sprache und Ausdruck verlieh. In einem als sensationell empfundenen Interview mit der „Bild"-Zeitung erklärte er am 24. Januar, wenn die Menschen in der DDR die Wiedervereinigung wollten, werde sie auch kommen. Die Sowjetunion werde sich einer solchen Entscheidung nicht widersetzen. Wörtlich bemerkte Portugalow: „Wir werden nicht intervenieren."

In Bonn wurden seine Ausführungen als unmissverständliches Zeichen eines grundsätzlichen Wandels in der sowjetischen Haltung gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung gedeutet. Zugleich malte DDR-Ministerpräsident Modrow bei einem Besuch von Kanzleramtsminister Seiters am 27. Januar in Ostberlin ein düsteres Bild von der Situation in seinem Lande: Die staatliche Autorität sei in rascher Auflösung begriffen, Streiks weiteten sich aus, und das öffentliche Klima sei zunehmend aggressiv. Die Verhandlungen über die Errichtung einer Vertragsgemeinschaft müssten deshalb, so Modrow, unverzüglich beginnen. Außerdem seien massive Finanzhilfen und industrielle Kooperation unabdingbar, um den bevorstehenden Zusammenbruch abzuwenden.

In seinen Memoiren bekannte Modrow später, aus dieser Lage und den Illusionen, die man sich in den anderen Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe über die wirtschaftliche Lage damals noch machte, die Schlussfolgerung gezogen zu haben, „dass für uns nur die Orientierung auf die Bundesrepublik eine reale Alternative war". Gemeinsam mit den Kräften am Runden Tisch habe er es daher als notwendig betrachtet, „die Stabilisierung der DDR mit einer stufenweisen Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu verbinden".

Am 29. Januar trat Modrow vor die Abgeordneten der DDR-Volkskammer und wiederholte auch öffentlich, was er zuvor Seiters unter vier Augen mitgeteilt hatte. Unmittelbar danach reiste er nach Moskau, wo am 30. Januar ein Treffen mit Generalsekretär Gorbatschow vorgesehen war. Den Moskau-Besuch hatte Modrow in mehreren Unterredungen mit dem sowjetischen Botschafter in Ostberlin, Wjatscheslaw Kotschemassow, vorbereitet. Dabei war ein Papier entstanden, das den beziehungsreichen Titel „Für Deutschland, einig Vaterland" trug – eine Zeile aus dem ersten Vers der 1949 von Johannes R. Becher geschaffenen und von Hanns Eisler vertonten Nationalhymne der DDR. Der Plan sah vier Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit vor:

- Abschluss eines Vertrages über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft als eine Vertragsgemeinschaft, die bereits wesentliche konföderative Elemente enthalten sollte, wie Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion sowie Rechtsangleichung
- Bildung einer Konföderation mit gemeinsamen Organen und Institutionen, wie zum Beispiel parlamentarischer Ausschuss, Länderkammer, gemeinsame Exekutivorgane für bestimmte Bereiche
- Übertragung von Souveränitätsrechten beider Staaten an die Machtorgane der Konföderation
- Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Form einer Deutschen Föderation oder eines Deutschen Bundes durch Wahlen in beiden Teilen der Konföderation, Zusammentreten eines einheitlichen Parlaments, das eine einheitliche Verfassung und eine einheitliche Regierung mit Sitz in Berlin beschließen sollte.

Vorbedingungen

Der Plan war für Modrow jedoch an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Dazu zählte nicht nur die Absicht, bis zum Abschluss einer gemeinsamen Regelung an den Vier-Mächte-Rechten in Deutschland festzuhalten, sondern auch die Forderung, dass die Bundesrepublik und die DDR „sich gegenseitig nicht in innere Angelegenheiten einzumischen“ hätten und dass beide deutsche Staaten auf dem Weg zur Föderation „militärische Neutralität“ wahren sollten.

Am Morgen des 30. Januar wurde Modrows Plan in Moskau mit Gorbatschow, Ministerpräsident Nikolai Ryschkow, Außenminister Schewardnadse und dem Leiter der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, Falin, diskutiert. Viel gab es allerdings nicht zu besprechen. Modrows Initiative war angesichts der sich alarmierend verschlechternden Situation in seinem Lande eine Mischung aus Frustration und Hoffnung. Gorbatschow bemerkte, dass ähnliche Maßnahmen auch schon von seiner eigenen Regierung erwogen würden; die deutsche Wiedervereinigung könne nicht länger als „eine Möglichkeit in der Zukunft“ ausgeschlossen werden. Die Sowjetunion werde das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung respektieren. Allerdings müssten bald Verhandlungen mit den USA, Großbritannien und Frankreich beginnen – möglichst auf der obersten Ebene –, um einen Vier-Mächte-Rahmen für die eintretenden Veränderungen zu entwickeln und eine Lösung zu finden, die auch die Interessen der DDR berücksichtige.

ap/dpa/picture alliance/Süddeutsche Zeitung Photo

Krisengespräch: DDR-Ministerpräsident Modrow (M.) mit Präsident Gorbatschow und Ministerpräsident Nikolai Ryschkow (re.) am 30. Januar 1990 in Moskau

In Bonn wurden diese Äußerungen aus Moskau, die noch am gleichen Tage von den Medien verbreitet wurden, mit größtem Interesse zur Kenntnis genommen. Gorbatschow schien sich nun mit der deutschen Einigung zumindest im Prinzip abgefunden zu haben, und Modrow hatte erneut bestätigt, dass er zu einer Konföderation – oder gar zu einer vollständigen Wiedervereinigung – keine Alternative mehr sah. Auf einer Kabinettssitzung am 31. Januar stellte Bundeskanzler Kohl daher fest, nun könne „die staatliche Einheit noch schneller kommen, als wir alle bisher angenommen hatten“. Er kündigte seine Absicht an, Arbeitsstäbe einzurichten, um Vorschläge für die praktische Umsetzung der Wiedervereinigung zu erhalten. Eine „Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik“, die sich unmittelbar nach der Kabinettssitzung im Kanzleramt konstituierte, sollte die Aktivitäten der verschiedenen Bereiche der Regierung bei der Ausarbeitung der Wiedervereinigungsvorschläge koordinieren.

Der Konföderationsplan Modrows wurde in Bonn allerdings weniger positiv aufgenommen. Vor allem Modrows Idee, ein in einer Konföderation vereinigtes Deutschland solle politisch und militärisch neutral sein, stieß auf Widerstand. Sie wurde nicht nur von den Regierungsparteien, sondern auch von der SPD sofort verworfen. Der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper (SPD), bemerkte, der Plan erinnere ihn an sowjetische Vorschläge aus den 1950er-Jahren; er bezweifle, „ob solche Pläne mit der heutigen Zeit in Einklang zu bringen sind“.

Tatsächlich hatte Modrow selbst drängendere Sorgen, als eine neue Neutralisierungsdebatte zu beginnen, die schon in den 1950er-Jahren zu nichts geführt hatte. Bei einem Zusammentreffen mit Kohl am 2. Februar auf dem *World Economic Forum* im schweizerischen Davos informierte er den Kanzler, dass der Zerfall der DDR sich täglich beschleunige. Bis Ende 1989 sei die Lage noch verhältnismäßig stabil gewesen. Aber jetzt sei die Autorität der Regierung auch auf der lokalen Ebene im Schwinden begriffen. Eine rasche Zusammenführung der beiden deutschen Staaten sei deshalb unvermeidlich. Geld spiele dabei eine große Rolle: Die DDR brauche sofort 15 Milliarden DM, um eine finanzielle Katastrophe im März abzuwenden. Darüber hinaus sei es möglich, die DM zur alleinigen Währung der DDR zu machen. In einem Interview mit dem schweizerischen Radio gestand ein offenbar zutiefst erschütterter Modrow des Weiteren zu, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands auch ohne Neutralisierung denkbar sei.

Plan zur Wirtschafts- und Währungsunion

Die Informationen, die Modrow in Davos gegeben hatte, korrespondierten mit Nachrichten aus anderen Quellen. So hatte der baden-württembergische Ministerpräsident Späth am Abend des 1. Februar nach seiner Rückkehr von einem erneuten Besuch in Ostdeutschland dem Kanzler telefonisch mitgeteilt, die DDR-Regierung sei am Ende ihrer Kräfte angelangt. Noch ehe Kohl sich am 2. Februar nach Davos auf den Weg machte, suchte er deshalb mit seinen persönlichen Beratern und mehreren Ministern im Kanzleramt nach möglichen Lösungen. Eine Alternative, die auch von Modrow bereits angedeutet worden war, lag auf der Hand: die Errichtung einer

picture-alliance / dpa / Wolfgang Weihs

Käuferschlange vor einem Obststand am 3. September 1989 in Leipzig. Schlange stehen gehörte aufgrund der teilweise schlechten Versorgungslage zum DDR-Alltag.

Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Die Frage war nur, ob sie praktisch durchführbar wäre und wie hoch die Kosten sein würden.

Selbst Bundesfinanzminister Theo Waigel, der noch in der Vorwoche für die Einführung der DM in Ostdeutschland erst nach „einer langen Phase der Anpassung" plädiert hatte, sprach sich am 2. Februar für eine sofortige Währungsunion aus. Bonn solle nun „in die politische Offensive gehen". Alle Pläne für eine schrittweise Vereinigung seien durch den bevorstehenden Zusammenbruch der DDR überholt. Die Äußerungen Modrows in Davos waren nur eine Bestätigung dieser Ansicht.

Vor dem Hintergrund des gerade beginnenden Wahlkampfes für die Wahlen zur Volkskammer am 18. März kündigte Bundeskanzler Kohl daher am 6. Februar öffentlich Gespräche zur Einführung der DM in der DDR an. Es war eine politische Entscheidung, die den ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern eine eindeutige Perspektive bieten sollte, um sie nicht zuletzt auch zu einem bestimmten Wahlverhalten zu veranlassen. Vorangegangene Beratungen mit dem Präsidenten der Bundesbank, Karl Otto Pöhl, am 5. Februar hatten allerdings unter finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten keineswegs ein klares Bild für eine solche Entscheidung ergeben. Pöhl hatte sich nämlich für einen schrittweisen Prozess ausgesprochen, der Jahre in Anspruch nehmen könne, und eine sofortige Währungsunion für „ungeeignet und unmöglich" erklärt. Als Kohl sich nun entgegen allen Warnungen von Experten öffentlich zugunsten der zügigen Einführung der DM in der DDR aussprach, war Pöhl „unangenehm überrascht", zumal der Kanzler und sein Finanzminister am Vortag nicht hatten erkennen lassen, dass ein so weitreichender Vorschlag unterbreitet werden würde.

Doch als das Kabinett die Ankündigung Kohls am 7. Februar in Anwesenheit Pöhls bestätigte und der DDR offiziell die Errichtung einer Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten anbot, schwieg der Bundesbankpräsident. Denn auch wenn der Zeitpunkt der Ankündigung politisch motiviert gewesen sein mochte, waren die wirtschaftlichen Sturmsignale in der DDR nicht zu übersehen. Nicht nur die weiterhin hohe Zahl von 2000 Übersiedlern täglich, sondern auch die sich verdichtenden Anzeichen eines finanziellen Zusammenbruchs der DDR ließen ein Hinauszögern der Entscheidung kaum zu. Man war inzwischen nicht einmal mehr sicher, ob die Regierung Modrow überhaupt bis zum 18. März, dem Termin der Volkskammerwahlen, durchhalten würde. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Bundestag, Wolfgang Mischnick, erklärte deshalb kurz und bündig: „Die DM ist die einzige Perspektive." Das Kabinett stimmte zu: Je eher, desto besser. Früher oder später würde die Bundesrepublik die Verantwortung für die am Boden liegende DDR-Wirtschaft ohnehin übernehmen müssen. Angesichts eines derart starken politischen Drucks konnte daher auch die Bundesbank ihre Vorbehalte nur zurückstellen und nachgeben.

Mit der Währungsunion wurde allerdings Neuland betreten. Einen Präzedenzfall gab es nicht. Üblicherweise stellte eine Währungsunion den letzten Schritt einer politischen und wirtschaftlichen Integration dar. In diesem Fall hatte sich die Bundesregierung jedoch durch die Umstände in Ostdeutschland gezwungen gesehen, „den ökonomischen Karren vor das politische Pferd zu spannen". Rasch gebildete Arbeitsgruppen im Kanzleramt und in den Ministerien für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit und Soziales machten sich deshalb unverzüglich ans Werk, Lösungen für die Zusammenführung der enorm unterschiedlichen Wirtschaften in Ost- und Westdeutschland zu finden und in Rekordzeit die Ausweitung der DM zu einer gesamtdeutschen Währung vorzubereiten.

Änderung der Wirtschaftsordnung

Die Ergebnisse liefen auf die vollständige Übernahme der Wirtschafts- und Finanzpolitik der DDR durch die Bundesrepublik hinaus. Die Bonner Regierung bot an, die Verantwortung für die DDR-Wirtschaft, die Währungsstabilität, die Beschäftigung, die Renten, das Sozialwesen und die Infrastruktur zu übernehmen. Sie forderte jedoch, dass die gesamte westdeutsche Wirtschaftsordnung ebenfalls in Ostdeutschland eingeführt werden müsse, weil die Instrumente der westdeutschen

Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik nur in einer marktwirtschaftlichen Ordnung greifen könnten. Die Anpassung der DDR an das bundesdeutsche System sollte in einem Staatsvertrag verankert werden, der von den beiden deutschen Staaten abzuschließen sei. Danach würden selbst Haushaltsentscheidungen der DDR-Volkskammer von der westdeutschen Zustimmung abhängig sein.

Als eine DDR-Delegation unter Ministerpräsident Modrow am 13. Februar als Gegenbesuch zu Kohls Dresden-Visite in Bonn eintraf, stellte sie rasch fest, dass der Spielraum für weitere Verhandlungen äußerst begrenzt war. DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft, die sich stets gegen eine rasche Errichtung der Währungsunion ausgesprochen hatte und stattdessen von der Bundesregierung ein Hilfsprogramm in Höhe von zehn bis 15 Milliarden DM forderte, um die DDR-Wirtschaft zu sanieren, beklagte daher später in ihren Memoiren, „dass das edle Thema ‚deutsche Einheit' dem gefräßigen Tier ‚Wahlkampf' vorgeworfen" worden sei. Tatsächlich ließ sich beides kaum trennen. Aber die dramatische Lage der DDR-Wirtschaft machte es, wie auch Modrow in Bonn feststellte, unausweichlich, große Lösungen an die Stelle von Flickschusterei zu setzen. Der ostdeutsche Regierungschef stimmte deshalb der Wirtschafts- und Währungsunion im Prinzip zu und erklärte sich auch einverstanden, Expertenkommissionen zu bilden, die über die Einzelheiten beraten sollten.

Strittig war vor allem der Kurs, zu dem die Mark der DDR in DM umgetauscht werden sollte. Die Bundesbank, die um die Stabilität ihrer Währung fürchtete, wenn Hunderte von Milliarden Mark ostdeutscher Herkunft plötzlich als DM auf den Markt gelangten, plädierte – entsprechend dem geschätzten Wert der Mark der DDR – für eine Relation von 2:1 oder 3:1, während die Menschen in der DDR natürlich einen Umtauschkurs von 1:1 wünschten. Die Experten konnten sich in dieser Frage zunächst nicht einigen und entschieden daher, die Beratungen darüber erst nach der Volkskammerwahl am 18. März fortzusetzen. Doch erneut war es Bundeskanzler Kohl, der eine partielle Entscheidung durch eine öffentliche Ankündigung herbeiführte: Fünf Tage vor der Wahl, am 13. März, versprach er auf einer Wahlkundgebung in Cottbus, dass kleinere Sparguthaben zum Kurs von 1:1 umgetauscht würden (siehe S. 62 f.). Bundeskabinett und Bundesbank konnten die Entscheidung am folgenden Tag nur noch zur Kenntnis nehmen.

Volkskammerwahl 1990

Die Wahl in der DDR vom 18. März 1990 wurde nicht nur durch die Diskussion über die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten bestimmt, sondern stand insgesamt bereits stark unter dem Einfluss westdeutscher Parteien und Politiker. Dieses bestimmende westliche Engagement war weniger das Ergebnis eines gezielten Handelns der westdeutschen Vertreter, als vielmehr die Folge des rapiden Zerfalls der Autorität des ostdeutschen Staates, der zu Jahresbeginn 1990 ein bemerkenswertes Ausmaß erreichte. So ergab eine Anfang Februar vom Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung und vom westdeutschen Nationalen Marktforschungsinstitut gemeinsam durchgeführte Meinungsumfrage, dass 75 Prozent der Ostdeutschen sich nunmehr für die Wiedervereinigung aussprachen – 27 Prozent mehr als im November 1989.

Der Wahlkampf für die ersten freien Parlamentswahlen der DDR am 18. März wurde von diesem Stimmungswandel beherrscht: Die Wahl war ursprünglich für den 6. Mai geplant gewesen, aber die Modrow-Regierung und die Oppositionsvertreter am Runden Tisch hatten am 28. Januar entschieden, den Termin vorzuverlegen, da sich die politische und wirtschaftliche Situation derart schnell verschlechterte, dass es fraglich war, ob die DDR im Mai überhaupt noch existieren würde. Nun bewarben sich neben der SED, die jetzt unter dem Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) antrat und als lange eingespielte Organisation mit großem Mitarbeiterstab kaum Probleme hatte, den Wahlkampf aufzunehmen, mehr als 50 neue politische Gruppierungen und Parteien um die Gunst der Wählerinnen und Wähler. Die Mitgliederzahl der SED/PDS war zwar innerhalb weniger Monate von 2,4 Millionen auf 890 000 Ende Januar 1990 gesunken. Dennoch war die alte DDR-Staatspartei den politischen Amateuren der neu gebildeten Gruppierungen hinsichtlich Organisation, Parteidisziplin und politischer Erfahrung weit überlegen.

Bürgerbewegungen

Das Neue Forum kann als Beispiel für die organisatorische und konzeptionelle Schwäche idealistischer Kräfte im politischen Alltag gelten. Gegründet im September 1989 von einer Initiativgruppe unter Führung von Bärbel Bohley und Jens Reich, sollte das Neue Forum dazu verhelfen, aus dem Volk heraus ein neues, humanes und sozialistisches Ostdeutschland

Bürgerprotest am 5. April 1990 in Ostberlin gegen den Vorschlag der Bundesbank, Ersparnisse der DDR-Bürger im Verhältnis 2:1 umzutauschen

Mitbegründerin des im September 1989 gegründeten Neuen Forums: Bärbel Bohley

Neues Forum

Gründungsappell vom 9. September 1989

Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewusste Menschen, die doch gemeinschaftsbewusst handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. [...] Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

- dass eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozess mitwirkt,
- dass die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.

Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen Neues Forum. [...]

Allen Bestrebungen, denen das Neue Forum Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen. Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des Neuen Forums zu werden.

Die ersten Texte des Neuen Forums, Berlin 1990, S. 1f.

zu schaffen. Ziel war es, dem Willen der Menschen Ausdruck zu verleihen, ohne ihnen bereits vorgegebene Strukturen oder Konzeptionen überzustülpen. Unter der kommunistischen Herrschaft war dieser Ansatz kühn und herausfordernd gewesen. Inzwischen wurde er jedoch von vielen angesichts der Verlockungen der westlichen Wohlstandsgesellschaft für überholt gehalten.

Andere Bürgerbewegungen, wie Demokratie Jetzt und die Initiative für Frieden und Menschenrechte, litten unter ähnlichen Motivationsproblemen und konzeptionellen Schwächen. Die Ursprünge von Demokratie Jetzt, die ihre Wurzeln in der evangelischen Kirche der DDR hatte, reichten bis 1986 zurück. Die eigentliche Gründung erfolgte jedoch erst Mitte September 1989 mit einem „Aufruf zur Einmischung", der unter anderem von Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß unterzeichnet worden war. In einem „Bündnis aller reformwilligen Menschen, auch von Christen und kritischen Marxisten", wurde zur „demokratischen Umgestaltung der DDR" aufgefordert, in der ein eigener Sozialismus verwirklicht werden sollte. Die Forderungen schlossen jedoch auch die Bundesrepublik ein: Beide deutschen Staaten sollten sich „um der Einheit willen aufeinander zu reformieren".

Die Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) war aus der internationalen Friedensbewegung der frühen 1980er-Jahre hervorgegangen und hatte sich 1986 als erste unabhängige Oppositionsgruppe in der DDR etabliert, um die Abrüstung zu fördern und politische Dissidenten zu unterstützen. Die IFM ließ sich durchaus mit ähnlichen Gruppierungen im Westen vergleichen und unterhielt Arbeitsbeziehungen zur Alternativen Liste in Westberlin und zu den Grünen in Westdeutschland. Im Hinblick auf die Volkskammerwahlen am 18. März schloss sich die IFM mit dem Neuen Forum und Demokratie Jetzt zu einem Wahlbündnis unter der Bezeichnung „Bündnis 90" zusammen.

Die gemeinsame Schwäche aller drei Gruppierungen war jedoch das Fehlen starker westlicher Partner und einer funktionierenden Parteiorganisation. Sie waren als Bürgerbewegungen gegründet worden und stützten sich auf ein Netzwerk von „Basisgruppen", die mehr oder weniger unabhängig voneinander operierten, ohne festes Programm und strenge Disziplin. Hintergrund dieses Bemühens um maximalen Bewegungsspielraum und größtmögliche Pluralität war die Erfahrung von nahezu sechs Jahrzehnten nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur. „Basisdemokratie" erschien deshalb als magische Formel für ein alternatives Regierungskonzept, das die meisten Anhänger der Initiativgruppen – viele von ihnen Intellektuelle, Künstler, aktive Kirchenmitglieder und frühere Dissidenten – für ideal hielten, um das SED-Regime zu ersetzen. Die Frage war nur, ob auch eine Mehrheit der DDR-Bürger nach 40 Jahren Kommunismus bereit war, ein weiteres Experiment zu wagen, oder ob sie eher den bewährten Konzepten nach westlichem Vorbild zuneigten, die die etablierten Parteien anboten.

Parteien

Die Sozialdemokratische Partei, die Anfang Oktober 1989 von 43 Dissidenten – unter ihnen der Dramaturg Ibrahim Böhme und Pastor Markus Meckel – in Schwante nahe Oranienburg gegründet worden war, verfügte über ein derartiges bewährtes Programm. Die ostdeutschen Sozialdemokraten konnten sich nicht nur auf die lange Tradition der deutschen Arbeiterbewegung berufen, sondern erhielten auch frühzeitig Unterstützung von ihrer Schwesterpartei, der mächtigen westdeutschen SPD. Ein gemeinsamer „Verbindungsausschuss" wurde eingerichtet, und eine ganze Reihe von SPD-Politikern und politischen Experten reiste in die DDR, um ihren ostdeutschen Kollegen beim Aufbau einer effektiven Parteiorganisation zu helfen. Willy Brandt wurde Ehrenvorsitzender der ostdeut-

schen Sozialdemokraten; Wahlkampfposter porträtierten ihn über seinem oft zitierten Slogan „Was zusammengehört, wächst zusammen“. Die Ost-SPD konnte der Wahl damit zuversichtlich entgegensehen. Die meisten politischen Beobachter gingen davon aus, dass sie überlegen gewinnen und die neue Regierung stellen würde.

Auf der anderen Seite zögerte die westdeutsche CDU sehr viel länger, ihr ostdeutsches Pendant zu unterstützen. Ihr Problem bestand darin, dass die Ost-CDU keine Neugründung war, sondern 40 Jahre lang als „Blockpartei“ in der Nationalen Front mit der SED kollaboriert und die Kommunisten unterstützt hatte. Auch nachdem ihr Vorsitzender Gerald Götting am 10. November 1989 durch Lothar de Maizière ersetzt worden war und bis Mitte Dezember ergänzende personelle und programmatische Veränderungen vorgenommen worden waren, ließen sich die Belastungen der Vergangenheit nicht so leicht abstreifen. Kooperationsangebote der westdeutschen Christdemokraten blieben daher zunächst aus. Dazu trugen auch Äußerungen de Maizières bei, der am 19. November in einem Interview erklärte, er halte den „Sozialismus für eine der schönsten Visionen menschlichen Denkens“ und teile nicht die Auffassung, „dass die Forderung nach Demokratie zugleich die Forderung nach Abschaffung des Sozialismus beinhaltet“. Auch sei die Einigung Deutschlands nicht „das Thema der Stunde“. Es handele sich dabei vielmehr um Überlegungen, „die vielleicht unsere Kinder oder unsere Enkel anstellen können“.

Kopfzerbrechen bereitete der West-CDU ferner, dass ihre ostdeutsche Schwesterpartei aktiv in der Modrow-Regierung mitarbeitete und noch am 19. Januar für eine Fortsetzung dieser Tätigkeit votierte, um „die Situation im Lande nicht weiter zu destabilisieren“. Bundeskanzler Kohl wartete daher bis Anfang Februar, ehe er zum ersten Mal mit Lothar de Maizière zusammentraf, um seine Hilfe anzubieten.

Inzwischen waren mit dem Demokratischen Aufbruch (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU) zwei weitere, eher konservative Gruppierungen entstanden, die als Bündnispartner infrage kamen. Der DA war teils christlich-ökologisch, teils christlich-konservativ orientiert und wurde personell vor allem von Pastor Friedrich Schorlemmer aus Wittenberg, Rechtsanwalt Wolfgang Schnur aus Rostock und dem Ostberliner Pastor Rainer Eppelmann getragen. Insbesondere Eppelmann favorisierte eine Parteistruktur nach dem Muster der westdeutschen CDU. Die DSU war eine Partei liberaler, konservativer und christlich-sozialer Kräfte vornehmlich aus dem Süden der DDR. Sie wurde – unter dem Vorsitz von Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling – stark von der bayerischen CSU unterstützt und forderte „Freiheit statt Sozialismus“.

Wahlkampf

Die Stärke des DA, der DSU und der Ost-CDU war schwer zu beurteilen. Da die konservativen Kräfte gespalten waren, befürchtete die West-CDU bei der bevorstehenden Volkskammerwahl einen Erdrutschsieg der SPD. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ließ sich Kohl trotz erheblicher Bedenken zur persönlichen Begegnung mit de Maizière bewegen, um Möglichkeiten für ein konservatives Wahlbündnis zu erörtern. Kohl, Seiters und der Generalsekretär der West-CDU, Volker Rühe, trafen danach am 5. Februar de Maizière, Schnur und Ebeling, um die sogenannte „Allianz für Deutschland“ zwischen CDU, DA und DSU zu gründen, die im folgenden Wahlkampf geeint antrat.

Die westdeutschen Liberalen warteten ebenfalls sehr lange, bis zum 12. Februar, ehe sie sich entschlossen, eine ostdeutsche Koalition – die Allianz der Freien Demokraten – zu unterstützen, während die Grünen einer ganzen Reihe von Umweltgruppen und Linksparteien zu Hilfe kamen, darunter der Grünen Liga, der Grünen Partei in der DDR und der Vereinigten Linken. Die extreme Rechte der Bundesrepublik wurde indessen durch einen Beschluss der Volkskammer von einem Engagement in der DDR abgehalten: Die Republikaner wurden verboten, ihr Gründer, Franz Schönhuber, wurde an der Einreise gehindert.

Die Spitzen der westdeutschen Politik, die kurz zuvor noch jegliche Einflussnahme in der DDR von sich gewiesen hatten, übernahmen nun de facto die Verantwortung für die Entwicklung in Ostdeutschland. Insgesamt 7,5 Millionen DM wurden von den Westparteien für den Wahlkampf in der DDR aufgewandt. Davon entfielen nicht weniger als 4,5 Millionen DM auf CDU und CSU, während SPD und FDP sich mit jeweils etwa 1,5 Millionen DM begnügten.

Dicht an dich hängen vor der ersten und einzigen freien Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 die Wahlplakate verschiedener Parteien und Bürgerbewegungen.

Der Spitzenkandidat der Allianz für Deutschland und spätere DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière bei einer Wahlkampfveranstaltung in Potsdam im Frühjahr 1990

Bei der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 konnten sich 12,2 Millionen Wahlberechtigte in der DDR zwischen 19 Parteien und fünf Listenverbindungen, die weitere 14 Parteien repräsentierten, entscheiden. Meinungsumfragen zufolge lag die SPD in der Wählergunst Anfang Februar noch mit 54 Prozent der Stimmen weit in Führung, gefolgt von der PDS mit zwölf Prozent und der CDU mit elf Prozent.

Doch nachdem Bundeskanzler Kohl am 6. Februar – einen Tag nach Gründung der Allianz für Deutschland – die baldige Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion angekündigt hatte, während der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel am 15. Februar im Deutschen Bundestag gegen einen solchen Schritt aufgetreten war, wandelte sich die Stimmung grundlegend: Als der Kanzler wenig später zu seinem ersten Wahlkampfauftritt in der DDR erschien, erwarteten ihn auf dem Platz vor der gotischen Kathedrale in Erfurt mehr als 100 000 Menschen – in einer Stadt von immerhin nicht mehr als 220 000 Einwohnern. Bei folgenden Auftritten in Cottbus und Leipzig, wo er den 1:1-Währungsumtausch versprach, war es nicht anders. In Leipzig gingen sogar 300 000 auf die Straße, um Kohl zu begrüßen.

Der Erfolg gab dem Bundeskanzler recht: Am 18. März stimmten 48,0 Prozent für die Parteien der Allianz für Deutschland, nur 21,9 Prozent für die SPD, 16,4 Prozent für die PDS und 5,3 Prozent für die Allianz Freier Demokraten. Das Bündnis 90 – die Vereinigung von Neuem Forum, Demokratie Jetzt und der Initiative für Frieden und Menschenrechte – musste sich mit nur 2,9 Prozent der Stimmen begnügen. Das Ergebnis war ein unüberhörbarer Ruf nach rascher Wiedervereinigung und Marktwirtschaft sowie eine klare Zurückweisung jeglicher Form des Sozialismus. Davon waren auch die Sozialdemokraten negativ betroffen, die die drängenden Wiedervereinigungserwartungen vieler Ostdeutscher enttäuscht hatten.

Dieser Wahlausgang bedeutete zugleich das Ende der DDR. In den ersten freien Wahlen, die hier überhaupt jemals stattgefunden hatten, votierten die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich gegen den Staat, der ihnen von einer kommunistischen Minderheit mit sowjetischer Rückendeckung aufgezwungen worden war und zu dessen Abwahl ihnen zuvor niemals Gelegenheit gegeben worden war.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker hatten die Menschen in der DDR nun erstmals mit dem Stimmzettel ausüben können. Zuvor hatten sie nur die Chance gehabt, einen Ausreiseantrag zu stellen und damit eine „Abstimmung mit den Füßen“ zu praktizieren. Die ersten freien Wahlen beschleunigten entscheidend den Wiedervereinigungsprozess. Ihm vermochten sich nun weder die Regierungen in Ostberlin und Bonn noch die Vier Mächte, die seit 1945 Verantwortung für Deutschland als Ganzes trugen, länger zu widersetzen.

Ergebnis der Wahlen in der DDR vom 18. März 1990

Abgegebene gültige Stimmen: 11 540 927; Wahlbeteiligung: 93,4 %;
Mandate: 400 (Davon gingen knapp 20 Prozent an Frauen.)

Partei	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU*	4 710 552	40,8	163
SPD	2 525 473	21,9	88
PDS	1 892 329	16,4	66
DSU*	727 716	6,3	25
BFD	608 918	5,3	21
Bündnis 90**	336 064	2,9	12
DBD	251 210	2,2	9
Grüne/UFV	226 921	2,0	8
DA*	106 146	0,9	4
NDPD	44 296	0,4	2
DFD	38 190	0,3	1
AVL (VL & Die Nelken)	20 340	0,2	1

*Die als Allianz für Deutschland zusammengeschlossenen Parteien CDU, DSU und DA erreichten gemeinsam 48 Prozent der Stimmen.
**Das Bündnis 90 war die Listenverbindung der Bürgerbewegungen Neues Forum, Demokratie Jetzt und Initiative für Frieden und Menschenrechte.

Quelle: Wahlkommission der DDR

MANFRED GÖRTEMAKER

Verhandlungen mit den Vier Mächten

Bei der Deutschen Frage hatten die vier Siegermächte ein gewichtiges Wort mitzureden. Die Bundesregierung setzte nicht nur die Wiedervereinigung durch. Das geeinte Deutschland wurde zudem vollständig souverän und Mitglied der NATO.

Während die ökonomischen und innenpolitischen Aspekte der Wiedervereinigung im Wesentlichen von den Deutschen im Alleingang entschieden werden konnten, bedurfte es zur Bewältigung der außenpolitischen Fragen eines Verhandlungsrahmens, der nicht nur die beiden deutschen Staaten, sondern auch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges einschloss. Der Grund dafür lag zum einen in deren Vorbehaltsrechten, die ihren Ursprung in der „Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands“ gemäß der Erklärung der Siegermächte vom 5. Juni 1945 hatten und wegen des fehlenden Friedensvertrages nie vollständig aufgehoben worden waren. In den Pariser Verträgen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten vom 23. Oktober 1954 war dementsprechend ausdrücklich auf die „Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung“ hingewiesen worden.

Zum anderen ergab sich die Notwendigkeit einer Beteiligung der Vier Mächte aus der politischen Entwicklung nach 1989. Denn unter den nunmehr gegebenen Bedingungen bedeutete eine deutsche Wiedervereinigung weit mehr als die bloße Zusammenführung der beiden deutschen Teilstaaten. Die gesamte europäische Ordnung stand jetzt zur Disposition. Da die DDR den Eckpfeiler der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa bildete und der Verlust der DDR für die UdSSR nach den vorangegangenen Ereignissen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei voraussichtlich ebenfalls zum Verlust des sowjetischen Einflusses in diesen Ländern führen würde, drohte der Zusammenbruch des gesamten sowjetischen Imperiums in Europa.

Aber auch Frankreich und Großbritannien betrachteten die sich abzeichnende Neuordnung in der Mitte Europas mit historisch begründeter Skepsis. Und selbst die USA konnten nicht abseits stehen, wenn das System der Bipolarität, dessen Ausgestaltung sie – wie eingangs dargestellt – seit Beginn des Ost-West-Konflikts nach 1945 maßgeblich bestimmt hatten, einer neuen Architektur wich.

Uneinigkeit der Westmächte

Die Unsicherheit und Besorgnis der Nachbarn über die Perspektive einer Wiedervereinigung Deutschlands wurde bereits unmittelbar nach der Maueröffnung deutlich, als der französische Präsident François Mitterrand am 14. November 1989 ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der zwölf Länder der Europäischen Gemeinschaft forderte, um „die jüngsten Entwicklungen in Europa zu diskutieren“ und „eine gewisse

picture-alliance / dpa / AFP

Die Staats- und Regierungschefs der EG-Länder treffen sich am 18. November 1989 im Pariser Élysée-Palast, um über die dramatischen politischen Entwicklungen zu diskutieren.

Kontrolle über die Veränderungen zu gewinnen“. Nach der Vorlage des Zehn-Punkte-Plans von Bundeskanzler Kohl am 28. November teilte Mitterrand einer Gruppe französischer Journalisten mit, er halte eine deutsche Wiedervereinigung für eine „rechtliche und politische Unmöglichkeit“. Gegenüber Bundesaußenminister Genscher äußerte er, ein wiedervereinigtes Deutschland „als eine eigenständige Macht, unkontrolliert“, sei unerträglich für Europa; es dürfe niemals wieder eine Situation eintreten wie 1913, vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Mitterrands langjähriger Vertrauter Régis Debray drohte sogar mit einer Wiederbelebung „der alten französisch-russischen Allianz“, falls ein wiedervereinigtes Deutschland zu sehr an Gewicht gewinnen sollte. Und der frühere französische Außenminister Jean François-Poncet brachte die Bedenken in Frankreich und anderen europäischen Ländern auf den Punkt, als er auf die Gefahr der „wirtschaftlichen und politischen Hegemonie einer Nation mit 80 Millionen Menschen, die den industriellen Koloss Europas bildet“, hinwies. Geschichtliche Belastungen und die Sorge vor Deutschlands aktueller Wirtschaftsmacht verschmolzen zu der Vorstellung einer Bedrohung, die eine Vereinigung der Deutschen als eine Gefährdung von Ordnung und Frieden in Europa erscheinen ließ.

Für die britische Premierministerin Margaret Thatcher spielte der europäische Ordnungsaspekt eine besondere Rolle. In der Tradition klassischen britischen Gleichgewichtsdenkens hielt sie ein geeintes, starkes Deutschland für eine ernsthafte Herausforderung der seit dem Zweiten Weltkrieg erreichten Stabilität – nicht, wie früher, im militärischen Sinne, sondern aufgrund der Stärke der deutschen Wirtschaft, die durch die Einbindung in die Europäische Gemeinschaft noch vergrößert werde. Daher dürfe man die deutsche Wiedervereinigung „nicht übereilen“. Ähnlich sah es auch der italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti: Der Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers komme „zum falschen Zeitpunkt“; eine deutsch-deutsche Konföderation oder gar eine Wiedervereinigung seien nicht aktuell.

Unterstützung aus den USA

In den USA dagegen betrachtete man die Vorgänge in Deutschland durchaus positiv. Die Wiedervereinigung, die man selbst seit 1945 stets gefordert hatte, wurde nicht abgelehnt, sondern als Erfüllung eines langfristigen Ziels westlicher Politik nachdrücklich begrüßt. Präsident Bush und Außenminister Baker hoben lediglich die Notwendigkeit hervor, den Einigungsprozess mit der konstruktiven Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in Einklang zu bringen. Außerdem müsse die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sich innerhalb der Institutionen von NATO und Europäischer Gemeinschaft vollziehen und die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte berücksichtigen. Während Franzosen und Briten somit aus historischer Erfahrung eher rückwärts gewandt argumentierten und an die frühere Bedrohung durch das Deutsche Reich erinnerten, blickten die Amerikaner nach vorne und suchten „eine neue Architektur für ein neues Zeitalter“ zu entwickeln, wie Außenminister Baker am 12. Dezember 1989 in Berlin bemerkte.

Offiziell wurden die divergierenden westlichen Standpunkte schon auf der Sitzung des NATO-Rates am 15. Dezember wieder zusammengeführt, als die Mitglieder der Allianz, einschließlich Frankreich, eine Erklärung verabschiedeten, die auf dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes beruhte und der zufolge die NATO „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken“ sollte, „in dem die deutsche Nation in freier Selbst-

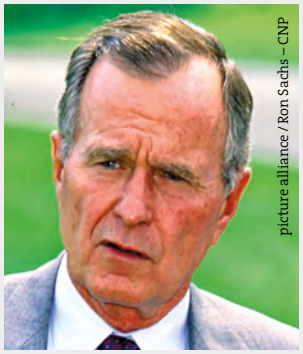
US-Präsident George Bush zum Vereinigungsprozess in Deutschland

[...] Ich teile die Sorge mancher europäischer Länder über ein wiedervereinigtes Deutschland nicht, weil ich glaube, dass Deutschlands Bindung an und Verständnis für die Wichtigkeit des (atlantischen) Bündnisses unerschütterlich ist. Und ich sehe nicht, was einige befürchten, dass Deutschland, um die Wiedervereinigung zu erlangen, einen neutralistischen Weg einschlägt, der es in Widerspruch oder potenziellen Widerspruch zu seinen NATO-Partnern bringt. [...]

Trotzdem glaube ich nicht, dass wir den Begriff der Wiedervereinigung forcieren oder Fahrpläne aufstellen und über den Atlantik hinweg unsererseits eine Menge neuer Verlautbarungen zu diesem Thema machen sollten. Sie braucht Zeit. Sie benötigt eine vorsichtige Entwicklung. Sie verlangt Arbeit zwischen ihnen (den Deutschen) [...] und Verständnis zwischen den Franzosen und Deutschen, den Engländern und Deutschen über alle diese (Fragen). Aber das Thema ist so viel wichtiger und zentraler geworden [...] wegen der schnellen Veränderungen, welche in Ostdeutschland stattfinden. [...]

Und wer weiß, wie sich Herr Krenz entwickeln wird? Wird er nur eine Verlängerung des Honeckerschen Standpunkts oder etwas anderes sein? Ich glaube nicht, dass er dem Wandel völlig widerstehen kann.

George Bush in: New York Times vom 25. Oktober 1989



picture alliance / Ron Sachs – CNP

George Bush (US-Präsident von 1989 bis 1993)

Walter Hanel

Der französische Staatspräsident François Mitterrand zum Vereinigungsprozess

Der demokratische Prozess ist kinderleicht: Die Ostdeutschen und die Westdeutschen werden wählen. Wenn sie gewählt haben, werden sie Abgeordnete haben. Unter diesen Abgeordneten werden sich Mehrheiten abzeichnen, aus diesen Mehrheiten werden Regierungen entstehen, die Programme haben, Botschaften. Wenn diese Botschaft auf beiden Seiten „sofortige Vereinigung" heißt, wird sich das Problem demokratisch gestellt haben. Ich habe von Anfang an die Bedingung genannt – das war Anfang November, vor den Ereignissen vom 9. November, am 3. November in Bonn im Anschluss an die deutsch-französischen Konsultationen. Ich habe gesagt: „Der demokratische Weg und der friedliche Weg." Nun, der demokratische Weg wäre damit erfüllt. Was den friedlichen Weg angeht, so muss er festgelegt werden.

45 Jahre sind vergangen, und ich werde den Deutschen keine Lehren erteilen, das Recht gestehe ich mir nicht zu. Ich habe nicht die Absicht, sie zu bevormunden, Deutschland zu sagen: Wir werden uns Ihnen gegenüber so verhalten, als hätten wir gerade den Konflikt hinter uns, in dem wir Gegner waren. Das sind schon neue Generationen, das ist eine neue Seite der Geschichte, daher weigere ich mich persönlich, davon auszugehen, man könne die Deutschen behandeln, als stünden sie unter Vormundschaft.

Pressekonferenz am 22. Dezember 1989, in: Europa-Archiv, Folge 4/1990, S. D 97

Man muss sich jedesmal freuen, wenn ein demokratisch konsultiertes Volk sich für die Einheit entscheidet. Deswegen habe ich hier keine Vorbehalte. [...] Die Konsequenzen (der deutschen) Einigung bestehen darin, dass die Deutschen sich für die Achtung der Grenzen in Europa einsetzen müssen. [...] Zweitens muss Deutschland – und dazu ist es im Übrigen Kanzler Kohl zufolge auch vorbehaltlos bereit – sich in der Europäischen Gemeinschaft ganz klar für die politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion engagieren [...]. Das deutsche Problem darf nicht an die Stelle des Gemeinschaftsproblems treten. [...]

Als Westdeutschland [...] in Bezug auf die Unantastbarkeit der polnischen Grenze, der Oder-Neiße-Linie, zögerte und sich [...] mehr mit deutschen Problemen als mit die Gemeinschaft unmittelbar bewegenden Problemen befasste, habe ich ohne Unterlass und auf die Gefahr hin, einen Teil der Presse zu irritieren, weiterhin an meinem Ja zur Wiedervereinigung festgehalten. [...] Ich denke, Westdeutschland, dessen Wirtschaft im Gegensatz zu der Ostdeutschlands floriert, wird sehr damit beschäftigt sein, die Währungsunion zwischen den beiden Ländern in Gang zu bringen, und dies lässt wirtschaftliche Spannungen erwarten, die die deutschen Wirtschaftsführer nicht so leicht werden überwinden können. [...]

Wir sind mit der Geschichte vertraut. Seit 1000 Jahren schon sind wir die Nachbarn der Deutschen. Diese waren immer schon ein großes Volk, das manchmal vereinigt, meist aber geteilt war. [...] Um das deutsche Problem in den Griff zu bekommen, muss man über das Problem des deutsch-französischen Paares hinausblicken – dabei muss man allerdings darauf achten, dass es zusammenhält – und sich mit dem Problem Gesamteuropas auseinandersetzen.

Rundfunkinterview vom 25. März 1990

François Mitterrand (französischer Staatspräsident von 1981 bis 1995)

bestimmung ihre Einheit wiedererlangt". Faktisch jedoch waren die Bedenken einiger westlicher Verbündeter noch keineswegs ausgeräumt. Vor allem Frankreich und Großbritannien blieben bezüglich einer möglichen deutschen Wiedervereinigung zurückhaltend, auch wenn Präsident Mitterrand eine Woche später bei einem Besuch in der DDR einräumte, dass die Deutschen das Recht hätten, über ihren Wunsch nach Einheit selbst zu entscheiden.

Bestimmend für die französische Haltung blieb allerdings die Tatsache der gesicherten Einbindung Deutschlands in westliche Institutionen. So erklärte Mitterrand während eines inoffiziellen Treffens mit Bundeskanzler Kohl im Januar 1990 auf seinem Landsitz in Latché in der Gascogne, das größte Hindernis für eine deutsche Wiedervereinigung sei „die Gefahr einer Neutralisierung Deutschlands", die als Ausweg aus der Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in verschiedenen Militärbündnissen gesehen werden könnte. Daher müsse die deutsche Einigung mit einer Intensivierung der europäischen Integration einhergehen. Kohl stimmte dem zu und war schließlich auch einverstanden, als Paris auf eine „Europäische Union" und eine gemeinsame europäische Währung drang. Beides wurde am 7. Februar 1992 im Vertrag von Maastricht vereinbart, dessen Abschluss vor allem von Deutschland und Frankreich vorangetrieben worden war. Frankreichs Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands wurde dadurch maßgeblich erleichtert. Großbritannien verharrte dagegen unter Margaret Thatcher bis zum Schluss in skeptischer Distanz. Die britische Regierungschefin hielt selbst die deutsche Einbindung in den Maastricht-Vertrag noch für ein Instrument, das der deutschen Nation die Erringung der Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent ermöglichen könnte.

Unsicherheit in der Sowjetunion

Anders als der Westen, wo man angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs der DDR mit einem baldigen „Zugewinn" rechnen konnte und allenfalls über die Konsequenzen der wachsenden Stärke Deutschlands stritt, befand sich die

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher

Der wahre Ursprung der deutschen Angst (im Original deutsch; A. d. Ü.) ist die Qual der Selbsterkenntnis. Wie ich bereits erklärt habe, ist das einer der Gründe, warum so viele Deutsche aufrichtig – und wie ich meine, irrigerweise – Deutschland in ein föderatives Europa eingebettet wissen wollen. Es ist doch wahrscheinlich, dass Deutschland in einem solchen Gefüge die Führungsrolle einnehmen würde, denn ein wiedervereinigtes Deutschland ist schlichtweg viel zu groß und zu mächtig, als dass es nur einer von vielen Mitstreitern auf dem europäischen Spielfeld wäre. Überdies hat Deutschland sich immer auch nach Osten hin orientiert, nicht nur in Richtung Westen, obwohl die moderne Version solcher Tendenzen eher auf wirtschaftliche denn auf kriegerische territoriale Expansion abzielt. Daher ist Deutschland vom Wesen her eher eine destabilisierende als eine stabilisierende Kraft im europäischen Gefüge. Nur das militärische und politische Engagement der USA in Europa und die engen Beziehungen zwischen den beiden anderen starken, souveränen Staaten Europas, nämlich Großbritannien und Frankreich, können ein Gegengewicht zur Stärke der Deutschen bilden. In einem europäischen Superstaat wäre dergleichen niemals möglich.

Ein Hindernis auf dem Weg zu einem solchen Gleichgewicht der Kräfte war zu meiner Amtszeit die Weigerung des von Präsident Mitterrand regierten Frankreich, französischen Instinkten zu folgen und den deutschen Interessen den Kampf anzusagen. Denn das hätte bedeutet, die französisch-deutsche Achse aufzugeben, auf die Mitterrand sich stützte.

Margaret Thatcher, Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, übers. von Heinz Tophinke, 2. Auflage, ECON-Verlag, Düsseldorf 1993, S. 1095 f.

Margaret Thatcher (britische Premierministerin von 1979 bis 1990)

Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow

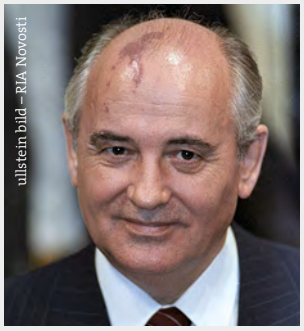
Mir scheint, es gibt sowohl bei den Deutschen in West und Ost als auch bei den Vertretern der vier Mächte ein gewisses Einverständnis darüber, dass die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen wurde. Wir haben immer gesagt [...], dass die Geschichte den Gang der Dinge beeinflusst. So wird es auch in Zukunft sein, wenn sich die deutsche Frage praktisch stellt. [...]

In der europäischen wie in der Weltpolitik, ja wir alle in der DDR, in der BRD, in allen europäischen Hauptstädten, erst recht in denen der vier Mächte, müssen jetzt verantwortungsbewusst handeln. [...]

Es geht hier um eine Frage, die sowohl das Schicksal der Deutschen in der DDR als auch der Deutschen in der BRD betrifft. Sie muss verantwortungsbewusst diskutiert werden. Auf der Straße ist sie nicht zu lösen. Für mich sind die Ausgangspunkte klar. [...] Es gibt zwei deutsche Staaten, es gibt die vier Mächte, es gibt den europäischen Prozess, und der verläuft genauso stürmisch. All das muss in Einklang miteinander gebracht werden. Das liegt in unserem gemeinsamen Interesse. [...]

Auf keinen Fall darf man die Interessen der Deutschen schmälern, denn ich bin für einen realistischen Prozess. Wenn wir sagen, die Geschichte wird die Dinge entscheiden, und ich habe das viele Male getan, dann wird das auch so sein, und ich glaube, dass sie bereits ihre Korrekturen einbringt.

Rundfunkinterview am 30. Januar 1990, in: Deutschland Archiv 3/1990, S. 468



Michail Gorbatschow (Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU von 1985 bis 1991)

Sowjetunion seit der Maueröffnung in einer problematischen Situation: Ohne militärische Intervention war das SED-Regime nicht mehr zu retten, die Wiedervereinigung nicht zu verhindern. Wenn aber die DDR verloren ging, drohte auch der Verlust Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei.

Dementsprechend argwöhnisch verfolgte man in Moskau die Vorgänge zwischen Rhein und Oder und hielt sich anfänglich auch mit ablehnenden Kommentaren nicht zurück. So warnte Generalsekretär Gorbatschow unter Bezugnahme auf die Reformprozesse in den Warschauer-Pakt-Staaten davor, „in die Flammen zu blasen". Außenminister Schewardnadse meinte, es gebe kein Land in Europa, das ein wiedervereinigtes Deutschland nicht als „eine Gefahr für die Stabilität der Nachkriegsordnung" begreife.

In dem Maße jedoch, in dem sich die Wiedervereinigung als unvermeidlich erwies, weil das SED-Regime immer weniger in der Lage war, die eigene Bevölkerung zu beherrschen und ein Minimum an politischer und wirtschaftlicher Stabilität zu gewährleisten, wurden die sowjetischen Reaktionen vorsichtiger – zumal sich die Krise in der UdSSR selbst ebenfalls drastisch verschärfte.

Eine vertrauliche Analyse zur Lage in der Sowjetunion, die Bundeskanzler Kohl am 16. Januar vorgelegt wurde, ließ erkennen, dass Gorbatschow mit überaus ernsten inneren Problemen konfrontiert war: Ökonomisch und sozial war die UdSSR im Niedergang begriffen; zwischen 60 und 100 Millionen Sowjetbürger lebten am Rande – oder bereits unterhalb – des Existenzminimums; die Stimmung in der Armee und bei den Sicherheitskräften verschlechterte sich in gefährlichem

Maße. Daher sah Bonn in Gorbatschows Bemerkung, im Falle einer deutschen Vereinigung werde es „eine Zwei-Zeilen-Meldung geben, dass ein Marschall meine Position übernommen hat“, mehr als nur den Versuch, Deutschland vom unerwünschten Zusammenschluss abzuhalten.

Die schwierige Lage der sowjetischen Führung ermöglichte es auf der anderen Seite dem Bundeskanzler, im Umgang mit der UdSSR und den Westmächten zunehmend selbstbewusst aufzutreten. Kohl konnte sich nicht nur auf den Einheitswillen der Ostdeutschen berufen. Er wusste auch, dass es gegen die Wiedervereinigung kaum noch Widerstand geben konnte, nachdem die USA frühzeitig ihre Zustimmung bekundet hatten und Frankreich durch Garantien für eine Vertiefung der europäischen Integration für die deutsche Sache gewonnen worden war. So verhinderte der Kanzler unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen eine von der Sowjetunion vorgeschlagene Vier-Mächte-Konferenz über die Vereinigungsfrage und forderte die westlichen Verbündeten auf, mit der UdSSR über das Deutschland-Problem nur nach vorheriger Konsultation der Bundesregierung zu sprechen.

Zugleich bemühte sich der Kanzler, die Stimmung in der Sowjetunion positiv zu beeinflussen. Diesem Anliegen dienten unter anderem die Lieferung großer Mengen von Lebensmitteln, die Ausarbeitung von Vorschlägen für eine umfassende Zusammenarbeit und Zusicherungen an Moskau für die Zeit nach der Wiedervereinigung. Solches Entgegenkommen war um so wichtiger, als in der Sowjetunion ein Richtungskampf mit ungewissem Ausgang stattfand: „Realisten“, die sich mit der Entwicklung zur Wiedervereinigung zu arrangieren suchten, stritten dabei mit „Orthodoxen“, die das Rad der Geschichte aufhalten oder gar zurückdrehen wollten. Großzügige Gesten der Bundesrepublik, aber auch langfristige Hilfszusagen konnten in dieser Auseinandersetzung den Ausschlag geben.

Einigung in Ottawa

Bei den Westmächten und in der Sowjetunion wuchs somit im Dezember 1989 und Januar 1990 die Erkenntnis, dass die Wiedervereinigung kaum noch zu vermeiden war – auch wenn manche über diese Perspektive wenig erfreut waren. Gleichzeitig beschleunigte sich der Niedergang der DDR. Als der Zentrale Runde Tisch in Ostberlin am 28. Januar die Vorverlegung des Termins für die Volkskammerwahl vom 6. Mai auf den 18. März 1990 beschloss, um einigermaßen sicher zu sein, dass die Wahlen überhaupt noch stattfinden konnten, zeigte dies erneut den Ernst der Lage.

Ebenfalls am 28. Januar, einem Sonntag, wurden deshalb in den USA Gespräche über die Schaffung eines Rahmens zur außenpolitischen Absicherung der Wiedervereinigung geführt. Dabei kam auch die sowjetische Anregung zur Sprache, ein Vier-Mächte-Treffen einzuberufen, das alter Tradition entsprach: Schon auf der Potsdamer Konferenz 1945 war ein „Außenministerrat“ der Vier Mächte eingesetzt worden, um über Deutschland zu beraten. Der Rat hatte in den 1940er- und 1950er-Jahren wiederholt getagt, ehe der Kalte Krieg weitere Erörterungen zunächst gegenstandslos gemacht hatte. Auch die Berlin-Verhandlungen 1970/71 waren auf der Ebene der Vier Mächte geführt worden. Es lag also nahe, in diesem Rahmen fortzufahren, zumal die rechtliche Situation eine Mitwirkung der Vier Mächte zwingend vorschrieb.

picture-alliance / dpa / afp

Blick in den Tagungssaal der Außenministerkonferenz der Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt am 13. Februar 1990 im kanadischen Ottawa

Tatsächlich ließen sich die Vier Mächte bei der Regelung der Deutschen Frage nicht umgehen. Aber inzwischen hatte sich die internationale Lage so weit geändert, dass man nicht mehr einfach über die Deutschen hinweggehen konnte. Der Politische Planungsstab im amerikanischen Außenministerium entwickelte deshalb am 28. Januar 1990 jene Idee, die sich dann als „Zwei-plus-Vier“-Konzept durchsetzte: Als erstes sollten die beiden deutschen Staaten die ökonomischen, politischen und rechtlichen Fragen der Einigung behandeln. Danach würden die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion zusammen mit der Bundesrepublik und der DDR die außenpolitischen Aspekte des Einigungsprozesses klären, darunter die Frage der Souveränität, die Garantie der Grenzen, den Umfang der deutschen Armee, die Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands in Bündnissen und die Sicherheitsvorkehrungen für die Nachbarn.

Als Außenminister Baker die Idee am folgenden Tag mit seinem britischen Amtskollegen Douglas Hurd besprach, stimmte Hurd dem Konzept prinzipiell zu, gab jedoch zugleich zu erkennen, dass seine Regierung eine „Vier-plus-

Erste Runde der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen: Sitzung der Außenminister am 5. Mai 1990 im Weltsaal des Auswärtigen Amtes in Bonn

Null"-Lösung – also Verhandlungen ohne deutsche Beteiligung – vorziehen würde. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher lehnte dies sofort kategorisch ab und verwarf ebenfalls den Gedanken eines „2-plus-15"-Rahmens – eine Konferenz der beiden deutschen Staaten mit den Mitgliedern der NATO – oder ein Forum der 35 Staaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Die Zwei-plus-Vier-Idee gefalle ihm dagegen sehr gut, so Genscher, aber man müsse sichergehen, dass es zwei plus vier seien, nicht vier plus zwei. Denn die Deutschen müssten bei den Entscheidungen über ihr Schicksal den ersten Platz einnehmen. Wenn dieser Weg beschritten werde, seien die Bundesrepublik und die DDR auch bereit, „die deutsche Angelegenheit" nach Ausarbeitung einer gemeinsamen Lösung auf einem für den Herbst 1990 geplanten Gipfeltreffen der KSZE zu präsentieren.

Einbindung der KSZE

Genschers Ansatz, die deutsche Einigung nur von den beiden deutschen Staaten und den Vier Mächten aushandeln zu lassen, danach aber im Rahmen der KSZE alle anderen europäischen Staaten sowie Kanada in die Entscheidung einzubeziehen, war darauf ausgerichtet, eine Isolierung Deutschlands, wie sie im Deutschen Reich nach 1890 eingetreten war, zu verhindern, und wurde deshalb von Bundeskanzler Kohl nachdrücklich unterstützt. Allen Sorgen, ein wiedervereinigtes Deutschland könne eines Tages zu einer Politik des Expansionismus und des Strebens nach Hegemonie zurückkehren, sollte damit von vornherein der Boden entzogen werden.

Deswegen erklärte der Kanzler auf dem Weltwirtschaftsforum am 3. Februar in Davos, die Bundesrepublik sei stets eine entschiedene Verfechterin der NATO, der europäischen Einigung und des KSZE-Prozesses gewesen und habe zudem die Abrüstung und Rüstungskontrolle unterstützt. Daran werde sich auch künftig nichts ändern. Das vereinte Deutschland werde „ein vertrauenswürdiger Partner" beim Aufbau einer friedlichen Ordnung in Europa sein. Mehr noch: Europa sei „jedes Deutschen Zukunft".

Dennoch ließen sich nicht alle Bedenken ohne Weiteres ausräumen. Vor allem Moskau fiel der Schritt zur Unterstützung der Wiedervereinigung schwer. Zumindest wollte man sich maximale Einflussmöglichkeiten vor und nach der Vereinigung sichern. Die Zwei-plus-Vier-Formel, die schließlich auch vom französischen Außenminister Roland Dumas gebilligt wurde – ebenfalls mit dem einschränkenden Hinweis, auch Paris hätte eine „Vier-plus-Null"-Lösung vorgezogen –, stieß darum bei der Sowjetunion zunächst auf Ablehnung. Erst am Rande eines Treffens der Außenminister der NATO und des Warschauer Paktes am 13. Februar in Ottawa, bei dem es vordergründig um die Vereinbarung eines „offenen Himmels"– die Erlaubnis zu gegenseitigen Luftinspektionen – ging, wurde Einverständnis erzielt. Inzwischen war der Prozess des Umdenkens in Moskau angesichts der Unumkehrbarkeit der Entwicklung in Deutschland offenbar so weit fortgeschritten, dass man sich entschlossen hatte, den lange hinausgezögerten letzten Schritt zu tun. Die Außenminister der beiden deutschen Staaten und der Vier Mächte vereinbarten daher in Ottawa, dass sie sich in Kürze im Zwei-plus-Vier-Rahmen treffen würden, „um die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit, einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten, zu besprechen".

Zwei-plus-Vier-Verhandlungen

Die Vorbereitungen für die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen begannen auf der Ebene der Politischen Direktoren der Außenministerien der beiden deutschen Staaten und der Vier Mächte mit zwei Treffen in Bonn und Berlin am 14. März und 16. April. Die Direktoren verständigten sich darauf, dass die Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschlands, die Stärke der Bundeswehr und Sicherheitsgarantien für die Nachbarn Deutschlands, die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze, der Abzug der alliierten Streitkräfte, die Aufhebung der alliierten Vorbehaltsrechte sowie die Wiederherstellung der vollen völkerrechtlichen Souveränität Deutschlands im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen sollten. Die Sowjetunion versuchte, auch den Abschluss eines Friedensvertrages auf die Tagesordnung zu setzen, nahm davon jedoch auf Drängen des Leiters der Bonner Delegation, Dieter Kastrup, wieder Abstand. Kastrup wies nämlich darauf hin, dass Gespräche über dieses Thema auch viele andere Staaten einbeziehen müssten, mit denen das Dritte Reich sich formell im Kriegszustand befunden hatte. Polen dagegen sollte zu der Konferenz hinzugezogen werden, wenn das Thema Oder-Neiße-Linie zu behandeln war.

Die ersten Verhandlungen auf Außenministerebene fanden am 5. Mai 1990 in Bonn statt. Danach traf man sich erneut im Juni in Berlin, im Juli gemeinsam mit polnischen Vertretern in

Paris (wo es um die polnische Westgrenze ging) und ein letztes Mal Anfang September in Moskau. Dort wurde am 12. September 1990 auch der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" unterzeichnet, der einen Quasi-Friedensvertrag darstellte und die seit 1945 offene „Deutsche Frage" endlich klärte.

Neutralität oder NATO-Mitgliedschaft?

Die Diskussion über den künftigen militärischen Status Deutschlands war bereits vor Ottawa überaus intensiv gewesen. Dabei hatte die amerikanische Regierung ebenso wie Paris und London von Anfang an darauf bestanden, dass sich der Wiedervereinigungsprozess „im Rahmen der fortbestehenden Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der NATO" bewegen müsse, wie es ein wenig unbestimmt hieß. Die sowjetische Führung hatte dagegen im Einklang mit Ministerpräsident Modrow dafür plädiert, dass ein „vereinigtes deutsches Vaterland" neutral sein müsse und weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehören dürfe. Zwischen beiden Positionen hatte Bundesaußenminister Genscher zu vermitteln versucht, als er in einer Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing am 31. Januar 1990 erklärt hatte, das vereinigte Deutschland müsse zwar Mitglied der NATO sein, NATO-Streitkräfte dürften aber nicht in Ostdeutschland stationiert werden, sodass der Westen aus einer deutschen Wiedervereinigung keinen militärischen Vorteil ziehen werde.

Der Genscher-Vorschlag wurde zunächst in Kreisen der amerikanischen Regierung als „ein sehr positiver Beitrag" zur Überbrückung der Differenzen zwischen Ost und West begrüßt. Jeder Gedanke an Neutralisierung wurde indessen von den USA ebenso wie von den anderen westlichen Ländern einmütig verworfen.

Auch unter den Verbündeten der UdSSR stieß Modrows Konzept auf wenig Gegenliebe. So ließ der tschechoslowakische Präsident Václav Havel am 6. Februar US-Außenminister Baker wissen, dass er ein neutrales Deutschland ablehne und dies auch Gorbatschow mitteilen werde. In ähnlicher Weise bemerkte der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski am folgenden Tag gegenüber Bundeskanzler Kohl, er könne einer Neutralität nichts abgewinnen und teile die Auffassung des Bundeskanzlers, dass Deutschland nicht neutralisiert werden dürfe. „Für uns Polen", so Skubiszewski, „ist die Einbindung Deutschlands entscheidend."

In Ottawa war es jedoch noch zu früh, diese Frage zu entscheiden, da Moskau sich noch nicht mit der vollständigen Westintegration eines wiedervereinigten Deutschlands abfinden mochte. Stattdessen spielte Außenminister Schewardnadse mit der Idee einer gesamteuropäischen Sicherheitslösung im Rahmen der KSZE, die auch von Genscher und seinem italienischen Amtskollegen Gianni De Michelis vorübergehend aufgegriffen wurde: Eine „zweite Schlussakte von Helsinki" solle „paneuropäische Institutionen" schaffen, um langfristig die bestehenden Militärbündnisse zu ersetzen.

Nach dem Treffen von Ottawa wurde allerdings rasch deutlich, dass Moskau keine andere Möglichkeit mehr sah, als ein wiedervereinigtes Deutschland in der NATO zu akzeptieren. Bereits am 15. Februar verlautete aus sowjetischen Regierungskreisen, dass die Forderung nach entmilitarisierter Neutralität inoffiziell bereits aufgegeben sei. Denn, so ein hochrangiger Funktionär der KPdSU: „Wir haben unsere Fähigkeit eingebüßt, auf die deutsche Innenpolitik Einfluss zu nehmen. Wir haben keine Zeit mehr, eine langfristige außenpolitische Strategie zu praktizieren." Da die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen ebenfalls einen baldigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus ihren Ländern wünschten, wuchs der Druck auf Moskau, möglichst schnell eine Vereinbarung mit dem Westen abzuschließen, damit auf dieser Basis ein genereller Truppenrückzug zustande käme.

Überdies drohte inzwischen nicht nur der Zerfall des sowjetischen Imperiums in Osteuropa, sondern auch die Auflösung der Sowjetunion selbst. Nachdem das Zentralkomitee der KPdSU am 7. Februar 1990 durch Änderung des Artikels 6 der sowjetischen Verfassung das Machtmonopol der Partei beseitigt hatte, war die Kritik an den innersowjetischen Verhältnissen dramatisch gestiegen. Unkontrollierte Massendemonstrationen zogen durch Moskau. In Aserbaidschan, Tadschikistan und Armenien kam es bei ethnischen Auseinandersetzungen zu blutigen Kämpfen. Am 12. Februar – einen Tag vor Modrows Besuch in Bonn und noch vor der Konferenz von Ottawa – teilte Gorbatschow deshalb dem DDR-Ministerpräsidenten telefonisch mit, dass es fraglich sei, ob die sowjetische Führung in der Lage sein werde, an der Forderung nach einem Verzicht des vereinigten Deutschlands auf eine NATO-Mitgliedschaft festzuhalten.

Grenze zu Polen

Die Frage der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze spielte nicht erst im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen eine Rolle, sondern war bereits im Sommer 1989 zu einem Thema geworden, als die rechtsradikale Partei der Republikaner bei Kommunalwahlen in Westberlin 7,5 Prozent und bei den Wahlen zum Europaparlament 7,1 Prozent erhalten hatte. Um weitere Erfolge der Rechten zu verhindern, hatten konservative Politiker daraufhin argumentiert, die Gebiete östlich der Oder und Neiße müssten einbezogen werden, wenn die Deutsche Frage wieder auf die Tagesordnung kommen sollte. Bundesaußenminister Genscher hatte sich dadurch veranlasst gesehen, in einer Rede vor der UNO am 27. September 1989 im Namen der Bundesregierung zu erklären, dass das Recht des polnischen Volkes, „in sicheren Grenzen zu leben, von uns

Klemens Gresch

Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche infrage gestellt wird". Der Bundestag hatte diese Stellungnahme am 8. November durch eine Resolution bekräftigt.

Tatsächlich war die politische Konstellation ebenso eindeutig wie die Rechtslage: Juristisch betrachtet konnte eine endgültige Fixierung der Grenzen erst in einem künftigen Friedensvertrag oder einer entsprechenden Regelung mit einem wiedervereinigten Deutschland erfolgen; der seit der Potsdamer Konferenz 1945 bestehende Status besaß damit nur vorläufige Gültigkeit. Zugleich jedoch hatten die Bundesrepublik und die DDR die Oder-Neiße-Grenze wiederholt als für sie verbindlich anerkannt: die DDR im Görlitzer Vertrag vom 6. Juli 1950, die Bundesrepublik in ihrer allgemeinen Gewaltverzichtserklärung vom 3. Oktober 1954 und besonders im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970. Eine Revision der Oder-Neiße-Grenze wurde daher weder von der DDR noch von der Bundesrepublik angestrebt.

Dennoch wurde das Thema im November 1989 erneut zum Problem, als Bundeskanzler Kohl – ungeachtet der Genscher-Äußerung vor der UNO und der folgenden Bundestagsresolution – es bei seinem Polen-Besuch zur Zeit der Maueröffnung sorgfältig vermied, die Grenzgarantie zu wiederholen. Trotz öffentlicher Kritik blieb der Kanzler unbeirrt bei seiner Position, dass eine endgültige Festlegung erst durch „eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung und ein frei gewähltes gesamtdeutsches Parlament" vorgenommen werden könne. Kohl zog sich damit auf den rechtlichen Standpunkt zurück, wobei das Motiv für sein Verhalten in den Erfolgen der Partei der Republikaner und dem Bemühen zu suchen war, ihnen im Vorfeld der für den 2. Dezember 1990 geplanten Bundestagswahlen keine indirekte Schützenhilfe zu leisten.

In Polen sorgte dieses Verhalten jedoch für beträchtliche Unruhe und Aufregung, die durch die Perspektive einer baldigen deutschen Wiedervereinigung noch zusätzlich geschürt wurden, sodass die polnische Regierung eine diplomatische Offensive startete, um einen Platz am Konferenztisch der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zu erhalten. Aber der Kanzler weigerte sich nicht nur weiterhin, ein klärendes Wort zu sprechen, sondern lehnte auch die Teilnahme Polens an den Verhandlungen ab. Lediglich eine weitere Resolution des Bundestages zur Oder-Neiße-Frage wurde am 8. März 1990 ohne Gegenstimme bei nur fünf Enthaltungen verabschiedet.

Als der französische Staatspräsident Mitterrand daraufhin am 10. März anlässlich eines Besuchs seines polnischen Amtskollegen Jaruzelski und von Ministerpräsident Mazowiecki in Paris erklärte, dass vor einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein deutsch-polnischer Grenzvertrag geschlossen werden müsse, ging der Bundeskanzler in die Offensive. In zwei langen Telefongesprächen mit Mitterrand und dem Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Jacques Delors, kündigte er an, dass er den deutschen Einigungsprozess nunmehr beschleunigen werde und von den Verbündeten erwarte, „dass sie sich nicht verstecken, wenn Sturm aufkommt". Das amerikanische Außenministerium wurde noch einmal offiziell in Kenntnis gesetzt, dass ein deutsch-polnischer Grenzvertrag erst nach der Wiedervereinigung möglich sei.

Der Ausgang der Wahlen zur DDR-Volkskammer am 18. März trug weiter dazu bei, die Position Kohls zu stärken. Als Präsident Bush dem Kanzler zum Wahlsieg seiner Partei in Ostdeutschland gratulierte, fügte er hinzu, dass er Mazowiecki am folgenden Tag in Washington sagen werde, dass er der westdeutschen Regierung vertraue und dass der polnische Ministerpräsident dies ebenfalls tun solle. Damit wurde der polnischen Seite klar, dass eine gleichberechtigte Teilnahme an den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen nicht durchzusetzen war. Außenminister Skubiszewski erklärte sich deshalb am 26. März mit Genschers Position einverstanden, dass die Oder-Neiße-Grenze eine deutsch-polnische Angelegenheit und ihre Behandlung durch die Vier Mächte daher unpassend sei. Zudem ließen die Polen ihre Forderung fallen, dass ein Zwei-plus-Vier-Treffen in Warschau abgehalten werden solle.

picture-alliance / dpa / Roland Hölschneider

Die Außenminister Hans-Dietrich Genscher (li.) und Krzysztof Skubiszewski (re.) tauschen am 14. November 1990 im Beisein von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki in Warschau die Dokumente über den deutsch-polnischen Grenzvertrag.

NATO-Hauptquartier in Brüssel

Garantien innerhalb der NATO

Der Wahlausgang in der DDR führte auch bei den Regierenden in Paris und Moskau zu einer grundsätzlichen Änderung ihrer Politik. Die französische Führung, die offensichtlich besorgt war, dass ein wiedervereinigtes Deutschland das Interesse an der Europäischen Gemeinschaft (EG) verlieren könnte, drang nun sogar darauf, dass die Bundesrepublik die DDR so schnell wie möglich integrieren möge. Außenminister Dumas erklärte, dass es am besten wäre, wenn „die ostdeutschen Provinzen" einfach in die Bundesrepublik übernommen würden, um „den komplizierten Prozess der Aufnahme eines dreizehnten Staates in die Gemeinschaft" zu vermeiden. Und Mitterrands außenpolitischer Berater Jacques Attali informierte Kohl, dass Paris jetzt „mit Hochdruck" an einer EG-Initiative zur Errichtung einer Europäischen Union arbeite, um so das vereinigte Deutschland fest in die europäische Integration einzubetten.

Auf der anderen Seite deutete Moskau am Tag nach der Volkskammerwahl offiziell an, dass es sich mit der Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland in der NATO abfinden wolle. Nikolai Portugalow meinte, dass dies zwar offiziell immer noch abgelehnt werde, es aber nur „die Ausgangsposition bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" sei. Wjatscheslaw Daschitschew, einer der führenden sowjetischen Deutschland- und Europaexperten, ging sogar noch einen Schritt weiter, als er am 20. März in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt" die Ansicht formulierte, dass die UdSSR an einer deutschen NATO-Mitgliedschaft sogar interessiert sein müsse. „Man muss das geeinte Deutschland in den Rahmen der NATO einfügen [...]. Es gibt das Bild einer Kanone, die an Bord eines Schiffes nicht festgezurrt ist, und einige Leute vergleichen ein neutrales Deutschland mit einer solchen Kanone."

Demnach wurde inzwischen auch in der Sowjetunion die Auffassung vertreten, dass ein in das westliche Bündnis eingebundenes Deutschland weniger gefährlich und daher eher zu befürworten sei als ein in der Mitte Europas frei „herumvagabundierendes" Deutschland. Auch Außenminister Schewardnadse schien ähnlich zu denken, wie man einer Äußerung von ihm während eines Treffens mit seinen Amtskollegen Baker und Genscher am 22. März entnehmen konnte.

Bei der Vorbereitung der ersten Zwei-plus-Vier-Konferenz am 5. Mai in Bonn fühlte sich der Kanzler deshalb stark genug, in der Frage der NATO-Mitgliedschaft zu fordern, dass

- die Schutzklauseln in Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrages für ganz Deutschland gelten müssten,
- der Abzug der sowjetischen Truppen auf der Basis fester Zeitvereinbarungen erfolgen müsse und
- Bundeswehrstationierung und Wehrpflicht für Gesamtdeutschland zu gelten hätten.

„Charta der Zusammenarbeit"

Im Gegenzug sollte Moskau ein umfassender bilateraler Vertrag über Kooperation und Gewaltverzicht angeboten werden. Als Kohl die Idee am 23. April gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Julij Kwizinskij, darlegte und dabei bemerkte, er wolle gewissermaßen eine „Charta der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Sinne der großen geschichtlichen Tradition vereinbaren", reagierte Kwizinskij beinahe euphorisch. Seit er nach Deutschland gekommen sei, sei es sein Traum gewesen, „zwischen Deutschland und der Sowjetunion etwas im Bismarckschen Sinne zu schaffen". Ein Vertrag, wie ihn der Bundeskanzler vorschlage, sei im Sinne Gorbatschows. Bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen komme es Moskau vor allem darauf an, eine deutliche Verringerung der Stärke der Bundeswehr zu erreichen. Auch die Truppen der Vier Mächte sowie die Zahl der Kernwaffen auf deutschem Boden müssten reduziert werden.

Über all dies ließ sich nach sowjetischer Auffassung jedoch Einvernehmen erzielen. Als wichtig erschien vor allem, dass der Kanzler mit seinem Angebot eines umfassenden bilateralen Vertrages einen Vorschlag unterbreitet hatte, der in Moskau die Vertrauensbasis für eine Regelung der Einzelfragen schuf. Kohls außenpolitischer Berater Horst Teltschik notierte deshalb am 23. April in sein Tagebuch, offenbar habe die sowjetische Führung nur auf einen derartigen „weiterführenden Vorschlag von uns gewartet".

Treffen im Kaukasus

Mit dem Vorschlag vom 23. April begann ein deutsch-sowjetisches „Sonderverhältnis", das den ganzen Sommer 1990 hindurch andauerte und mit dem Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbatschow in dessen Jagdhütte im Kaukasus am 15. und 16. Juli 1990 seinen Höhepunkt erreichte. Die prinzipielle Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands hatte Gorbatschow indessen bereits sechs Wochen zuvor, am 31. Mai, bei einer Begegnung mit dem amerikanischen Präsidenten George Bush im Weißen Haus in Washington gegeben, als er sich einverstanden erklärte hatte, dass „Deutschland selbst entscheiden dürfe, welchem Bündnis es sich anschließen wolle", wie es im Gesprächsprotokoll heißt. Da diese Frage lange strittig gewesen war, reagierten die im Raum Anwesenden, je nach Standpunkt der Beteiligten, entsetzt oder positiv überrascht, sodass Bush Gorbatschow zu einer Wiederholung seiner Aussage drängte. Wörtlich fügte dieser nun hinzu, „dass das vereinte Deutschland selbständig über die Mitgliedschaft in einem Bündnis entscheiden soll".

Als Präsident Bush anschließend Bundeskanzler Kohl in Ludwigshafen telefonisch über das Einlenken Gorbatschows infor-

mierte, soll Kohl, wie die amerikanischen Beamten notierten, „den Punkt nicht erfasst“ haben. Dies würde erklären, warum die deutsche Delegation bei ihrem Besuch in der Sowjetunion im Juli 1990 noch maßlos verblüfft war, als Gorbatschow nicht nur der Wiedervereinigung, sondern auch der Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands zum westlichen Bündnis zustimmte.

Allerdings spielte inzwischen auch Geld eine Rolle, denn die Sowjetunion befand sich in einer tiefen ökonomischen und sozialen Krise, aus der sie mit Hilfe des Westens herauszufinden suchte. So äußerte Außenminister Schewardnadse am 4. und 5. Mai 1990 während der ersten Runde der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Bonn in Hintergrundgesprächen den Wunsch nach einem neuen deutschen Kredit für die UdSSR; ein Kompromiss in der Frage der deutschen NATO-Mitgliedschaft sei danach nicht ausgeschlossen. Bundeskanzler Kohl zögerte nicht lange. Nachdem umfangreiche Lebensmittellieferungen im Januar schon wesentlich zur Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach den vorangegangenen Irritationen der Maueröffnung beigetragen hatten, bot sich nun eine weitere Chance, das Verhältnis zu entspannen und den Boden für Kompromisse in den schwierigen Fragen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zu bereiten.

Der sowjetische Kreditbedarf belief sich nach Auskunft von Botschafter Kwizinskij auf 20 Milliarden DM in fünf bis sieben Jahren. Da die ernsthafte Gefahr bestand, dass Gorbatschow auf dem im Juli 1990 bevorstehenden Parteitag der KPdSU gestürzt werden könnte, wenn die UdSSR nicht zusätzliche Finanzmittel aus dem Westen erhielt, hatte Kohl kaum eine andere Wahl, als den sowjetischen Wünschen zu entsprechen.

Schon am 13. Mai reiste daher Horst Teltschik zusammen mit Hilmar Kopper und Wolfgang Röller, den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen und der Dresdner Bank, in geheimer Mission nach Moskau, um den Kredit einzufädeln. Dort wurden sie von Ministerpräsident Ryschkow mit den konkreten sowjetischen Forderungen konfrontiert: Die UdSSR benötige kurzfristig einen ungebundenen Finanzkredit von 1,5 bis zwei Milliarden DM, um ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern und international nicht ins Gerede zu kommen. Darüber hinaus sei ein langfristiger Kredit in Höhe von zehn bis 15 Milliarden DM zu Vorzugsbedingungen erforderlich, dessen Tilgungsfrist zehn bis 15 Jahre bei fünf Freijahren betragen solle.

Die Forderungen bewiesen, wie groß die sowjetischen Zahlungsprobleme waren und welches Gewicht die Moskauer Führung in diesem Zusammenhang den deutsch-sowjetischen Beziehungen beimaß. Tatsächlich waren Gorbatschow und Schewardnadse in hohem Maße auf Bonn angewiesen, wenn sie in ihrem Lande politisch überleben wollten. Diese Konstellation ließ sich nutzen. Kohl begründete deshalb in einem Gespräch mit Röller und Kopper am 21. Mai im Kanzleramt seine Bereitschaft zur Kredithilfe für Gorbatschow mit dem Bild des Bauern, „der vor einem heraufziehenden Gewitter seine Ernte rechtzeitig in die Scheune einbringen“ müsse. In einem Brief vom folgenden Tag bot der Kanzler der Sowjetunion einen ungebundenen Finanzkredit bis zur Höhe von fünf Milliarden DM an, verband damit allerdings die Erwartung, „dass die Regierung der UdSSR im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Prozesses im gleichen Geiste alles unternimmt, um die erforderlichen Entscheidungen herbeizuführen, die eine konstruktive Lösung der anstehenden Fragen noch in diesem Jahr ermöglichen“.

Der Kreditvertrag wurde am 18. Juni in Moskau unterzeichnet und von der Bundesregierung Anfang Juli mit den erforderlichen Garantien versehen. Bereits am 13. Juli informierte Finanzminister Waigel den Kanzler, dass die fünf Milliarden in vollem Umfang ausgeschöpft worden seien, womit die angespannte finanzielle Lage der Sowjetunion nochmals unterstrichen wurde.

Die Bonner Finanzhilfe für Moskau trug erwartungsgemäß wesentlich dazu bei, die äußeren Aspekte des deutschen Wiedervereinigungsprozesses zu lösen. Wichtigster Punkt war dabei die Zustimmung des Kreml zur NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands. Die Bundesregierung bot dafür eine deutliche Reduzierung der Stärke der Bundeswehr an, wobei Außenminister Genscher gegenüber Schewardnadse von einer Gesamtzahl von 350 000 Mann sprach, während Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg eine Obergrenze von 370 000 Mann befürwortete.

Reduzierung der Nuklearwaffen

Die NATO ihrerseits kam der UdSSR dadurch entgegen, dass sie auf einer Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs ihrer Mitgliedstaaten am 5. und 6. Juli 1990 in London eine Erklärung verabschiedete, in der ein grundlegender Wandel der Atlantischen Allianz angekündigt wurde: NATO und Warschauer Pakt sollten sich „nicht länger als Gegner betrachten“. Die NATO werde ihre Streitkräftestruktur und Strategie den veränderten Bedingungen der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges anpassen. Die Zahl der Nuklearwaffen werde reduziert und die Strategie der „flexiblen Erwiderung“ so umgestaltet, dass sie „eine verminderte Abstützung auf Nuklearwaffen“ widerspiegele. Damit wolle die Allianz dazu beitragen, „die Hinterlassenschaft von Jahrzehnten des Misstrauens zu überwinden“. Zusicherungen, das Gebiet der NATO nicht ostwärts über Deutschland hinaus zu erweitern, wurden allerdings nicht gegeben. Diese Frage wurde erst im weiteren Verlauf der 1990er-Jahre im Zuge der NATO-Osterweiterung erörtert, als man sich davon in erster Linie eine Erhöhung der politischen Stabilität in den Transformationsländern Osteuropas versprach – eine Erwartung, die nun auch von Russland geteilt wurde.

Jetzt, im Juli 1990, als sich die Staats- und Regierungschefs der NATO in London versammelten, fand in Moskau nahezu zeitgleich, vom 2. bis 13. Juli, der 28. Parteitag der KPdSU statt, auf dem über das Schicksal Gorbatschows und damit auch über die sowjetische Deutschlandpolitik entschieden wurde. Die „Londoner Erklärung“ mit ihrem versöhnlichen Ton kam deshalb ebenso gelegen wie der Milliardenkredit aus Bonn, der genau zu diesem Zeitpunkt von der Sowjetunion in Anspruch genommen werden konnte. Außenminister Schewardnadse bemerkte später in seinen Memoiren, die Erklärung der NATO habe möglicherweise seine Politik „gerettet“. Andernfalls wäre es für Gorbatschow und ihn unmöglich gewesen, sich innenpolitisch durchzusetzen. Besonders die Deutschlandpolitik war auf dem Parteitag umkämpft. „Generale und Parteibürokraten, angeführt von Jegor Ligatschow“, so Schewardnadse 1991 in einem deutschen Nachrichtenmagazin, hätten „gegen den Verlust der westlichen Bastion des sozialistischen Lagers erbittert Widerstand geleistet“. Doch Gorbatschow und Schewardnadse konnten sich durchsetzen, und Gorbatschow wurde am 10. Juli mit klarer Mehrheit in seinem Amt als Generalsekretär der KPdSU bestätigt.

Für Deutschland war diese Entwicklung mitentscheidend für den weiteren Verlauf des Wiedervereinigungsprozesses. Denn unmittelbar nach seiner Wiederwahl lud der dankbare Gorbatschow Bundeskanzler Kohl nach Moskau und in seinen Heimatort Stawropol im Kaukasus ein. Die persönliche Einladung war ein Ausdruck des Vertrauens und ein Indiz für mögliche weitere Fortschritte in den deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Gelöste Stimmung im Garten von Gorbatschows Jagdhaus im Kaukasus am 16. Juli 1990: Genscher, Gorbatschow und Kohl (am Tisch sitzend v.l.n.r.)

Schon in Moskau, wo Gorbatschow den Kanzler am 14. Juli in kleinem Kreis im Gästehaus des Außenministeriums empfing, wurde der Durchbruch erreicht. Bereits hier gestand der sowjetische Generalsekretär zu, dass Deutschland weiterhin Mitglied der NATO bleiben könne. Die NATO müsse lediglich für eine Übergangsperiode berücksichtigen, dass ihr Geltungsbereich nicht auf das DDR-Territorium übertragen werde, solange dort noch sowjetische Truppen stationiert seien. Eine solche Entscheidung, so Gorbatschow, stelle beide Seiten zufrieden. Im Übrigen werde das Abschlussdokument der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen die Aufhebung der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland ohne Übergangszeit feststellen. Es sei nur ein separater Vertrag über den Aufenthalt der sowjetischen Streitkräfte auf dem bisherigen DDR-Territorium für die Dauer von drei bis vier Jahren erforderlich.

Einigung

Damit waren die historischen Sätze gesprochen, die den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands ebneten. Im Jagdhaus Gorbatschows im engen Flusstal des Selemtschuk im Kaukasus, oberhalb von Stawropol, herrschte danach eine gelöste Stimmung. Die Bilder gingen um die Welt: Gorbatschow kletterte eine steile Böschung zum kristallklaren Wasser des Flusses hinunter und streckte Kohl seine Hand entgegen, um ihn aufzufordern, ihm zu folgen – Deutsche und Russen versöhnlich vereint.

Bei den formalen Verhandlungen, die am nächsten Morgen, dem 16. Juli, am Frühstückstisch des Jagdhauses begannen, bewies Gorbatschow eine „erfreuliche Konsequenz“, wie Horst Teltschik in seinem Tagebuch notierte, und bestätigte das Entgegenkommen, das er schon am Vortag gegenüber dem Bundeskanzler bewiesen hatte. Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen sollten mit einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag abgeschlossen werden. Das geeinte Deutschland würde die Bundesrepublik, die DDR und Berlin umfassen und Mitglied der NATO sein können. Bedingung war lediglich der Verzicht auf ABC-Waffen und die Nichtausdehnung der militärischen Strukturen der NATO auf das Gebiet der bisherigen DDR, solange dort noch sowjetische Truppen standen.

Nachdem die Details der Vereinbarungen ausgehandelt waren, wobei man sich schließlich auch auf 370 000 Mann als Obergrenze für die Truppenstärke der Bundeswehr einigte, waren alle wesentlichen Hindernisse ausgeräumt, die einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten noch im Wege gestanden hatten. Aus deutscher Sicht waren die Ergebnisse sensationell: Deutschland würde wiedervereinigt. Es würde vollständig souverän sein. Es konnte Mitglied der NATO bleiben. Deutsche Streitkräfte würden in ganz Deutschland stationiert sein. Und die Sicherheitsgarantien der Artikel 5 und 6 des Nordatlantischen Vertrages würden unverzüglich für ganz Deutschland gelten, sobald das Schlussdokument der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Kraft getreten war.

Für die sowjetischen Partner waren der Verlauf und das Resultat der Gespräche im Kaukasus weniger erfreulich. Als Außenminister Schewardnadse in Mineralnie Wodi das Flugzeug nach Paris bestieg, wo am nächsten Tag eine weitere Runde der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen stattfinden sollte, sah er sich einem „hochnotpeinlichen Verhör“ mitreisender sowjetischer Journalisten ausgesetzt, die wissen wollten, warum alle Fragen so blitzschnell gelöst worden seien. Schewardnadse bestritt, dass übereilt gehandelt worden sei. Wie er in seinen Memoiren berichtet, erklärte er dabei zu den Motiven für das Handeln der sowjetischen Führung: „Wir sind außerstande, Deutschlands Wiedervereinigung zu stoppen, es sei denn mit Gewalt. Doch das käme einer Katastrophe gleich. Wenn wir uns einer Beteiligung an diesem Prozess entziehen würden, so würden wir vieles einbüßen. Wir würden keine Grundlagen für das neue Verhältnis zu Deutschland schaffen und die gesamteuropäische Situation beeinträchtigen.“

Zu der Entscheidung, der Wiedervereinigung Deutschlands zu westlichen Bedingungen zuzustimmen, gab es für die Sowjetunion tatsächlich keine vernünftige Alternative. Nur eine erneute militärische Intervention wie am 17. Juni 1953 hätte den historischen Prozess der deutschen Vereinigung noch aufhalten können. Dazu aber war die sowjetische Führung um Gorbatschow und Schewardnadse nicht bereit. Im Interesse des Friedens in Europa und der Neuordnung der sowjetischen Beziehungen zum Westen – vor allem zur Bundesrepublik – wurde die DDR daher in die Wiedervereinigung entlassen. Dafür hoffte der Kreml auf eine großzügige Kooperation mit dem geeinten Deutschland, um die gewaltigen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme der Sowjetunion zu lösen, die ohne westliche Hilfe nicht mehr beherrschbar schienen.

Zwei-plus-Vier-Vertrag

Der Abschluss der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen war nach der Einigung im Kaukasus nur noch Formsache. Am 17. Juli fand in Paris die dritte Runde der Außenministergespräche mit zeitweiliger polnischer Beteiligung statt. Es wurde festgelegt, die polnische Forderung nach einer endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze in das Zwei-plus-Vier-Abschlussdokument aufzunehmen, das völkerrechtlich verbindlich sein würde. Danach handelten die Bundesrepublik und die Sowjetunion die bilateralen Verträge aus, die im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Prozesses vereinbart worden waren. Dies betraf vor allem den sogenannten Generalvertrag über eine umfassende Kooperation zwischen Deutschland und der Sowjetunion sowie den „Überleitungsvertrag" über die Stationierung sowjetischer Truppen auf dem bisherigen Territorium der DDR für weitere drei bis vier Jahre und ihre anschließende Rückführung in die UdSSR. Trilaterale Gespräche zusammen mit der DDR-Regierung bezogen sich auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen DDR-Unternehmen und sowjetischen Firmen.

Ein großes Problem tauchte im August auf, als Außenminister Schewardnadse seinen deutschen Amtskollegen brieflich darüber informierte, dass ein sowjetischer Truppenabzug nicht innerhalb von drei bis vier Jahren, sondern frühestens in fünf bis sieben Jahren möglich sei. Der Abzug hänge „vom Umfang der deutschen materiellen und finanziellen Unterstützung" ab. Schewardnadses Brief folgte am 28. August ein Besuch des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Julij Kwizinskij im Kanzleramt, bei dem dieser forderte, die Bundesrepublik solle sowohl für die Transportkosten des Truppenabzuges als auch für den Bau neuer Unterkünfte für die zurückkehrenden Soldaten in der Sowjetunion aufkommen. Außerdem müsse Bonn den Aufenthalt der noch in der DDR verbleibenden Truppen bezahlen. Andernfalls, so Kwizinskij, werde es in der sowjetischen Armee zum Aufruhr kommen.

Botschafter Wladislaw Terechow präzisierte am 5. September die sowjetischen Vorstellungen. Die finanziellen Forderungen beliefen sich demnach auf 3,5 Milliarden DM Stationierungskosten für die Zeit von 1990 bis 1994, drei Milliarden DM Transportkosten, 11,5 Milliarden DM für den Bau von 72 000 Wohnungen einschließlich der notwendigen Infrastruktur mit Kindergärten, Läden, Apotheken usw., 500 Millionen DM für ein Programm zur Weiterbildung und Erziehung sowie bis zu 17,5 Milliarden DM für die Rückgabe der sowjetischen Immobilien in der DDR. Bundeskanzler Kohl, der mit Außenminister Genscher, Finanzminister Waigel und Wirtschaftsminister Haussmann übereingekommen war, auch in diesem Falle Entgegenkommen zu zeigen, bot Gorbatschow in einem Telefongespräch am 7. September einen Gesamtbetrag von acht Milliarden DM an. Doch Gorbatschow beharrte auf einer weit höheren Summe. Allein für den Wohnungsbau müsse man elf Milliarden DM veranschlagen. Dazu kämen noch die Transport- und Aufenthaltskosten.

Der sowjetische Generalsekretär schilderte die Situation als sehr alarmierend. Es sei jetzt wichtig, „den Knoten zu zerschlagen". Am 10. September bot Kohl deshalb elf bis zwölf Milliarden DM an. Gorbatschow erklärte dazu, er hoffe, dass man sich auf 15 bis 16 Milliarden einigen könne. Er habe „viele Kämpfe mit der Regierung, mit den Militär- und Finanzfachleuten ausgefochten". Das Ergebnis seien die von ihm genannten 15 Milliarden DM. Wenn dieses Ziel nicht zu erreichen sei, müsse „praktisch alles noch einmal von Anfang an erörtert werden". Danach hielt der Kanzler den Zeitpunkt für gekommen, zusätzlich zu den zwölf Milliarden DM einen zinslosen Kredit in Höhe von drei Milliarden DM anzubieten. Gorbatschow war erleichtert: So könne das Problem gelöst werden. Einige Stunden später rief Kwizinskij aus Moskau im Kanzleramt an und teilte der Bundesregierung mit, dass der Generalsekretär die Weisung erteilt habe, den Überleitungsvertrag mit der Bundesrepublik nunmehr abzuschließen.

Volle Souveränität

Zwei Tage darauf, am 12. September, endeten auch die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen der Außenminister mit einem Treffen in Moskau und der Unterzeichnung des „Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland". Der Vertrag regelte in zehn Artikeln die außenpolitischen As-

Schlusspunkt der Präsenz der sowjetischen Armee in Ostdeutschland: Auszug russischer Truppen aus der Kaserne Berlin-Karlshorst im Jahr 1994

Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990

Die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika – [...] in Würdigung dessen, daß das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts seinen Willen bekundet hat, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, um als gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, in der Überzeugung, daß die Vereinigung Deutschlands als Staat mit endgültigen Grenzen ein bedeutsamer Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa ist, mit dem Ziel, die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu vereinbaren, in Anerkennung dessen, daß dadurch und mit der Vereinigung Deutschlands als einem demokratischen und friedlichen Staat die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes ihre Bedeutung verlieren, [...] – sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. [...]

(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.

(3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben. [...]

Artikel 2

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel 3

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. [...]

Artikel 4

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklären, daß das vereinte Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in vertraglicher Form die Bedingungen und die Dauer des Aufenthalts der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins sowie die Abwicklung des Abzugs dieser Streitkräfte regeln werden, der bis zum Ende des Jahres 1994 [...] vollzogen sein wird. [...]

Artikel 5

(1) Bis zum Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins in Übereinstimmung mit Artikel 4 dieses Vertrags werden auf diesem Gebiet als Streitkräfte des vereinten Deutschland ausschließlich deutsche Verbände der Territorialverteidigung stationiert sein, die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind, denen deutsche Streitkräfte auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet zugeordnet sind. [...]

(3) Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger. Darunter fallen nicht konventionelle Waffensysteme, die neben konventioneller andere Einsatzfähigkeiten haben können, die jedoch in diesem Teil Deutschlands für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind. Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt. [...]

Der Vertragstext ist online abrufbar unter www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/373160/publicationFile/153338/ZweiPlusVierVertrag.pdf

pekte der deutschen Vereinigung und kam damit einem Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gleich, auch wenn dieser Begriff aus guten Gründen tunlichst vermieden wurde. Das Ergebnis war die Wiederherstellung der deutschen Einheit und die Wiedererlangung der „vollen Souveränität Deutschlands über seine inneren und äußeren Angelegenheiten".

Da der Vertrag allerdings erst nach Hinterlegung der letzten Ratifikations- bzw. Annahmeurkunde in Kraft trat (als letzte Vertragspartei ratifizierte die UdSSR den Vertrag am 3. März 1991), wurden die Vorbehaltsrechte der Alliierten durch Erklärung der Außenminister der Vier Mächte bei ihrem Treffen in Moskau am 12. September 1990 vom Tag der Vereinigung Deutschlands bis zum Inkrafttreten des Vertrages ausgesetzt. Deutschland wurde daher schon am 3. Oktober 1990 ein souveräner Staat ohne Einschränkungen, nachdem am Vortag der deutschen Einheit auch die Alliierte Kommandantur in Berlin ihre Arbeit beendet hatte und alle auf Besatzungsrecht beruhenden innerdeutschen Bestimmungen – etwa die Bindung des Flugverkehrs nach Berlin an Luftkorridore – entfallen waren.

Rechtlich betrachtet bedeutete die Wiedergewinnung der vollen Souveränität für Deutschland, dass es keines besonderen Friedensvertrages mehr bedurfte. Da bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen neben den beiden deutschen Staaten nur die vier Großmächte teilgenommen hatten, nicht jedoch die vielen anderen Staaten, die sich ebenfalls mit dem nationalsozialistischen

picture-alliance / dpa / Wolfgang Kumm

Rund eine Million Menschen feiern in der Nacht zum 3. Oktober 1990 in Berlin wie hier vor dem Reichstagsgebäude die deutsche Einheit. 45 Jahre nach Kriegsende wird Deutschland wieder ein souveräner Staat.

Deutschland im Kriegszustand befunden hatten und deshalb auch zu Friedensverhandlungen hätten hinzugezogen werden müssen, wurde für einen gewissen Ausgleich gesorgt, indem die 35 Mitgliedstaaten der KSZE von den Vereinbarungen am 2. Oktober 1990 offiziell in Kenntnis gesetzt wurden. Die deutsche Einigung, die sich am 3. Oktober durch den Beitritt der fünf ostdeutschen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes vollzog, kam daher nicht nur mit dem verbrieften Einverständnis der Vier Mächte, sondern auch mit Zustimmung aller in der KSZE vertretenen Staaten zustande.

Die außenpolitische Isolierung, in die das Deutsche Reich nach 1871 geraten war und die bis zur Teilung Deutschlands 1945 eine schwere, nie zu verkraftende Bürde gewesen war, sollte damit diesmal von vornherein verhindert werden. Das wiedervereinigte Deutschland wurde Teil einer neuen europäischen Ordnung, in der es sich von Anfang an nicht als Fremdkörper, sondern als von allen akzeptierter Mitspieler fühlen durfte.

Was in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts bisher nur deutsche Teilstaaten erreicht hatten, war jetzt erstmals auch einem vereinten Deutschland möglich: die gleichberechtigte und versöhnliche Teilnahme an der europäischen Politik – mit allen Rechten und Pflichten, die auch für die anderen Staaten galten, und der Chance zur endgültigen Abkehr vom deutschen „Sonderweg", der seit Bismarck, spätestens aber seit Kaiser Wilhelm II., den Kurs Deutschlands und Europas geprägt und belastet hatte.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag

Die wichtigsten Vertragsinhalte

- Das vereinte Deutschland umfasst die Bundesrepublik, die DDR und ganz Berlin
- Die bestehenden Grenzen sind endgültig. Keine Gebietsansprüche Deutschlands gegen andere Staaten. Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze durch deutsch-polnischen Vertrag
- Deutschland bekräftigt sein Bekenntnis zum Frieden und seinen Verzicht auf ABC-Waffen
- Beschränkung der deutschen Streitkräfte auf 370 000 Mann

- Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR und Ostberlin bis Ende 1994
- Danach dürfen NATO-angehörige deutsche Truppen, aber keine ausländischen Streitkräfte, keine Atomwaffen und keine Atomwaffenträger auf ostdeutschem Gebiet stationiert werden
- Beendigung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes
- Volle Souveränität des vereinten Deutschlands

„Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" vom 12.9.1990

Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 58 310

MANFRED GÖRTEMAKER

Gestaltung der Wiedervereinigung

Die Gestaltung der Wiedervereinigung stellte die Politik vor große Herausforderungen. Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft und ungeklärte Eigentumsfragen waren nur zwei der Probleme, die gelöst werden mussten.

Parallel zu den Verhandlungen mit den Vier Mächten über die außenpolitischen Aspekte der Wiedervereinigung wurden zwischen den beiden deutschen Staaten die Probleme der inneren Einigung besprochen. Dabei ging es um höchst komplexe politische, rechtliche und wirtschaftliche Fragen, bei deren Lösung man auf keinen Präzedenzfall zurückgreifen konnte. Vordringlich war die Klärung der Bedingungen für die Wirtschafts- und Währungsunion, die – nicht zuletzt auf Drängen der DDR-Führung – Anfang Februar von der Bundesregierung angekündigt worden war und zum 1. Juli 1990 in Kraft treten sollte. Nur wenn es gelang, den Ostdeutschen wieder eine wirtschaftliche Perspektive zu bieten, war die Übersiedlungswelle zu stoppen und an eine Stabilisierung der Situation zu denken.

Darüber hinaus mussten jedoch für den politischen und rechtlichen Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten frühzeitig Überlegungen darüber angestellt werden, wie die staatliche Ordnung aussehen sollte. Unklar war bereits, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen die Wiedervereinigung überhaupt erfolgen sollte: ob als Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes oder nach Ausarbeitung einer neuen gesamtdeutschen Verfassung. Doch selbst wenn man am Grundgesetz und an der Rechtsordnung der Bundesrepublik festhielt, waren beitrittsbedingte Änderungen und Anpassungen nicht zu vermeiden, die wohlüberlegt sein mussten.

Dabei war eine Fülle von Einzelfragen zu klären. Sie betrafen unter anderem die gesetzgebenden Körperschaften, den Aufbau der öffentlichen Verwaltung, Überleitungsbestimmungen im Bereich der Justiz, die Finanzverwaltung, die Ordnung der Wirtschaft, den Bereich Verkehr, Post und Telekommunikation, das gesamte soziale Netz sowie Bildung, Wissenschaft und Kultur – um nur diese Beispiele zu nennen. Nirgends ließ sich das System der Bundesrepublik einfach auf die Gebiete der bisherigen DDR übertragen. Es bedurfte vielmehr detaillierter Anpassungsregelungen, die vor der Vereinigung festzulegen waren. Daher wurde der Abschluss eines entsprechenden „Vertrages zur deutschen Einheit“ zwischen der Bundesrepublik und der DDR vereinbart.

Die vertraglichen Grundlagen der Wiedervereinigung umfassten deshalb neben dem in Moskau unterzeichneten „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ (siehe auch S. 54) den „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 18. Mai 1990 sowie den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag“ vom 31. August 1990. Erst die Verbindung der drei Vertragswerke ermöglichte die Wiedervereinigung Deutschlands.

Deutsch-deutscher Staatsvertrag

1. Juli 1990

Wirtschaftsunion

Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR

- Privateigentum
- Freier Wettbewerb
- Freie Preisbildung
- Freizügigkeit für Menschen, Güter, Kapital

Übernahme von Regelungen des westdeutschen Wirtschafts- und Arbeitsrechts

Umgestaltung des öffentlichen Finanzwesens in der DDR; Finanzzuweisungen der Bundesrepublik zum Ausgleich des DDR-Haushalts

Währungsunion

Bundesrepublik und DDR bilden ein einheitliches Währungsgebiet

DM als gemeinsame Währung; Bundesbank ist alleinige Währungs- und Notenbank

Währungsumstellung Mark der DDR in DM: je Einwohner (abhängig vom Alter) 2000, 4000 oder 6000 Mark im Verhältnis 1:1

Umwandlung sonstiger Guthaben und Schulden im Verhältnis 2:1

Fortzahlung von Löhnen, Renten, Mieten usw. 1:1

Sozialunion

Einführung einer gegliederten Sozialversicherung (mit Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung) in der DDR

Anschubfinanzierung für die Renten- und die Arbeitslosenversicherung der DDR durch die Bundesrepublik

Anpassung an das westdeutsche Arbeitsrecht (mit Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, Arbeitskampfrecht, Mitbestimmung, Kündigungsschutz)

Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 58 290

Wirtschafts- und Währungsunion

Die Verhandlungen über die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion, die nach der Ankündigung von Bundeskanzler Kohl vom 7. Februar 1990 begonnen hatten, wurden nach dem Sieg der Allianz für Deutschland bei den Wahlen zur DDR-Volkskammer am 18. März auf Drängen Kohls sogleich beschleunigt. Der Kanzler war überzeugt, dass eine rasche und anhaltende Verbesserung der Lebensbedingungen in Ostdeutschland durch wirtschaftlichen Wiederaufbau politisch notwendig war, wenn die deutsche Einheit erfolgreich verwirklicht werden sollte. Dabei setzte er voraus, dass der Wiederaufbau in relativ kurzer Zeit bewerkstelligt werden konnte.

Dieser Optimismus basierte auf der Annahme, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik – entsprechend einer Analyse der fünf führenden westdeutschen Wirtschaftsforschungsinstitute – in den Jahren 1990 und 1991 durch Stabilität und zusätzliches Wachstum bestimmt sein würde. Die Prognosen sagten für 1990 3,75 Prozent Wachstum und für 1991 sogar nahezu vier Prozent voraus; zugleich werde der „Wiedervereinigungsboom" die Arbeitslosigkeit drastisch reduzieren, ohne die Inflation über die Drei-Prozent-Grenze zu treiben. Die Bundesrepublik werde damit über genügend finanzielle Reserven verfügen, um etwa für die Anpassung der Renten, die Modernisierung der Infrastruktur und die Beseitigung der Umweltschäden in Ostdeutschland sorgen zu können.

Darüber hinaus sah sich der Kanzler in seiner Zuversicht durch großzügige Versprechungen der deutschen Privatwirtschaft gestärkt, in der bisherigen DDR zu investieren. Nach Ankündigung der Währungsunion und erst recht nach dem Ausgang der Volkskammerwahl vom 18. März wurden in allen Teilen der Wirtschaft Absichtserklärungen für ein erhebliches Engagement in Ostdeutschland abgegeben. Einer Zählung der Bundesvereinigung der Handelskammern in Köln zufolge lagen Ende März 1990 bereits 1100 derartige Zusicherungen vor – vor allem aus der Automobilindustrie, dem Maschinenbau, der Elektrotechnik, dem Großhandel und dem Dienstleistungssektor.

Nach der Wahl Lothar de Maizières zum neuen Ministerpräsidenten der DDR am 12. April 1990 wurde sogleich ein Treffen mit Bundeskanzler Kohl für den 24. April vereinbart, um die Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten formell zu eröffnen. Grundlage war das Angebot Kohls vom Vorabend der Volkskammerwahl, die ostdeutsche Mark bis zu einer bestimmten Obergrenze zum Kurs von 1:1 umzutauschen.

Vor allem die Bundesbank warnte jedoch vor den Folgen einer allzu hohen Bewertung der ostdeutschen Währung: Die von Kohl vorgeschlagene Lösung würde zusätzliche 118 Milliarden DM Bargeld in den Geldkreislauf einspeisen und die nominale Kaufkraft der westdeutschen 2,3-Billionen-DM-Wirtschaft für Güter und Dienstleistungen um weitere 236 bis 240 Milliarden DM erhöhen. Nach Meinung der Bundesbank konnte dies die Geldwertstabilität gefährden. Man verständigte sich deshalb am 2. Mai auf eine Mischung: Alle Löhne und Gehälter sowie Renten, Pensionen, Stipendien und bestimmte Sozialleistungen sollten zum Kurs 1:1 umgestellt werden. Die Renten im Osten würden an das Niveau der Bundesrepublik angeglichen. Bei Bargeld und Sparkonten sollten Kinder bis zu 14 Jahren 2000 DDR-Mark zum 1:1-Kurs umtauschen können, Personen zwischen 15 und 59 bis 4000 Mark und Personen über 60 bis 6000 Mark. Beträge oberhalb dieser Grenzen würden zum Kurs 2:1 gewechselt werden.

Währungsumstellung

Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beabsichtigen in Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgabe der beiden deutschen Staaten und auf dem Weg zur deutschen Einheit, einen Staatsvertrag zur Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu schließen. Dieser Vertrag soll am 1. Juli 1990 in Kraft treten. [...]

2. Löhne, Gehälter, Stipendien, Mieten, Pachten und Renten sowie andere wiederkehrende Versorgungszahlungen (zum Beispiel Unterhaltszahlungen) werden im Verhältnis 1:1 umgestellt. Bei Löhnen und Gehältern werden die Bruttobeträge vom 1. Mai 1990 zugrunde gelegt.
3. Das Rentensystem in der DDR wird dem Rentensystem in der Bundesrepublik Deutschland angepasst. Das bedeutet, dass die meisten Renten in D-Mark höher liegen werden als heute in Mark der DDR. Sofern sich in Einzelfällen ein niedrigerer Betrag gegenüber der bisherigen Rente in Mark der DDR ergibt, wird sichergestellt, dass der bisherige Rentenbetrag in D-Mark gezahlt wird.
4. Durch in der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffende rechtliche Regelungen werden sich insbesondere für Bezieher niedriger Renten und für Studenten ergebende soziale Härten ausgeglichen. [...]
5. Sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten werden grundsätzlich im Verhältnis 2:1 umgestellt.
6. Personen mit ständigem Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik können im Verhältnis 1:1 folgende Beträge pro Kopf (Bargeld und Bankguthaben) tauschen:
   - Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr: 2000 Mark
   - Personen im Alter von 15 bis zum vollendeten 59. Lebensjahr: 4000 Mark
   - Personen ab dem 60. Lebensjahr: 6000 Mark

   Darüber hinausgehende Beträge werden 2:1 umgestellt. [...]
7. Guthaben von natürlichen oder juristischen Personen oder Stellen, deren ständiger Wohnsitz oder Sitz sich außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik befindet, werden 3:1 umgestellt, soweit die Guthaben nach dem 31. Dezember 1989 entstanden sind. [...]

Erklärung von Bundesminister Rudolf Seiters, Chef des Bundeskanzleramtes, vor der Bundespressekonferenz in Bonn am 2. Mai 1990, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 3. Mai 1990

Eigentumsprobleme

Damit war ein wichtiger Punkt der künftigen Wirtschafts- und Währungsunion geklärt. Auch die sowjetische Führung reagierte darauf positiv, zumal de Maizière ihr bei einem Besuch in Moskau Ende April versichert hatte, das geeinte Deutschland werde die von der DDR eingegangenen Handelsverpflichtungen gegenüber der UdSSR einhalten. Verschiedene Probleme waren jedoch weiterhin ungelöst. Dazu zählten der Finanzausgleich zwischen den „alten" und „neuen" Bundesländern, Einzelheiten der Sozialunion und – vor allem – die Frage von Eigentumsrechten und Landbesitz, die nach Ansicht von CDU-Generalsekretär Volker Rühe sogar der „entscheidende Punkt" der Verhandlungen war.

Da der Entwurf des Vertrages über die Wirtschafts- und Währungsunion am 18. Mai vom Bundeskabinett verabschiedet und am 22. Mai in erster Lesung vom Bundestag beraten werden sollte, war die Zeit für weitere Beratungen allerdings äußerst knapp. Tatsächlich wurden die Verhandlungen abgeschlossen, ohne dass zwei der heikelsten Fragen entschieden worden waren: die Regelung der Ansprüche früherer Eigentümer in Ostdeutschland und die Reprivatisierung verstaatlichten Besitzes einschließlich Ländereien und landwirtschaftlicher Betriebe. Beide Problembereiche konnten erst nach Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion während der Verhandlungen über den Einigungsvertrag geklärt werden.

Erreicht wurde eine Einigung jedoch hinsichtlich der finanziellen Unterstützung für Ostdeutschland. Die Bundesregierung und die elf westdeutschen Länder kamen am 16. Mai überein, einen „Fonds Deutsche Einheit" zu schaffen, aus dem bis Ende 1994 insgesamt 155 Milliarden DM als Wiederaufbauhilfe für Ostdeutschland bereitgestellt werden sollten. Der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten konnte daraufhin nach abschließenden Gesprächen zwischen Bundesfinanzminister Theo Waigel und DDR-Finanzminister Walter Romberg am 18. Mai in Bonn unterzeichnet werden.

Vertragsinhalte

Kernstücke des Vertrages waren die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR und die Umstellung der DDR-Währung auf DM zum 1. Juli 1990. In der Präambel des Vertrages erklärten die Bundesrepublik und die DDR, „die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung mit sozialem Ausgleich und sozialer Absicherung und Verantwortung gegenüber der Umwelt auch in der Deutschen Demokratischen Republik einzuführen und hierdurch die Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Bevölkerung stetig zu verbessern".

Die ostdeutsche Wirtschaft sollte durch Privateigentum, freie Preisbildung und die Abschaffung staatlicher Monopole gekennzeichnet sein. Staatliche Subventionen sollten so weit wie möglich abgebaut werden, um mit den dadurch eingesparten Beträgen die ökonomische Umstrukturierung zu finanzieren. Die DDR würde außerdem das westdeutsche Sozialsystem übernehmen, während die Bundesrepublik umgekehrt für eine Übergangszeit den defizitären Staatshaushalt der DDR ausgleichen und die Kosten für die Finanzierung der ostdeutschen Sozialausgaben tragen würde. Damit verlor die DDR mit Inkrafttreten des Vertrages ihre Souveränität in Finanzangelegenheiten und übertrug die Verantwortung dafür der Bundesbank in Frankfurt am Main.

Am 1. Juli 1990, dem ersten Tag der Wirtschafts- und Währungsunion, gibt es einen regelrechten Ansturm auf die Banken, wie hier am Alexanderplatz in Berlin.

Die Auswirkungen des Vertrages wurden jedoch vielfach von Anfang an als zwiespältig betrachtet. Einerseits waren die darin enthaltenen Regelungen ein unvermeidliches Element der deutschen Einigung. Alternativen gab es nicht oder waren unrealistisch – wie etwa ein Fortbestehen der ostdeutschen Währung in einem wirtschaftlichen Sondergebiet auf dem Territorium der ehemaligen DDR. Andererseits sagten Ökonomen angesichts der „Schocktherapie", der die ostdeutsche Wirtschaft ausgesetzt wurde, den Zusammenbruch vieler ineffizienter Unternehmen voraus, die dem freien Wettbewerb nicht gewachsen waren. Die Zahl der Arbeitslosen in der DDR, die innerhalb eines Monats, von März bis April 1990, bereits von 38 313 auf 64 948 gestiegen war, würde dadurch je nach Prognose bis Ende 1991 auf 500 000 bis zwei Millionen anwachsen. Auch die Vorausschätzungen für die Summen, die benötigt wurden, um die Industrie und Infrastruktur der DDR westlichen Standards anzugleichen, schwankten stark. Sie variierten zwischen 500 Milliarden und 1,1 Billionen DM. Dabei wurden allein die Mehrausgaben für Sozialleistungen auf jährlich mindestens zehn Milliarden DM veranschlagt. Tatsächlich wurden diese Schätzungen bald weit übertroffen.

Wirtschaftlicher Niedergang

Nachdem die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit Wirkung vom 1. Juli 1990 eingeführt worden war, offenbarte die DDR-Ökonomie ihren Charakter als eine Wirtschaft, in der weder die Grunddaten noch die Statistiken stimmten. In der Honecker-Zeit hatte man systematisch die immer deutlicher hervortretende Misere kaschiert und im Innern und nach außen bewusst das unrealistische Bild einer DDR ohne größere wirtschaftliche Probleme gezeichnet, während sich der ostdeutsche Staat tatsächlich auf den Bankrott zubewegte. Zwar gab es innerhalb der Wirtschaftsbürokratie auch warnende Stimmen. Doch der SED-Generalsekretär hatte alle Alarmzeichen ignoriert, um weitermachen zu können wie bisher.

Als sein Nachfolger Krenz im Herbst 1989 eine ungeschönte Bilanz der ökonomischen Lage des Landes ziehen ließ, erfuhr er, dass die DDR am Ende war. Diese Situation, die heute aus internen Dokumenten des SED-Staates klar hervorgeht, war 1990 den mit der Vereinigung befassten Politikern allerdings noch nicht bekannt. Das erklärt weithin die Illusionen, die man sich in Bonn und Ostberlin zunächst noch machte.

Als Gütezeichen der DDR galten seit jeher Vollbeschäftigung, freie medizinische Versorgung und Niedrigstmieten. Genau diese Errungenschaften gehörten jedoch ebenso wie die staatlich festgesetzten Niedrigpreise für elementare Güter und Dienstleistungen des alltäglichen Bedarfs zu den entscheidenden Ursachen des ökonomischen Niedergangs der DDR: Honeckers Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" hatte die schwache Produktivität des Landes bei weitem überfordert. Die geringe Leistungsfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft aber war der ausschlaggebende Faktor, als Ostdeutschland mit der Wirtschafts- und Währungsunion im Juli 1990 dem freien internationalen Wettbewerb mit offenen Grenzen und Märkten ausgesetzt wurde.

Nun wurde die Tatsache, dass DDR-Unternehmen im Durchschnitt nur etwa ein Drittel der Produktivität ihrer westlichen Konkurrenten aufwiesen, kaum weltmarktfähige Güter produzierten, enorme Umweltschäden verursachten und gewaltige Schuldenberge aufgehäuft hatten, der ostdeutschen Wirtschaft zum Verhängnis.

In Zahlen ausgedrückt: Nahezu alle Staatsbetriebe der DDR hatten mit riesigen Verlusten operiert, die allein im Jahr 1989 Staatssubventionen in Höhe von mehr als 120 Milliarden DDR-Mark erforderlich gemacht hatten. Da man überdies die Investitionsquote in den 1970er- und 1980er-Jahren zur Finanzierung der Honeckerschen Konsum- und Sozialpolitik sowie zunehmend auch zur Begleichung der aus dieser Politik ebenfalls resultierenden Auslandsschulden drastisch reduziert hatte, war der Maschinenpark inzwischen völlig veraltet und vielfach kaum noch funktionsfähig, und die Infrastruktur war desolat. So waren 1989 etwa 29 Prozent der Industrieausrüstungen in der DDR zwischen elf und 20 Jahre alt, 21 Prozent sogar mehr als 20 Jahre.

Die Öffnung der DDR-Wirtschaft zum Weltmarkt führte daher binnen kürzester Zeit zu ihrem völligen Zusammenbruch, zumal auch die Ostmärkte in dieser Zeit allgemeinen Wandels kollabierten. Die Talfahrt war bereits Ende 1989 deutlich zu spüren und entwickelte sich nach der Wirtschafts- und Währungsunion zum freien Fall: Obwohl 1990 auch 110 000 neue Betriebe gegründet wurden, sank das Bruttosozialprodukt bis Ende 1990 um nicht weniger als 18,5 Prozent.

Nach der Wiedervereinigung zeigt sich der marode Zustand der DDR-Wirtschaft. Etliche Betriebe wie das Braunkohlen-Kombinat Espenhain bei Leipzig, hier im März 1990, werden geschlossen.

Sanierungsbedürftige Fassaden in Rostock. Die schlechten baulichen Verhältnisse vieler DDR-Städte erfordern große Investitionen.

Treuhandanstalt

Um die Anpassung der ostdeutschen Wirtschaft an die neuen politischen und ökonomischen Bedingungen vorzunehmen, wurde am 1. März 1990 – noch unter Ministerpräsident Hans Modrow – die „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ gegründet. Sie sollte dazu dienen, das Volkseigentum im Interesse der Allgemeinheit zu verwalten, die Volkseigenen Kombinate, Betriebe und Einrichtungen zu entflechten und ihre Nachfolgeunternehmen in Kapitalgesellschaften umzuwandeln. Die Anstalt sah ihre Rolle demnach zunächst als Sanierungsinstrument der staatlichen Industriepolitik in einer quasi-sozialistischen Gesellschaft. Erst nach der Volkskammerwahl vom 18. März erhielt die Privatisierung höhere Priorität. Die Neuausrichtung kam auch in einem neuen Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhand-Gesetz) zum Ausdruck, das von der DDR-Volkskammer am 17. Juni 1990 beschlossen wurde und zusammen mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 in Kraft trat. Mit der Wiedervereinigung wurde die Treuhandanstalt schließlich eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts unter der Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums.

Die Anstalt wuchs nach dem 1. Juli 1990 rasch zu einer Großorganisation mit 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an, die teils in der Berliner Zentrale, teils in einem

Die Treuhandanstalt

Anstalt des öffentlichen Rechts unter Aufsicht des Bundesfinanzministers

Aufgaben

- Sicherung, Sanierung und Privatisierung der ehemals volkseigenen DDR-Wirtschaft
- Auflösung nicht sanierungsfähiger Unternehmen

Inhaberin der Kapitalanteile von etwa 8000 ehemals volkseigenen DDR-Betrieben

Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 568 080

Die Arbeit der Treuhandanstalt: Bilanz und Perspektiven

Der Treuhandanstalt wurde im Sommer 1990 unter der ersten demokratisch gewählten Regierung der DDR auf Beschluss der Volkskammer nahezu das gesamte verstaatlichte industrielle Vermögen der damals noch existierenden DDR zur Verwaltung und Verwertung übertragen. Dabei handelte es sich nicht nur um die Kombinate und volkseigenen Betriebe (VEB), sondern unter anderem auch um Grundstücke sowie um Sondervermögen der Parteien und Massenorganisationen. Der Treuhandanstalt wurden vom Parlament rund 8500 Staatsbetriebe mit rund vier Millionen Arbeitnehmern anvertraut. Auf die seinerzeit „größte Staatsholding der Welt" kam eine einmalige Herausforderung zu. […]

Die Geschäftspolitik der Treuhand steht und stand seit ihrer Gründung […] [im März 1990] im Kreuzfeuer der Kritik. Den Westdeutschen gingen Privatisierung und Umstrukturierung der Staatsbetriebe viel zu langsam, den Ostdeutschen ging hingegen die Anpassung viel zu schnell. Viele empfanden sie als „Schocktherapie", und viele fürchteten Arbeitslosigkeit und soziale Desintegration. Und mancher Ostdeutsche beklagt die vermeintliche Verschleuderung von „Volksvermögen". Er sieht sich übervorteilt, da bislang keine „verbrieften Anteilsrechte" zugeteilt wurden, wie man sie nach der Diskussion im Frühjahr 1990 erwartet hatte. Hingegen haben westliche Investoren oftmals versucht, die ihrer Ansicht nach überhöhten Kaufpreise für Treuhandfirmen zu drücken. […]

Von vielen Kritikern der Treuhand wird übersehen, dass an den nicht selten umstrittenen Entscheidungen über das Schicksal der Firmen die Repräsentanten wichtiger Gesellschaftsgruppen im Verwaltungsrat meist einstimmig mitwirken: führende Gewerkschaftsvertreter, die Ministerpräsidenten der neuen Länder, die Staatssekretäre der Bundesministerien für Wirtschaft und Finanzen. […]

Sanierungsmaßnahmen wurden für solche Treuhandbetriebe beschlossen, deren Sanierungsfähigkeit anhand von Unternehmens- bzw. Sanierungskonzepten von unabhängigen Experten und Prüfern festgestellt worden war. Die Treuhand unterstützte diese Betriebe unter anderem durch die Übernahme von finanziellen und ökologischen Altlasten, durch die Verbesserung der Eigenkapitalbasis, aber auch durch Liquiditäts- und Finanzhilfen für Investitionen. Ohne diese Unterstützung hätten die meisten Unternehmen weder am Leben erhalten noch privatisiert werden können. Zudem wurden die Treuhandunternehmen auch durch Anregung und Förderung von Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung, im High-Tech-Bereich und zur Produktinnovation unterstützt.

In Zusammenarbeit und mit Genehmigung der Europäischen Kommission wurden von der Treuhandanstalt auch einige größere Umstrukturierungsmaßnahmen vorgenommen, die unmittelbar zur regionalen und lokalen Sicherung von Arbeitsplätzen und Betrieben beitrugen. […]

Nur durch Umsätze, nicht durch Subventionen können die Betriebe und Arbeitsplätze in Ostdeutschland gesichert werden. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Treuhandanstalt starteten eine „Einkaufsoffensive für die neuen Bundesländer", der sich viele große Konzerne anschlossen. […]

Die schwierige wirtschaftliche Lage vieler Firmen ließ eine Weiterbeschäftigung der Arbeitnehmer in den ostdeutschen Unternehmen oft nicht zu. Dabei kam es darauf an, die notwendigen Maßnahmen sozial verträglich zu gestalten. Drohende Massenentlassungen konnten in der Anfangsphase nach der Währungsunion nur durch flankierende Maßnahmen, etwa die formale Weiterbeschäftigung von zwei Millionen Kurzarbeitern, zum Teil mit Null Stunden Kurzarbeit, vermieden werden.

Mit den Gewerkschaften waren bereits 1991 Rahmenverträge zur Umschulung und Qualifizierung von Arbeitslosen geschlossen worden. […] Für mehr als eine Million Arbeitnehmer wurden auf der Grundlage des Arbeitsförderungsgesetzes Sozialpläne entwickelt. Die soziale Abfederung wurde von der Treuhand mit mehr als sieben Milliarden DM finanziert. So gelang es 80 Prozent der aus Treuhandunternehmen ausgeschiedenen Mitarbeiter, ein neues Arbeitsverhältnis aufzunehmen. […]

Birgit Breuel, „Treuhandanstalt: Bilanz und Perspektiven", in: „Aus Politik und Zeitgeschichte" (APuZ) Nr. 43–44/94, vom 28. Oktober 1994, S. 14 ff.

Die Treuhandanstalt (THA) hat von Anfang an eine Polarisierung der Meinungen ausgelöst: Die einen rühmen sie als effizient arbeitende Privatisierungsagentur, die die schnellste Privatisierung einer Volkswirtschaft hervorbrachte, die es weltweit je gegeben hat – und das unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen.

Eine zweite Gruppe von Beobachtern kritisiert die Treuhand, weil sie auf die potenziellen Investoren durch Auflagen zu viel Einfluss genommen und zudem zu viel eigenständige Sanierung zur Erhaltung letztlich nicht lebensfähiger „industrieller Kerne" betrieben habe. […]

Für die dritte Gruppe war und ist die Treuhand […] für die Zerstörung der Wirtschaftssubstanz der neuen Bundesländer verantwortlich. […]

Die Defizite der Treuhandpolitik des Bundes und der Anstalt selbst lassen sich in [folgenden] Punkten resümieren:

1. Unklarer gesetzlicher Auftrag: Zur Bewältigung der Jahrhundertaufgabe, die der THA aufgebürdet wurde, wäre ein präziserer gesetzlicher Auftrag notwendig gewesen. Das Treuhandgesetz enthält keinen beschäftigungs- und strukturpolitischen Auftrag; […]
2. Die Strategie der schnellen Privatisierung: Da sich die THA – zumindest bis etwa Herbst 1992 – als reine Verkaufsagentur mit dem Ziel der schnellstmöglichen Privatisierung verstand, mussten die Verkaufskonditionen der wenigen westlichen Investoren weitgehend akzeptiert werden. Die aber setzten ganz überwiegend auf Sanierung durch Schrumpfung oder auf „Resteverwertung" und Grundstücksspekulation. […] Um ihre Unternehmen loszuwerden, musste die THA immer stärker vom Verkauf zur Vergabe mit hohen Zugaben (negative Verkaufspreise) übergehen. Die wichtigste Gegenleistung der Investoren bestand dann in den vertraglichen Zusagen – etwa zum Erhalt oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die nur sehr schwer kontrollierbar und bei veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen auch gar nicht einhaltbar sind. […]
3. Privatisierung ohne Regelbindung der Entscheidungen: Die THA hat keine transparenten, einheitlichen Entscheidungsregeln für die Beurteilung der Sanierungsfähigkeit und die Auswahl der Investoren festgelegt. Die Kaufpreisfindung ist nicht nachvollziehbar. […]
4. Die Vernachlässigung der Sanierung vor der Privatisierung: Die noch nicht privatisierten Unternehmen hat die Treuhand lange Zeit hingehalten; eine Sanierung sollte erst durch die neuen Eigentümer erfolgen. […]
5. Vernachlässigung der Absatz- und Innovationsförderung: Dass die Absatzprobleme das entscheidende Hindernis für eine offensive Sanierungsstrategie waren, wurde ständig verkannt. Daher versäumte man, absatzfördernde Konzeptionen zu entwickeln. […]

Jan Priewe, „Die Folgen der schnellen Privatisierung der Treuhandanstalt", in: „Aus Politik und Zeitgeschichte" (APuZ) Nr. 43–44/94 vom 28. Oktober 1994, S. 21 ff.

der 15 Regionalbüros tätig waren. Ihre Aufgabe war es, den umfangreichen staatlichen Grundbesitz, der mehr als die Hälfte der DDR umfasste, und die darauf befindlichen Liegenschaften sowie die Volkseigenen Betriebe der DDR zu privatisieren. Zum Zeitpunkt der Gründung der Treuhand handelte es sich dabei zunächst um 7894 Volkseigene Betriebe in rund 45 000 Betriebsstätten mit vier Millionen Beschäftigten; am Ende waren es etwa 14 600 Gesellschaften, die sich im Gesamtportfolio der Treuhand befanden.

Das Ziel des Umbaus der DDR-Volkswirtschaft wurde in weniger als vier Jahren erreicht – allerdings zu einem sehr hohen Preis: Während der erste Vorsitzende des Treuhand-Verwaltungsrates, Detlev Karsten Rohwedder, in einem Gespräch mit der damaligen DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft im Februar 1990 den Gesamtwert des zu privatisierenden Vermögens noch auf etwa 600 Milliarden DM schätzte, sodass man mit einem hohen Erlös rechnen konnte, erwies sich der Privatisierungsprozess als teures Unterfangen. Denn für jede DM, die von privater Seite für den Kauf eines ostdeutschen Unternehmens aufgewandt wurde, mussten drei DM von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden, um Altschulden abzutragen oder Umweltschäden zu beseitigen. Ohne diesen öffentlichen Beitrag hätte es kaum Interessenten für die meisten DDR-Unternehmen gegeben, da sich die Erwerbungen betriebswirtschaftlich in der Regel nicht gerechnet hätten. Jeder Privatisierungserfolg vergrößerte daher zugleich das finanzielle Defizit der Treuhand. So standen den Erlösen aus Privatisierungen bis Ende 1994 in Höhe von rund 60 Milliarden DM schließlich Ausgaben von weit über 300 Milliarden DM gegenüber. Statt mit einem erhofften hohen Überschuss schloss die Treuhand ihre Tätigkeit also mit einer Gesamtschuld von über 200 Milliarden DM ab, die von den deutschen Steuerzahlern für die Abwicklung der DDR-Wirtschaft aufzubringen waren.

Transferzahlungen

Da sich die Privatwirtschaft überdies entgegen früheren Versprechungen auch in Anbetracht der ungelösten Eigentumsproblematik mit ihrem Engagement in Ostdeutschland zunächst zurückhielt und innerhalb des ersten Jahres nach Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion nicht einmal 13 Milliarden DM investierte, blieben für die öffentliche Hand in den neuen Bundesländern weithin die einkalkulierten Steuern aus. Deshalb mussten die alten Bundesländer erheblich höhere Beiträge für die Beitrittsgebiete aufwenden als ursprünglich geplant.

So bedurfte es allein 1991 etwa 143 Milliarden DM Bruttotransferleistungen für Ostdeutschland, um Einkommen zu sichern, Unternehmen zu stützen und die Infrastruktur zu verbessern. 1992 waren es bereits 173 Milliarden, 1995 188 Milliarden und 2000 rund 200 Milliarden. Für die Zeit von 1991 bis 1999 ergab sich daraus insgesamt ein Betrag von 1,634 Billionen DM. Selbst unter Berücksichtigung der Rückflüsse betrug die Nettoleistung immer noch rund 1,2 Billionen. Die Summen waren derart hoch, dass sich die öffentliche Verschuldung in der Bundesrepublik von 1990 bis 1999 mehr als verdoppelte. An dieser Tendenz im ersten Jahrzehnt der deutschen Einheit hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert, da nach wie vor hohe Transferleistungen von West nach Ost erforderlich sind. So werden einer Studie des Dresdner ifo-Instituts zufolge die Bruttoausgabenströme zugunsten Ostdeutschlands selbst im Jahr 2020 immer noch rund 150 Milliarden Euro betragen. Zugleich wird allerdings positiv vermerkt, dass bis dahin auch die in den neuen Bundesländern erzielten Einnahmen auf über 96 Milliarden Euro steigen dürften, sodass für 2020 „nur“ noch ein Nettotransfer von 54 Milliarden Euro erwartet wird.

Trotz der finanziellen Zuwendungen erwies sich somit der 1989/90 zu beobachtende Optimismus der verantwortlichen Politiker über einen raschen Aufschwung der ostdeutschen Wirtschaft als verfehlt. Eine niedrige Produktivität, die im Vereinigungsjahr bei weniger als einem Drittel im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen lag, eine unökonomische Überbeschäftigung in vielen Betrieben und Verwaltungen sowie dramatische Lohnsteigerungen um etwa 20 Prozent im 2. Quartal 1990 und um weitere 50 Prozent in den ersten 15 Monaten nach der Währungsunion ließen die ohnehin fragwürdige Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen weiter sinken. Die zu überwindende Durststrecke bei der wirtschaftlichen Sanierung Ostdeutschlands war deshalb erheblich länger als erwartet, zumal die durch schlechte Produktivitätsperspektiven zunehmend verschreckten privaten Investoren weiter zögerten und die öffentlichen Stützungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramme nicht auf Dauer im ursprünglichen Umfang aufrechterhalten werden konnten. Das Ergebnis war ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich 15 Prozent, wobei die Quote in manchen Regionen noch sehr viel höher lag. Daraus wuchs Enttäuschung – nicht zuletzt auch deshalb, weil 1990 im Wahlkampf zu viel versprochen worden war. Einer Meinungsumfrage des „Politbarometers“ der Forschungsgruppe Wahlen zufolge meinten 1993 75 Prozent der Ostdeutschen, dass sich die Gesellschaft in einer „schweren Krise“ befinde. In einem „Katastrophenszenario“ hielten über 50 Prozent die wirtschaftliche Lage in den neuen Ländern nicht nur für „schlecht“, sondern glaubten, sie werde auch „gleich schlecht“ bleiben.

Diese negativen Einschätzungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung standen jedoch in einem bemerkenswerten Kontrast zu den gleichzeitig abgegebenen Bewertungen der persönlichen Situation. So sahen 64 Prozent der Ostdeutschen das Jahr 1991 für sich als ein „gutes Jahr“ an; 1992 waren es sogar 69 Prozent – genauso viele wie im Westen. Dieser Trend setzte sich in den folgenden Jahren fort. Damit tat sich eine Lücke in der Beurteilung der allgemeinen und der persönlichen Lage auf, die allein mit den üblichen Inkongruenzen bei Meinungsbefragungen nicht zu erklären ist. Denn die geringste Abweichung beider Größen lag bei 39 Punkten, das Maximum sogar bei 51 Punkten.

Eine Erklärung dafür ist die Tatsache, dass die schwache Wirtschaftskraft in den neuen Ländern, die nicht nur aus der Berichterstattung der Medien, sondern auch im Alltag ersichtlich war, im persönlichen Bereich durch die gewaltigen Transferleistungen der Bundesregierung ausgeglichen wurde. Die wirtschaftliche Lage der großen Mehrheit der Ostdeutschen entwickelte sich positiv, während zugleich die allgemeine ökonomische Entwicklung hinter den Erwartungen zurückblieb. Daraus erwuchs jedoch ein Problem: So wie die alte Bundesrepublik seit ihrer Entstehung 1949 für die Westdeutschen einen erheblichen Teil ihrer Legitimität aus ihrem materiellen Erfolg bezog, für den damals der Begriff „Wirtschaftswunder“ geprägt wurde, hing auch die Akzeptanz der neuen Bundesrepublik bei den Ostdeutschen maßgeblich von der Fähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung ab, für ihre materielle Zufriedenheit zu sorgen.

Grundgesetz oder neue Verfassung?

Neben der Wirtschafts- und Währungsunion zählte die Frage nach der künftigen deutschen Verfassung zu den Hauptthemen der Wiedervereinigungsdiskussion im Frühjahr 1990. Rechtlich betrachtet, gab es zwei Wege, auf denen sich die Wiedervereinigung vollziehen konnte: nach Artikel 23 des Grundgesetzes (GG), der besagte, dass die Verfassung außer in den bereits bestehenden Ländern der Bundesrepublik auch in „anderen Teilen Deutschlands [...] nach deren Beitritt in Kraft zu setzen" sei; oder nach Artikel 146 GG, demzufolge das Grundgesetz an dem Tage seine Gültigkeit verliert, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist".

Als die Frage nach der Ankündigung der Währungsunion und nach der Konstituierung des „Ausschusses Deutsche Einheit" am 7. Februar 1990 aktuell wurde, zeigte sich rasch, dass die Mehrheit der Deutschen für die Anwendung des Artikels 23 plädierte, der eine rasche und unkomplizierte Lösung versprach. Zwar befürwortete eine Minderheit in beiden Teilen Deutschlands, darunter vor allem die Bürgerrechtler in der DDR und auch viele Sozialdemokraten, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung gemäß Artikel 146, weil sie meinten, dass die alte Bundesrepublik nicht einfach die DDR „annektieren" dürfe. Aber nach einer Umfrage des Wickert-Instituts von 1990, die am 26. Februar veröffentlicht wurde, traten 89,9 Prozent der Westdeutschen und 84,1 Prozent der Ostdeutschen für die Übernahme des Grundgesetzes als gesamtdeutsche Verfassung ein.

Nach der Volkskammerwahl vom 18. März war die Frage auch politisch entschieden. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hielt deshalb bereits am 6. April eine erste Ressortbesprechung zur Vorbereitung eines „Gesetzes über die Einführung von Bundesrecht in der DDR (1. Überleitungsgesetz)" ab. Am 18. April traf er dazu mit seinem ostdeutschen Amtskollegen Peter-Michael Diestel zu einer Unterredung zusammen, wobei es im Grunde nur noch um praktische Fragen ging. Parallel dazu konferierten die Justizminister der beiden deutschen Staaten, Hans Engelhard und Kurt Wünsche, um Einzelheiten der Harmonisierung der beiden Rechtssysteme auszuarbeiten.

Die wichtigsten Beschlüsse in der Beitritts- und Verfassungsfrage wurden jedoch von der DDR-Volkskammer getroffen. Dort lehnte eine Mehrheit der Abgeordneten am 26. April die Ausarbeitung einer neuen Verfassung ab. Ein Antrag der DSU-Fraktion, den sofortigen Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes zu beschließen, wurde am 17. Juni an den Verfassungs- und Rechtsausschuss überwiesen. Am 23. August 1990 votierte das ostdeutsche Parlament mit 294 zu 62 Stimmen für einen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23.

Im Grundgesetz machte der Beitritt der fünf neuen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie des östlichen Teils Berlins einige Änderungen notwendig. So wurde nunmehr in der Präambel die Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung festgestellt und gefolgert: „Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk." Der alte Artikel 23 wurde durch den sogenannten Europa-Artikel ersetzt, in dem sich die Bundesrepublik nunmehr auch in ihrer Verfassung zur europäischen Integration und zur Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union bekennt. Artikel 146 wurde dahingehend geändert, dass zwar künftig die Ausarbeitung einer neuen Verfassung nicht ausgeschlossen sei, das Grundgesetz aber nicht mehr als vorläufig gelte. Weitere Änderungen und Ergänzungen betreffen die Stimmenzahl der einzelnen Länder im Bundesrat (Art. 51 Abs. 2) und die Übernahme der Schulden der früheren DDR oder ihrer Rechtsträger (neuer Abs. 2 zum Art. 135a). Neu eingefügt wurde der Artikel 143, der in der ehemaligen DDR Abweichungen vom Grundgesetz für eine Übergangszeit zuließ und die zwischen 1945 und 1949 erfolgten Enteignungen auf dem Gebiet der SBZ bzw. der DDR verfassungsrechtlich absichert.

ullstein bild – Christian Bach

Die Abgeordneten der Volkskammer stimmen am 23. August 1990 für den Beschluss über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zum 3. Oktober 1990.

picture-alliance / dpa / dpaweb / Rolf Haid

Ein schwerwiegendes Problem ist die Regelung der Eigentumsverhältnisse. Protest vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg am 30. Juni 2005. Der Gerichtshof wies eine Klage von Landbesitzern aus der ehemaligen DDR gegen die Bundesrepublik ab.

Eigentumsfrage

Von dem Problem der Enteignungen waren Tausende von Deutschen in Ost und West betroffen, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone und danach in der DDR ihr Eigentum verloren hatten. Enteignungen durch die sowjetische Besatzungsmacht und die Regierung der DDR sowie Eigentumsverluste durch Flucht und Vertreibung hatten zu Eingriffen in Grundbesitz, Betriebe oder sonstiges Vermögen geführt, die mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar waren. Diese Fehlentwicklungen zu korrigieren, war nicht nur ein wesentliches politisches Anliegen des Einigungsprozesses, sondern auch eine zwingende juristische Notwendigkeit, die sich aus der Rechtsordnung der Bundesrepublik ergab.

Der Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion hatte die daraus resultierenden höchst komplizierten Eigentums- und Vermögensfragen, deren Behandlung durch das SED-Regime mit rechtsstaatlichen Grundsätzen oft nicht in Einklang zu bringen war, weitgehend ausgeklammert. Im Einigungsvertrag kam man nun nicht mehr umhin, eine Lösung zu versuchen. Dazu wurde am 15. Juni 1990 zunächst eine „Gemeinsame Erklärung" der Bundesregierung und der Regierung der DDR abgegeben, in der allgemeine Grundsätze formuliert wurden. Die Erklärung wurde dem Einigungsvertrag als Anlage III beigefügt und ist damit Bestandteil des Vertrages. Ein „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen", das erst am 31. August, also am Tage der Unterzeichnung des Einigungsvertrages, ohne das übliche Gesetzgebungsverfahren in der Volkskammer als Anlage II in den Vertrag aufgenommen wurde, präzisiert diese Gemeinsame Erklärung und enthält detaillierte Ausführungsbestimmungen.

Die Lösung, auf die man sich nach langwierigen und mühseligen Gesprächen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten schließlich einigen konnte, geht vor allem von zwei Grundsätzen aus:

- Eingriffe in das Eigentum von der Kapitulation bis zur Gründung der DDR, also für die Zeit zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 7. Oktober 1949, werden nicht rückgängig gemacht. Enteignungen und Eigentumsbeschränkungen, die in dieser Zeit nach Besatzungsrecht erfolgten, insbesondere auch im Rahmen der sogenannten Bodenreform vom September 1945, behalten ihre Gültigkeit.
- Vermögen einschließlich Grundbesitz, das nach dem 7. Oktober 1949 enteignet bzw. unter staatliche Treuhandverwaltung der DDR gestellt wurde, soll grundsätzlich den ehemaligen Eigentümern oder ihren Erben zurückgegeben werden. Von Ausnahmen abgesehen, gilt das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung".

Strittig war zunächst vor allem der erste Punkt, der als Eingriff in das nach Artikel 14 GG geschützte Grundrecht auf Eigentum angesehen wurde. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte jedoch am 23. April 1991 die Bestimmung des Einigungsvertrages, dass „Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage" aus den Jahren 1945 bis 1949 in der damaligen SBZ nicht aufgehoben werden.

Auch der zweite Grundsatz war nicht unproblematisch. Obwohl eine andere Regelung aus verfassungsrechtlichen Gründen vermutlich nicht möglich gewesen wäre, erwies sich das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung" nicht nur durch langwierige Verfahren als Hindernis für Investitionen, sondern ebenso als Anlass für Missstimmung in Ostdeutschland. Menschen, die viele Jahre lang Nutzer des Besitzes gewesen waren, für den jetzt Rückübertragungsansprüche angemeldet wurden, sahen sich nun plötzlich von Kündigung und Existenzverlust bedroht.

Die vom SED-Regime angerichteten Verwirrungen und Verzerrungen bei den Eigentums- und Vermögensverhältnissen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR waren damit ein besonders problematisches und folgenschweres Kapitel der deut-

schen Teilung. Dessen Auswirkungen mussten nun im wiedervereinigten Deutschland aufgearbeitet und geklärt werden, wobei langwierige Rechtsstreitigkeiten oft nicht zu vermeiden waren. Das Unrecht der Enteignungen aus DDR-Zeiten war dabei gegen die Möglichkeit neuen Unrechts durch Eingriffe in Eigentumsstrukturen, die in den vier Jahrzehnten der Existenz der DDR gewachsen waren, abzuwägen.

Soziales Netz

Im Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 heißt es in Artikel 1 Absatz 4: „Die Sozialunion bildet mit der Währungs- und Wirtschaftsunion eine Einheit. Sie wird insbesondere bestimmt durch eine der Sozialen Marktwirtschaft entsprechende Arbeitsrechtsordnung und ein auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs beruhendes umfassendes System der sozialen Sicherung." Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 behandelt in Kapitel VII ausführlich die Ausdehnung des „sozialen Netzes" der Bundesrepublik auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Darin wurde festgelegt, dass die in der alten Bundesrepublik seit 1949 erlassenen Gesetze und Bestimmungen, die im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft den Sozialstaat verwirklichen sollten, nach der Wiedervereinigung ungeschmälert auf Ostdeutschland übertragen werden sollten. Im Prinzip waren für die neuen Länder keine Sonderregelungen vorgesehen. Von Anfang an sollte es eine uneingeschränkte Mitwirkung und Teilhabe an den sozialen Errungenschaften des westlichen Systems geben.

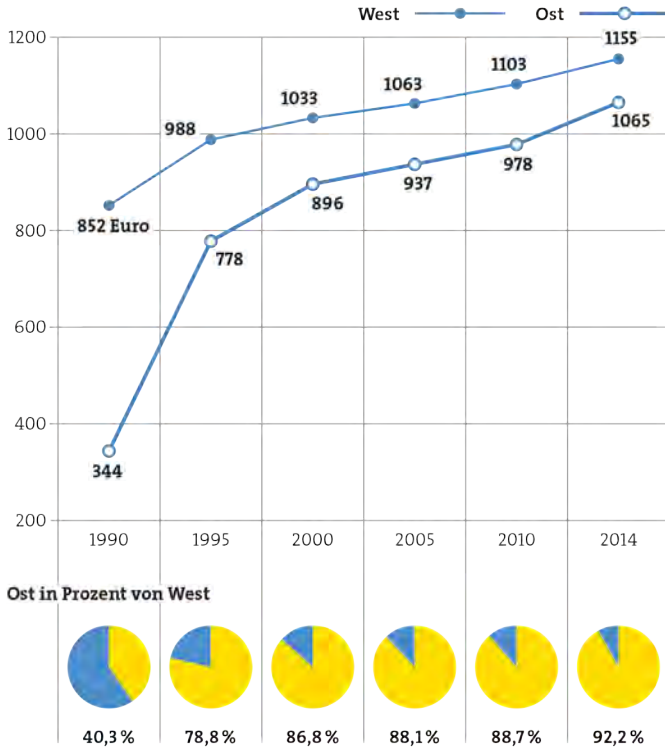
Dabei war man sich einerseits der Tatsache bewusst, dass der Zusammenbruch des SED-Regimes wesentlich durch die wirtschaftliche und soziale Attraktivität der alten Bundesrepublik beschleunigt, wenn nicht gar verursacht worden war, sodass sich für die DDR-Bürgerinnen und -Bürger mit der Wiedervereinigung große materielle Hoffnungen und Erwartungen verbanden, die möglichst nicht enttäuscht werden durften. Andererseits gab es auch kein ernstzunehmendes Argument, das es gerechtfertigt hätte, den Deutschen im Osten jene Vorteile weiterhin vorzuenthalten, die die Deutschen im Westen seit langem genossen. Auch war zu bedenken, dass die Menschen in der DDR bereits ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit gewöhnt waren, sodass ein Abbau oder das Fehlen von Elementen des Sozialsystems zu einem Glaubwürdigkeitsverlust des neuen Systems geführt hätte.

Bei der neuen Sozialrechtsordnung ging es nicht nur um die Absicherung der Menschen gegen Gefahren, Unsicherheiten und Härten des privaten und beruflichen Lebens, sondern auch um Fragen der Mitbestimmung, des Tarifrechts und der Vermögensbildung. Demgemäß verpflichtete sich die DDR in Artikel 17 des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, Arbeitskampfrecht, Betriebsverfassung, Unternehmensmitbestimmung und Kündigungsschutz entsprechend den in der Bundesrepublik geltenden Bestimmungen einzuführen. Beim Arbeitsvertragsrecht wurde der gesamtdeutsche Gesetzgeber in Artikel 30 Absatz 1 des Einigungsvertrages angewiesen, möglichst bald zu einheitlichen Regelungen zu kommen. Für bestehende Tarifverträge und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurden Übergangsregelungen vereinbart. Die Mitbestimmungs- und Vermögensbildungsgesetze der Bundesrepublik traten auch in der DDR in Kraft.

Das Sozialversicherungsrecht der Bundesrepublik wurde von der DDR ebenfalls übernommen. An die Stelle der Einheitssozialversicherung trat ein gegliedertes System mit getrennten Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherungen. Die Renten sollten mit der Angleichung der Löhne und Gehälter in Ostdeutschland an das Niveau der alten Bundesländer entsprechend angepasst, das heißt erhöht werden. Die Bundesrepublik erklärte sich hier zu einer vorübergehenden „Anschubfinanzierung" bereit, solange die Beiträge und Staatszuschüsse die Ausgaben für die erhöhten Leistungen der Rentenversicherung nicht deckten.

Entwicklung der Renten in Ost und West

Verfügbare Eckrente* in Euro je Monat (jeweils ab 1. Juli)



* Rente nach 45 Versicherungsjahren mit durchschnittlichem Verdienst; nach Abzug der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung

© picture-alliance / dpa-infografik, Globus 6605; Quelle: BMAS, Dt. Rentenversicherung

Senioren vor Schloss Pillnitz bei Dresden. Die DDR-Renten werden nach der Wiedervereinigung angehoben und an das bundesdeutsche Rentensystem angepasst.

picture-alliance / dpa / Patrick Pleul

Arbeitssuchende im April 2005 auf einem Flur der Agentur für Arbeit in Frankfurt (Oder). Von der hohen Arbeitslosigkeit sind besonders Frauen betroffen.

Entsprechendes galt für die Arbeitslosenversicherung, die rasch zu einem Problem wurde, weil der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Um schwerwiegende politische Konsequenzen zu vermeiden, mussten die sozialen Folgen dieser Entwicklung von der Bundesregierung abgefangen werden. Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die in den alten Ländern seit langem wohlvertraut waren, wurden daher nun auch in Ostdeutschland zu Begriffen, die für viele den Alltag prägten.

Trotz der Probleme, die mit dem tief greifenden sozialen Wandel nach der Wende von 1989 für die DDR und die ostdeutsche Gesellschaft unvermeidlich verbunden waren, trug die Ausdehnung des sozialen Netzes der alten Bundesrepublik auf die neuen Länder wesentlich dazu bei, die negativen Auswirkungen des Umbruchs für die betroffenen Menschen in Grenzen zu halten. Anders als in den anderen Staaten des sowjetischen Hegemonialbereiches, die nicht an westlichen Ressourcen partizipieren konnten, vollzogen sich die Veränderungen in Ostdeutschland immerhin auf gesicherter Grundlage. Dennoch wurde der Umbruch von vielen als schmerzhaft empfunden – vor allem wegen der früher unbekannten Arbeitslosigkeit. Zwar führte der Umbruch für den Einzelnen nur selten in eine soziale Katastrophe. Aber der Verlust an gewohnter Sicherheit rief bei den Betroffenen oft eine Befindlichkeit hervor, die, auch wenn sie mit der persönlichen Lebenssituation wenig zu tun zu haben schien, rückblickend häufig sogar zu einer Verklärung des Alltags in der DDR und zu einer Distanzierung von der Bundesrepublik führte.

Umgekehrt wuchs auch in den alten Bundesländern der Verdruss über die Entwicklung. Die durchaus vorhandene Bereitschaft der Westdeutschen, für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg in den neuen Ländern die notwendigen finanziellen Mittel aufzubringen, ließ in dem Maße nach, in dem die Kosten explodierten und die steuerlichen Belastungen zunahmen. Hinzu kam bei manchen Unverständnis über die „Undankbarkeit" der Ostdeutschen, die PDS wählten und auf ihre eigene Identität pochten. Die doppelte Frustration in Ost- und Westdeutschland war somit – ungeachtet aller positiven Ergebnisse – ein wichtiges Merkmal bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Wiedervereinigung in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre.

Frauen in den neuen Bundesländern

[...] Als die Wende kam, absolvierte Martina gerade eine Lehre als Wirtschaftshilfe im FDGB-Hotel und war schwanger. Der FDGB (die Gewerkschaft der DDR) wurde aufgelöst, das Hotel privatisiert, die neuen West-Besitzer entließen das gesamte Personal. Seitdem ist sie immer noch auf der Odyssee durch Aushilfsjobs, Umschulungen, Weiterbildungen. „Zertifikate und der ganze Quatsch, das hat alles nichts gebracht, weil es ja keine Arbeitsplätze gibt." [...]

Seit der Wende hat Bettina Berbig beruflich vor allem Pech gehabt. [...] Der Thüringerin erging es wie vielen qualifizierten Frauen mit kleinen Kindern. Bei der Umstrukturierung der Betriebe landeten sie auf der Straße und mussten sich, um überhaupt eine Arbeit zu finden, mit Aushilfsjobs begnügen. Von einem „Dequalifizierungstrend" spricht die Sozialwissenschaft. [...]

Um der Arbeitslosigkeit zu entkommen, haben sich viele ostdeutsche Frauen ihren Arbeitsplatz selbst geschaffen. Ärztinnen, Rechtsanwältinnen, Architektinnen und Bauingenieurinnen, Handwerkerinnen gründeten ihre eigene Existenz. Das Problem der Gründungswilligen ist bis heute: Die bescheidenen Einkommensverhältnisse verhindern die Anhäufung von nennenswertem Eigenkapital. Ohne Besitz, ohne Sicherheiten geben Banken keinen Kredit. So bleibt ein Teil des großen Potenzials ostdeutscher Frauen an Engagement, Fachwissen und sozialer Kompetenz – Schlüsselqualifikationen in der boomenden Dienstleistungsbranche – brach liegen. [...]

Doch die Frauen versuchen es immer wieder. Sie lassen sich von ihrem Lebensentwurf nicht abbringen. Zum Mutter-Sein gehört für sie die Berufstätigkeit, wie der Computer zum Internet. Berufstätigkeit bedeutet für sie: Weiterentwicklung, Selbstverwirklichung, Herausforderung. Bedeutet finanzielle Unabhängigkeit. Wie kann es auch anders sein für die jüngere Generation, die das Managen von Beruf und Familie bereits von ihren Müttern und Großmüttern gelernt hat. [...]

Katrin Rohnstock, „Die jungen Seniorinnen sind die Gewinnerinnen", in: Freitag vom 26. November 1999; www.rohnstock-biografien.de/erzaehlsalon

Kulturelle Wiedervereinigung: In der heutigen „Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz" sind die Bestände der beiden deutschen Staatsbibliotheken zusammengefasst. Sie wird nach 1990 modernisiert und umfasst heute rund elf Millionen Titel.

Wiedervereinigung der Kultur

Die deutsche „Kulturnation", die sich seit der Herausbildung einer deutschen kulturellen Identität im 18. Jahrhundert entwickelt hatte und der Reichsgründung von 1871 vorangegangen war, wurde auch durch die politische Teilung nach 1945 nicht beseitigt. Die gemeinsame Geschichte und Tradition, die einheitliche Sprache, die verbindende Wirkung grenzüberschreitender Medien und nicht zuletzt die Ost-West-Wanderung von Intellektuellen verhalfen dazu, im kulturellen Bereich zwischen den beiden deutschen Staaten eine Gemeinsamkeit zu bewahren, die politisch nicht mehr bestand.

Gleichwohl führten 40 Jahre deutscher Teilung zu einer kulturellen Differenzierung, welche die Wiedervereinigung auch im Bereich der Kunst, Literatur und Musik sowie der Museen, Bibliotheken, Bildung und Wissenschaft vielfach zu einem Problem werden ließ. Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 trug dem Rechnung, indem er in Artikel 35 einerseits darauf hinwies, dass „Kunst und Kultur – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation" gewesen seien, andererseits aber durchaus „Auswirkungen der Teilung Deutschlands" konstatierte, denen man entgegenwirken müsse.

Eine der Folgen betraf die Zuständigkeit für die kulturelle Förderung: In der DDR war sie hochgradig zentralisiert, in der Bundesrepublik dagegen dezentral eine Angelegenheit der Länder und Kommunen. Im Einigungsvertrag wurde dazu vereinbart, das föderalistische Prinzip auf ganz Deutschland zu übertragen. Schutz und Förderung von Kunst und Kultur sollten „entsprechend der Zuständigkeitsverteilung des Grundgesetzes" auch im „Beitrittsgebiet" den Ländern und Kommunen obliegen.

Da diese voraussichtlich mit dem für sie neuen Aufgabenbereich zumindest kurzfristig überlastet sein würden, bekundete der Bund die Bereitschaft, „übergangsweise zur Förderung der kulturellen Infrastruktur einzelne kulturelle Maßnahmen und Einrichtungen" in den neuen Ländern mitzufinanzieren, damit die „kulturelle Substanz" dort keinen Schaden nahm. So wurde der seit 1949 bestehende DDR-Kulturfonds zur Förderung von Kultur, Kunst und Künstlern unter Beteiligung des Bundes zunächst weitergeführt. Aber diese Weiterführung war bis zum 31. Dezember 1994 befristet. Über eine Nachfolgeeinrichtung war im Rahmen der Verhandlungen über den Beitritt der neuen Länder zur Kulturstiftung der Länder zu befinden.

Von großer Bedeutung für die Kultur in Deutschland war die ebenfalls im Einigungsvertrag geregelte Wiedervereinigung von Sammlungen und Museen. Davon betroffen waren in erster Linie die ehemals staatlichen preußischen Sammlungen in Berlin, die durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse getrennt worden waren. Bei den Bibliotheken wurde die frühere, bis 1661 zurückreichende „Preußische Staatsbibliothek" mit Sitz Unter den Linden, die zu Beginn des Zweiten Weltkrieges mit drei Millionen Bänden die drittgrößte Bibliothek Europas gewesen war und in der DDR den Namen „Deutsche Staatsbibliothek" trug, nach 1990 mit der „Staatsbibliothek der Stiftung Preußischer Kulturbesitz" in Westberlin verschmolzen. Der Gesamtbestand der neuen „Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz" umfasst heute rund elf Millionen Titel sowie umfangreiche Sondersammlungen und eine digitale Bibliothek.

Im Bildungsbereich wurde die Anerkennung der in der früheren DDR erworbenen schulischen, beruflichen und akademischen Abschlüsse und Befähigungsnachweise im Einigungsvertrag grundsätzlich geregelt. Probleme bereitete aber die Überleitung des Personals, das in der DDR häufig nicht

„Ostalgie": Mit dem Verlust der „DDR-Identität" entwickelt sich teilweise eine Sehnsucht nach Bewahrung des ostdeutschen Lebensgefühls. Stand auf der Verkaufsmesse „Ostpro", einer Messe für ostdeutsche Produkte und Spezialitäten, im April 2014

nur nach fachlichen Kriterien, sondern auch nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt worden war. Die „Evaluierung" vorhandener Lehrkräfte musste deshalb durch einen Neuaufbau ergänzt werden. In der wissenschaftlichen Forschung, die in der DDR größtenteils nicht an den Universitäten und Hochschulen, sondern in eigenständigen Akademien und Instituten stattfand, wurde eine gemeinsame Struktur für ganz Deutschland geschaffen. Dabei blieben jedoch Einrichtungen der früheren DDR erhalten, wenn sie vom Wissenschaftsrat, dem zentralen Beratungsgremium der Bundesrepublik für die Förderung von Wissenschaft und Hochschulen, als leistungsfähig beurteilt wurden.

Das Problem der Identität

Mit all diesen Maßnahmen stellte der Einigungsvertrag wichtige Weichen für die Neuorganisation der Kultur im wiedervereinigten Deutschland. Wenn man Kultur jedoch in einem weiteren Sinne auch als „mentale oder geistig-moralische gesellschaftliche Befindlichkeit" und damit als geistigen Prozess versteht, wird man ihr mit Hinweisen auf Fragen der Finanzierung, der institutionellen Ausgestaltung und der politischen Verwaltung kaum gerecht.

Tatsächlich gingen die Einflüsse der Maueröffnung und der Wiedervereinigung, die 1989/90 in Ostdeutschland zunächst als Selbstbefreiung, Öffnung und Chance zur demokratischen Erneuerung begriffen wurden, bald vielfach mit einem „Kultur- und Konsumschock" einher, der weitreichende Auswirkungen auf das kulturelle Leben hatte. In dem Maße, in dem sich der Alltag veränderte – oft auf dramatische Weise und in kürzester Frist –, wandelten sich auch Kunst und Kultur. Es entwickelte sich die Vorstellung einer „DDR-Identität", die es vor dem Ansturm der westlichen Konsumgesellschaft zu retten gelte. Die sich daraus ergebenden Spannungen wurden bald zu einem irritierenden Thema der innerdeutschen Diskussion. Sehnsucht nach Bewahrung des ostdeutschen Lebensgefühls kam auf. Der Schriftsteller Heiner Müller sprach von der „Qualität der Verlangsamung", von der Möglichkeit zur Konzentration, die in der Verwestlichung Ostdeutschlands abhanden zu kommen drohe. Errungenschaften der westeuropäischen Zivilisation, die in der Zeit der Teilung vielen in der DDR erstrebenswert erschienen waren, verloren nun plötzlich ihren Reiz. Zur Vielschichtigkeit gesamtdeutscher Identität, so hieß es nun, gehöre es, wenigstens die positiven Aspekte der DDR-Identität zu bewahren. Wie verbreitet das Gefühl der Bedrohung der eigenen Identität in Ostdeutschland war, zeigten nicht nur Meinungsumfragen, sondern auch die Wahlerfolge der PDS.

Die Komplexität der Problematik von Veränderung und Bewahrung wurde auch in anderem Zusammenhang deutlich. Der Liedermacher Wolf Biermann schrieb dazu pointiert: „Die meisten Richter werden wohl Richter bleiben, genau wie nach 45 im Westen. Die Polizisten bleiben Polizisten. Die Chefs bleiben Chefs. Das Häuflein Aufrechter bleibt ein Häuflein." Mit anderen Worten: Biermann – so wie viele andere verfolgte und ausgebürgerte Künstler der DDR – befürchtete, dass die „Kader" von gestern auch im neuen Deutschland wieder Karriere machen würden, während die ehemals Verfolgten weiter benachteiligt und isoliert würden. Die damit angesprochene „Vergangenheitsbewältigung" in der Kultur ließ sich indessen nicht durch einen Federstrich bzw. eine Grundsatzentscheidung lösen. Hier bedurfte es langfristiger Diskussionen und Auseinandersetzungen in allen Bereichen des kulturellen Lebens – nicht zuletzt unter Beteiligung der Betroffenen selbst –, um die Wiedervereinigung nicht nur als organisatorisch-administrativen Prozess, sondern auch im Sinne einer gesellschaftlichen Integration, einschließlich der Aufarbeitung der schwierigen Vergangenheit, zu vollziehen (siehe auch Informationen zur politischen Bildung Nr. 324/2015 „Sozialer Wandel in Deutschland").

Von der Bonner zur Berliner Republik

Zu den Folgen der Vereinigung gehörten jedoch nicht nur die Probleme, die sich im Zusammenhang mit der „Wende“ in der DDR stellten, sondern auch die Konsequenzen der Wiedervereinigung Deutschlands für die alte Bundesrepublik. Denn die „Bonner Republik“, die seit 1949 mit großem Erfolg die Integration der Deutschen in Europa betrieben und sich dabei durch innere Stabilität, wirtschaftliche Prosperität und außenpolitische Berechenbarkeit ausgezeichnet hatte, wich nun der „Berliner Republik“, bei der zunächst durchaus unklar war, ob sie die in vier Jahrzehnten gewachsene und bewährte politische Kultur ihrer Vorgängerin zu erhalten vermochte.

Tatsächlich gab es 1999, als Parlament und Regierung vom Rhein an die Spree umzogen, nicht wenige, die der alten Bundesrepublik nachtrauerten. Obwohl damit lediglich der am 20. Juni 1991 nach einer spektakulären und hart umkämpften Abstimmung gefasste Beschluss des Bundestages umgesetzt wurde, Berlin seine alte Hauptstadtfunktion zurückzugeben, befürchteten manche, dass der Umzug auch eine Akzentveränderung der Politik mit sich bringen würde. Einige erinnerten sogar an das 1956 erschienene Buch „Bonn ist nicht Weimar“ von Fritz René Allemann: Orte standen darin für Inhalte. Bonn war damals ein positives Symbol dafür gewesen, dass die Instabilität des Weimarer Staates überwunden war. Es stellte sich jetzt die Frage, ob der Übergang von der Bonner zur Berliner Republik wiederum eine politische Veränderung bedeutete: diesmal zum Negativen – weg von innerer und äußerer Verlässlichkeit, hin zu mehr Unsicherheit und Unberechenbarkeit.

In Wirklichkeit konnte vom Ende dessen, was in Bonn begonnen hatte, nicht die Rede sein. Der Fortbestand der Verfassung, die Kontinuität der Wirtschaftsordnung, die Struktur der Eliten und die – in einem umfassenden Sinne verstandene – demokratische politische Kultur, die sich seit 1949 entwickelt hatte, trugen dazu bei, die Stabilität der Bundesrepublik auch nach der Wiedervereinigung zu erhalten. Dennoch gab es Veränderungen: Das geeinte Deutschland rückte aus einer Randlage im Ost-West-Konflikt in das Zentrum des neuen Europas und wurde schon bald zur Übernahme von Verantwortung gedrängt. Die Bipolarität der Machtblöcke, die den Handlungsspielraum beschnitten, aber auch Verhaltenssicherheit gewährt hatte, wich einer neuen Offenheit, in der Deutschland sich eigenständig orientieren und bewähren musste. Die Öffnung der Grenzen zwischen Ost und West ließ die ökonomischen und sozialen Unterschiede deutlicher als zuvor zutage treten; wirtschaftliche Fragen erhielten dadurch im Zuge der Globalisierung eine Dringlichkeit, die sie in der Bonner Republik nicht besessen hatten. Und auch der politische Stil änderte sich – nicht zuletzt durch eine neue Medienlandschaft, die durch die Vervielfachung der Nachrichtensender sowie die Verbreitung der digitalen Medien und der sozialen Netzwerke zwar zu verbesserten Informationsmöglichkeiten, aber auch zu einem härteren Wettbewerb um Neuigkeiten führte und damit die politischen Akteure zusätzlich unter Druck setzte. Auch wenn sich die Berliner Republik nicht grundsätzlich von ihren Bonner Traditionen verabschiedete, wurde damit atmosphärisch wie inhaltlich manches anders.

picture-alliance / dpa-Zentralbild / Jens Kalaene

Seit dem Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin im Jahr 1999 ist das Reichstagsgebäude Sitz des Deutschen Bundestages. Am 9. November 2014 wird mit tausenden weißen Ballons entlang der ehemaligen Grenze an den 25. Jahrestag des Mauerfalls gedacht.

MANFRED GÖRTEMAKER

Entwicklungen nach der Wiedervereinigung

Deutschland hat seinen Platz im europäischen Mächtesystem gefunden und übernimmt Verantwortung bei der Lösung internationaler Konflikte. Unter parteipolitisch veränderten Bedingungen muss es sich wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen stellen.

Neue Außen- und Sicherheitspolitik

Besonders in der Außen- und Sicherheitspolitik war die Zäsur bald unübersehbar. Der Zusammenbruch des Kommunismus, der Zerfall der Sowjetunion und die daraus erwachsende Unabhängigkeit zahlreicher Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas waren neben der Wiedervereinigung Deutschlands Prozesse von historischer Bedeutung, die eine weitgehende Neuordnung Europas erforderten. Die Regierung des geeinten Deutschlands setzte sich dabei nicht nur für die Fortsetzung des seit Konrad Adenauer betriebenen Einigungsprozesses Westeuropas ein, sondern unterstützte auch die Erweiterung der Integration nach Osten. Deutschland, so Bundeskanzler Kohl am 2. Oktober 1990, habe als ein Land im Herzen Europas „alles Interesse daran, dass das wirtschaftliche West-Ost-Gefälle in Europa überwunden wird“. Deshalb gehörte die Bundesregierung in der Folgezeit zu den maßgeblichen Förderern einer Osterweiterung der EU, um den Transformationsprozess in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu unterstützen, die ökonomische Angleichung zu beschleunigen und Grundlagen für eine neue gesamteuropäische Architektur zu schaffen.

Einen wichtigen Schritt zur Neuordnung Europas stellte der Vertrag von Maastricht dar, der am 7. Februar 1992 unterzeichnet wurde und am 1. November 1993 in Kraft trat. Mit ihm wurde nicht nur stufenweise die seit langem angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion verwirklicht, zu der ein gemeinsamer europäischer Binnenmarkt, der „Euro“ als gemeinsame Währung und die nach dem Modell der Deutschen Bundesbank konzipierte Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main gehörten, sondern auch die politische Union vorangetrieben. Der europäische Integrationsverbund erhielt den vielversprechenden neuen Namen „Europäische Union“ (EU) und bestand bis zum Inkrafttreten des 2007 unterzeichneten Vertrages von Lissabon am 1. Dezember 2009 aus drei Säulen: den bisherigen Europäischen Gemeinschaften (EG), der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik. Durch den Vertrag von Lissabon wurden die drei Säulen

Folgen des Umbruchs 1989/91:
Das neue Gesicht Europas

.ie.: Liechtenstein
Slo.: Slowenien
B.u.H.: Bosnien und Herzegowina
M.: Montenegro
Maz.: Mazedonien

Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 701 800

Deutschlands gegenwärtige Rolle in Europa

Heinrich August Winkler, Jahrgang 1938, ist einer der bedeutendsten Historiker Deutschlands, lehrte in Freiburg und zuletzt in Berlin, an der Humboldt-Universität.

SZ: Herr Winkler, welche Rolle wünschen Sie sich für Deutschland in Europa und der Welt?

Heinrich August Winkler: Mein erster Gedanke ist: Keine deutschen Sonderwege, auch nicht in Zukunft. Wir sollten uns immer mit unseren Nachbarn abstimmen, zuallererst mit Frankreich, aber auch mit Polen und den anderen Partnern. Deutsche Interessen, die nicht mit den Interessen der Europäischen Union verträglich sind, sind nicht legitim. Die EU besteht aus postklassischen Nationalstaaten, die Hoheitsrechte an supranationale Einrichtungen abgegeben haben oder gemeinsam ausüben. Ein Rückfall in die Denkkategorien des souveränen Nationalstaats wäre ein dramatischer Rückschritt.

SZ: Und Ihr zweiter Gedanke?

Heinrich August Winkler: Mehr Europa darf es nicht um den Preis von weniger Demokratie geben. Integrationsfortschritte müssen einhergehen mit entsprechender parlamentarischer Mitverantwortung. Und dieser Integrationsprozess muss von der Bevölkerung gewollt werden. [...]

SZ: Deutschland ist der bevölkerungsreichste EU-Staat und hat die größte Wirtschaftskraft. Verändert sich im krisenhaften Europa gerade die Rolle der Bundesrepublik?

Heinrich August Winkler: Deutschland trägt eine hohe Verantwortung für den Zusammenhalt der EU. Aber nicht die deutsche Frage ist wieder offen, sondern die europäische Frage ist immer noch so offen, wie sie in Maastricht geblieben ist.

SZ: Dort ist 1991 die Währungsunion beschlossen worden, aber nicht die politische Union.

Heinrich August Winkler: Und auch die Fiskalunion fehlt bislang. Die Währungsunion kann nicht dauerhaft stabilisiert werden, so lange Haushalts- und Fiskalpolitik nicht harmonisiert sind. [...]

SZ: Welche Fehler hat die deutsche Seite gemacht?

Heinrich August Winkler: Berlin hat den Eindruck erweckt, dass Sparen allein ausreiche, um zu Wohlstand zu gelangen und dass Austerität die Mutter der Prosperität sei. Das ist zu einseitig. Richtig ist aber auch: Ohne Konsolidierung der Finanzen und ohne strikte Beachtung der Schuldentragfähigkeit ist anhaltendes Wachstum nicht möglich. Es ist ein vulgärkeynesianischer Aberglaube, man könne ausgebliebene Strukturreformen mit *deficit spending* – kreditfinanzierten Invesitionen des Staates – kompensieren. Dabei geht es nicht um spezifisch deutsche Interessen, sondern um die Interessen der Währungsunion. Was die Erklärung einer solchen Politik angeht, gibt es da sicherlich eine deutsche Bringschuld. Die Bundesregierung ist gut beraten, wenn sie ihre Ziele immer wieder geduldig und allgemein verständlich darlegt.

SZ: Durch die harte deutsche Position bei den Griechenland-Verhandlungen ist in Europa Angst vor einem teutonischen Hegemon entstanden. Zur Sorge kommt eine regelrechte Wut auf die Deutschen, Nazi-Vergleiche inklusive.

Heinrich August Winkler: Manche Debattenbeiträge der jüngsten Zeit sind so emotional und voller Ressentiment, dass man nur hoffen kann, dass es sich um ein Übergangsphänomen handelt. Vieles davon ist sicherlich auch gesteuert und manipuliert, denken Sie an die Berlusconi-Presse in Italien. Vieles erklärt sich schlicht aus dem Erfolgsgefälle der Volkswirtschaften.

SZ: Ist die Angst vor einer deutschen Übermacht berechtigt?

Heinrich August Winkler: Nein. Es geht nicht um deutsche Dominanz, sondern um eine grundsätzliche Frage: [...] [M]uss es Grundkonsens sein, dass die vereinbarten Regeln gelten und nur einvernehmlich geändert werden können? [...] Deutschland darf nicht das Falsche tun, nur um möglichst populär zu sein. [...]

Oliver Das Gupta im Gespräch mit Heinrich August Winkler, „Warum die Deutschen über Europas Einigung abstimmen sollten", in: Süddeutsche Zeitung vom 18. August 2015

aufgelöst; das Wort „Europäische Gemeinschaft" wurde durchgängig durch „Europäische Union" ersetzt. Die EU übernahm damit die Rechtspersönlichkeit der früheren EG und kann jetzt als Völkerrechtssubjekt in eigenem Namen internationale Verträge und Abkommen schließen, diplomatische Beziehungen mit anderen Staaten unterhalten und Mitglied in internationalen Organisationen werden.

Am 1. Januar 1999 wurde zudem der Euro in elf Mitgliedstaaten als gesetzliche Buchungswährung eingeführt, am 1. Januar 2002 auch als Bargeld. Inzwischen gilt er in 19 der mittlerweile 28 EU-Länder als gesetzliches Zahlungsmittel.

Die Euphorie, die anfänglich mit der Einführung des Euro verbunden war, ist seit Beginn der „Eurokrise" 2009 allerdings deutlich geschwunden. Aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftsleistung kam es nach dem Wegfall der Möglichkeit, die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften durch Änderungen der Wechselkurse zu steuern, in einzelnen Ländern immer wieder zu Haushaltsproblemen, die in mehreren Fällen dramatische Ausmaße annahmen. Verstöße gegen grundlegende Regeln des Maastricht-Vertrages – wie die Drei-Prozent-Grenze bei der jährlichen Neuverschuldung und die Maximalverschuldungsgrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – waren keine Ausnahme. Besonders schwerwiegend waren und sind die Probleme im Falle Griechenlands. Aber auch Spanien, Portugal und Irland waren nicht in der Lage, die Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu bewältigen und mussten Hilfen der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Anspruch nehmen. Ob der 2011 als „Rettungsschirm" der EU verabschiedete Europäische Stabilitätsmechanismus, der Europäische Fiskalpakt und die Europäische Bankenunion sowie die Steuerungsmechanismen der EZB mittel- und langfristig ausreichen werden, um weitere Krisen zu vermeiden, ist allerdings fraglich. Und auch der Vertrag von Lissabon, der im Dezember 2007 von den Staats- und Regierungschefs der EU zur Vertiefung der europäischen Integration unterzeichnet wurde, geriet mit zunehmender Dauer der Wirtschafts- und Finanzprobleme immer mehr in die Kritik, weil insbesondere Großbritannien sich nicht mehr gewillt zeigt, zugunsten eines als fragwürdig empfundenen Brüsseler Zentralismus auf nationale Souveränität zu verzichten.

Anders als in der Europapolitik sah sich das wiedervereinigte Deutschland in der Militär- und Sicherheitspolitik nach 1990 zunächst zur Zurückhaltung verpflichtet. Sie ergab sich aus der Rücksichtnahme auf das historische Erbe und auf die mehrheitlich pazifistische Grundhaltung der deutschen Bevölkerung. Schon der Artikel 87a des Grundgesetzes, wonach deutsche Streitkräfte außer zur Verteidigung nur in ganz be-

Ausdruck einer veränderten deutschen Sicherheitspolitik: Bundeswehrsoldat bei einem Einsatz in Afghanistan im September 2010

stimmten Fällen eingesetzt werden dürfen, setzte dem Handeln der Bundesregierung enge Grenzen. Außerdem wurde befürchtet, mit einem forschen deutschen Auftreten würden unerwünschte Assoziationen an die aggressive Rolle Deutschlands in zwei Weltkriegen wachgerufen. Der Golfkrieg 1991 fand daher ohne die Deutschen statt. Allerdings trug Deutschland – neben Saudi-Arabien, Kuwait und Japan – mit knapp 18 Milliarden DM wesentlich zu seiner Finanzierung bei. Vor allem in den USA wurde den Deutschen daher eine „Scheckbuch-Diplomatie" vorgeworfen.

Tatsächlich konnte Deutschland seine historisch verständliche Haltung gegenüber den Bündnispartnern immer weniger rechtfertigen und sah sich gezwungen, seine künftige außen- und sicherheitspolitische Rolle und mögliche Auslandseinsätze der Bundeswehr zu überdenken. Notwendig wurde dies bereits im Sommer 1991, als nach der Unabhängigkeitserklärung von Slowenien und Kroatien in Jugoslawien ein Bürgerkrieg begann, der 1992 auch Bosnien-Herzegowina und Ende der 1990er-Jahre den Kosovo erfasste. Deutschland bemühte sich dabei zunächst um politische Lösungen, insbesondere für Slowenien und Kroatien. Doch als die Kämpfe sich ausweiteten und der UN-Sicherheitsrat im März 1993 entschied, ein Flugverbot über Bosnien-Herzegowina durchzusetzen, und zu diesem Zweck AWACS-Fernaufklärer der NATO anforderte, in denen auch deutsche Soldaten Dienst taten, ließ sich eine Klarstellung der deutschen Position nicht länger hinausschieben. Nachdem ein Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes im Bundestag gescheitert war, entschied das Bundesverfassungsgericht am 12. Juli 1994, dass die Bundesrepublik gemäß Artikel 24 Absatz 2 GG ermächtigt sei, sich in Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit einzuordnen. Allerdings müsse jeder bewaffnete Einsatz vom Bundestag beschlossen werden.

Damit war der Weg für Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich frei. Deutsche Streitkräfte konnten dadurch sowohl im Kosovo-Konflikt gegen Serbien eingesetzt werden als auch – nach den Terroranschlägen auf das *World Trade Center* in New York und das Pentagon in Washington am 11. September 2001 – im Kampf gegen die Taliban und das Al-Qaida-Netzwerk in Afghanistan. Die Beteiligung der Luftwaffe an Angriffen auf Serbien im Frühjahr 1999 stellte dabei den ersten Kriegseinsatz deutscher Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg überhaupt dar. Die Teilnahme der Bundeswehr an der Operation *„Enduring Freedom"* in Afghanistan bedeutete ebenfalls ein Novum, da die NATO nach dem 11. September 2001 zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages ausgerufen hatte.

Im Irak-Konflikt 2002, der 2003 unter Führung des amerikanischen Präsidenten George W. Bush zu einem weiteren Krieg gegen das Regime von Saddam Hussein führte, und im Libyen-Konflikt 2011, in dem insbesondere Frankreich und Großbritannien den Sturz des Diktators Muammar al-Gaddafi betrieben, verweigerte die Bundesregierung ihren Bündnispartnern hingegen die Gefolgschaft und lehnte eine Beteiligung deutscher Soldaten ab. Im Fall des Irak lagen nach Meinung der Bundesregierung keine Beweise für den Besitz von Massenvernichtungswaffen und Verbindungen zum Al-Qaida-Netzwerk vor. Im Fall Libyens bestanden zwar große Sympathien für den „Arabischen Frühling", der in Tunesien und Ägypten bereits zu einem Regimewechsel geführt hatte, aber eine militärische Einmischung in den libyschen Bürgerkrieg zur Unterstützung der Aufständischen gegen das Gaddafi-Regime lehnte die Bundesregierung ab. Als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 17. März 2011 die internationale Gemeinschaft zu militärischen Maßnahmen zum Schutz von Zivilisten in Libyen ermächtigte und die USA, Großbritannien und Frankreich am 19. März mit einer Luft- und Seeblockade sowie mit Luftangriffen auf Regierungstruppen und Militäreinrichtungen in Libyen begannen, enthielt sich daher der deutsche UNO-Botschafter – gemeinsam mit den Vertretern Russlands und Chinas – der Stimme.

Diese deutsche Haltung, die vor allem im Irak-Konflikt zu einer ernsthaften Belastung für das deutsch-amerikanische und deutsch-britische Verhältnis führte, war weniger die Folge wachsenden innenpolitischen Unbehagens über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die von allen Parteien des Bundestages mit Ausnahme der Linken unterstützt wurden, sondern eher ein Zeichen für die zunehmende außenpolitische Eigenständigkeit Deutschlands nach der Wiedervereinigung. Zwar wurden weder die NATO-Mitgliedschaft noch die Allianz mit den USA und Großbritannien infrage gestellt. Doch die Bundesregierung machte deutlich, dass sie sich inzwischen ein eigenes Urteil in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zutraute und gewillt war, nach deutschen Interessen zu handeln, selbst wenn dies Konflikte im Bündnis auslöste.

Eine ähnliche Eigenständigkeit bewies die Bundesrepublik auch im Ukraine-Konflikt. Er begann im Herbst und Winter 2013/14 mit Massenprotesten auf dem Majdan in Kiew gegen die überraschende Weigerung der ukrainischen Regierung, ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen. Als der Konflikt eskalierte, vermittelte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier gemeinsam mit seinen französischen und polnischen Amtskollegen am 21. Februar 2014 einen Vertrag, der zur Beilegung der Krise beitragen sollte. Er setzte diese Vermittlungsaktion auch dann noch fort, als der Konflikt andauerte und in den ostukrainischen Provinzen Donezk und Luhansk zu einem regelrechten Krieg zwischen von Russland unterstützten Separatisten und ukrainischen Truppen ausuferte. Mit dem Protokoll von Minsk vom September 2014 und dem erneuerten Protokoll Minsk II vom 12. Februar 2015, das unter direkter Beteiligung von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ausgehandelt wurde, bemühte sich Deutschland nicht nur um die Wiederherstellung des Friedens in der Region, sondern unternahm zugleich große Anstrengungen, mit Russland im Gespräch zu bleiben. Die Bundesregierung vollführte dabei wiederum einen Balanceakt

Deutschland in der Vermittlerrolle: Außenminister Frank-Walter Steinmeier (1. v. re.) berät bei einem Treffen mit seinen Amtskollegen Pawlo Klimkin (Ukraine, 2. v. re.), Sergej Lawrow (Russland, 1. v. li.) und Laurent Fabius (Frankreich, 2. v. li.) am 23. Juni 2015 in Paris über die Ukraine-Krise.

zwischen nationaler Eigenständigkeit und Bündnissolidarität, weil sie sich zwar einerseits am Wirtschaftsboykott der westlichen Länder beteiligte, aber andererseits den Dialog mit Putin auch dann noch fortsetzte, als dieser wegen seiner Ukraine-Politik von vielen westlichen Ländern immer heftiger kritisiert und sogar weitgehend boykottiert wurde.

Probleme der inneren Einigung

Die innergesellschaftliche Entwicklung Deutschlands nach der Wiedervereinigung schwankte zwischen Euphorie und Ernüchterung. Im Überschwang der Gefühle, die sich mit den überstürzenden Ereignissen der Wendezeit 1989/90 verbanden, wurden vielfach die Schwierigkeiten übersehen, die der als Folge der Wiedervereinigung notwendige Strukturwandel in beiden Teilen Deutschlands mit sich bringen würde. Als Bundeskanzler Kohl am 21. Juni 1990 in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag behauptete, nur die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten biete „die Chance, dass Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen bald wieder blühende Landschaften sein werden, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt“, weckte er Erwartungen, die zunächst nur schwer einzulösen waren. Der Begriff verkehrte sich dadurch in sein Gegenteil und wurde zum Sinnbild für die Deindustrialisierung Ostdeutschlands: Unter „blühenden Landschaften“ wurden jetzt nicht renovierte Dörfer, pulsierende Städte und florierende Wirtschaftsparks verstanden, sondern stillgelegte Industrielandschaften und Rangierbahnhöfe, die sich die Natur zunehmend zurückeroberte.

Die verfügbaren Daten unterstreichen den dramatischen Verfall der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990: Die Industrieproduktion, die bereits von 1989 bis zum Herbst 1990 um die Hälfte gesunken war, fiel bis April 1991 auf 30 Prozent ihres Ausgangsniveaus von 1989 und konnte sich in den folgenden Jahren kaum erholen. 1997 entfielen auf Ostdeutschland nur noch neun Prozent der Industrieproduktion und rund 10,5 Prozent der Industriebeschäftigten der Bundesrepublik (bei 30 Prozent der Fläche und einem Anteil von 21,5 Prozent der Bevölkerung); 1989 hatten die entsprechenden Anteile bei 20 bzw. 32 Prozent gelegen. Das Bruttoinlandsprodukt sank 1990 um 30,5 Prozent und 1991 noch einmal um 2,2 Prozent, ehe sich eine – wenn auch sehr langsame – Verbesserung einstellte.

Ob dieser Absturz vermeidbar gewesen wäre, zumal in anderen Transformationsländern wie Polen, der Tschechoslowakei oder Ungarn vergleichbare wirtschaftliche Einbrüche ausblieben, ist fraglich. Die Währungsumstellung war politisch ebenso geboten wie die rasche Anhebung der Löhne, die zwar noch lange unter dem Niveau der alten Bundesrepublik blieben, aber doch nur in seltenen Fällen der Produktivität der Betriebe entsprachen. Der 1:1-Umtauschkurs wurde von der ostdeutschen Bevölkerung und von allen ostdeutschen Parteien mit großem Nachdruck gefordert. Ein Verzicht auf die sofortige Anhebung der Löhne hätte die Gefahr sozialer Unruhen mit sich gebracht oder eine Fortsetzung der Massenabwanderung nach Westdeutschland bewirkt. Die Devisenknappheit der ehemaligen Kunden aus dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) war von westlicher Seite nicht zu beeinflussen. Und eine Inflationsfinanzierung der Nachfrage kam – anders als in den osteuropäischen Ländern – in Deutschland nach den Erinnerungen an die Inflation 1923 und 1948 nicht in Betracht, zumal die Bundesbank schon in der Währungsumstellung vom 1. Juli 1990 eine Gefahr für die Stabilität der DM sah. Damit aber blieb keine andere Wahl, als die ostdeutsche Wirtschaft einer „Schocktherapie“ auszusetzen, die sie nicht überleben konnte.

Die damit einhergehende Massenarbeitslosigkeit, die plötzliche Konfrontation mit einer völlig neuen ökonomischen und soziokulturellen Umwelt sowie die Entwertung bisheriger Institutionen, Normen und Leistungen lösten bei vielen Ostdeutschen jedoch einen „Transformations- und Einheitsschock“ aus, der verbreitet zu Verunsicherung, Enttäuschung und Resignation führte. Hieraus speiste sich der Begriff „Vereinigungskrise“ (Jürgen Kocka). Zwar war Deutschland jetzt wieder vereint, aber es existierten noch immer zwei Gesellschaften. Mitte der 1990er-Jahre wurde daher vielfach die Frage gestellt, ob diese Entfremdung zwischen Ost und West den Wiedervereinigungsprozess dauerhaft stören könnte.

In Wirklichkeit stellten sich die Ostdeutschen jedoch in weit höherem Maße und mit mehr Erfolg auf die neuen Gegebenheiten ein, als häufig vermutet wird. Ganz abgesehen davon, dass es keinen ostdeutschen „Separatismus“ und keine nennenswer-

Ost und West – eine Bestandsaufnahme

25 Jahre nach der deutschen Einheit schwindet das Gefühl der Fremdheit zwischen West- und Ostdeutschen, aber nur langsam. Das geht aus einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung hervor. So sieht die Hälfte der Bundesbürger weiter Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. […] In der Studie, in der 25 Themenfelder untersucht wurden, werden dafür etliche Beispiele genannt – ein Überblick in Stichpunkten:

Bevölkerung
Mit dem Mauerfall verloren die fünf ostdeutschen Flächenländer bis 2013 mehr als zwei Millionen ihrer einst 14,5 Millionen Bürger (Grafik). Vor allem junge Erwachsene gingen. Diese Abwanderung ist nicht gestoppt: Ländliche Regionen bluten weiter aus. Nur zehn von 70 Kreisen und 15 der 132 größten Städte in den neuen Bundesländern hätten sich dem Abwärtstrend entziehen können, stellen die Autoren in der Studie fest. Die Folgen sind dramatisch: Durch das Weggehen der Jüngeren wächst der Anteil der Älteren im Osten schneller als im Westen. Die ehemalige DDR wird dadurch teilweise zum Land der Alten: „Im Jahr 2035 könnte in einigen Kreisen wie Suhl oder Elbe-Elster mehr als jeder zweite Einwohner 60 Jahre und älter sein", heißt es in der Untersuchung.

Kinder
Frauen bekommen in den neuen Ländern wieder mehr Kinder als Frauen im ehemaligen West-Gebiet. Das liegt vor allem daran, dass Kinderlosigkeit in den alten Ländern stärker verbreitet ist als im Gebiet der früheren DDR […]. In der Untersuchung wird dies so begründet: „Ostdeutsche Frauen profitieren offenbar bis heute von dem sozialistischen Frauenbild der DDR, in dem Kinder und berufliche Selbstverwirklichung zusammengehörten." So hat auch nur eine Minderheit der Ostdeutschen das Betreuungsgeld beantragt.

Bildung
Der Anteil der Abiturienten an den Schulabgängern hat sich mit einer Quote von fast 40 Prozent angeglichen. Auffällig sind jedoch die guten Erfolge der Schulen im Osten bei den Pisa-Tests: Demnach sind an der Spitze des innerdeutschen Rankings fast ausschließlich die neuen Bundesländer zu finden. Besonders gut schneiden deren Schulen in den Naturwissenschaften und Mathematik ab. Die Autoren der Studie führen dies unter anderem auf den geringeren Anteil an Zuwanderern und höhere Bildungsausgaben zurück.

Verdienst
Unmittelbar nach der Wende erhielt ein ostdeutscher Durchschnittsverdiener nicht einmal die Hälfte des vergleichbaren West-Lohnes. Mittlerweile ist der Lohnabstand auf drei Viertel der Gehälter im Westen gesunken. Zuletzt stagnierte aber der Aufholprozess. In der Studie werden dafür viele Gründe genannt: das Fehlen großer Industriebetriebe mit guten Löhnen, die wenig verbreitete Bezahlung nach Tarifverträgen, die vielen atypisch Beschäftigten (Teilzeit, Leiharbeit, befristete Verträge).

Vermögen
Superreiche meiden den Osten. Die Autoren schreiben: „Gerade mal 20 der 500 reichsten Deutschen wohnen östlich der ehemaligen Grenzen, davon 14 in Berlin – zumeist im Westen der Stadt." Die frühere DDR ist nicht, wie einst Altkanzler Helmut Schmidt befürchtete, zu einem „Mezzogiorno ohne Mafia" geworden. Blühende Landschaften und üppiger Wohlstand sind aber eher selten. Im Westen beläuft sich das Pro-Kopf-Vermögen auf 153 200 Euro, wobei Spitzenverdiener den Durchschnitt stark nach oben treiben. Im Osten ist der Wert nicht einmal halb so groß.

Arbeitslose
Im Osten ist die Arbeitslosigkeit zuletzt stärker gesunken als im Westen. Das wird aber vor allem damit begründet, „dass in Ostdeutschland die Zahl der Erwerbspersonen seit 2008 um etwa 400 000 zurückgegangen ist". Dies sei „eine Folge der Abwanderung vor allem junger Menschen sowie des extremen Geburteneinbruchs zu Beginn der 1990er-Jahre".

Unternehmen
Keines der 30 größten Börsen-Unternehmen, das Mitglied im Deutschen Aktienindex (Dax) ist, hat seine Zentrale im Osten. Stattdessen wird Ostdeutschland bestimmt von kleinen und mittleren Firmen. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung sieht darin ein Problem: Um die Firmenzentralen seien Vertrieb, Forschung oder Marketing angesiedelt mit vielen hochqualifizierten und gut bezahlten Arbeitskräften. Für die Ost-Ableger bliebe lediglich „die mittlere Führungsebene". Auch Zulieferer siedelten sich so nicht an.

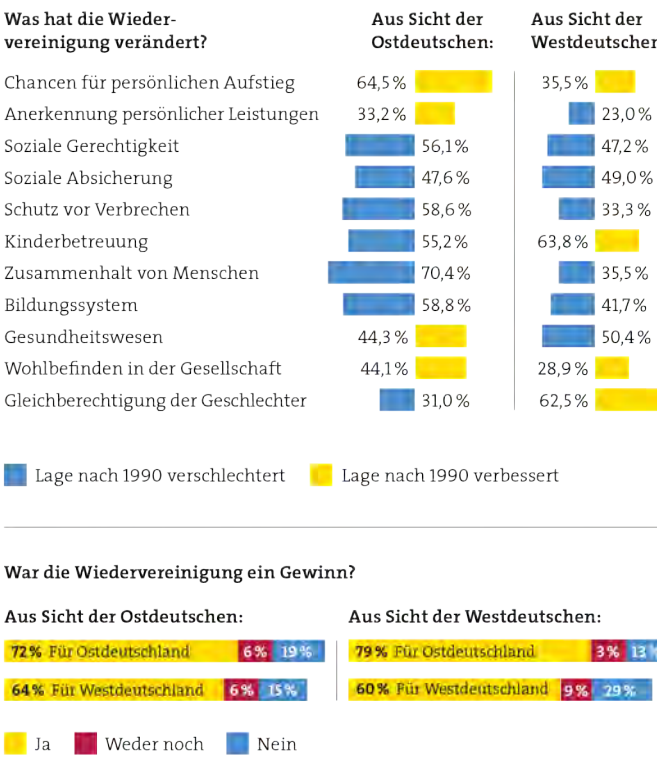
Konsum
Nur wenige Marken-Produkte aus dem Osten haben es in die westdeutschen Supermarktregale geschafft. Aber ob Rotkäppchen-Sekt, Spee-Waschmittel oder Bautz'ner Senf – diese Waren werden im Westen zunehmend beliebter.

Engagement
Beim Einsatz für das Gemeinwohl gibt es einen großen Graben. Im Osten engagiert sich nicht einmal jeder Dritte (30 Prozent) bei der Feuerwehr oder in einem Verein. Im Westen liegt dieser Wert bei 37 Prozent. Die Autoren führen dies auf das Erbe der DDR zurück, in der der Staat fast alles regelte.

Partnerwahl
Die Ost-West-Liebe scheint eher selten zu sein, wobei dies mit amtlichen Daten kaum festzustellen ist. Außerdem verorten sich viele gar nicht mehr so klar als Ossi oder Wessi – das sind für die Forscher schlicht „Wossis".

Thomas Öchsner, „Innerdeutsche Grenze", in: Süddeutsche Zeitung vom 23. Juli 2015

Die Vermessung der Republik



SZ-Grafiken: Sarah Unterhitzenberger; Quelle: Zentrum für Sozialforschung Halle e. V.

ten Bestrebungen gab, das Rad der Geschichte zurückdrehen, wurden der politische Ordnungswechsel, der sich 1989/90 vollzogen hatte, und die Einigung Deutschlands bei Umfragen seit 1990 regelmäßig von etwa 80 Prozent der Befragten befürwortet. Noch bemerkenswerter ist die Tatsache, dass diese Zustimmung quer durch alle sozialen Schichten und politischen Parteien verlief. Die eingetretene Ernüchterung war demzufolge nicht das Ergebnis einer grundsätzlichen Ablehnung der Wiedervereinigung, sondern hauptsächlich eine Begleiterscheinung der Enttäuschung, die sich aus den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Einigungsprozesses ergab. Nachdem der Systemwechsel und der Institutionentransfer in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre weitgehend abgeschlossen waren, stellten sich die Menschen subjektiv auf die Wiedervereinigung ein und suchten sich in den veränderten Strukturen zu orientieren. Je nach Erfolg oder Misserfolg wurden die neuen Verhältnisse dabei als Glücksfall, Chance und Herausforderung oder als Belastung, Ausgrenzung, Trauma und Ende bisheriger Lebensentwürfe begriffen.

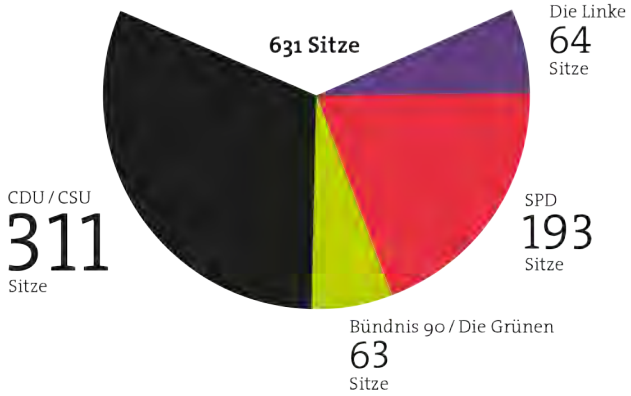
Von einem gänzlichen Zusammenwachsen der beiden deutschen Teilgesellschaften kann zwar auch mehr als zweieinhalb Jahrzehnte nach dem Mauerfall noch immer nicht die Rede sein. Doch das lange beschworene Bild der „Mauer in den Köpfen“ ist inzwischen nicht mehr angemessen. In einer 2014 vom Zentrum für Sozialforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erstellten Studie, die von der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Iris Gleicke, in Auftrag gegeben wurde, wird unter dem Titel „Sind wir ein Volk? 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ festgestellt, dass die meisten Deutschen (im Westen 83 Prozent, im Osten 76 Prozent) mit ihrem Leben zufrieden sind. Die Wiedervereinigung empfinden 77 Prozent der Ostdeutschen und immerhin auch 62 der Westdeutschen für sich persönlich als vorteilhaft. „Ungeachtet der Mängelrügen, die aus west- und ostdeutscher Sicht der Bundesrepublik für die Zeit nach 1990 erteilt werden“, so heißt es in der Studie wörtlich, „und trotz etlicher von Ostdeutschen mehrheitlich positiv erinnerter Facetten des Systemprofils der DDR sind sich vier Fünftel im Osten wie im Westen des Landes gleichermaßen darin einig, dass die Wiedervereinigung für Deutschland als Ganzes vorteilhaft war.“

Dieser Eindruck verstärkt sich noch bei der Frage, ob man sich in der Bundesrepublik „politisch zu Hause“ fühle. Zwar wurde diese Frage nur von knapp der Hälfte der Ostdeutschen insgesamt (bei den Westdeutschen waren es fast drei Viertel) bejaht. Aber in der jüngeren Generation der 14- bis 29-Jährigen ergab sich ein völlig anderes Bild: Hier erklärten 64 Prozent im Westen und 65 Prozent im Osten, dass sie in der Bundesrepublik ihre politische Heimat sehen. Dieses nahezu identische Meinungsbild der jüngeren Generation zeigt, dass die Jüngeren sich – anders als die älteren, noch direkt von der Wiedervereinigung betroffenen Menschen – weit überwiegend mit „ihrer“ Bundesrepublik identifizieren. Bei der Vorstellung der Studie erklärte daher Iris Gleicke, es gebe „klare Belege dafür, dass Ost und West seit der Wiedervereinigung im Sinne Willy Brandts zusammenwachsen“.

Reformzwänge und ihre Auswirkungen auf die politischen Strukturen

Zu den Herausforderungen, denen sich die „Berliner Republik“ nach der Wiedervereinigung gegenübersah, gehörte neben der Außen- und Sicherheitspolitik in erster Linie die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik. Der Preis der deutschen Einheit war keine Festgröße, sondern addierte sich in den zweieinhalb Jahrzehnten ab 1990 zu einer Summe von etwa zwei Billionen Euro, die hauptsächlich von der Volkswirtschaft im Westen des Landes aufgebracht werden musste. Besonders die sozialen Errungenschaften, über die

Sitzverteilung 18. Deutscher Bundestag



Die Reformen, die infolge der deutschen Einheit durchgeführt werden, verändern das Parteienspektrum. Die im Deutschen Bundestag vertretene Partei Die Linke hat einen besonderen Rückhalt in den ostdeutschen Bundesländern.

Sitzverteilung des 18. Deutschen Bundestages, Stand: Oktober 2013 © DBT

sich die alte Bundesrepublik zu einem wesentlichen Teil definiert hatte und die nach dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion 1990 auf ganz Deutschland übertragen worden waren, ließen sich daher immer weniger finanzieren. Die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder legte daraufhin 2002 mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission und danach mit der Agenda 2010, die er am 14. März 2003 im Bundestag vorstellte, ein Konzept vor, das drastische Kürzungen im Sozialetat vorsah und von dem Grundsatz ausging, dass man, wie Schröder erklärte, „Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern" müsse.

Dieser sozialpolitische Neuansatz wurde zwar von der Regierungskoalition gebilligt, löste aber eine öffentliche Protestwelle aus, die bald auch die SPD erfasste. Enttäuschte SPD-Anhänger schlossen sich mit der seit 1990 als ostdeutsche Regionalpartei erfolgreichen PDS 2007 zur Partei „Die Linke" zusammen, die sich seither als Bundespartei links von der SPD etablieren konnte. Diese Entwicklung wäre kaum möglich gewesen, wenn nicht die ökonomischen Lasten der Wiedervereinigung dazu beigetragen hätten, der Sozialpolitik die finanzielle Basis zu entziehen, eine sozialpolitische Kehrtwende der Regierung zu erzwingen und damit Protestwähler in großer Zahl zu mobilisieren.

Tatsächlich verlor die SPD schon bei der Bundestagswahl im September 2005 die Mehrheit für eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition und ging eine Große Koalition mit der CDU/CSU unter Bundeskanzlerin Angela Merkel ein. Die neue Regierung setzte die Reformpolitik der Agenda 2010 jedoch im Wesentlichen fort, und der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit in den folgenden Jahren sprach für die Richtigkeit dieser Politik. In der Außenpolitik hingegen kehrten Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) zur klaren Westorientierung früherer Bundesregierungen zurück und stellten sich damit wieder in die Kontinuität der alten Bundesrepublik, ohne die inzwischen erfolgten Weichenstellungen in der Europa- und Russlandpolitik infrage zu stellen.

Fazit

Die Zwischenbilanz zweieinhalb Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung fällt damit insgesamt positiv aus. Die Folgen des Umbruchs von 1989/90 scheinen weitgehend überwunden. Zwar sind die Veränderungen gravierend. Aber in der Außenpolitik hat sich Deutschland in das neue europäische Mächtesystem eingefügt und durch eine aktive, verantwortungsbewusste Mitwirkung bei der Lösung regionaler Konflikte seine Rolle als Akteur auf der internationalen Bühne überzeugend ausgefüllt, wobei in mancherlei Hinsicht sogar eine eigene Handschrift erkennbar wird. Und in der Innenpolitik vermochte die Berliner Republik durch zwei Machtwechsel 1998 und 2005 ihre demokratische Reife auch unter neuen parteipolitischen Bedingungen zu beweisen.

Trotz der weltweiten Finanzkrise 2008 und der „Eurokrise" seit 2009 zeigen sinkende Arbeitslosenzahlen und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, dass sich die Berliner Republik auch wirtschafts- und finanzpolitisch bislang auf einem guten Weg befindet. Die mit der Agenda 2010 eingeleiteten Reformen erwiesen sich als wirksam, obwohl der demografische Wandel hin zu einer überalterten Gesellschaft vor allem die Bereiche Gesundheit und Renten zunehmend belastet. Auch aus den außenpolitischen Entwicklungen erwachsen Herausforderungen, darunter weltwirtschaftliche Erschütterungen, terroristische Bedrohungen, wachsende Instabilität insbesondere im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika, die Ukraine-Krise und das erschütterte Verhältnis zu Russland, zunehmende Migration, Abspaltungstendenzen in der EU und kostspielige staatliche Maßnahmen zur Sanierung der Eurozone. Ob sich die bisher positive Entwicklung vor diesem Hintergrund fortsetzen lässt, bleibt deshalb abzuwarten.

NEL / nelcartoons.de

Literaturhinweise

Ahbe, Thomas / Hofmann, Michael / Stiehler, Volker (Hg.): Redefreiheit – Öffentliche Debatten in Leipzig im Herbst 1989 (bpb-Schriftenreihe Bd. 1504), Leipzig 2014, 752 S.

Buddenberg, Susanne / Henseler, Thomas: Berlin – Geteilte Stadt. Zeitgeschichten (bpb-Schriftenreihe Bd. 1321), Berlin 2014, 96 S.

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hg.): APuZ-Edition: Umbruchzeiten – Ausgewählte APuZ-Beiträge 1987 bis 1990 (bpb-Schriftenreihe Bd. 1464), Bonn 2014, 264 S.; als EPUB-Datei verfügbar unter www.bpb.de/192338

Dies. (Hg.): Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ): 25 Jahre deutsche Einheit (ApuZ 33–34/2015), Aufbruch '89 (APuZ 24–26/2014), 50 Jahre Mauerbau (APuZ 31–34/2011); online verfügbar unter www.bpb.de/apuz

Dies.(Hg.): Reihe Falter: 3. Oktober: Tag der Deutschen Einheit, Bonn 2015; Geschichte der DDR, Bonn 2014; 9. November 1989: Fall der Mauer, Bonn 2014; online verfügbar unter www.bpb.de/falter

Dies. (Hg.): Reihe fluter: DDR (Nr. 30), Bonn 2009; online verfügbar unter www.bpb.de/fluter

Dies. (Hg.): Reihe Informationen zur politischen Bildung/izpb: Sozialer Wandel in Deutschland (Nr. 324/2014), Sowjetunion II: 1953–1991 (Nr. 323/2014), Sowjetunion I: 1917–1953 (Nr. 322/2014), Geschichte der DDR (Nr. 312/2011), Deutschland 1945–1949 (Nr. 259/2005), Zeiten des Wandels (Nr. 258/1998), Deutschland in den 50er Jahren (Nr. 256/1997); Informationen zur politischen Bildung aktuell: Der 18. März in der deutschen Demokratiegeschichte (Nr. 26/2014); online verfügbar unter www.bpb.de/izpb

Dies. (Hg.): Reihe Themenblätter im Unterricht: Meilensteine der Deutschen Einheit (Nr. 83), Bonn 2010; Zusammengewachsen? 20 Jahre Deutsche Einheit (Nr. 85), Bonn 2010; online verfügbar unter www.bpb.de/themenblaetter

Driftmann, Markus: Die Bonner Deutschlandpolitik 1989/90. Eine Analyse der deutschlandpolitischen Entscheidungsprozesse angesichts des Zerfalls der DDR, Münster 2005, 296 S.

Fritsch, Michael / Sorgner, Alina / Wyrich, Michael: Die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), Heft 2/2015, S. 225–238

Fröhlich, Stefan: „Auf den Kanzler kommt es an". Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik, Paderborn u. a. 2001, 311 S.

Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main 2004, 928 S.

Ders.: Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung (bpb-Schriftenreihe Bd. 794), Berlin 2009, 224 S.

Gross, Johannes: Nachrichten aus der Berliner Republik, Berlin 2002, 249 S.

Hartewig, Karin: Wir sind im Bilde – Eine Geschichte der Deutschen in Fotos vom Kriegsende bis zur Entspannungspolitik (bpb-Schriftenreihe Bd. 1070), Leipzig 2010, 311 S.

Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (bpb-Schriftenreihe Bd. 1486), München 2015, 1452 S.

Hertle, Hans-Hermann: Die Berliner Mauer (bpb-Schriftenreihe Bd. 1559), Bonn 2015, 250 S.

Holtmann, Everhard: Licht im Tunnel – die Vorwegnahme der Einigung und ihr schließliches Erleben in Ostdeutschland im Spiegel von Bevölkerungsumfragen, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), Heft 1/2015, S. 39–48

Jarausch, Konrad: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995 (bpb-Schriftenreihe Bd. 469), München 2004, 500 S.

Kaminsky, Anne (Hg.): Orte des Erinnerns: Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, Berlin 2007, 560 S.

Kempe, Frederick: Berlin 1961 – Kennedy, Chruschtschow und der gefährlichste Ort der Welt (bpb-Schriftenreihe Bd. 1185), übersetzt aus dem amerikan. Engl. von Norbert Juraschitz und Michael Bayer, München 2011, 669 S.

Kohl, Helmut: Erinnerungen 1982–1990, München 2005, 1136 S.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 3., überarb., korr. und erw. Neuausg., München 2015, 623 S.

Lindner, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90 (bpb-Zeitbilder), Bonn 2010, 187 S.

Möller, Horst / Pautsch, Ilse Dorothee / Schöllgen, Gregor / Wentker, Hermann / Wirsching, Andreas (Hg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte): Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, bearb. von Heike Amos und Tim Geiger (bpb-Schriftenreihe Bd. 1639), Göttingen 2015, 834 S.

Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, 2. Aufl., Berlin 1998, 969 S.

Plato, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel: Bush, Kohl, Gorbatschow und die internen Gesprächsprotokolle, 3. Aufl., Berlin 2009, 487 S.

Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, 2., durchges. Aufl., München 2009, 490 S.

Schewardnadse, Eduard: Als der eiserne Vorhang zerriss. Begegnungen und Erinnerungen, übersetzt aus dem Georg. von Nino Sologashvili und Alexander Kartozia, akt., neu konzip. und erg. Ausg., Duisburg 2007, 396 S.

Schroeder, Klaus: Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990, 3., vollst. überarb. und stark erw. Neuausg., Köln u. a. 2013, 1134 S.

Schröder, Richard: Irrtümer über die deutsche Einheit (bpb-Schriftenreihe Bd. 1451), akt. und erw. Ausg., 2. Aufl., Freiburg im Br. u. a. 2014, 304 S.

Stuhler, Ed: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2010, 248 S.

Tofahrn, Klaus W.: Chronologie der Wiedervereinigung Deutschlands, Hamburg 2004, 218 S.

Weber, Hermann: Die DDR 1945–1990, 5., akt. Aufl., München 2012, 384 S.

Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999, akt. Neuausg., Frankfurt a. M. und New York 1999, 895 S.

Wolle, Stefan: Die DDR – Eine Geschichte von der Gründung bis zum Untergang (bpb-Schriftenreihe Bd. 1517), Berlin 2015, 579 S.

Internetadressen

www.bpb.de/deutsche-teilung-deutsche-einheit
bpb-Dossier „Deutsche Teilung – deutsche Einheit"

www.bpb.de/lange-wege-der-deutschen-einheit
bpb-Dossier „Lange Wege der deutschen Einheit"

www.freiheit-und-einheit.de
Internetseite der Bundesregierung zur Erinnerung an die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung

www.bpb.de/deutschlandarchiv
wissenschaftlich fundierte Beiträge zur deutschen Nachkriegsgeschichte und zum Einigungsprozess

www.archiv-buergerbewegung.de
Archiv Bürgerbewegung e. V. Leipzig. Archiv, Publikationen und Ausstellungen zur DDR-Geschichte

www.berliner-mauer-gedenkstaette.de
Dokumentationszentrum Berliner Mauer

www.chronik-der-mauer.de/
Texte, Fotos, Tonaufnahmen und Bewegtbilder zu 28 Jahren Berliner Mauer

www.mauer-museum.com
Haus am Checkpoint Charlie: Museum zur Geschichte der deutschen Teilung und zur Berliner Mauer

www.fu-berlin.de/fsed
Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

www.bstu.bund.de
Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

www.inkar.de
Online-Atlas zu den Lebensbedingungen in Deutschland

Der Autor

Prof. Dr. Manfred Görtemaker, geb. 1951, ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Potsdam. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die deutsche und europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie internationale Beziehungen, insbesondere die Geschichte des Ost-West-Verhältnisses im 20. Jahrhundert (Kalter Krieg und Entspannung).
Kontakt: goerte@uni-potsdam.de

Impressum

Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:
Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren

Außenredaktion und -lektorat:
Magda Langholz, Bonn

Mitarbeit:
Katja Droese, Bonn

Titelbild:
Menschen feieren am 12. November 1989 am Potsdamer Platz die Öffnung der Berliner Mauer – Paul Glaser, Berlin

Gesamtgestaltung:
KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

Druck:
apm alpha print medien AG, 64295 Darmstadt

Vertrieb:
IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:
vierteljährlich
ISSN 0046-9408, Auflage dieser Ausgabe: 50 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
September 2015

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

PEFC zertifiziert
Dieses Papier stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.
www.pefc.de
PEFC/04-31-2449

Anforderungen

bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bestellungen@shop.bpb.de

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o. g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte **(bitte keine Bestellungen)** steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 Montag bis Donnerstag zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Verfügung.

Der Weg zur Einheit – Chronik

28. November – 1. Dezember 1943 In Teheran beraten Stalin, Churchill und Roosevelt über eine mögliche Teilung Deutschlands nach dem Krieg
5. Juni 1945 Berliner Deklaration: Die vier Siegermächte (Frankreich, USA, Großbritannien, UdSSR) übernehmen die „Oberste Regierungsgewalt in Deutschland", Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und Berlins in vier Sektoren
17. Juli – 2. August 1945 Potsdamer Konferenz
5. Juni 1947 Die USA kündigen ein Hilfsprogramm für Europa („Marshall-Plan") an
20. Juni 1948 Währungsreform durch Einführung der DM in den westlichen Besatzungszonen
23. Juni 1948 Währungsreform in der SBZ
24. Juni 1948 – 12. Mai 1949 Berlin-Blockade; britisch-amerikanische Luftbrücke zur Versorgung Westberlins mit Waren und Lebensmitteln
23. Mai 1949 Gründung der Bundesrepublik Deutschland
7. Oktober 1949 Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
6. Juli 1950 Görlitzer Abkommen über die Oder-Neiße-Grenze zw. Polen und DDR
29. September 1950 Aufnahme der DDR in den osteuropäischen Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
18. April 1951 Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) (Benelux-Staaten, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik) in Paris
20. September 1951 Berliner Abkommen: Unterzeichnung des Interzonenhandelsabkommen zw. der Bundesrepublik und der DDR
26. Mai 1952 „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten" (auch Deutschland- oder Generalvertrag genannt)
17. Juni 1953 Arbeiterproteste und Volksaufstand in der DDR, Niederschlagung durch sowjetische Soldaten und DDR-Volkspolizisten
25. März 1954 Die UdSSR erweitert die Souveränitätsrechte der DDR
23. Oktober 1954 Pariser Verträge zw. der Bundesrepublik und den Westmächten (Die Bundesrepublik wird am 5. Mai 1955 bedingt souverän)
9. Mai 1955 NATO-Beitritt der Bundesrepublik
14. Mai 1955 Bildung des „Warschauer Pakts" (DDR, Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei und UdSSR)
26. Juli 1955 Chruschtschow (Generalsekretär der KPdSU) verkündet die sowjetische Zweistaatentheorie, die von einer Teilung Deutschlands ausgeht
22. September 1955 Hallstein-Doktrin: Die Bundesregierung unterhält keine diplomatischen Beziehungen mit Staaten, die die DDR anerkennen (mit Ausnahme der UdSSR)
25. März 1957 Römische Verträge: europäische Integration der Bundesrepublik
27. November 1958 Berlin-Ultimatum: Chruschtschows Forderung nach einer entmilitarisierten „Freien Stadt Berlin" scheitert am westlichen Widerstand
8. September 1960 Beschluss der DDR, dass Bundesbürger generell nur noch mit einer Aufenthaltsgenehmigung nach Ostberlin einreisen dürfen; die Bundesrepublik reagiert darauf mit der Aufkündigung des Interzonenabkommens
13. August 1961 Beginn des Mauerbaus
20. Februar 1967 Proklamation einer eigenen DDR-Staatsnation durch die Volkskammer der DDR
19. März 1970 Erster innerdeutscher Gipfel: Bundeskanzler Brandt und der Vorsitzende des DDR-Ministerrates Willi Stoph treffen sich in Erfurt
12. August 1970 Deutsch-sowjetischer Vertrag über Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen (sog. Moskauer-Vertrag)
7. Dezember 1970 Warschauer Vertrag zw. Bundesrepublik und Polen (Normalisierung der Beziehungen und Anerkennung der Oder-Neiße-Linie)
3. September 1971 Vier-Mächte-Abkommen über Berlin durch die USA, Großbritannien, Frankreich und die UdSSR (Sicherung der westlichen Zufahrtswege und Anerkennung der bestehenden politischen Verhältnisse)
21. Dezember 1972 Grundlagenvertrag zw. der Bundesrepublik und der DDR
18. September 1973 Die Bundesrepublik und die DDR werden Mitglieder der UNO
2. Mai 1974 DDR und Bundesrepublik eröffnen „Ständige Vertretungen" in Bonn bzw. Ostberlin
1. August 1975 Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte durch 35 Staatschefs in Helsinki
30. Oktober 1980 Regierung in Ostberlin hebt visafreien Verkehr zw. der DDR und Polen auf
Juli 1984 Erste „Botschaftsbesetzung" in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin
7.–11. September 1987 Erich Honecker in Bonn
ab 18. April 1989 Abbau der Befestigungsanlagen an der Grenze Ungarns zu Österreich
7. Mai 1989 Kommunalwahlen in der DDR: Oppositionelle stellen erstmals Wahlfälschungen fest und machen sie publik
7. Juli 1989 Gorbatschow erklärt vor dem Europarat die Einmischung in innere Angelegenheiten von Freunden und Verbündeten als unzulässig
Sommer 1989 DDR-Bürger besetzen westliche diplomatische Vertretungen in Budapest, Warschau, Ostberlin und Prag
4. September 1989 Erste „Montagsdemonstration" in Leipzig nach einem Friedensgebet in der Nikolaikirche: Forderungen nach Reise- und Versammlungsfreiheit
11. September 1989 DDR-Flüchtlinge dürfen offiziell aus Ungarn ausreisen
September/Oktober 1989 Gründung des Neuen Forums, der SPD, des Demokratischen Aufbruchs und von Demokratie Jetzt
1. Oktober 1989 Erste Sonderzüge aus Warschau und Prag mit ca. 6800 DDR-Flüchtlingen durchqueren die DDR; Ausreisewillige DDR-Bürger versuchen, auf die Züge aufzuspringen
6. Oktober 1989 Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR werden von öffentlichen Demonstrationen und Aktivitäten der Oppositionsgruppen begleitet
16. Oktober 1989 Leipziger Montagsdemonstration mit 120 000 Teilnehmern („Wir sind die Mehrheit! Wir sind das Volk!")
17. Oktober 1989 Sturz Erich Honeckers; Egon Krenz wird neuer Generalsekretär der SED
27. Oktober 1989 Erlass einer Amnestie für Ausgereiste bzw. Flüchtlinge und Demonstranten
1. November 1989 Aufhebung der Reisebeschränkungen gegenüber der Tschechoslowakei und Erklärung der DDR-Regierung, dass ihre Bürger direkt von der ČSSR in die Bundesrepublik fahren könnten
1. Novemberwoche 1989 Die Demonstrationsbewegung erreicht ihren Höhepunkt
7. bzw. 8. November 1989 Die Regierung der DDR und das Politbüro der SED treten geschlossen zurück
9. November 1989 Der ZK-Sekretär für Information, Günter Schabowski, gibt bekannt, dass die DDR ihre Grenzen geöffnet habe; Massenanstrum an den Grenzübergängen; Grenzsoldaten öffnen schließlich nach 28 Jahren die Berliner Mauer
13. November 1989 Hans Modrow wird zum neuen Ministerpräsidenten der DDR gewählt
15. November 1989 Generalsekretär Gorbatschow spricht in Moskau beiläufig von einer „Wiedervereinigung" Deutschlands
17. November 1989 Modrow schlägt in seiner Regierungserklärung eine „Vertragsgemeinschaft" zw. den beiden deutschen Staaten vor
28. November 1989 Bundeskanzler Kohl stellt ein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas" vor
3. Dezember 1989 Machtwechsel: Rücktritt von Politbüro und Zentralkomitee der SED
7. Dezember 1989 DDR-Regierung und Oppositionsgruppen treffen sich erstmals am zentralen „Runden Tisch", um über die Zukunft der DDR zu sprechen
11. Dezember 1989 Erstmals wird bei den Montagsdemonstrationen in der DDR der Ruf nach Wiedervereinigung laut („Wir sind ein Volk")
19. Dezember 1989 Kohl besucht Dresden und trifft Modrow
24. Dezember 1989 Einführung des visafreien Verkehrs zw. den beiden deutschen Staaten
1. Januar 1990 Beginn der Verhandlungen auf Ministerebene über die Ausgestaltung einer Vertragsgemeinschaft zw. der Bundesrepublik und der DDR
30. Januar 1990 Modrow in Moskau; Die UdSSR signalisiert, das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung zu respektieren
7. Februar 1990 Beginn der Verhandlungen über die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion
1. März 1990 Gründung der Treuhand
18. März 1990 Erste freie Volkskammerwahl in der DDR: Allianz für Deutschland wird stärkste Kraft
12. April 1990 Wahl Lothar de Maizières zum neuen Ministerpräsidenten der DDR
5. Mai 1990 Zwei-plus-Vier-Verhandlungen: Erste Verhandlungsrunde auf Außenministerebene
18. Mai 1990 „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik"
18. Juni 1990 Kreditvertrag zw. der Bundesrepublik und der UdSSR in Moskau
1. Juli 1990 Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion
5. und 6. Juli 1990 Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten in London: Erklärung bzgl. eines grundlegenden Wandels der Atlantischen Allianz
14.–16. Juli 1990 Kohl besucht Gorbatschow im Kaukasus: Sowjetisches Zugeständnis, dass Deutschland weiterhin NATO-Mitglied bleiben könne
23. August 1990 Das ostdeutsche Parlament votiert mit 294 zu 62 Stimmen für einen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des GG
31. August 1990 „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag"
12. September 1990 Zwei-plus-Vier-Verhandlungen: „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" in Moskau
3. Oktober 1990 Beitritt der fünf ostdeutschen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes
2. Dezember 1990 Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen

Mehr zum Thema unter
www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung